Mittwoch, 9. November 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 262 - 45.W - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Raketen auf Grenada: Die US-Truppen haben bei ihrer Intervention auf der Karibik-Insel neben riesigen Waffenlagern auch Raketenabschußrampen vorgefunden, berichtet der stellvertretende US-Außenminister Dam im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl. Die Insel sollte offensichtlich zu einem Militärposten der Sowjetunion ausgebaut werden.

Golfstaaten vermitteln: Die arabischen Golfstaaten wollen zwischen den kriegführenden Fraktionen der PLO in Nordlibanon und Syrien vermitteln; Damaskus weigert sich, eine Delegation zu empfangen.

Funktionäre entlassen: Die polnische Regierung hat die beiden stellvertretenden Minister für Binnenhandel wegen ihrer ungeschickten Handhabung der neuen Butter- und Fett-Rationierung entlassen.

Anschlag auf Capitol: Eine Bombenexplosion hat in den Räumen des US-Senats im Capitol Sachschaden angerichtet. Eine Gruppe „Bewaffneter Widerstand" bekannte sich dazu und gab als Motiv die Intervention in Grenada und die Anwesenheit von US-Marines in Beirut an.

MX-Programm gesichert: Nach dem Repräsentantenhaus hat sich auch der US-Senat für die Produktion des neuen Raketensystems ausgesprochen.

Haig „schockiert": Der frühere amerikanische Außenminister äußert sich in einem Interview der WELT kritisch über die Position führender Sozialdemokraten wie Egon Bahr in der Sicherheitsdiskussion.

Apel warnt SPD: Der stellvertretende Fraktionschef hat seine Partei davor gewarnt, ein undifferenziertes „Nein" ohne Begründung zu der eventuellen NATO-Nachrüstung auf dem Sonderparteitag Ende November zu beschließen. Die SPD dürfe nicht zu einer „Protestbewegung" werden.

Atheistisches Regime: Vor seiner Abreise zu den Lutherfeiern in der „DDR" hat der Erzbischof von Canterbury die Ostberliner Regierung als „eindeutig atheistisches Regime" kritisiert. In der „DDR" müßten Menschen wegen ihres Glaubens leiden.

Frieden in Freiheit: Für die „andere Seite des Friedens" haben in einer Gegendemonstration zu den einseitig gegen die westliche Position gerichteten Aufmärschen vom 22. Oktober in Mailand 15 000 Menschen für einen Frieden und gegen das sowjetische Vorgehen in Afghanistan demonstriert. (S. 6)

Heute: Präsident Reagan beginnt offiziellen Besuch in Tokio. – Kanadas Ministerpräsident Trudeau bei Präsident Mitterrand in Paris. – Generalgouverneur Scoon will neue Regierung Grenadas vorstellen.

ZITAT DES TAGES



„Solange Deutschland geteilt bleibt, wird sein Volk in unerfüllter Sehnsucht leben. Und niemand versteht diese Sehnsucht besser als Helmut Kohl"

Präsident Ronald Reagan in einem Beitrag der Zeitschrift „German Comments"
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

US-Forderung an Japan: Für eine Internationalisierung des Yen und damit ein besseres Gleichgewicht zum US-Dollar hat sich US-Finanzminister Regan zum Auftakt des Japan-Besuchs von Präsident Reagan ausgesprochen. (S. 17)

Arbed Saarstahl: Die Einigungsstelle von Unternehmen und Arbeitnehmervertretern hat eine neue Sozialplanregelung beschlossen, die für ausscheidende Mitarbeiter durchschnittlich 82 Prozent des bisherigen Netto-Monatslohns vorsieht.

BEK senkt Beiträge: Die mit 6,4 Millionen Versicherten größte deutsche Ersatzkasse senkt den Beitragssatz von 12,1 auf 11,6 Prozent ab 1. Januar.

Götte GHH-Chef: Erwartungsgemäß hat der GHH-Aufsichtsrat den Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden Lennings angenommen; neuer GHH-Chef ist der frühere Flick-Gesellschafter und heutige Allianz-Berater Klaus Götte.

IBH-France: Die französische Gruppe strebt nach dem Vergleichsantrag der IBH-Holding AG, Mainz, die unabhängige Weiterführung der Geschäfte an.

Börse: Auslandsaufträge sorgten für gute Stimmung an den Aktienbörsen und für steigende Kurse. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 146,1 (144,7). Dollarmittelkurs 2,6811 (2,6828) Mark. Goldpreis pro Feinunze 382,25 (379,00) Dollar.

KULTUR

Zeitgeist-Forschung: Eine neue Wissenschaftsdisziplin, die sich zwischen Historikern und Soziologen ansiedelt, untersucht in Hofgeismar das Verhältnis Naturwissenschaften–Utopie. (S. 27)

„Old Vic": Das Londoner Theater ist im alten viktorianischen Glanz wiederhergestellt worden. Zur Wiedereröffnung wurde in einer glanzvollen Gala-Premiere das Musical „Blondel" gegeben.

SPORT

Galopp: Der erfolgreiche „DDR"-Jockey Jürgen Szydzik (700 Siege) erlag im Alter von 41 Jahren den schweren Verletzungen, die er sich am 30. Oktober beim Sturz mit dem Hengst Cauto bei einem Hürdenrennen in Dresden zugezogen hatte.

Fußball: Ohne Bernd Schuster bestreitet die Nationalmannschaft die Europameisterschafts-Qualifikationsspiele gegen Nordirland (16. November) und Albanien (20. November). Er leidet an einem Muskelteilriß oberhalb der Kniekehle. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Erdbeben: Zwei Menschen sind bei dem Beben in Nordrhein-Westfalen und Belgien in der Nacht zum Dienstag ums Leben gekommen. Die schwersten Zerstörungen wurden in der Umgebung von Lüttich angerichtet.

Leben in Japan: Der Inselstaat weist die höchste Lebenserwartung weltweit auf: 74,2 Jahre bei Männern und bei Frauen 79,7 Jahre. In Japan lebt auch der mit 118 Jahren älteste Mensch der Welt. (S. 28)

Wetter: Regional unterschiedliche Morgennebel-Auflösung. Temperaturen je nach Sonnenscheindauer 11 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

USA tragen in Bonn Enttäuschung über europäische Verbündete vor

Vizeaußenminister Dam informiert Kohl über Grenada-Intervention

BERNT CONRAD, Bonn

Der stellvertretende amerikanische Außenminister Kenneth Dam hat gestern im Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Enttäuschung der US-Regierung über viele europäische Regierungen zum Ausdruck gebracht, die sich ohne genaue Kenntnis der Lage zu schnell negativ zur amerikanischen Aktion in Grenada geäußert hatten. Dam informierte den Kanzler ausführlich über die politischen Motive und die rechtlichen Grundlagen der Intervention. Nach seinen Angaben befanden sich unter den auf der Karibik-Insel entdeckten großen Waffenmengen auch Raketenabschußrampen.

Ferner seien Artillerie, Flakgeschütze, gepanzerte Fahrzeuge sowie Tausende von Gewehren und Zündern, Tonnen von Sprengstoff und Millionen von Munitionsgeschossen gefunden worden, berichtete Dam. In fünf geheimen Verträgen mit der Sowjetunion, Nordkorea und Kuba, auf die man ebenfalls gestoßen sei, seien massive, weit über die Verteidigungsbedürfnisse Grenadas hinausgehende Waffenlieferungen vorgesehen worden. Offensichtlich sollte die Insel ein befestigter militärischer Vorposten der Sowjetunion werden.

Das Resümee des amerikanischen Diplomaten: „Die gemeinsame Aktion der USA und sechs karibischer Staaten zur Wiederherstellung von Ordnung und Demokratie in Grenada vollzog sich im Rahmen anerkannter Grundsätze des internationalen Rechts."

Kohl hatte mehrfach erklärt, die Bundesregierung könne erst nach einer umfassenden Unterrichtung durch die USA ein endgültiges Urteil über das Eingrifen in Grenada abgeben. Der Besuch Dams in Bonn war auf Initiative Washingtons zustande gekommen. Der Stellvertreter von US-Außenminister George Shultz hatte zuvor mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher konferiert, die ihrerseits gestern abend zu zweitägigen deutsch-britischen Konsultationen in der Bundeshauptstadt eintraf.

Wie die Regierung Ronald Reagans die Grenada-Aktion sieht, hatte Kenneth Dam schon vor einigen Tagen vor Zeitungsherausgebern in Louisville (Kentucky) detailliert umrissen. Als grundlegende Ziele des Eingreifens nannte er dabei den Schutz des Lebens amerikanischer Staatsbürger und Hilfe bei der Wiederherstellung der Ordnung in Grenada, damit die Regierungsinstitutionen und die Menschenrechte auf der Insel und damit Frieden und Sicherheit in der Region gewährleistet werden könnten.

Nach der Ermordung des Premierministers Maurice Bishop und dem Zerfall der politischen Autorität in Grenada hätten sich Unsicherheit und Furcht und damit die Wahrscheinlichkeit weiterer Gewalt ausgebreitet, betonte der stellvertretende US-Außenminister. „Die Aktionen von Bishops Mördern machten klar, daß sie die Insel entweder in ein weiteres Chaos treiben oder sie in eine bewaffnete Festung verwandeln würden."

In jedem Fall hätten sich die Bedrohung amerikanischer Staatsbürger und die Gefährdung des Friedens in der östlichen Karibik verstärkt, fuhr Dam fort. In dieser Lage hätten die Mitglieder der Organisation der Östlichen Karibischen Staaten (OECS) beschlossen, ihrem Partnerstaat Grenada zu helfen und Barbados, Jamaika und die Vereinigten Staaten um Unterstützung zu bitten.

In dem formalen Hilfeersuchen der OECS wurden nach Angaben Dams „die gegenwärtigen anarchistischen Zustände, die ernsten Verletzungen der Menschenrechte und das Blutvergießen" mit einer außergewöhnlichen „Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Region" in Zusammenhang gebracht. Weiter hieß es: „Militärische Streitkräfte und Ausrüstung werden wahrscheinlich in Kürze herangeführt werden, um die Position des Regimes zu konsolidieren".

■ Fortsetzung Seite 16

DER KOMMENTAR

Mut zur Wahrheit

ENNO VON LOEWENSTERN

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erfahren. Eine amerikanische Parlamentarierdelegation hat auf Grenada festgestellt, daß die Intervention allein schon zum Schutz der US-Staatsbürger auf Grenada berechtigt gewesen sei; er müsse dies, „wenn auch widerwillig", zugeben, sagte der einflußreiche Abgeordnete Clive Barnes, Vorsitzender des Unterausschusses für Lateinamerika im Repräsentantenhaus.

Solche Aussage ehrt den Mann. In Mitteleuropa ist es unüblich, einen einmal verkündeten Standpunkt nur deshalb aufzugeben, weil er sich als falsch herausgestellt hat. Aber die Tatsachen sind manchmal schwer abzuschütteln.

Auch ein Vertreter der Bundesregierung hat sich dieser Tage auf Grenada persönlich informiert, ein Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Das hängt nicht mit einem neuen Konzept von Weltinnenpolitik zusammen, sondern mit einem kräftigen Mißtrauen eines Koalitionsflügels gegenüber dem anderen, der das Außenministerium besetzt hält. Unverständlich ist es nicht. Der Außenminister hat sich zu Grenada distanzierend gegenüber den Amerikanern geäußert und auch so in der UNO verfahren lassen, was nicht nur bündnispolitisch unklug, sondern sachlich inkompetent war.

Die beliebte Ausrede, es habe an Unterrichtung gemangelt, überzeugt kaum, denn erstens kann man selber in Washington recherchieren und zweitens kann man eine Stellungnahme zurückhalten, bis man alle Fakten vorliegen hat. Die lagen ohnehin bald genug vor. Jetzt können Staatssekretär Spranger und der US-Emissär Dam obendrein noch von gigantischen Waffenlagern auf Grenada berichten, einschließlich Raketenrampen (!!!).

Die Gutachter des AA standen vielleicht unter dem Ein- oder sonstigen Druck des regen Staatsministers Möllemann, der gleich „Auftrieb" bei jenen fürchtete, die „nur jeden Aufhänger suchen, um den Ruf ‚raus aus der NATO' zu verstärken". Die Straße ist ein schlechter Ratgeber; die Furcht vor ihr auch. Kohl hat sich loyal hinter seinen Außenminister gestellt, er ist nun mal so, das ehrt ihn. Aber wie gesagt, wenn man einen falschen Standpunkt berichtigt, ist das auch ehrenhaft.

„Vorschnelle Kritik kann schaden"

WELT-Interview mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Alexander Haig

DW. Washington

In einem Interview mit der WELT hat der frühere amerikanische Außenminister Alexander Haig die „vorschnelle" Kritik der Bundesregierung am amerikanischen Vorgehen in Grenada beklagt. Mit Haig sprach Cay Graf Brockdorff.

WELT: Die amerikanische Intervention in Grenada ist auf Kritik gestoßen. Die Bundesregierung wünscht einen raschen Abzug der US-Truppen von der Insel. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Haig: Auch ich hoffe auf einen baldigen Rückzug der US-Truppen. Ich erhoffe ebenfalls mehr Verständnis von unseren europäischen Freunden. Schließlich hoffe ich, daß die Vereinigten Staaten sich mit Geduld darum bemühen, den strategischen Hintergrund der Krise zu erläutern. Für mich handelt es sich nicht einfach um die Erfüllung einer Bitte der gefährdeten Mitglieder des Commonwealth in der Karibik, noch glaube ich, daß man die Lage der amerikanischen Studenten auf Grenada mit der der amerikanischen Geiseln in Iran vergleichen konnte. Es gibt keine Parallelen zwischen Grenada und Iran. Das wirkliche Problem – und so sollte es beschrieben werden – ist die Intervention Kubas als Stellvertreter der Sowjetunion in der westlichen Hemisphäre und an anderen Stellen der Welt. In den letzten zehn Jahren konnten wir eine Ausweitung der Breschnew-Doktrin verfolgen. Mit dieser modifizierten Form der Doktrin will sich Moskau Entwicklungsländer in großer Entfernung von der Sowjetunion untertan machen. Diese Politik ist das Ergebnis gewachsener sowjetischer Militärmacht und stellt nach meiner Ansicht eine äußerst ernste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Stabilität dar. Grenada war nichts anderes als eine neuerliche Manifestation der erweiterten Breschnew-Doktrin, wie wir es zuvor in Angola, Äthiopien, Jemen, Afghanistan, Kambodscha und ab 1978 in der westlichen Hemisphäre erlebt haben.

WELT: Verstehen die Europäer die amerikanische Sicht der Dinge?

Haig: Verständlicherweise haben die Europäer die Bedrohung Westeuropas mehr im Auge. Man kann vielleicht Frankreich ausnehmen und auch Großbritannien, seit es sich im Falkland-Konflikt engagiert hat. Deshalb haben die europäischen Staaten dem globalen Interventionismus der Sowjetunion nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt.

WELT: In der Bundesrepublik wachsen die nationalistischen und neutralistischen Tendenzen. Bekommen dadurch die Unilateralisten in den Vereinigten Staaten Auftrieb?

Haig: Ganz allgemein fühlen sich die Amerikaner gestärkt durch die Solidarität und Entschlossenheit, die man in der Bundesrepublik hinsichtlich der Atomwaffenfrage zeigt. Ich hoffe daher, daß die Amerikaner begreifen, welche Verpflichtung die Vereinigten Staaten zu intensiven Konsultationen haben, insbesondere Konsultationen mit der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie sich gezwungen sehen, im Interesse aller dramatische internationale Schritte

● Fortsetzung Seite 16

Dam bei Kohl: USA erstreben Einigung in Genf

Co. Bonn

Der stellvertretende amerikanische Außenminister Kenneth Dam und US-Staatssekretär Richard Burt haben gestern gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den Willen von Präsident Ronald Reagan unterstrichen, in Genf jede Anstrengung für eine Einigung mit den Sowjets über eine Begrenzung der Mittelstreckenraketen zu unternehmen. Die sowjetische Drohung, den Verhandlungstisch zu verlassen, sollte die NATO-Verbündeten nach amerikanischer Ansicht nicht veranlassen, von den seit langem vereinbarten Stationierungsterminen abzugehen.

Wie hohe amerikanische Regierungsbeamte in diesem Zusammenhang mitteilten, wird die besondere Beratungsgruppe der NATO am Donnerstag zum letzten Mal vor der Bundestagsdebatte am 21. November in Rom zusammentreten, um die Möglichkeit eines neuen Angebots an die Sowjets zu erörtern. Ob in Genf ein „zahlenmäßig konkretisierter Plan" vorgelegt werden solle, wie Kanzler Kohl gestern angekündigt habe, sei von der US-Regierung noch nicht entschieden worden. Dies war auch ein Gegenstand des Gesprächs von Dam und Burt mit Kohl und Genscher.

Bei seinen vorausgegangenen Gesprächen in Rom und London hat Dam nach vorliegenden Informationen den Eindruck gewonnen, daß es dort keinerlei Schwanken in bezug auf den planmäßigen Beginn der Nachrüstung gibt.

Seite 9: Gefahr der Erpreßbarkeit

Bonn rettet Arbed Saarstahl mit Soforthilfe

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Mit einer Soforthilfe des Bundes und des Saarlandes von 86 Millionen Mark wurde die Zahlungsunfähigkeit von Arbed Saarstahl vermieden. Diese Entscheidung war möglich geworden, nachdem nach mehr als zwölfstündiger Sitzung am frühen Dienstagmorgen eine paritätisch besetzte Einigungsstelle der von Bund und Land verlangten Reduzierung der Sozialplanleistungen für vorzeitig ausscheidende Arbeitnehmer von 90 auf durchschnittlich 82 Prozent des letzten Nettoentgelts zugestimmt hatte. Die Entscheidung fiel mit der Stimme der neutralen Schlichterin Luzie Lanske, der Präsidentin des zuständigen Landesarbeitsamts.

Neben der Soforthilfe erhält Arbed 1984 außer den bereits zugesagten 123 weitere 100 Millionen Mark von Bund und Land. Diese übernehmen auch die Zinsen und Tilgung für die verbürgten Kredite von 1,18 Milliarden Mark. Die Banken beteiligen sich mit insgesamt 425 Millionen Mark an der Sanierung des angeschlagenen Konzerns.

Unmittelbar vor der gestrigen Kabinettssitzung gab es noch einmal Unklarheiten, ob der geforderte Belegschaftsbeitrag auch erbracht worden sei. Denn der Spruch der Einigungsstelle gilt nur für die 50- bis 55jährigen Arbeitnehmer, die jetzt vorzeitig ausscheiden sollen. Ursprünglich war verlangt worden, daß auch die vor einem Jahr abgeschlossenen Sozialpläne, entsprechend reduziert werden sollten.

Seite 2: Hält die Konstruktion?
Seite 3: Schneller Auf- und Abstieg

USA mahnen Damaskus zur Vorsicht

Die Kämpfe zwischen Palästinensern und Syrern sind für die Libanesen eine Katastrophe

DW. Washington/Jerusalem

Die USA und Israel haben auf die Mobilmachung in Syrien mit der Versicherung reagiert, daß sie keine Angriffsabsichten gegen Syrien hegten. Militärkreise in Jerusalem äußerten, die bevorstehende Teilmobilisierung der israelischen Armee ziele nicht auf Syrien ab. Der ehemalige israelische Geheimdienstchef Yariv meinte jedoch, er wolle einen „kurzen, harten Schlag" gegen die Syrer als Antwort auf eine bestimmte Aktion nicht ausschließen. Washington forderte die Regierung in Damaskus zu „Zurückhaltung und Vorsicht" auf.

PLO-Chef Yassir Arafat hat in einer Botschaft an den Vatikan Papst Johannes Paul II. ersucht, seine Solidarität mit den Palästinensern zum Ausdruck zu bringen, „die von der syrischen Armee massakriert werden".

*

PETER M. RANKE, Beirut

Mit den schweren Kämpfen der Palästinenser und Syrer um das Camp Baddawi und Tripoli ist über die libanesische Zivilbevölkerung eine Katastrophe hereingebrochen. Polizeiberichte sprechen von mehr als tausend Toten, die nicht geborgen werden können. Auch den Hunderten von Verwundeten, unter ihnen viele Frauen und Kinder, kann kaum mehr geholfen werden, da die beiden großen Hospitäler von Tripoli hoffnungslos überfüllt sind.

Besonders verhängnisvoll ist der Großbrand in der Raffinerie: Es gibt kein Benzin, Heiz- oder Dieselöl mehr. Schon sind alle Bäckereien ausgefallen, den Ambulanzwagen fehlt der Treibstoff für dringende Rettungsfahrten. Obwohl die Krankenhäuser Generatoren haben, reicht der Strom nicht mehr zum Kühlen der überfüllten Leichenkammern aus. Die Toten werden daher in Plastiksäcken gestapelt, die meisten sind nicht einmal identifiziert. Im Camp Baddawi werden große Massengräber ausgehoben, aber niemand weiß, wie viele Tote noch in den Trümmern liegen. Trotz des kühlen Wetters sind Seuchen zu befürchten.

Im Hafen von Mina vor Tripoli warten Tausende auf ein rettendes Boot nach Zypern oder Beirut. Die Helfer des Roten Kreuzes sind völlig übermüdet, da sie seit Tagen im Einsatz sind. Etwa hunderttausend Menschen sind in die Berge von Zghorta und in die Küstenstädte geflüchtet.

Zu den tausend Familien, die im September vor den Drusen aus dem Schuf geflüchtet sind und allein in dem kleinen Hafenort Jounieh versorgt werden, kommt nun der Flüchtlingsstrom aus Nordlibanon hinzu. Dazu kommt für das Rote Kreuz noch die Versorgung der über 30 000 eingeschlossenen Christen in Deir-el-Kamar. (SAD)

Seite 2: Syrische Mobilität
Seite 6: In Kriegsstimmung

China zeigt Verständnis für die Position der NATO

Starkes Westeuropa befürwortet / Warnung vor „Hegemonie"

DW. Peking

China befürwortet die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa, auch wenn Peking öffentlich sowohl die USA als auch die Sowjetunion wegen der atomaren Rüstung auf europäischem Territorium kritisiert. Chinesische Politiker erklärten in privaten Gesprächen mit westlichen Diplomaten, daß die NATO ihren Rückstand gegenüber der Sowjetunion aufholen und die europäische Bevölkerung die Stationierung der Raketen notwendigerweise akzeptieren müsse.

Die deutlichere Haltung der chinesischen Führung war nach dem Zusammentreffen des chinesischen Spitzenpolitikers Deng Xiaoping mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Gaston Thorn, sichtbar geworden. Deng hatte dabei die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen als „unvermeidlich" bezeichnet. In den Stellungnahmen zur Nachrüstung hatte Peking bislang Bestrebungen beider Supermächte, ihre Vorherrschaft in Europa auszubauen, scharf kritisiert.

Thorn, der mit allen wichtigen chinesischen Politikern zusammentraf, gewann auf seiner Reise den Eindruck, daß Peking nicht nur die inzwischen reibungslos verlaufende wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Westeuropa verstärken, sondern auch die politischen Kontakte mit der EG und mit den einzelnen Mitgliedsländern intensivieren möchte.

Sowohl der Außenminister als auch der stellvertretende Ministerpräsident Wan Li wiesen in ihren Gesprächen mit Thorn darauf hin, daß in der Bekämpfung der „Hegemonie" China und Europa politisch übereinstimmten. Auch Deng nannte gegenüber Thorn ein geeintes, starkes und unabhängiges Europa als wichtige Voraussetzung für die Erhaltung des Weltfriedens.

China, das eine deutliche Verschärfung der Standpunkte der beiden Supermächte zum Stichtag des NATO-Nachrüstungsbeschlusses ausgemacht hat, bekräftigte gestern seine Unterstützung für die in Westeuropa aktiven „Friedensbewegungen".

SPD-Spitze gibt Börner Rückendeckung

Vogel spricht von „härtestem Test" für die Grünen / Kritik Kohls

PETER PHILIPPS, Bonn

Das SPD-Präsidium in Bonn hat dem geschäftsführenden hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) volle Rückendeckung für seinen neuen Kurs gegeben, mit den Grünen über eine politische Zusammenarbeit bis hin zu einer Koalitionsregierung in Wiesbaden zu verhandeln. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel sagte gestern, die SPD sei sich dabei der Tatsache bewußt, „daß der hessische Versuch im Fall des Gelingens wie des Mißlingens über Hessen hinaus Bedeutung hat".

Auf dem Parteitag der hessischen SPD in Baunatal habe Börner „praktisch einen Wettbewerb ausgeschrieben, wer sozialdemokratischen Vorstellungen am meisten entgegenkommt", meinte Vogel vor Journalisten in Bonn. Aber die FDP „verweigert sich völlig", die CDU folge nicht einmal mehr ihren eigenen Grundsätzen der Vergangenheit, daß die jeweils stärkste Fraktion toleriert werden müsse. Für die Grünen bedeuten die jetzt von der SPD eingeläuteten Verhandlungen den „härtesten Test für ihre Politik- und Kompromiß-Fähigkeit". Und, so Vogel, entgegen vielen Wertungen Außenstehender müsse er vor voreiligen Schlüssen warnen: „Diese Gruppe hat den Test noch nicht bestanden."

SPD-Vorstandssprecher Clement ergänzte später, daß es jetzt darauf ankomme, Hessen so schnell wie möglich eine handlungsfähige Regierung zu verschaffen. Das „rotgrüne Schreckgespenst" sei nur Teil des Wahlkampfarsenals.

Wie Vogel vermutet auch Bundeskanzler Kohl bundesweite Folgen der angestrebten Zusammenarbeit von SPD und Grünen in Hessen – allerdings mit einer völlig anderen Bewertung: Die hessische SPD habe auf diese Weise nicht nur „Wählerbetrug" begangen, sondern auch die „politische Statik" in der Bundesrepublik Deutschland empfindlich gestört. Die meisten politischen Forderungen der Grünen befänden sich nicht in Übereinstimmung mit „sozialdemokratischen Traditionen". Aber offenbar werde in Hessen „mit starker Geburtshilfe aus Bonn" eine Entwicklung gefördert, die in die „Linksentwicklung" der SPD passe, „an der wir keine Freude haben können". Denn sie führe geradewegs in die „Politikunfähigkeit" der Oppositionspartei.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Syrische Mobilität

Von Jürgen Liminski

In Nahost schlägt man sich wieder kräftig an den Säbel. Eine amerikanische Armada hält Kurs auf eine den Marines bekannte Küste, die syrische Armee hebt ihre Reservisten aus, die Israelis stehen Gewehr bei Fuß und manchen Europäern wieder die Haare zu Berge. Was geht vor?

Selbst in einer unberechenbaren Region wie dem Vorderen Orient gibt es Netze politischer Gedanken und Absichten, in die martialische Gesten eingehüllt sind. Arabische, zumal syrische Gedanken zu entschlüsseln, ist ein Glücksspiel. Für das weitere Umfeld jedoch sind nach den Anschlägen von Beirut und Tyrus und der Konferenz von Genf drei grobe Maschen zu erkennnen:

1. Die syrische Expansionspolitik der letzten Jahre und die offensichtliche syrische Komplizenschaft bei den Anschlägen auf die Friedenstruppe hat den Bogen der amerikanischen Langmut überspannt. Reagan zeigt derzeit kein Verständnis mehr für die „großsyrischen Träume" des Diktators in Damaskus.

2. Der libanesische Präsident Gemayel soll im Auftrag der Genfer Versöhnungskonferenz einen Abzug aller Besatzungstruppen aushandeln, nicht nur der israelischen. Er wird in Damaskus erwartet. Freilich könnte er ohne militärische Rükkendeckung dort nur sehr zaghaft auftreten. Vor einer gewaltigen amerikanisch-israelischen Drohkulisse lassen sich politische Forderungen schon leichter en detail ausbreiten.

3. Assad meint es auch ein wenig ehrlich, wenn er sein Land mobilisiert. Er kann nicht mehr sicher sein, ob aus den Geschützen der amerikanischen Schiffe nicht doch einmal gezieltes Feuer auf die syrischen Besatzungstruppen in Libanon gerichtet wird. Freilich braucht er eine Invasion nicht zu fürchten. Weder die USA noch Israel suchen den Krieg, und innenpolitisch kommt ihm die Spannung gerade recht. Die Stufenleiter der militärischen Eskalation aber ist in Nahost rasch erklommen.

Assad hat auch ein Interesse daran, das Feuer, in dem seine Eisen – PLO, Libanon, Golan und Komplizenschaft mit Kamikaze-Terroristen – liegen, nicht allzu sehr zu schüren.

Welle der Ängstlichkeit

Von Astaf Domberg

An einzelnen Beispielen stellt sich immer wieder die Frage, ob die Bundesrepublik und sogar die gegenwärtige Bundesregierung sich gegenüber den Machthabern in Moskau nicht wie ein Kaninchen vor der Schlange verhält. Da gibt es in Köln den Kurzwellensender „Deutsche Welle", der, neben Dutzenden von anderen Sprachen, auch auf russisch sendet und in der Sowjetunion Millionen von Hörern hat. Daß dieses russische Programm, von dem einst ein prominenter Ostexperte sagte, es sei in seiner Informationswirkung mehr wert als zwei NATO-Divisionen, von den Zuständigen ebenso stiefmütterlich behandelt wird wie die meisten anderen Ost-Programme, gehört zur Tragik oder auch Tragikomik deutscher politischer Tradition.

Nun haben sich namhafte Vertreter nichtrussischer Völker der UdSSR an Bonner Regierungsstellen mit der Bitte gewandt, man möge doch in der „Deutschen Welle" nicht nur Programme in russischer Sprache produzieren, sondern auch die anderen Nationen des Vielvölkerstaates berücksichtigen. Die Nicht-Russen in der Sowjetunion machen bereits etwa die Hälfte der Bevölkerung aus. Besonders Vertreter aus den baltischen Nationen forderten, man möge doch wenigstens kurze Informationsprogramme auf estnisch, lettisch und litauisch ausstrahlen. Ebenso bestand der Wunsch, wenigstens eine halbe Stunde täglich auf ukrainisch zu senden.

Inzwischen verstärkt sich aber der Eindruck, daß sowohl das ukrainische wie das baltische Projekt von höherer Stelle abgewürgt worden sind. In einer Zeit, in der sich ganz Osteuropa und das sowjetische Imperium im Umbruch und Übergang befinden, wo es also eminent wichtig wäre, die Stimme Deutschlands bei den osteuropäischen Völkern zu Gehör zu bringen, geschieht in Bonn wieder einmal nichts.

Die Sowjetunion hat ein Netz an Propagandasendungen in allen, selbst den entlegensten Sprachen über den Erdball ausgebreitet, demgegenüber alle westlichen Rundfunkprogramme sich bescheiden ausnahmen. Das wenige, das der Westen auf diesem Felde tut, sollte aber mit Verstand geschehen. Hier übt das Bonner Außenministerium einen höchst unglücklichen Einfluß aus. Angst vor sowjetischem Stirnrunzeln ist aber keine Politik; auch keine Informationspolitik.

Dichtung und Richtung

Von Carl Gustav Ströhm

Ob die Ära Andropow in ihren Anfängen steckt oder ob wir bereits den Anfang von ihrem Ende erleben: Jedenfalls geschehen seltsame Dinge im Machtbereich des „real existierenden Sozialismus". Während es bis jetzt üblich war, daß Moskau die anderen kommunistischen Staaten und Parteien darüber belehrte, was ideologisch richtig und falsch ist, hat sich in der sonst superlinientreuen Tschechoslowakei buchstäblich das Blatt gewendet. Die tschechoslowakische KP-Zeitschrift für Kultur, „Tvorba", attackiert in ihrer jüngsten Ausgabe die in Moskau erscheinende Zeitschrift „Sowjetskaja Literatura".

Unter der Überschrift „Über Marina Zwetajewa und die guten Emigranten" geht das Blatt mit einer Laudatio in „Sowjetskaja Literatura" ins Gericht. Nun gilt Marina Zwetajewa als eine der größten Dichterinnen russischer Sprache. Sie wird auch in der Sowjetunion viel gelesen und verehrt – obwohl sie vor der bolschewistischen Revolution seinerzeit in den Westen flüchtete und nach ihrer Rückkehr in Moskau 1941 Selbstmord verübte.

Da Marina Zwetajewa längere Zeit als Emigrantin in der Vorkriegs-Tschechoslowakei gelebt hat, fühlt sich die „Tvorba" besonders kompetent. Das Blatt wirft der sowjetischen Publikation „Inkompetenz" sowie „ideologische Fehler" vor. Die Zwetajewa habe das Fehlen künstlerischer Freiheit in der UdSSR beklagt und sich selber als „Produkt der Alten Welt" bezeichnet. Sie werde außerdem von „westlichen Sowjetologen" als Kampfmittel gegen das sowjetische System benutzt – und schließlich erinnert Prag die Sowjets daran, daß die Zwetajewa ihre „Renaissance" in problematischen Zeiten erlebt habe: nämlich 1956 und um das Jahr 1968 (also zur Zeit von Chruschtschows Entstalinisierung und des Prager Frühlings).

Mit anderen Worten: Der Außenposten bezichtigt die Zentrale der mangelnden ideologischen Wachsamkeit. Der Vorgang erscheint als Symptom dafür, wie sehr in Moskau selber einiges in Bewegung geraten ist. Denn ohne eine gewisse Rückendeckung hätte „Tvorba" diese Attacke nicht zu reiten gewagt.



„I siehg Eahna Problem so ..."

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Hurra, wir sind traurig

Von Joachim Neander

Der berühmte amerikanische Biologe Jonas Salk, Entdecker des Polio-Impfstoffes, antwortete kürzlich auf die modische Frage, ob nicht auch er an das bevorstehende Ende der Menschheit glaubte, fröhlich und ohne Ironie: „Wir müssen nicht unbedingt als Gattung überleben. Wer weiß, vielleicht entwickeln wir uns zu etwas Besserem."

Einer wie Salk, der die Stirn hat, bei dieser Frage an Chancen weiterer Evolution zu denken statt an den Atomkrieg, hätte es hierzulande schwer. In der Runde, die neulich im Fernsehen bis Mitternacht über das Thema „Die Lust am Untergang" diskutierte, hätte man ihn streng zur Ordnung gerufen. Die Sache duldet keine Fröhlichkeit.

Zwar blieb in dieser tief pessimistischen Fernsehrunde ein wenig unklar, welchen Untergang man im Auge hat. Der Münsteraner Professor Horstmann, der ein Büchlein mit dem Titel „Das Untier" geschrieben hat, sieht das als unwürdig demaskierte Menschengeschlecht in der Rolle des Sterbenden, der dem Tod nun endlich ins Auge sehen und der Sache mutig ein Ende machen sollte. Andere wiederum haben den Knopfdruck durch Ronald Reagan (natürlich, wer sonst?) im Sinn. Dem Journalisten und Hausbesetzer Benny Härlin rutschte der Satz heraus, er wolle notfalls lachend in den Tod gehen für die Lust, die Herren Kohl und Reagan untergehen zu sehen. Dann wieder war von der großen ökologischen Katastrophe die Rede und von der Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt (die ja doch eigentlich eine Explosion des Lebenswillens ist).

Man sieht, der große Untergang hat viele Gesichter. So genau kommt es nicht darauf an. Wichtig ist die Grundstimmung. Als in der Runde der Wiener Aggressionsforscher Professor Hacker am Anfang den schüchternen Einwand riskierte, es gebe doch nicht nur einen platten Optimismus, sondern auch einen platten Pessimismus, wurde er brüsk belehrt: Auch der platteste Pessimismus sei durch die Tatsachen begründet und mit keiner Art von Optimismus auch nur auf eine Stufe zu stellen.

Von diesen Tatsachen soll hier keine einzige abgestritten werden. Daß die vorhandenen Waffen die ganze Welt vernichten können (übrigens seit fünfundzwanzig Jahren) und daß die Lage überhaupt sehr bedrohlich ist, sind Binsenwahrheiten. Hier soll nur auf einige Faktoren hingewiesen werden, die eine Runde, die sich ernsthaft und nüchtern mit dem Thema „Lust am Untergang" beschäftigt, unbedingt hätte mindestens ansprechen müssen.

Da ist einmal die Tatsache, daß es Phasen solcher Untergangsstimmung in der Geschichte immer wieder gegeben hat. Gemeint sind nicht so sehr Erscheinungen wie die Kometenhysterie um 1900, sondern tiefergreifende, länger dauernde Zeitströmungen. Die Forschung hat längst entdeckt, daß solche Phasen oft direkt auf große, vergebliche Veränderungsversuche folgen. Auch daß viele Ex-Kommunisten eine Phase der Weltuntergangsstimmungen durchmachen, ist bekannt. In der Bundesrepublik fällt auf, wie viele unter den Untergangspropheten von heute noch vor fünfzehn Jahren zu den glühendsten Fortschrittsverfechtern zählten. Da schaut die Ideologie aus den Knopflöchern: Wenn *unsere* Hoffnung enttäuscht wurde, gibt es keine, darf es keine mehr geben. Daß es Leute gibt, die vor fünfzehn Jahren skeptisch waren, es heute auch sind, aber immer noch an eine Chance glauben, zählt da nicht. Die hatten sozusagen damals schon kein Recht darauf, skeptisch zu sein.

Die Deutschen scheinen für solche Strömungen besonders anfällig zu sein. In England gibt es seit Jahrzehnten das spöttische Wort von den „Byronic Teutons", was unter Anspielung auf den Dichter Lord Byron soviel wie „Weltschmerz-Teutonen" bedeutet. Das braucht man nicht mehr zu erläutern.



Weltuntergangsvision von Wolfgang Lettl: „Zwölf Uhr" FOTO: DIE WELT

Und noch etwas fällt ins Auge. Nie findet man Lust am Untergang dort, wo wirklicher Untergang sich vollzieht. Die einzigen, von denen bekannt ist, daß sie beim Zusammenbruch 1945 wollüstige Weltuntergangsvisionen hatten, sind Hitler und Goebbels. Der französische Naturforscher Blaise Pascal hingegen betete nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges: „Nimm von mir, o Herr, die Traurigkeit, die meine Eigenliebe mir einflößen könnte ..." Bekannt ist, daß es während des Bombenkrieges und später in den Hungerjahren die „Volkskrankheit Depression" praktisch nicht gegeben hat. Die Vorstellung, jene türkischen Bauern, die in Notunterkünften zitternd dem nächsten Erdstoß entgegensehen, könnten Lust am Untergang empfinden, hat etwas Irrsinniges.

Und noch eine letzte Bemerkung über die Untergangsrunde auf dem Mitternachtsbildschirm. Außer dem Theologen, der schüchtern bekannte, daß er ein Wunder nach wie vor für möglich halte, äußerte sich keiner zu der interessanten Frage, wie er denn sein eigenes höchstpersönliches Verhalten auf den drohenden Untergang ausgerichtet hat. Da tauchen ganz neue Fragen auf. Ist nicht, ein leerstehendes Haus zu besetzen mit dem Argument, man wolle es vor dem Abriß bewahren und instand(be)setzen, angesichts des nahen Untergangs etwas vollkommen Unsinniges? Und müßte eine Zeitungsschlagzeile wie „Evangelische Kirche hofft auf Genfer Verhandlungen" angesichts des Weltgerichts nicht brüllendes Gelächter hervorrufen?

Aber vielleicht steckt gerade in diesem Widerspruch zwischen der öffentlich beteuerten Angst vor dem Untergang und dem privaten Abwarten wieder ein Stück Hoffnung. Die Vorstellung, daß der Autor des „Untiers", der diese stoffwechselverseuchte Erde möglichst rasch wieder in einen unbefleckten Mond verwandeln will, Beamter auf Lebenszeit ist, enthält eine Art von Komik, in der sich Trost verbirgt.

IM GESPRÄCH Turgut Özal

Biete Bosporusbrücke

Von Evangelos Antonaros

Eine Regierung muß wie eine Armee organisiert werden." Diese bemerkenswerten Worte kommen ausgerechnet von einem Mann, der gegen den Willen der Generäle eine Wahl gewonnen hat. Aber Turgut Özal, aller Voraussicht nach der künftige Regierungschef der Türkei, weiß, wovon er redet: „Disziplin und Organisation sind zur Krisenbewältigung absolut notwendig." Daher will er unter anderem die Zahl der Kabinettsangehörigen von derzeit 29 auf 20 reduzieren – „kleine Mannschaften funktionieren besser".

Özal ist ein Mann der Tat. „Fleiß, Organisation und Entschlossenheit", heißt sein persönliches Motto, dem er 45 Prozent der türkischen Wählerstimmen zu verdanken hat. Hinzu kam eine kluge Wahlkampagne. Trotz seines Übergewichts – bei nur 165 Zentimetern Größe bringt er 185 Pfund auf die Waage – ist er kreuz und quer durch die Türkei gereist, mal im Bus mit den Parteifarben, mal im Flugzeug.

Für die Strapazen des Wahlkampfes hatte er sich Anfang des Jahres fit gemacht: In einer Spezialklinik in den USA war er um 20 Pfund „schlanker" geworden. Auf Honig, seine Frühstücksspezialität, mußte er selbstverständlich verzichten. „Aber ohne diese Abmagerungskur hätte ich die Wahl nie gewonnen", weiß er dreifache Vater heute.

Oder doch? Obwohl er eine konservative Innenpolitik und eine liberale Wirtschaftspolitik befürwortet, kommen seine Anhänger – so haben erste Wahlanalysen gezeigt – auch teilweise aus dem linken Lager, aus Protest gegen die Generäle. Seine relative Unabhängigkeit gegenüber dem Militärregime brachte dem frommen Moslem und Anti-Alkoholiker Özal Pluspunkte auch bei islamischen Fundamentalisten ein.

Dabei hatte Özal nach dem Putsch im September 1980 selbst beschlossen, unter den Generälen zu dienen – er wollte als Vizepremier das Sanierungsprogramm voranbringen, das er unter dem abgesetzten Premier Demirel im Januar 1980 ausgearbeitet und eingeführt hatte. „Eine Aufgabe muß zu Ende gebracht werden", sagte er damals. Er, der für den Beruf des Elektroingenieurs in Istanbul und in den USA studiert hat und nur aus Passion Wirtschaftsexperte geworden ist, hatte den Türken eine Roßkur verschrieben: Die Löhne wurden eingefroren, eine Arbeitslosigkeit wurde von ihm in Kauf genommen, die Inflationsbekämpfung und die Ankurbelung des Exportgeschäfts hatten Vorrang. Der Erfolg blieb nicht aus: Die Inflation wurde von jährlich 120 auf 30 Prozent gedrückt, die Türkei wurde im Ausland schon wieder kreditwürdig.



Schlankheitskur für sich und das Land: Özal FOTO: SVEN SIMON

Özal, der Lehrersohn aus der osttürkischen Provinz Malatya, stolperte im Juli 1982 über eine Bankpleite: 300 000 Kleinsparer verloren über Nacht ihr Geld. Als die Generäle ihn dafür verantwortlich machten und seinen Kurs zu korrigieren versuchten, nahm Özal seinen Hut.

„Ich mag keine Halbmaßnahmen", pflegt er zu sagen. Bleibt er dabei, so wird Özal aller Voraussicht nach kein beliebter Ministerpräsident sein. Den Türken hat er bereits gesagt, daß sie „härter, fleißiger, produktiver" arbeiten sollen. Große Gehaltserhöhungen hat er ihnen nicht in Aussicht gestellt. Die Konsumwut seiner Landsleute will er bekämpfen. Aber er will ihnen interessante Investitionsmöglichkeiten bieten – so beispielsweise die berühmte Bosporus-Brücke, die der clevere Vollblutpolitiker privatisieren will.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Das Blatt zitiert ein Antwortschreiben des Bonner Innenministeriums an eine „Friedensgruppe Münster-Geist", die Minister Zimmermann gefragt habe, „wie man denn an die vielbeschworene Finanzierung aus östlichen Quellen herankäme":

Sehr geehrter Herr Fiegebenn,

Sie haben da Entdeckungen gemacht auf unserem Faltblatt, die uns ganz unruhig machen (– vielleicht hat der Drucker mit unsichtbarer Druckfarbe gearbeitet und Sie haben das Rezept ...). Denn, wissen Sie, in unseren Exemplaren steht von der Finanzierung gar nichts. Wir haben eigens noch einmal alles durchgesehen.

Allerdings haben wir von dem finanziellen Engpaß gehört, von dem Sie schreiben. In der UZ hieß es neulich, daß die Spendenkampagne nur mäßig angelaufen sei und mit bislang 18 000 Mark nur einen Bruchteil der Kosten der Widerstandswoche von 500 000 Mark abdecke. Aber da wurde auch schon Trost in Aussicht gestellt: ein namhafter Betrag könnte durch Bürgschaften abgedeckt werden; große (und kleine) Organisationen und Einzelpersonen würden sich verpflichten ...

Und übrigens: Bei der DKP kann es so schlimm mit dem Geld nicht aussehen. Alfred Mechtersheimer sagte kürzlich erst in einem „Stern"-Interview, es gebe in der Friedensbewegung mindestens 200 hauptamtlich arbeitende Kommunisten. Die DKP fahre ihre Leute in Bussen zu den Aktionen und die bekämen auch noch Tagegeld.

Nun mögen wir Ihnen durchaus nicht empfehlen, sich an eine solche Adresse zu wenden. Aber um Sie nicht ganz ratlos zu lassen, doch ein Hinweis von uns. Versuchen Sie's mal mit Sparen und Arbeiten, beides intensiv.

Da läßt sich viel machen. Wir sprechen aus Erfahrung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag Dr. Wilhelm Mensing

HORIZONT

In der Frankfurter Zeitschrift für Werbefachleute berichtet der Werbungsunternehmer Rolf Eggert über seine Erfahrungen mit einem „Stern"-Reporter:

Dieses Interview strotzt von Unwahrheiten, Halbwahrheiten und Verdrehungen. Entsprechend ist meine Betroffenheit. Aber ich kann niemanden dafür tadeln außer mich selbst ... Ich habe mich täuschen lassen, ich war unverzeihlich gutgläubig ... Hinterher ist man klüger. Ich muß zugeben, daß Herr Salvatore, von dem ich wußte, daß er ein Weggefährte Rudi Dutschkes war, mir nicht unsympathisch war. Er ist klug, er war höflich, er hat Probleme. Ich wollte ihm weiterhelfen. Warum er dafür Rache nimmt, weiß ich nicht.

NEUE KRONEN ZEITUNG

Zur Lage des Palästinenser-Führers Arafat meint das in Wien erscheinende Massenblatt:

Arafat wollte nicht mehr so, wie seine Schutzherren wollten. Darum muß er fallen. Seine Leute wehren sich mit sowjetischen Werferbatterien, und sie werden mit sowjetischen Geschützen beschossen, und sowjetische Panzer walzen ihre Stellungen nieder. Im Kreml setzt man inzwischen auf Arafats syrische Feinde.

Hält die Stahl-Konstruktion an der Saar jetzt endlich?

Hoffnung nach dem letzten Tanz um Arbed / Von Hans-Jürgen Mahnke

Arbed und kein Ende? Zyniker meinen, eine Neuauflage des Gerangels um dieses größte Unternehmen des Saarlandes werde es 1983 vor allem deshalb nicht wieder geben, weil dieses Jahr in wenigen Wochen ausläuft. Ein Argument haben sie immerhin für sich. Vor elf Monaten, als ein ähnliches Gezerre schon einmal in aller Öffentlichkeit aufgeführt wurde, dauerte es nur ein halbes Jahr, bis Bund und Land wieder zur Kasse gebeten wurden.

Hoffentlich erfüllen sich dieses Mal die Sanierungs-Erwartungen. Den Fall Arbed, zum Ritual erstarrt, kann sich die deutsche Volkswirtschaft nicht leisten. Und dabei geht es nicht nur ums Geld.

Vor einem Jahr warnte Otto Wolff von Amerongen, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), nun werde der Weg in den Transfer-Staat beschritten. Er erntete Kritik. Aber hat er nicht recht behalten?

Subventionen, so die offizielle Lesart, sollten nicht zur Erhaltung bestehender Strukturen dienen, sondern allenfalls die Anpassung unterstützen, damit dauerhafte Arbeitsplätze gesichert werden können. Bei Arbed Saarstahl wurde dieses Prinzip nicht durchgehalten. Bei dem, was betriebswirtschaftlich notwendig war, mußten regionalpolitische Belange berücksichtigt werden. Denn rund ein Drittel der industriellen Arbeitsplätze des Saarlandes hängen immer noch direkt oder indirekt von diesem Konzern ab.

Damit läßt sich zwar ein staatlicher Handlungszwang begründen. Aber fragwürdig bleibt er dennoch. Immerhin summieren sich die Beihilfen je Arbeitsplatz schon jetzt auf einen Betrag, der dem entspricht, was ein Arbed-Beschäftigter in drei Jahren verdient. In dieser Hinsicht ist dieses Unternehmen einzig in der Bundesrepublik und nimmt auch in der europäischen Stahlindustrie eine Spitzenstellung ein. Und trotzdem müssen weitere Arbeitsplätze abgebaut werden. Dieses ist nicht verwunderlich, da immer noch ein Teil der Produkte einen technologischen Standard haben, der von anderen Ländern billiger angeboten werden kann. Dafür ist das Lohnniveau in der Bundesrepublik zu hoch, wird zu wenig nach der Leistungskraft einzelner Branchen differenziert.

Sicher, bei Arbed gab es schon vor einem Jahr Einschnitte, haben die Arbeitnehmer auf zugesagte Leistungen verzichtet, sollen jetzt eine oder mehrere Lohn-Nullrunden folgen. Die Lohnhöhe ist allenfalls eine Seite der Medaille. Die Sozialgesetzgebung ist die andere. Und die wiegt sogar schwerer, obwohl sie öffentlich nicht diskutiert wird. Experten weisen unter der Hand darauf hin, daß die personellen Anpassungen schon vor einem Jahr nicht in dem notwendigen Umfang vorgenommen werden konnten, weil ein erheblicher Teil der Belegschaft aufgrund verschiedener Schutzvorschriften eine Quasi-Arbeitsplatzgarantie hat. Entlassen werden können am leichtesten, so heißt es, jene, die das Unternehmen halten möchte.

Gerade auch vor diesem Hintergrund mutet der Streit um die Höhe der Sozialpläne für vorzeitig Ausscheidende wenig überzeugend an. Er zeugt nur von einem ungebrochenen Besitzstandsdenken, das noch durch die Erkenntnis genährt wird, daß immer dann, wenn die Rechnung nicht aufgeht, der Staat schon einspringen wird. Wie soll der jedoch einem Arbeitnehmer, der Arbed-Stahl verarbeitet und arbeitslos wird, klarmachen, daß er nur eine Unterstützung erhält, die wesentlich niedriger ist?

Nahezu grotesk ist der Hinweis, daß die staatlichen Hilfen mit den Eigenleistungen des Eigentümers, der Banken und Belegschaft verknüpft sind. Nach der Grundauffassung unserer Wirtschaftsordnung liegt das Risiko dafür, daß es am Markt nicht so läuft wie geplant, doch wohl in erster Linie bei den Unternehmern. Allerdings, und so macht allenfalls dieser Hinweis einen Sinn, wurde der Geschäftsleitung zu stark in ihre Arbeit hineinregiert. Bund und Land haben bei Arbed etwas gemacht, was sie sonst bei der Umstrukturierung der Stahlindustrie ablehnen, sie haben sich mit einem bestimmten Konzept identifiziert. Ist dieses nicht schon wieder ein Wechsel auf die Zukunft?

Wie gesagt, man kann nur hoffen, daß er nicht platzt. Aber einige Lehren sollten aus diesem Fall gezogen werden. Es hat sich doch gezeigt, daß das eigentliche Problem von Arbed, aber auch von anderen Branchen, in der mangelnden Flexibilität liegt, in dem Unvermögen, rasch und adäquat auf geänderte Marktbedingungen reagieren zu können. Regional- oder sozialpolitische Rücksichtnahmen sind einfach zu groß. Hier muß angesetzt werden. Dies geht sicherlich nur mit den Gewerkschaften. Aber dies setzt bei ihnen auch die Einsicht voraus, daß Arbeitsplätze nur sicher sind, wenn sie rentierlich sind. Die Lösung kann nur weniger Staat, nicht mehr heißen. Auch dafür steht der Name Arbed, oder jedenfalls: dafür sollte er stehen.



Der schnelle Auf- und Abstieg des Mr. Nobody

In acht Jahren baute er seine Firma zum drittgrößten Baumaschinenkonzern der Welt auf. Jetzt steht Horst-Dieter Esch vor den Trümmern seines Werkes. Die Rezession, Probleme mit den Banken und eigene Fehlkalkulationen führten zum Niedergang.

Von DANKWARD SEITZ



Horst-Dieter Esch mußte beim Amtsgericht für seinen Baumaschinenkonzern Vergleichsantrag stellen FOTO: WOLF P. PRANGE

Den größten Baumaschinen-Hersteller der Welt, die amerikanische Caterpillar Corp., glaubte er nie überholen zu können. Aber ein guter zweiter Platz in der Weltrangliste schien ihm ohne Frage erreichbar. Dieser Traum des 40jährigen Horst-Dieter Esch, Gründer, Vorstandsvorsitzender und Mitaktionär des Mainzer Baumaschinen-Konzerns IBH Holding AG, platzte am vergangenen Freitag jäh. Zwei Tage nach der spektakulären Stützungsaktion des deutschen Kreditgewerbes für die SMH-Bank, seiner Hausbank, mußte er beim Amtsgericht Mainz Vergleichsantrag stellen.

Der wohl schillerndste Jungmanager der siebziger Jahre mußte die Waffen strecken. Und mit ihm bleibt wohl auch die IBH auf der Strecke, die er mit unkonventionellen Mitteln und Methoden innerhalb von nur acht Jahren zum drittgrößten Baumaschinen-Produzenten der Welt mit rund 2,5 Milliarden Mark Umsatz und über 10 000 Beschäftigten gemacht hatte.

Die Stunde der Wahrheit hatten schon viele seit Jahren für ihn kommen sehen: die Banken, die Konkurrenz und viele sogenannte Branchenkenner. An Skeptikern mangelte es nie. Sie alle werden sich jetzt bestätigt fühlen. Doch Schadenfreude im nachhinein scheint fehl am Platz. Denn ob die folgenschwere Schieflage der SMH-Bank letztendlich durch die IBH ausgelöst wurde oder ob dadurch das noch nicht sturmfeste Finanzgebäude des jungen Baumaschinen-Konzerns zum Einsturz gebracht wurde, darüber kann – wenigstens vorerst – nur spekuliert werden. Fest steht nur, daß es Esch nie gelungen ist, das Vertrauen der Großbanken zu gewinnen und sich daher fast notgedrungen eine zu einseitige und damit riskante Verbindung zu seiner Hausbank im Laufe der Zeit ergab.

Sein Studium verdiente Esch im Autokino

Bei der Frage des Warum spielt wohl die Person des Unternehmers Horst-Dieter Esch die entscheidendste Rolle. Denn der Ansatz seiner Unternehmensphilosophie ist auch heute noch durchaus plausibel. Er hatte erkannt und war davon überzeugt, daß nur ein großer, reinrassiger Baumaschinen-Konzern mit Produktionsstätten in allen wichtigen Ländern langfristig und ertragreich nationale Konjunkturkrisen überleben kann. Doch die, die er für sein Konzept zu gewinnen hoffte, sahen in ihm den „Spieler" und ein „Großmaul", der in einem Alter, wo andere auf ihre erste Beförderung zum Prokuristen warten, glaubte, gegen altgediente und erfahrene Manager antreten zu können. Das konnte (durfte?) nicht gutgehen.

Der Aufstieg vom Mr. Nobody zum drittgrößten Baumaschinen-Hersteller der Welt begann – wie könnte es anders sein – in den USA. An den Universitäten in Utah und Los Angeles studierte Esch modernes Management. Sein Studiengeld verdiente er sich als Kartenabreißer in Autokinos. Auf dem Rückflug nach Deutschland 1967 saß neben dem frischgebackenen Master of Business Administration der Chef der deutschen Baumaschinenfabrik Duomat. Die beiden kamen ins Gespräch, und noch vor der Landung in Frankfurt hatte Esch einen Job als Verkaufsassistent. Schon bald rückte er zum Leiter der US-Filiale auf, die Duomat mit dem britischen Baumaschinen-Händler John Blackwood-Hodge unterhielt.

Von seinem Verkaufsgenie begeistert, machten ihn die Briten schon nach wenigen Monaten zu ihrem Verkaufschef für Europa. Den neuen Arbeitgeber nutzte Esch, der Phantasie und Risikofreude oder hohe Einsätze beim Backgammon-Spiel nie scheute, auch zur privaten Vermögensbildung. Er spekulierte mit Blackwood-Hodge-Aktien, setzte alles auf eine Karte und gewann innerhalb kurzer Zeit 1973 eine Million Mark – das Startkapital für „seine" IBH. Er träumte von Anfang an, mit seinem Konzept einen der größten Baumaschinen-Konzerne der Welt mit vier bis fünf Milliarden Mark Umsatz aufzubauen – eine Internationale Baumaschinen-Holding.

Schon dieser Plan löste allgemeine Skepsis aus, zumal die Baumaschinen-Branche unter den Auswirkungen des ersten Ölpreisschocks weltweit in eine schwere Krise geriet. Selbst bei der Eintragung des Firmennamens in das Handelsregister verweigerte man ihm diesen Anspruch und stutzte den Firmennamen auf die drei Buchstaben IBH zusammen.

Als dann in der Bundesrepublik die meisten mittelständischen Baumaschinen-Hersteller mit der Krise in die roten Zahlen rutschten, sah er seine Zeit gekommen. Weil die Managementqualitäten in manchen Familiengesellschaften gegen Null tendierten, was in 20 Jahren Hochkonjunktur noch überspielt werden konnte, jetzt aber um so stärker zu Buche schlug, fielen ihm die Unternehmen wie reife Früchte zu. Man war froh, sie los zu werden, und verschleuderte sie sogar mehr oder weniger zum Nulltarif. Und Esch griff zu, wenn ihm die Produktpalette eines Unternehmens zukunftssicher erschien, selbst wenn die Verluste nicht zu übersehen und die Produktionsanlagen veraltet waren.

Eine Firma nach der anderen wurde aufgekauft

Bei allem legte der Newcomer zudem noch eine Geschwindigkeit an den Tag, die Vorurteile geradezu herausforderte. Ohne viel eigenes Geld und ohne verläßlichen Rückhalt kaufte der als Sohn eines Schlossers geborene Esch eine sieche Baumaschinenfirma nach der anderen auf. Bis Ende 1978 hatte er schon vier deutsche Firmen unter dem Dach der IBH vereint – darunter auch Duomat, seinen ersten Arbeitgeber. Bis Ende 1982 ging es weiter, Schlag auf Schlag. In Frankreich übernahm er die drei Firmen Derruppe, Maco Meudon und Pingon, in Großbritannien Hymac und Winget & Blaw Knox und in der Bundesrepublik Hanomag und Wibau. Der ins Schleudern geratene amerikanische Autokonzern überließ ihm die Baumaschinen-Tochter Terex mit Werken in den USA, Brasilien und Schottland.

Dabei half es Esch auch nichts, daß er im Laufe der Zeit einen recht bemerkenswerten Kreis von IBH-Aktionären präsentieren konnte. Die finanzstärksten Anteilseigner (Grundkapital 240 Millionen Mark, Eigenmittel 501 Millionen Mark) wurden General Motors und die saudiarabische Dallah Est mit jeweils 19,6 Prozent, die britischen Firmen Powell Duffryn und Babcock International mit jeweils 13,2 Prozent und eben die angesehene Privatbank SMH mit 7,5 Prozent.

Der jugendliche wie undurchschaubare Esch blieb den Banken suspekt. Sie wollten abwarten, wie er seinen Laden konsolidieren und den Ansprüchen eines noch weitgehend wirren Milliarden-Mark-Unternehmens gerecht werden wollte. So gehörten die Probleme, die aus einer schmalen Eigenkapitalausstattung und angespannter Liquidität resultierten, trotz potenter Aktionäre zur IBH, solange es sie gibt. Der sich schließlich einstellende Zwang auf immer komplizierteren Wegen das notwendige Kapital verschaffen zu müssen, wurde durch die seit Jahren anhaltende Baumaschinen-Baisse verstärkt. Denn hätte sich der desolate Markt erholt, seine Chancen wären trotz zahlreicher Handicaps gegenüber der etablierten Konkurrenz nicht schlecht gewesen.

So hatten sich aber bis zuletzt Bankverbindlichkeiten der Gruppe im In- und Ausland auf 550 Millionen Mark – davon 260 Millionen Mark bei der deutschen Gruppe – angesammelt. Hinzu kommen Lieferantenverbindlichkeiten in der Größenordnung von rund 220 Millionen Mark. Eine Kapitalerhöhung im Dezember um 100 Millionen Mark und ein Forderungsverzicht von 200 Millionen Mark seitens der Aktionäre sollten das Schlimmste verhüten. Doch durch die Schieflage der SMH-Bank war dieses Sanierungskonzept hinfällig geworden. Zudem hat die Mainzer Konzernzentrale bisher für 1982 noch keine Bilanz vorgelegt, so daß allen Betroffenen durchaus noch die eine oder andere Überraschung bevorstehen kann.

Daß Esch mit „seiner" IBH einmal den schweren Gang zum Konkursrichter antreten müßte, daran hat er nie gedacht. Selbst eine Schieflage zog er früher kaum in Betracht. Auf zweifelnde Fragen antwortete er einmal vor etwa zwei Jahren: „Dann gibt es keine Flucht in die rettenden Arme einer Bank oder eines Großaktionärs. Dann gibt es für mich und meine Mannschaft nur den Weg der eigenen Befreiung: härter arbeiten."

Wenn der Regen kommt, wird Bangkok zu einem Venedig

Jedes Jahr sinkt Bangkok um etwa zehn Zentimeter. Der Monsunregen nagt an den ohnehin überlasteten Fundamenten. Wenn das so weitergeht, gibt es Bangkok im nächsten Jahrhundert nicht mehr. Die Gefahr ist akut. König Bhumipol hat persönlich einen Rettungsplan vorgelegt.

Von CHRISTEL PILZ

Ganze Stadtteile hat der Monsunregen unter Wasser gesetzt. Der Hochstand des Chao Phya-Flusses trägt seinen Teil bei. Hotels bieten Sondertarife für jene, deren Häuser unbewohnbar wurden, andere schleppen Möbel, Betten und Haushaltsgeräte in obere Etagen – so welche da sind. Ganz schlecht dran sind jene, die in den Bungalow-Siedlungen der Vororte von Bangkok leben. Und wieder trifft es die Menschen in den Slums aus Bretterbuden am härtesten. Hier ruiniert das Wasser alles. Die Universität mußte schließen; sie stand zeitweise einen Meter unter Wasser.

Häusermakler nutzen die Gelegenheit, bislang schwer verkäufliche Appartement- und Büroeinheiten in Hochbauten an den Mann zu bringen. Fünf-Zimmer-Wohnungen aber kosten hier eine halbe Million Mark oder mehr. Monatsmieten rangieren zwischen drei- und siebentausend Mark.

Straßen brechen auf, Brücken stürzen ein

Überschwemmungen sind den Thais nichts Neues. Sie kommen jedes Jahr im Gefolge der Regenzeit, die im Mai beginnt, sich im September verstärkt und in den letzten Monaten Oktober und November ihren Höhepunkt erreicht, ehe im Dezember der Himmel wieder strahlend blau wird. Jedes Jahr sind die Schäden gewaltig: Straßendecken werden weggespült, Brücken zerbrechen, Baufundamente werden ausgehöhlt, ganze Geschäftsblocks legen sich schief, zwischen Bürgersteigen und Häuserwänden entstehen tiefe Gräben.

In diesem Jahr war es besonders schlimm: Die schwersten Niederschläge seit dreißig Jahren. Den Kopf über Wasser zu halten, ist im Sinne des Wortes zu einer Hauptbeschäftigung der fünf Millionen Bangkoker geworden. Verständlich, daß der berühmte Gleichmut der Thais ins Wanken geriet und Ärger gegen Stadtverwaltung und Regierung laut werden. Bürger und Zeitung fordern den Rücktritt des 65jährigen Oberbürgermeisters, Tiam Makkarananda. Doch der ehemalige Admiral denkt gar nicht daran, aus dem „sinkenden Schiff" zu springen. Die Stadt tue, was sie könne. Der Grund, warum keine wirksame Abwehr möglich sei, liege darin, daß es keine übergeordnete Zentralstelle gebe, die für die Verhinderung solcher Katastrophen zuständig sei. Über elf verschiedene Behörden stehen unabhängig voneinander – und teils gegeneinander – im Einsatz. Es fehle der Stadt Geld, mehr Pumpen zu kaufen, sagt der Bürgermeister.

Doch selbst wenn sie mehr Pumpen hätte, wohin soll sie die Wassermengen leiten? Von einem Stadtviertel ins andere? Von der Innenstadt in die Außenbezirke? Eben das wird getan. Zur Zufriedenheit der Stadtkernzonen, von denen einige zeitweise völlig trocken sind, zur Wut der Vorortbewohner, die immer wieder Dämme einbrechen, auf daß die Fluten sich „gerecht" verteilen. Schon zwei Monate währt der Kampf mit dem Wasser. Dieser Tage erreichte er einen neuen Höhepunkt: Der Chao Phya-Fluß stieg um zwei Meter. 42 Nationalstraßen sind unbefahrbar geworden. Insgesamt werden die Schäden auf mehrere Milliarden Mark geschätzt.

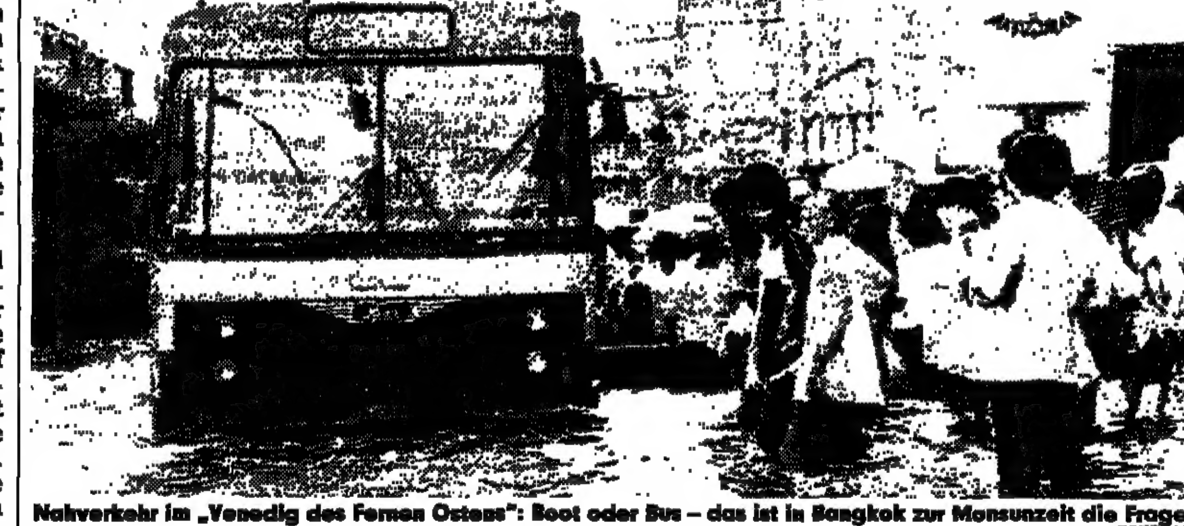
Bangkok, einst das „Venedig des Fernen Ostens", ist das jetzt wieder, wenn auch ungewollt und in anderem Sinne. Die Katastrophe ist zum Teil hausgemacht. Man hat in den vergangenen Jahren die einst unzähligen Klongs (Kanäle, durch die das Wasser abließ), zugeschüttet und sie zu Straßen gemacht. Dazu kommt, daß der sandig-lehmige Boden sinkt. Experten nennen dafür zwei Gründe: den Bau Tausender artesischer Brunnen, aus denen die städtischen Wasserwerke, private Haushalte und die Wirtschaft ein Drittel des gesamten Trinkwassers beziehen. Schlimmer noch wirke sich aber das Ausbaggern des Flußbettes des Chao Phya aus, womit Hochseeschiffen die Einfahrt in den Bangkoker Hafen Klong Toey ermöglicht wird. Bangkok sinkt zwischen fünf und fünfzehn Zentimeter pro Jahr, und ohne Gegenmaßnahmen wird es im nächsten Jahrhundert versinken.

Die Flußlage und die Nähe zur See hatten König Rama I. vor 201 Jahren dazu bewogen, das Olivendorf „Ban Kok" zum Sitz seiner neuen Residenz zu wählen. Der Fluß bot einen natürlichen Schutz gegen die Birmanen im Westen, die die frühere Königsstadt der Thais, Ayudhaya, 1767 in Schutt und Asche gelegt hatten, eine Stadt, die größer war als London oder Paris. Rama I. dachte strategisch, und das Überleben Bangkoks und seiner Chakri-Dynastie gaben ihm recht. Bangkok wurde zum Magneten der Nation, gefördert von einer zentralistischen Administration. Die Stadt wuchs und wuchs. Ohne Planung, ohne Baugesetze, nach freiem Belieben ihrer Einwohner, die nicht ohne Grund „Thais" heißen – Thai heißt frei.

Schon vor 30 Jahren warnten die Experten

Heute leben in der Stadt über fünf Millionen Menschen, rund 13 Prozent aller Thais. Sie ist ein vibrierendes, schillerndes Konglomerat, wo asiatische Tradition und westliche Neuerung fließend ineinander übergehen. Noch immer ist das Palastviertel eine Märchenwelt königlicher Ehrwürdigkeit, bunter Tempeltürme, buddhistischer Gläubigkeit, mit Mönchen und Nonnen, die frühmorgens mit ihren Reisschalen durch die Straßen ziehen und der Bevölkerung die Chance geben, mit Nahrungsspenden „Merit" zu machen, Gutes ihrer eigenen Seele zu tun. Die Bangkoker bauten und bauten. Und das auf Fundamenten, die einer solchen Last nicht gewachsen sind. Schon vor dreißig Jahren warnten holländische Experten vor den Folgen, die heute zum Bild der Stadt gehören: Risse in Gebäuden und Brücken, sich schief und wellig legende Straßen, klaffende Spalten zwischen Gehsteigen und Häuserfronten.

Daß die Lage jetzt akut ist, ist die Erkenntnis dieser Monate. Premierminister Prem erklärte Bangkok zu einem „nationalen Problem", und König Bhumipol verkündete der Öffentlichkeit einen unter seiner Schirmherrschaft ausgearbeiteten Rettungsplan. Wie immer, wenn der tief verehrte König in Angelegenheiten des Volkes eingreift, wird er gehört. Und was er sagt, wird getan. Bangkok sinkt, aber es wird wohl nicht untergehen.



Nahverkehr im „Venedig des Fernen Ostens": Boot oder Bus – das ist in Bangkok zur Monsunzeit die Frage FOTO: AP

Tumulte im Prozeß gegen Terroristen

AP. Düsseldorf

Zu Tumulten und Prügeleien ist es gestern im Mordprozeß gegen die Terroristen Adelheid Schulz und Rolf Clemens Wagner vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf gekommen. Nachdem in dem streng abgeschirmten Sondergerichtsgebäude der 5. Strafsenat den Antrag der Verteidiger auf Zusammenlegung der Angeklagten in eine gemeinsame Justizvollzugsanstalt und Entfernung der auf der Anklagebank sitzenden Justizbeamten abgelehnt hatte, erklärte Wagner: „Das können wir so nicht länger akzeptieren. Dann werden wir die Sitzordnung hier faktisch ändern."

Als Schulz und Wagner aufstanden, um neue Sitzpositionen einzunehmen, wurden sie daran von Justizbeamten gehindert und aus dem Saal getragen. Daraufhin kam es unter den rund 30 Zuhörern, vornehmlich Sympathisanten der „Roten Armee Fraktion" (RAF) zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Sicherheitsbeamten. Einige der Zuhörer beschimpften die Beamten als „Schweine" und „Faschisten", andere übersprangen die Sicherheitsbarriere und liefen auf den Richtertisch zu.

Einer der Zuhörer ergriff einen Stuhl und postierte sich vor die Bundesanwaltschaft. Daraufhin wurden alle 30 Zuhörer aus dem Gerichtssaal gewiesen. Hierbei kam es zu Prügeleien zwischen einigen Zuhörern und Beamten. Wenig später unterbrach der Gerichtsvorsitzende Klaus Arend die Sitzung.

Schulz und Wagner wird vorgeworfen, sich an der Entführung und Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer und seiner vier Begleiter im September 1977 beteiligt zu haben. Die Bundesanwaltschaft legt Frau Schulz außerdem Mittäterschaft an der Ermordung des Bankiers Jürgen Ponto im Juni 1977 zur Last. Der Prozeß war am 11. Oktober eröffnet worden.

Austausch mit jüdischer Jugend

rs. Bonn

Ein besseres gegenseitiges Kennenlernen von deutschen Jugendlichen und ihren jüdischen Altersgenossen aus den Vereinigten Staaten soll ein Austauschprogramm ermöglichen, auf das sich die Bundesregierung und die B'Nai B'Rith, die größte jüdische Organisation, geeinigt haben.

Bei ihren politischen Gesprächen in Bonn brachte die amerikanische Delegation von B'Nai B'Rith ihre Sorgen über die Situation der Juden in der Sowjetunion vor. Der elftägige Besuch mit zahlreichen Treffen deutscher Politiker diente auch der Information, inwieweit die teilweise einseitige Berichterstattung in den europäischen Medien das Bild der deutschen Entscheidungsträger gegen Israel geprägt hat.

Der Wohnungsbau oder die Achillesferse der SPD

Von PETER SCHMALZ

Der Platz an der Sonne zählt unumstritten zu den angenehmsten Sitzgelegenheiten, weshalb die Konkurrenz oftmals groß und das Gedränge beängstigend ist. Da der Stuhl des Münchner Oberbürgermeisters politisch gesehen in Bayern als einer der sonnenreichsten gilt und die 1,3 Millionen Münchner im kommenden März mit dem Stimmzettel darüber entscheiden, wer für weitere sechs Jahre im Glanze dieses Lichtes sitzen darf, erlebt die bayerische Landeshauptstadt derzeit das Duell zweier stadtbekannter Herren, die sich mit dem Brustton der Überzeugung gegenseitig die Qualifikation für den Münchner Sonnenstuhl absprechen.

So läßt Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter, den die SPD-Genossen einst so ärgerten, daß er nicht mehr ihr OB sein wollte, es sich nun aber anders überlegt hat, in der ganzen Stadt blaue Plakate mit roten



Farbtupfern kleben, auf denen über seinem Namenszug die klassenkämpferischen Worte zu lesen sind: „Uns sind 400 000 Mieter wichtiger als eine Handvoll Baulöwen und Spekulanten."

Worauf Kronawitters Amtsnachfolger Erich Kiesl von der CSU entrüstet von übler Agitation spricht und flugs kürzlich einen „Wohnungspolitischen Kongreß" nach München einberufen hat, auf dem er vor hochkarätig besetztem Kongreßplenum Lob zuhauf kassieren konnte: Bundesbauminister Oscar Schneider rühmte die „schöpferische Phantasie" seines Parteifreunds Kiesl, und Bayerns Innenminister Karl Hillermeier dankte für Kiesls wohnungspolitische Initiativen. Denn einig sind sich die drei CSU-Politiker: Bester Mieterschutz ist der Bau preisgünstiger Wohnungen.

Hier aber wittert Kiesl die Achillesferse seines bei den Münchnern noch immer beliebten Konkurrenten Kronawitter, der in seiner Amtszeit von 72 bis 78 zum Gefangenen der ideologischen Scheuklappen-Betrachtung wurde, wonach jemand, der sich den Bau eines Hauses leisten kann, ein bekämpfenswerter Kapitalist sein müsse. Entsprechend wurde der Wohnungsbau in München politisch mit dem Ergebnis gebremst, daß eine Wohnungsnot wucherte und die Stadt zum heißen Tip für Spekulanten wurde.

Gerne zitiert Kiesl die Bauzahlen aus Kronawitters Amtszeit: Wurden 1973 noch 16 800 Wohnungen fertiggestellt, so waren es in Kronawitters letztem Amtsjahr nur noch 4379. Die Zahl der neuen Sozialwohnungen sank im gleichen Zeitraum von 1500 auf 643. Kiesl: „Bei Fortsetzung dieser Wohnungspolitik war bis 1990 mit einem Nachfrageüberhang von 22 000 Wohnungen zu rechnen."

Neu im Amt, warf Kiesl das Ruder unverzüglich herum und ernannte die Förderung des freifinanzierten wie sozialen Wohnungsbaus zum Thema Nummer 1, in das er seit 1979 bis einschließlich 84 über 1,4 Milliarden Mark investierte. Wurden 78 damals 5366 Wohneinheiten genehmigt, so waren es allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres 9300. Mit einem breitgefächerten Angebot wurde zudem Wohnraum geschaffen für Mittelverdiener, deren Traum von den eigenen vier Wänden im Strudel der Münchner Baupreise unrettbar verloren schien.

Aufsehen erregte Kiesl zudem mit seinem „Münchner Modell" der Förderung von Sozialwohnungen (das übrigens nahezu parallel in Hamburg entwickelt wurde): Nicht mehr der Bau der Wohnung wird bezuschußt, sondern die Miete, die ein Sozialwohnungsberechtigter zahlen muß, der sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Bleibe gesucht hat. Kiesl lobt die Vorteile seines Modells: „Der finanzielle Aufwand dieser Subjekt-Förderung liegt ein Vielfaches unter dem der Objektförderung. Mit einem Jahresbetrag von 34 Millionen Mark können 23 000 Haushalte gefördert werden, durch die Objektförderung könnten damit aber nur 340 Sozialwohnungen gebaut werden."

Hier aber träufelte Bayerns Innenminister Hillermeier während des Münchner Kongresses einige Wermutstropfen in Kiesls Wohnungs-Wein. Die reine Subjektförderung, so der Minister, rege den Wohnungsbau für förderungsbedürftige Personengruppen nicht an, der Aufwand an Förderungsmitteln lasse sich nicht sicher vorherbestimmen, Staat und Gemeinden haben keinen Einfluß auf Standort, Lage, Größe und Ausstattung der bezuschußten Wohnungen.

Hillermeier schlägt deshalb eine Mischung vor, die zur sprachlichen Mißgeburt geriet: die objektgebundene Subjektförderung. Dahinter steckt insofern eine Weiterentwicklung der Münchner Subjektförderung – die nach den Worten von Hillermeier eigentlich nur eine Aufstockung des Wohngeldes ist –, als diese Subjektförderung zwar mit einem Rechtsanspruch versehen wird, die der Staat nach seinen Kriterien ausgewählt hat.

Noch ist ungewiß, ob konkrete Maßnahmen bereits während des Münchner Kommunalwahlkampfes beschlossen werden, die Kiesl den Bürgern als weiteren Erfolg seines wohnungspolitischen Brainstormings vorführen kann. Doch unabhängig davon sieht sich SPD-Herausforderer Kronawitter auf diesem Sachgebiet, das zu einem der wichtigsten Wahlkampfthemen wird, in Bund, Land und Stadt einer geschlossenen CSU-Phalanx gegenüber.

Und nun attackiert ihn auch noch sein früherer persönlicher Rathaus-Referent Helmut Pfundstein, der künftig das Rathaus-Direktorium leiten wird und als intimer Sachkenner gilt. Nach Kronawitters Schelte der Wohnungspolitik von Kiesl schrieb Pfundstein einen offenen Brief an den „lieben Schorsch", in dem er bekennt: „Ich persönlich bin der Auffassung, daß Oberbürgermeister Kiesl wesentlich größere Erfolge aufzuweisen hat. Ich bin auch der Auffassung, daß er diese größeren Erfolge deshalb errungen hat, weil er ein besseres Konzept besitzt und sich mit größerem persönlichen Engagement dieses Problems angenommen hat."

Aus für den Einheits-Professor

BVG gibt Klage von 800 Hochschullehrern auf eine angemessene Amtsbezeichnung statt

PETER PHILIPPS. Bonn

Der Hochschulverband, Berufs- und Standesorganisation der Professoren in der Bundesrepublik Deutschland, hatte bereits vor einigen Monaten das richtige Gespür: In der Stellungnahme für das von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms berufene unabhängige Expertengremium, das Vorschläge für eine eventuelle Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) erarbeiten soll, forderte der Verband:

Die in Paragraph 43 HRG aufgestellte „Fiktion des Gesetzgebers von einem einheitlichen Professorenamt mit der Folge einer einheitlichen Amtsbezeichnung für alle Professoren an allen Hochschulorten (ist) aufzugeben". Es seien statt dessen „drei verschiedene Professorenämter und zwar an wissenschaftlichen Hochschulen, an künstlerischen Hochschulen und an Fachhochschulen mit nach Hochschularten unterschiedenen Amtsbezeichnungen einzuführen".

Auch wenn Frau Wilms vor der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) am Montagabend noch einmal die „einheitliche Rechtsordnung für das Hochschulsystem" beschwor und in ihrem Haus auf Länderzuständigkeit in der Ausfüllung des HRG verwiesen wird, so kann die Bildungsministerin an diesem Punkt zumindest nicht an einer baldigen Reform des Hochschulrahmengesetzes vorbeikommen. Denn nach einer Klage von mehr als 800 Professoren aus Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden: Die einheitliche Amtsbezeichnung „Professor" für akademische Lehrer an Wissenschaftlichen Hochschulen wie an Fachhochschulen ist bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Aufgaben und Qualifikationen nicht mit Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes zu vereinbaren.

Dort heißt es: „Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln." Und dies bedeutet nach der Karlsruher Entscheidung auch, daß dem Beamten eine angemessene Dienstbezeichnung zusteht. Angemessen heiße, so die Auslegung, daß die Amtsbezeichnung im Rahmen des Möglichen erkennen lasse, wo das Amt nach der „von seinem Inhaber zu fordernden Befähigung und Leistung im Gefüge der Ämter des betreffenden Bereichs" hingehöre. Bei der momentanen Einheitsbezeichnung „Professor" werde der besondere Stellenwert aber nicht deutlich, der den Ämtern von Professoren an Wissenschaftlichen Hochschulen zukomme.

Mit dieser Entscheidung aus Karlsruhe ist höchstrichterlich ein Streit beendet worden, der seit der Einführung des HRG vor sieben Jahren schwelte. Dabei ging es den Professoren an Wissenschaftlichen Hochschulen nicht um Anrede und Titel, sondern um die Nivellierung, die mit der wachsenden Zahl von „Discount-Professoren" mit geringerer wissenschaftlicher Qualifikation um sich griff. Denn unter den Fachhochschullehrern erfüllt nur ein Teil die üblichen Einstellungsvoraussetzungen nach Paragraph 44 HRG: Nach der Abfassung einer Dissertation (mindestens „magna cum laude") macht sich der angehende Hochschullehrer an das Verfassen einer Habilitationsschrift, die als Ergebnis mehrjährigen Forschens vorgelegt wird. Wird diese Arbeit von der Fakultät angenommen, folgt vor der versammelten Professorenschaft der Habilitationsvortrag mit anschließendem wissenschaftlichen Disput. Erst dann kann die Lehrbefugnis erteilt werden.

Über den Discount-Weg geht es einfacher: Nach mindestens fünfjähriger praktischer Tätigkeit als Dozent an der Fachhochschule folgt die „Übernahme" als Professor. Besonders schwer mit der Übernahme ins Professorenamt tat sich dabei Nordrhein-Westfalen. Noch im vergangenen Monat mahnten die Fachhochschullehrer den Vollzug an. Nun bläst Karlsruhe zur Umkehr.

Schlechte Noten für Regierung Rau

Kommission zur Verwaltungsvereinfachung kritisiert auch jüngere NRW-Gesetze

WILM HERLYN, Düsseldorf

„Ich will", sprach Johannes Rau, „streitige Vorschläge haben." Und die hat er nun bekommen. Denn was die von ihm 1981 eingesetzte Kommission zur Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung unter der Leitung des Konstanzer Politologie-Professors Theodor Ellwein jetzt vorstellte, ist alles andere als ein gutes Zeugnis für die Landesregierung, auf deren Panier „Bürgernähe und Dialog" stehen. Gleichermaßen schlecht sind die Noten für den Gesetzgeber, der nach Ansicht Ellweins unverständliche, überflüssige und „zu hoch angesiedelte" Verordnungen und Gesetze befürwortet und passieren läßt.

Kommission durchforstete mehr als 400 Gesetze

Immerhin durchforstete die Kommission, der unter anderem der Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes, der Bochumer Sprachwissenschaftler Siegfried Grosse oder der ehemalige FDP-Landtagsfraktionschef Hans Koch angehören, 424 Gesetze, von denen allerdings nur 270 Gesetze „mit Regulierungsfolgen" sind. Davon sollen nun, so schlägt Ellwein vor, mindestens 78 gänzlich – weil überflüssig – abgeschafft werden, 38 Gesetze sollen redaktionell wie inhaltlich vereinfacht werden, und weitere zehn müßten noch einmal gesondert überprüft werden. Folgte der Landtag diesem Ansinnen, würde Nordrhein-Westfalen mit seinem „schlanker gewordenen" Gesetzesteil unter dem Durchschnitt aller Bundesländer liegen.

So einsichtig aber manches an den Vorschlägen ist, so wenig kann das auf die Gegenliebe etwa des Kabinetts von Johannes Rau stoßen. Sind doch dabei Gesetze, die erst von dieser Landesregierung auf den Weg gebracht worden sind, etwa das Kindergartengesetz, das Ellwein für überflüssig hält. Unter dem Bündel der wohlfeilen Ratschläge befindet sich aber auch der Vorschlag, das teure, aber auch gegenüber einem möglichen Mißbrauch äußerst anfällige Briefwahlgesetz abzuschaffen. Erinnerlich aus jüngster Zeit ist das Beispiel Gelsenkirchen, wo bei der Kommunalwahl 1979 immerhin 518 Briefwahlunterlagen gefälscht worden sind.

Dennoch: Diese Idee mag kaum bürgerfreundlich sein, denkt man an alte und gebrechliche Leute oder an Kranke, die ihr verbürgtes Verfassungsrecht der Wahl dann nicht ausüben könnten. Dieses Argument kann Ellwein auch nicht umgehen, wenn er als Alternative „mobile Wahllokale" anbietet oder eine „vorzeitige Stimmabgabe" bei besonders dringlichen Fällen. Er würde mit solchem Ansinnen eine noch teurere Bürokratie herbeiführen, also das Gegenteil seiner Absicht erreichen.

Der eigentliche Pferdefuß des Ellwein-Gutachtens liegt aber in der Weisheit der Kommission, Bürgernähe dadurch zu erreichen, indem die Gemeindeautonomie noch wesentlich gestärkt werden soll. Ein Journalist kommentierte bei der Vorstellung dieser Gedanken etwas bissig: „Alle Macht den Räten." Das wiederum wollte Ellwein so nicht stehenlassen: „Alle Macht den Bürgern", deute er sein Konzept, wobei ihm als Politologe bewußt ist, daß die Räte gewählte Bürger sind.

Pikanterweise wurde der Ellwein-Bericht an dem Tag veröffentlicht, an dem sich die oppositionelle CDU darüber beschwerte, die Landesregierung beabsichtige, die kommunale Planungshoheit weiter einzuschränken und damit das grundlegende Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung auszuhöhlen. Zielpunkt der Kritik ist das von Christoph Zöpel geführte Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung, das mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes eine Verschärfung seiner planungsrechtlichen Durchgriffsmöglichkeiten auf die Gemeinde erreichen wolle.

„Wir wollen wie im Steinbruch vorgehen"

Kein Wunder also, daß sich Rau und auch sein Innenminister Herbert Schnoor die Vorschläge der Kommission nicht nur mit Beifall anhörten. Allerdings muß dazu auch festgestellt werden, daß das von Schnoor zu verantwortende Gemeindefinanzierungsgesetz für 1984 eine weitere Abnahme der zweckgebundenen Mittel vorsieht und eine Erweiterung der Schlüsselzuweisungen – damit also durchaus auf der Linie der Ellwein-Ideen liegt. Doch ist die Einschränkung zulässig, daß Regierungspräsident und Innenminister letztendlich doch über die Verwendung der Mittel wachen.

Rau versprach, nicht erst eine Gesamtanalyse abzuwarten, sondern „wie im Steinbruch vorzugehen" – also Stück um Stück die sperrigen Quader aus dem Werk Ellweins herauszubrechen und zu begutachten.

Sowjet-Zeitung fordert Reform im Justizwesen

rtr, Moskau

Angeklagten Sowjetbürgern wird nach einem Bericht der Literaturzeitung „Literaturnaja Gazeta" in Prozessen keine faire Chance gegeben. In einem von Beobachtern als ungewöhnlich offen bezeichneten Artikel wurde in der jüngsten Ausgabe des Blattes eine Reform des Justizwesens verlangt, um die einseitigen Vorteile der Anklagevertretung zu beseitigen. Wegen oft unzureichender Anhörung der Angeklagten oder unangemessener Verteidigung gerieten die Gerichte in Mißkredit. Richter ließen sich durch die machtvollen Staatsanwälte einschüchtern, und Verteidiger seien oft zu ängstlich, für ihre Mandanten einzutreten.

Der Autor warf den meisten Staatsanwälten vor, Opfer eines „Macht-Syndroms" zu sein und deshalb in der Verhandlung grob und arrogant aufzutreten. Sie sollten gezwungen werden, ihre Vorwürfe besser zu untermauern. Auch müsse die Praxis abgeschafft werden, daß Richter die Anwälte oder Angeklagten vor der Zeugenvernehmung verhörten. Dadurch würde oft vor dem Vorliegen von Beweisen die Schuld des Angeklagten impliziert, schrieb der Autor.

SPD will neuen Kabel-Gesetzentwurf

hy. Düsseldorf

Durch Änderungen am Gesetzentwurf der nordrhein-westfälischen Landesregierung zum Kabel-Pilot-Projekt Dortmund will die SPD-Landtagsfraktion eine noch eindeutigere Festlegung auf den öffentlich-rechtlichen Charakter des Modellversuches und den völligen Verzicht auf ein „Verleger-Fernsehen" erreichen. Nach den Worten des Vorsitzenden Karl Josef Denzer und des medienpolitischen Sprechers Jürgen Büssow soll sich dieser Versuch grundlegend von den „kommerziell geprägten Modellen in München und Ludwigshafen" unterscheiden. Im Gegensatz zum Entwurf der Regierung enthält der gestern in Düsseldorf veröffentlichte Fraktionsvorschlag die eindeutige Festlegung, daß der Westdeutsche Rundfunk (WDR) und das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) privaten Dritten keine Sendezeiten zur eigenverantwortlichen Gestaltung überlassen dürfen.

SPD für Abschottung gegen Japans Waren

AP, Bonn

Angesichts der in Japan aufgebauten großen Exportkapazitäten für Roboterfertigung hat sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine befristete wirtschaftliche Abschottung gegenüber dem ostasiatischen Land ausgesprochen. Ihr Technologie-Experte Ulrich Steger sagte gestern vor Journalisten in Bonn zu einem Antrag der Sozialdemokraten zur Mikroelektronik: „Wenn wir unsere Gesellschaft wie Wirtschaft nicht japanisieren wollen und können, bleibt nur die Möglichkeit einer zeitlich befristeten Schutzpolitik."



Bayern ist Spitzenreiter bei den Investitionen

Minister Streibl brachte Nachtragshaushalt '84 ein

PETER SCHMALZ, München

Vor zu großem wirtschaftspolitischen Optimismus warnte Bayerns Finanzminister Max Streibl gestern im bayerischen Landtag, als er den Nachtragshaushalt 1984 im Parlament einbrachte, der mit 35,6 Milliarden Mark drei Prozent über dem Haushalt des laufenden Jahres liegt. Ein sich selbsttragender Aufschwung sei noch nicht zu sehen, meinte der Minister und fügte hinzu: „Über dem Berg sind wir noch nicht. Aber es läuft langsam an."

Erste positive Anzeichen schlagen sich bereits in dem bayerischen Nachtrag zu dem erst im Sommer beschlossenen Doppelhaushalt 83/84 nieder. Das größte deutsche Bundesland muß rund 350 Millionen Mark weniger Schulden aufnehmen als geplant und kann zugleich die Investitionsausgaben um 260 Millionen Mark steigern. Streibl: „Bayern ist damit bei den Investitionen weiterhin einsamer Spitzenreiter." Die bayerische Investitionsquote wird im kommenden Jahr 21,2 Prozent betragen, der Länderdurchschnitt wird voraussichtlich vier Prozent niedriger liegen.

Bayerns Investitions-Vorsprung gründet nach Streibl Worten auf einer seit Jahren maßvoll betriebenen Schuldenpolitik: „Hätten wir uns in den vergangenen Jahren so verschuldet wie der Durchschnitt der Länder, dann würden uns heute 1,2 Milliarden Mark für Investitionen fehlen." Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1878 Mark lag Bayern zum Jahresbeginn auf dem letzten Platz, der Länderdurchschnitt betrug 2948, die Bundesverschuldung 4827 Mark.

Einbußen im Länderfinanzausgleich

Dennoch mußte der bayerische Finanzminister für das kommende Jahr eine Nettoneuverschuldung von 1,8 Milliarden Mark einrechnen, was ungefähr der Gesamtverschuldung des Freistaats im Jahr 1970 entspricht. Streibl: „Ein gigantischer Betrag." Die dem Landtag für '84 vorgeschlagene Kreditreduzierung mindert die Zinslast um 22 Millionen Mark.

Einbußen muß Bayern allerdings im Länderfinanzausgleich hinnehmen. Statt der noch im Stammhaushalt vorgesehenen 210 Millionen Mark werden aus diesem Ausgleich, der zur Unterstützung wirtschaftsschwacher Länder vorgesehen ist, nur noch 100 Millionen in den Freistaat fließen. Streibl trägt diesen Negativposte. jedoch, wie er sagt, „mit einem lachenden und einem weinenden Auge", denn aus diesem Ausgleichsrückgang läßt sich zugleich der offenbar unaufhaltsame Aufstieg des einstigen Agrarlandes Bayern zu einem der wirtschaftsstärksten Bundesländer ablesen.

Interesse der Japaner nimmt zu

Lag Bayern vor drei Jahren im Steuerkraft-Vergleich der Ländern, dessen Mittel mit 100 angenommen wird, noch bei 96,6 und das klassische Industrieland Nordrhein-Westfalen bei 101,1, so haben sich beide Länder im ersten Halbjahr '83 bei 98,4 getroffen. Bayern, das in der Vergangenheit verstärkt zukunftsträchtige Industriezweige anlocken konnte und das zunehmend auch das Interesse der derzeit noch hauptsächlich im Düsseldorfer Raum tätigen Japaner findet, rechnet damit, schon bei weiter anhaltendem Aufwärtstrend im nächsten Jahr in die zwischen 99 und 101 liegende ausgleichsfreie Zone zu geraten.

Trotz dieser positiven Entwicklung ist auch Bayern von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hart betroffen: In den Landesarbeitsämtern Nord- und Südbayern sind derzeit 300 000 Arbeitslose gemeldet. In der Debatte zum Nachtragshaushalt wurde gestern erneut der seit Jahren schwelende Konflikt zwischen der Regierungspartei CSU und der SPD-Opposition über den besten Weg zu neuen Arbeitsplätzen deutlich. Die SPD fordert eine zusätzliche „Bayern-Milliarde" im Etat, die über Kredite zu finanzieren wäre und durch die 50 bis 60 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen seien. Dieses Staatsprogramm solle vor allem im Bereich des Umweltschutzes und des Wohnungsbaus investiert werden.

Streibl blockte die SPD-Vorschläge jedoch als „eine Sünde wider die politische Vernunft" ab. Er sei sich auch mit den SPD-Kollegen aus anderen Bundesländern einig, so der CSU-Minister, daß eine Verbeamtung der Arbeitslosen kein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit sei.

Versorgungslage in der „DDR" angespannt

Analyse des Gesamtdeutschen Institutes / Bevölkerung erfuhr erstmals durch SED-Blatt vom Milliardenkredit

H.-R. KARUTZ, Berlin

Die „DDR" spannt weiterhin alle verfügbaren Kräfte an, um durch hohe Exporte devisenbringender Erzeugnisse und durch drastischen Stopp sämtlicher teurer West-Importe ihre Kreditwürdigkeit zu unterstreichen. Dies geschieht auf dem Hintergrund weiterer dringender Milliardenkredit-Wünsche Ost-Berlins an Banken in der Bundesrepublik. Aus einer Analyse des „Gesamtdeutschen Instituts" geht hervor, daß die Bundesregierung als Folge dieses Kurses mit einer weiteren Verschlechterung der Versorgungslage in der „DDR" rechnet.

In einer Ausarbeitung des Instituts, das dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen untersteht, heißt es im Hinblick auf das erste Halbjahr 1983: „Die veröffentlichten Daten lassen eine leichte Verschlechterung des Versorgungsniveaus erkennen. Der Einzelhandelsumsatz hat im ersten Halbjahr 1983 bei 49,5 Mrd. M. stagniert. Damit wird nicht einmal das schon sehr geringe Wachstum aus dem 1. Halbjahr 1982 erreicht. Offen bleibt, wie das für das gesamte Jahr 1983 geplante Einzelhandelsumsatzwachstum (+ 3,0 Prozent) bis Jahresende verwirklicht werden soll. Die seinerzeit im Fünfjahrplan 1981–1985 vorgesehene durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 3,7 Prozent erweist sich als Illusion."

Im Hinblick auf die bevorstehende Weihnachtszeit lassen die Feststellungen der Bonner Wissenschaftler für die „DDR"-Bevölkerung nichts Gutes ahnen: „Auf Grund der offenen und verdeckten Preisanhebungen hat die nominale Stagnation des Einzelhandelsumsatzes einen realen Rückgang des Umsatzes zur Folge; die Bevölkerung ist gegenwärtig real schlechter versorgt als im ersten Halbjahr 1982."

Ostberliner Zahlen

Die Untersuchung innerhalb der regelmäßigen „Analysen und Berichte" (Nr. 18/1983) über die Entwicklung der „DDR"-Wirtschaft stützt sich ausschließlich auf Ostberliner Zahlen. Die Experten entnahmen beispielsweise regelmäßigen Berichten im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland", daß Fleisch in den zurückliegenden Monaten weiterhin Mangelware war. Bis auf Donnerstag und Freitag beschränkt sich das Angebot der Fleischereien dem Augenschein nach in der Regel auf Würstchen und wenig gefragte Fleischsorten.

Das Fisch- und Käseangebot ging nach den vorliegenden „DDR"-Zahlen gegenüber dem Vergleichszeitraum 1982 zurück. Dagegen führte die günstige Witterung im Sommer 1983 dazu, neun Prozent mehr Frischobst als im ersten Halbjahr 1982 in die „DDR"-Läden zu bringen.

In der Sparte „Wein/Sekt" stand den Kunden sogar ein um acht Prozent höheres Angebot an Hochprozentigem zur Verfügung. Die Netto-Geldeinnahmen von Berufstätigen und Rentnern blieben mit nur 2,2 Prozent Zuwachs unter dem Ergebnis des ersten Halbjahrs 1982 und unter der für 1983 geplanten Plus-Rate von drei Prozent.

Das Fazit der Analyse

Das Fazit der Analyse lautet wörtlich: „Stagnierender Einzelhandelsumsatz und überdurchschnittlich hohe Exportsteigerungen zeigen, daß ein wachsender Teil der Produktionsleistung einer konsumtiven Verwendung durch die Bevölkerung entzogen und für investive und außenwirtschaftliche Zwecke verwendet wird. Die Erfüllung außenwirtschaftlicher Verpflichtungen sowie die Erhaltung der Produktionskraft der Industrie haben für die DDR-Führung gegenwärtig Priorität, der Konsum- und Versorgungsbereich wird dagegen tendenziell vernachlässigt. Hierdurch dürfte langfristig die Zufriedenheit der DDR-Bevölkerung mit dem bestehenden System abnehmen."

In der Öffentlichkeit der Bundesrepublik blieb bislang wenig beachtet, daß Erich Honecker selbst durch seine Weisung, sein kürzlich gegebenes „Stern"-Interview komplett im eigenen Hausblatt „Neues Deutschland" abzudrucken, den „DDR"-Lesern erstmals offiziell den von Franz Josef Strauß eingefädelten Milliardenkredit bestätigte. Auf eine entsprechende Frage von Chefredakteur Peter Scholl-Latour nach den Gegenleistungen Ost-Berlins für dieses Geschäft antwortete Honecker:

„Bei dem Geschäft zwischen der Außenhandelsbank der DDR und einem Bankenkonsortium der BRD mit Sitz in Luxemburg handelt es sich um eine kommerzielle Vereinbarung, wofür die Bürgschaft praktisch vom Finanzminister der DDR gegeben wurde. Das hatte zweifellos einen günstigen Einfluß auf das Klima zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland."

Mit dieser Feststellung verdeutlichte Honecker vier Punkte:

1. Es gibt ein derartiges „Geschäft", für das die „DDR"-Seite durch ihren Finanzminister bürgte – was bei einer rein „kommerziellen Vereinbarung", wie Honecker sie erwähnt, unüblich wäre.

2. Honecker bestätigt zugleich die offiziellen Mitteilungen der Bundesregierung in den entsprechenden Bundestagsausschüssen und die Hinweise von Strauß selbst, daß Ost-Berlins Finanzminister die Kreditrückzahlung durch eine mögliche Aufrechnung gegen die Bonner Transitpauschale an die „DDR" (jährlich 525 Millionen D-Mark, fest vereinbart bis einschließlich 1989) garantiert.

3. Mit seiner Bemerkung über das „günstige Klima", das der Bonner Kredit bewirkt habe, weist Honecker zusätzlich auf den übergeordneten Sinn und Zweck des Kredits hin.

4. In derselben Antwort stellt Honecker jedes Junktim zwischen den Handelsbeziehungen und „politischen Forderungen" Bonns in Abrede. Zugleich signalisiert er mit dem folgenden Schlußsatz seiner Antwort fast überdeutlich das starke Interesse an weiteren Krediten aus der Bundesrepublik: „Wir sind für eine breite Ausdehnung der Handels- und Kreditbeziehungen zwischen der DDR und der BRD entsprechend dem Grundsatz des beiderseitigen Vorteils."

Wie stark die weitere Zukunft der deutsch-deutschen Beziehungen auch die evangelischen Kirchen in der „DDR" als nichtstaatliche gesellschaftliche Kraft beschäftigt, beweist ein Papier der „Theologischen Studienabteilung" beim Kirchen-Bund in Ost-Berlin.

Im Zusammenhang mit einer in diesem Frühjahr vorgelegten Studie über „Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa" mit Gedanken über die Rolle der deutschen Kirchen und beider deutscher Staaten beschäftigen sich die Autoren auch mit der Notwendigkeit enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem eigenen Land und der Bundesrepublik.

Unter Hinweis auf weltweite krisenhafte Entwicklungen im Kapitalismus sagt die „Denkfabrik" der evangelischen Kirchen in der „DDR" folgenreiche Auswirkungen auch für die eigene Wirtschaft voraus. Wörtlich heißt es dazu in der Betrachtung:

„Daß stärkere Veränderungen der Produktivkräfte und der Austauschbeziehungen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems – entgegen manchen früher gemachten Aussagen (gemeint sind–solche von Ost-Berlins Wirtschaftsexperten, d. Red.) – dennoch beträchtliche Auswirkungen auf die Ökonomie der sozialistischen Länder besitzen, hat die jüngste Vergangenheit deutlich gemacht. Die bestehenden Verflechtungen und Abhängigkeiten der Wirtschaft der sozialistischen Länder von der Ökonomie der kapitalistischen Industriestaaten lassen sich auch nur teilweise einschränken."

Dann folgt die nüchterne Beschreibung des Kernproblems der gesamten mitteldeutschen Wirtschaft, das die SED-Führung bewältigen muß: „Voraussetzung für jeden wirtschaftlichen Austausch mit westlichen Industriestaaten oder Entwicklungsländern ist ein Mindestmaß an neuestem technologischen Standard der zu exportierenden Güter, der durch nichts (auch nicht durch Exportangebote zu Niedrigpreisen) ersetzt werden kann." Diesen Versuch unternimmt jedoch zur Zeit die „DDR" durch eine beispiellose Exportoffensive, bei der nur noch die erzielte Deviseneinnahme im Vordergrund steht, aber der Kosten-Nutzen-Aufwand häufig vernachlässigt wird.

Wohlstands-Versprechen

Weiter schreiben die kirchlichen Sachverständigen in der Studienabteilung in kritischer Distanz zu den Autarkie-Bestrebungen der eigenen Industrie: „Da es unmöglich ist, aus eigener Kraft alle benötigten Bereiche des breiten Spektrums moderner Technologie-Entwicklung aufzubauen (siehe die von Honecker inspirierte Mikroelektronikwelle, d. Red.), ist (der im allgemeinen teure) Technologie-Import lebensnotwendig für die Funktionsfähigkeit der eigenen Wirtschaft... Auch in Zukunft werden deshalb strukturelle Veränderungen im kapitalistischen Wirtschaftsgebiet wesentliche Auswirkungen auf die Ökonomie der sozialistischen Länder haben."

Als Quintessenz bleibt festzuhalten: Ohne die von Honecker selbst geforderte „breite Ausdehnung" der Handels- und Kreditbeziehungen zur Bundesrepublik kann Ost-Berlin die Herausforderungen der nächsten Jahre nicht bewältigen. Weitere Milliarden aus der Bundesrepublik sind zum ordentlichen Abtragen der West-Schulden – die Honecker seit seinem Amtsantritt 1971 verzehnfachte – und zur damit untrennbar verbundenen weiteren Kreditwürdigkeit eine zwingende Notwendigkeit für die „DDR". Honeckers Wohlstands-Versprechen lassen sich auf andere Weise kaum erfüllen.

Wiesheu in Urlaub, Tandler vertritt ihn

PETER SCHMALZ, München

Der schwere Verkehrsunfall, den CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu, 39, unter Alkoholeinfluß verursachte und bei dem der Fahrer eines Kleinwagens getötet wurde, hat nun doch zumindest vorübergehend personelle Konsequenzen in der CSU-Führung. Parteichef Franz Josef Strauß kam gestern einer Bitte Wiesheus nach, seine Amtspflichten als Generalsekretär ruhen zu lassen. Strauß wird auf der nächsten CSU-Vorstandssitzung am 18. November in Hof, am Vorabend eines hauptsächlich der Nachrüstung gewidmeten Parteiausschusses, den CSU-Fraktionsvorsitzenden im bayerischen Landtag, Gerold Tandler, mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte des Generalsekretärs beauftragen.

Nachdem die Münchner Staatsanwaltschaft gegen Wiesheu ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung eingeleitet hat, bat der Generalsekretär um Freistellung, damit „alle Voraussetzungen für eine vollständige und objektive Klärung" geschaffen werden.

Damit ist allerdings noch keine Vorentscheidung über das weitere politische Schicksal Wiesheus getroffen. Vielmehr spricht alles dafür, daß Strauß weiterhin zu seinem Wort steht, er sehe keinen Anlaß, Wiesheu abzuberufen. Mit seiner jetzigen Entscheidung will er offenbar psychologischen Druck von der Partei wie von Wiesheu nehmen, um einerseits die CSU uneingeschränkt handlungsfähig zu halten, seinem Generalsekretär aber zugleich die volle Konzentration auf das schwebende Verfahren zu ermöglichen, bei dem noch einige, zur Zeit noch nicht bekanntgegebene Entlassungsmomente für Wiesheu erwartet werden.

Der Entschluß von Strauß, Fraktionschef Tandler mit der kommissarischen Leitung zu beauftragen, gibt zwei wichtige Hinweise über das innere Gefüge in der CSU-Spitze: Staatssekretär Edmund Stoiber, der erst im März das Amt des Generalsekretärs abgegeben hat, erscheint dem Parteivorsitzenden nach einer Reihe mißlicher Querelen offenbar nicht mehr als die geeignete „Feuerwehr"; Gerold Tandler, der in den vergangenen Monaten mehrfach schlichtend in Parteiauseinandersetzungen eingegriffen hat, genießt dagegen das uneingeschränkte Vertrauen von Strauß.

Warschau verstärkt Polizei

JGG./DW. Warschau

Die weitere Verschlechterung der Versorgungslage in Polen wird möglicherweise zu neuen Unruhen im Lande führen. Aus dem Untergrund heraus hat die Führung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zu koordinierten Protesten gegen die für Anfang kommenden Jahres angekündigten Preiserhöhungen für Lebensmittel aufgerufen. Die gesamte Bevölkerung wurde aufgefordert, sich unter den Losungen „Stoppt die Preiserhöhung", „Keine Kürzung der Lebensmittelrationen" und „Wir fordern Ausgleichszahlungen für Preiserhöhungen" an Demonstrationen zu beteiligen.

Die im Zusammenhang mit der Rationierung tierischer und pflanzlicher Fette bekanntgewordene Entlassung zweier stellvertretender Minister wird für die Bevölkerung kaum ein Trost sein. Die Entscheidung der Regierung zielt offensichtlich mehr auf die Kanalisierung des Unmuts in einer wirtschaftlich prekären Lage. Die Polen haben inzwischen damit begonnen, sogar, Öl, Seife, Waschmittel und Zigaretten zu hamstern, da sie auch hier eine Rationierung für möglich halten.

Daß sich die Warschauer Führung auf mögliche neue Auseinandersetzungen eingestellt hat, zeigt die Verstärkung der polnischen Sicherheitskräfte. Auf Anordnung des Innenministeriums werden größeren Betrieben Kampfgruppen der neu gegründeten „Zivilverteidigung" nach einem Planstellenschlüssel zugeteilt. Die Mitglieder dieser Kampfgruppen wurden an den Polizeischulen in Rembertow, Stolp und Ortelsburg ausgebildet. Nach Auskunft polnischer Oppositionskreise sind beispielsweise allein den Automobilwerken in Zeran bei Warschau 125 solcher „Mitarbeiter" zugeteilt worden.

Die Anordnung des Innenministeriums besagt ferner, daß Kripo, Verkehrs- und Sittenpolizei neuerdings „politisch", das heißt, gegen Demonstranten und Oppositionelle, eingesetzt werden dürfen.

Die Aufstockung der berüchtigten Einsatzmiliz Zomo ist demnach so weit fortgeschritten, daß praktisch jedem der 49 Ersten Parteisekretäre in den Woiwodschaften eine eigene Zomo-Einheit untersteht, die als „Manöverregiment" bezeichnet wird. Das Warschauer „Manöverregiment" soll inzwischen Divisionsstärke erreicht haben.

Frau Thatchers neue Töne klingen vertraut

„Kurswechsel" ist Fortsetzung der Politik Carringtons

Von FRITZ WIRTH

Seit einigen Wochen bieten die außenpolitischen Äußerungen der britischen Premierministerin Anlaß zu immerwährendem Staunen. Die Briten – und nicht nur sie – erkennen in diesen Äußerungen ihre „eiserne Lady" nicht mehr wieder. Es gab Zeiten, da war das außenpolitische Kredo dieser Frau klar und unkompliziert. Es war fest im atlantischen Bündnis verankert und war geprägt von einem aggressiven Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion. Das Übel in der Welt kam von jenseits des Eisernen Vorhangs. Unter diesem Kredo waren die außenpolitischen Initiativen, das von ihr geprägte diplomatische Klima gegenüber den Sowjets und ihre öffentlichen Auftritte konsequent vorhersehbar und unflexibel.

Das ist heute offensichtlich nicht mehr der Fall. Sie nahm die amerikanische Intervention auf Grenada zum Anlaß, die Amerikaner öffentlich darüber zu belehren, daß die Tatsache, daß in einem Lande Menschen gegen ihren Willen unter kommunistischer Herrschaft leben müssen, noch kein ausreichender Grund für eine Invasion dieses Landes sei.

*Als Präsident Reagan am Montag dieser Woche seinen stellvertretenden Außenminister Kenneth Dam nach London schickte, um einen Notverband an die jüngsten Schürfwunden im anglo-amerikanischen Verhältnis anzulegen, konnte er vor seinem Besuch in Chequers ein offensichtlich zeitlich sorgfältig gezieltes Interview mit der Premierministerin in der „Daily Mail" lesen, in dem sie nicht nur noch einmal die alten Grenada-Wunden aufriß, sondern der amerikanischen Regierung einen neuen Warnschuß vor den Bug setzte: Ein Ende des amerikanischen Waffen-Embargos gegenüber Argentinien und eine Wiederaufnahme der Waffenlieferungen würde sie als eine sehr, sehr ernste Sache bezeichnen. Und im Gespräch selbst wurde Kenneth Dam schließlich die Botschaft mit auf den Weg gegeben, daß Großbritannien sich nicht an Revanche-Aktionen gegen die Syrer in der Nahostkrise beteiligen werde. Solche Gegenschläge sollten gegen die direkten Täter und nicht gegen deren Sekundanten gerichtet werden.

DIE ANALYSE

Das sind nicht nur neue Töne aus Downing Street, hier zeichnet sich eine deutliche Distanzierung von Washington ab. Und obwohl Frau Thatcher immer wieder versichert, daß sie nach wie vor eine überzeugte „Atlantikerin" sei und daß die Amerikaner sich fest auf sie verlassen könnten, sind kritische Beobachter auf beiden Seiten des Atlantiks bereits zur Besichtigung der Trümmer der angeblich speziellen Beziehungen zwischen London und Washington angetreten.

Wie also ist der Stand der Dinge? Tatsächlich gibt es eine Neuorientierung in der britischen Außenpolitik. Sie hat jedoch keineswegs mit der Grenada-Krise begonnen. Sie ist älter. Die Grenada-Krise war nicht das Subjekt des anglo-amerikanischen Konflikts, sondern das Objekt, das diese Neuorientierung verdeutlichte.

Erste Signale zu dieser Neuorientierung setzte Frau Thatcher vor drei Wochen in ihrer Parteitagsrede in Blackpool, die einen Kurswechsel ihrer bisherigen Ostpolitik erkennen ließen. „Wir mögen die Politik der Sowjetunion nicht und ihre Ziele, doch wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir mit ihnen auf dem gleichen Planeten leben." Das war eine deutliche Wende von der bisherigen Konfrontations- zur Koexistenzpolitik. Ihre Äußerungen während des Ausbruchs der Grenada-Krise erhärteten diesen Kurswechsel.

Die Vokabel „Kurswechsel" indes klingt dramatischer, als es den Tatsachen entspricht. Denn in Wahrheit ist dies ein politischer Kurs, den das britische Außenministerium bereits seit vielen Monaten steuert. Der vor fünf Monaten abgesetzte Außenminister Francis Pym hat sich in seiner einjährigen Amtszeit intensiv um die Enteisung des anglo-amerikanischen Verhältnisses und für einen direkten Dialog zwischen Moskau und London bemüht.

Das Problem nur war: Pym stand einem Ministerium vor, zu dem Frau Thatcher seit dem Falkland-Krieg das Vertrauen verloren hatte. Und Pym selbst war ein Mann, den sie für „wet" hielt, für zu liberal-konservativ. Pym war der denkbar ungeeignetste Mann, um dem britischen Außenministerium gegenüber Frau Thatcher wieder Autorität zu geben.

Das hat sich mit der Ernennung von Sir Geoffrey Howe geändert. Es trifft zu: Dieser neue Außenminister hatte in den ersten fünf Monaten seiner Amtszeit keine glückliche Hand. Seine öffentlichen Auftritte waren ungeschickt und beklagenswert. Es ist jedoch wichtig, diese Formfehler deutlich von der Substanz seiner Politik zu unterscheiden.

Sir Geoffrey hatte ein unmittelbares Nahziel: die britische Außenpolitik wieder von Downing Street in sein Amt zurückzuholen. Das ist ihm offensichtlich gelungen. Die außenpolitischen Äußerungen aus dem Foreign Office und Downing Street klingen seit einigen Wochen zum ersten Mal wieder unisono. Wer heute Sir Geoffrey attackiert, attackiert zugleich Frau Thatcher.

Zugleich war Sir Geoffrey weise genug, nicht dort zu beginnen, wo Pym aufgehört hatte, sondern sich in seinem außenpolitischen Kurs an jenem Mann und jener Politik zu orientieren, die einst diesem Amt Gewicht und internationales Ansehen gegeben hatte, an Lord Carrington. Was also seit einigen Tagen irrtümlich mit der dramatischen Vokabel vom Kurswechsel der britischen Außenpolitik versehen wird, ist in Wahrheit nichts anderes als die Fortsetzung seines alten Foreign-Office-Kurses unter neuem Management.

Das heißt in der Praxis: Unantastbarkeit des atlantischen Bündnisses, zugleich aber eine stärkere Betonung der europäischen Dimension in der britischen Außenpolitik. Unter Lord Carrington war Großbritannien unbestritten „primus inter pares" in der europäischen Außenpolitik geworden. Das britische Außenministerium ist wieder entschlossen, dieses Vakuum, das der Rücktritt Carringtons hinterlassen hat, zu füllen und eine Führungsrolle zu übernehmen. Das bedeutet zugleich eine stärkere Koordinierung der europäischen Politik in der Nuklearpolitik. Die Briten sind wieder geneigt, die von ihnen vernachlässigte Diskussion über eine europäische Dimension der Sicherheitspolitik aufzunehmen.

Es bedeutet außerdem, daß die britische Nahostpolitik wieder stärkere proarabische Akzente erhält, wie es nicht nur unter Lord Carrington der Fall war, sondern wie es seit langer Zeit Art des Hauses im britischen Außenministerium ist.

Dazu gehört schließlich auch eine Intensivierung der britischen Ostpolitik. Es trifft zu, daß Lord Carrington auf diesem Gebiet nicht sehr aktiv war. Das lag aber vor allem daran, daß er in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit mit anderen Fragen, beispielsweise dem Zimbabwe-Problem, überlastet war.

Wenn also neue außenpolitische Signale auf der britischen Szene entdeckt werden sollen, dann diese: Das unfreiwillige außenpolitische Interregnum Frau Thatchers ist vorbei. Die Diplomaten und Profis des Foreign Office sind wieder voll im Geschäft.

Assad versetzt sein Land in Kriegsstimmung

Die Mobilmachung dient auch der Ablenkung vom Krieg gegen die PLO Arafats / Syriens Stärke und Schwächen

Von PETER M. RANKE, Beirut

Arabische Marschmusik im Rundfunk, Manöverfilme im Fernsehen heizen in Damaskus die Stimmung an. Aber die Menschen haben ernste Gesichter. Die öffentliche Mobilisierung von Reserve-Einheiten durch stündlich wiederholte Code-Namen und Zahlen im Rundfunk läßt viele Syrer nun wirklich glauben, was die Staatspropaganda seit Wochen behauptet: Die USA und Israel planen einen gemeinsamen Angriff gegen Syrien, gegen den einzigen wirklichen Gegner des „Imperialismus" in Nahost und damit gegen das „Herz der arabischen Welt".

Von den Vorgängen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft aber erfahren die Syrer nur durch ausländische Rundfunkberichte. Daß die syrischen Truppen in Libanon direkt und undirekt durch Drusenmilizen in die Kämpfe gegen Arafats Palästinenser und gegen die libanesische Armee vor Beirut verwickelt sind, wird von amtlicher Seite geleugnet. Dabei haben zahlreiche Beobachter selbst gesehen, wie syrische Panzer auf das Flüchtlingslager Baddawi vorrücken. Arafat hat sich mit „Stalinorgeln" in der Innenstadt von Tripoli und in den Vierteln Kobbe, Ras Tabaneh und Mina zurückgezogen. Von dort werden pro Minute jetzt zehn bis zwanzig Einschläge gemeldet.

Viel Heuchelei

Trotzdem erklärte Syriens Staatschef Hafes Assad am Montag gegenüber dem italienischen Außenminister Andreotti: „Die Sache der Palästinenser ist nicht an bestimmte Personen gebunden. Syrien betrachtet die Probleme der Palästinenser als seine eigenen und bedauert, was sich zur Zeit zwischen den Palästinensern abspielt." Andreotti dankte mit einem Lob der „konstruktiven Rolle Syriens und seines Präsidenten".

Wo so geheuchelt wird, erscheint auch eine Mobilmachung zunächst als eine Angelegenheit der Public Relations des einflußreichen und geschickten Informationsministers Iskander. Sie soll die latente Kriegsstimmung der ohnehin schon mobilisierten Armee, der Baath-Partei und der „arbeitenden Massen" anheizen. Nirgendwo in der arabischen Welt sieht man im Alltagsleben so viele Soldaten wie in Syrien, das ganze Land gleicht einem Camp. Doch abgesehen davon, daß man wegen der blutigen Ereignisse in Libanon zusätzlich Soldaten und Spezialisten mobilisieren muß, dient Propaganda vom angeblich bevorstehenden Angriff der USA und Israels dazu, arabischen Vermittlungsversuchen für Arafat aus dem Wege zu gehen und Syrien als den einzigen wirklichen Kämpfer für Palästina und die arabische Sache darzustellen.

Für das militante Baath-Regime sind ständige Kriegsdrohungen ein Lebenselexier zur Überwindung innerer Schwierigkeiten und immer neuer Forderungen an die Neun-Millionen-Bevölkerung.

*Das gilt natürlich auch für die Schuljugend, die eine militärische Grundausbildung vom 16. Lebensjahr an erhält. Wie so etwas aussieht, zeigte kürzlich das syrische Fernsehen: Uniformierte Mädchen bissen in lebendige und sich ringelnde Schlangen, um sie dann roh und stückchenweise zu verschlingen. So wurde demonstriert, wie die syrische Jugend mit der „zionistischen Viper" umgehen wird. Präsident Assad handelt zu Hause und in Libanon nach der arabischen Spruchweisheit: Wenn du redest, hört man dir vielleicht zu. Wenn du tötest, glaubt man dir.

Das Regime in Damaskus mag einen Vergeltungsschlag der Amerikaner für die 230 toten Marines am 23. Oktober in Beirut fürchten und daher die Truppen verstärken oder umgruppieren. Für einen Krieg ist Syrien in Wirklichkeit jedoch nicht gerüstet, auch wenn Radio Damaskus betont: „Die Amerikaner müssen wissen, daß sich Syrien mit allen seinen Kräften und Reserven verteidigen wird. Der Nahe Osten ist nicht die Wüste von Nevada."

Sowjetische Anleitung

Syrien kann rund hunderttausend Reservisten aufbieten. Bei einer dreißigmonatigen Wehrpflicht verfügt das aktive Heer über 170 000 Mann, dazu kommen noch etwa fünftausend bei der Luftwaffe. Aber die Kampftruppe verzettelt sich auf dem Golan, in der libanesischen Bekaa-Ebene gegenüber den Israelis, in Nordlibanon und bei den Kämpfen um Tripoli. Da die Mehrheit der Soldaten moslemische Sunniten sind, gelten sie dem Regime der schiitischen Alawiten in Damaskus nicht gerade als regimetreu. Daher muß eine ganze Division regimetreuer Soldaten Damaskus gegen einen möglichen Militärputsch sichern.

Allein in der Bekaa-Ebene und auf dem Golan binden die israelischen Truppen rund dreißigtausend Syrer. Dazu kommen fünfzehntausend in Nordlibanon. Dazu eine neue Panzer-Brigade mit sowjetischen T-72. Doch sind diese Verbände keineswegs einsatzbereit. Unter Anleitung der fünf- bis sechstausend sowjetischen Berater, einschließlich der Bedienungsmannschaften für die beiden Luftabwehr-Raketen-Stellungen der Sam-5 bei Damaskus und Homs, sind Kommando-Strukturen und taktischer Einsatz verbessert worden. Und zwar im Sinne größerer Bewegungsfreiheit der Kommandeure vor Ort, also auf dem Gefechtsfeld.

Westliche Militärbeobachter haben festgestellt, daß sich Syrien heute viel mehr als noch im Sommer '82 gegen die Israelis auf Raketen und Raketen-Abwehr verläßt. Die bis Nordisrael reichenden Sam-5 zur Luftabwehr und die neuen SS 21, die das gesamte Libanon und die Küste im Schußfeld haben, sind für Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber General Mustafa Tlass ebenso strategische und taktische Waffen wie die neuen MiG-21 (foxbat). Das Raketenabwehr-System der Luftwaffe ist mit dem sowjetischen Kaukasus-Kommando direkt verbunden, denn zu diesem System zählen nicht nur die Sam-5, sondern auch ältere Batterien mit Sam-2, Sam-3 und Sam-6. Die intensivierte Raketen-Rüstung der Syrer durch Moskau zeigt sich auch in der Ausrüstung der Armee mit modernsten Stalin-Orgeln und Raketen-Systemen gegen Tiefflieger.

Präsident Assads Ziel ist nach eigenen Worten die militärstrategische Balance mit Israel. Ob er sie jedoch nicht nur waffenmäßig, sondern auch in Ausbildung, Einsatzbereitschaft und modernster Technik trotz sowjetischer Hilfe je erreichen wird, bleibt fraglich. Syrien ist heute zweifellos der militärisch stärkste Staat der arabischen Welt, eine Regionalmacht von Bedeutung, die, wie Libanon zeigt, expansive Ziele verfolgt. Doch für die nächste Zeit gilt ein arabisches Sprichwort. „Drei Dinge sind es, die Allah dem Menschen nicht erklärt hat: die Wahrheit über sich selbst, die wahre Natur der Frau und das, was Syrien im Schilde führt."

Andreottis Außenpolitik auf Abwegen?

Roms Botschafter bricht NATO-Boykott / Demonstration in Mailand für „Frieden in Freiheit"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Drei einander überkreuzende Initiativen haben am Jahrestag der russischen Oktoberrevolution in Italien die Außen- und Friedenspolitik zum Gegenstand polemischer Auseinandersetzungen werden lassen. Während in Mailand etwa 15 000 Nichtkommunisten unter dem Motto „Die andere Seite des Friedens" für einen Frieden in Freiheit und auch gegen „die Massaker in Afghanistan" demonstrierten, präsentierten sich in Rom der sozialistische Ministerpräsident Craxi und der republikanische Verteidigungsminister Spadolini auf dem Revolutionsempfang der sowjetischen Botschaft, scherte in Moskau der italienische Botschafter auf Anweisung des christdemokratischen Außenministers Andreotti aus der nach der Afghanistan-Invasion gebildeten westlichen Boykott-Front aus und nahm auf dem Roten Platz an der traditionellen sowjetischen Militärparade teil.

Die Mailänder Demonstration war konzipiert als Gegenstück zu der kommunistisch beherrschten römischen Massendemonstration zum 22. Oktober, auf der fast ausschließlich gegen die amerikanischen Cruise-Missiles und Pershing-2-Raketen, kaum jedoch gegen die sowjetischen SS-20-Raketen protestiert worden war. Veranstalter waren die christlichen Bewegungen „Movimento Popolare" und „Comunione e Liberazione". Zu den Teilnehmern gehörten der sozialistische Bürgermeister von Mailand, Tognoli, Parlamentarier der fünf Regierungsparteien der „linken Mitte", der sozialistische Gewerkschaftsführer Benvenuto sowie ausgewiesene bzw. geflohene Dissidenten aus den Ostblockländern, wie der sowjetische Schriftsteller Maximow, der Repräsentant des russischen Pazifismus, Batrovin, der Ex-Tschechoslowake Pelikan.

Roberto Formigoni, Präsident des „Movimento Popolare", umriß die Zielsetzung der Manifestation: „Wer den Frieden will, und das ist der entscheidende Punkt, der muß die Freiheit respektieren." Er verurteilte „die Massaker in Afghanistan, den Abschuß des südkoreanischen Jumbojets, die Attentate gegen die Friedenstruppe in Beirut, die Landung der USA in Grenada, die Internierung östlicher Dissidenten in den Gefängnis-Irrenhäusern, sowie die Tatsache, daß zehn Millionen Menschen auf der Welt gezwungen sind, als Flüchtlinge außerhalb ihrer Länder zu leben".

Maximow sprach vom „Krebsgeschwür" des Totalitarismus, das sich – ausgehend von der UdSSR – über die ganze Welt verbreite. Er postulierte: „Wo in der UNO ein Arafat gesessen hat, muß auch Platz sein für Sacharow und Walesa."

Europa, heißt es in den Botschaften, brauche nicht Schutz, sondern Frieden.

Zur selben Stunde, als in Mailand die Demonstranten zusammenströmten, hatte in der römischen Villa Abamelek, dem Sitz der Sowjetbotschaft, Ministerpräsident Craxi als Ehrengast des Revolutionsempfanges ein 40-Minutengespräch mit Sowjetbotschafter Lunkow. Das Amt des Ministerpräsidenten ließ anschließend verlauten, Craxi habe die Einladung zum Empfang nicht nur aus Höflichkeit, sondern aus politischen Gründen angenommen. Er habe dem Botschafter gegenüber unterstrichen, daß Italien „Frieden für alle und Sicherheit für jeden" anstrebe. Keine Drohung und Einschüchterung könne „den Lauf unserer Entscheidungen zur Sicherung eines gerechten Verteidigungsgleichgewichtes in Europa verändern".

Eine „neue realistische Stellungnahme" der UdSSR in der Raketenfrage könne noch immer eine positive Entwicklung der Genfer Verhandlungen bewirken, ebenso wie „eine weitere Spezifizierung" der westlichen Vorschläge „von großem Nutzen" wäre. Rom werde stets für Verhandlungen offen bleiben, könne jedoch keinerlei Konzessionen machen „auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung Italiens und Europas" – ebensowenig wie auf dem Gebiet des Schutzes der Völker- und Menschenrechte.

Die Initiative Craxis hat in politischen Kreisen überrascht, wird aber allgemein nicht als Anzeichen für eine außenpolitische Kursänderung gewertet. Ein solches Anzeichen sehen verschiedene politische Beobachter eher in der von Andreotti gesteuerten Initiative des italienischen Botschafters in Moskau, Migliuolo. Der Botschafter kehrte nach dreijähriger Abwesenheit zur Revolutionsparade auf die Ehrentribüne des Roten Platzes zurück, die alle anderen Botschafter der größeren NATO-Länder (USA, England, Frankreich, Bundesrepublik) auch in diesem Jahr aus Protest gegen die Afghanistan-Invasion wieder gemieden haben.

Die Andreotti-Initiative stieß im Regierungslager auf teilweise scharfe Kritik. Der stellvertretende sozialdemokratische Parteisekretär Puletti brachte sie in Zusammenhang mit dem italienischen UNO-Votum gegen die USA in der Grenada-Frage und mit der augenblicklichen Reise des Ministers nach Syrien, in ein Land, das für die Massaker in Libanon verantwortlich sei. Der republikanische Verteidigungsminister Spadolini ersuchte Craxi um Klarstellung. Der ehemalige christdemokratische Außenminister Colombo distanzierte sich öffentlich von seinem Nachfolger. Der radikale Parteiführer Panella sprach von einer „typischen Andreotti-Linie, die Diktaturen und solche Kräfte privilegiert, mit denen man als ehrenwerter Mensch am besten nichts zu tun hat". Nur die Kommunisten spendeten Beifall.

Auch Senat gibt Zustimmung für MX-Raketen

rtr/AP, Washington

Nach dem Repräsentantenhaus gab auch der amerikanische Senat seine Zustimmung zur Produktion und Aufstellung der MX-Interkontinentalraketen. Die Entscheidung fiel während der Beratungen über den Verteidigungshaushalt für 1984 in Höhe von 252 Milliarden Dollar (675 Milliarden Mark). Mit 56 gegen 37 Stimmen lehnte der Senat einen Zusatzantrag der Demokraten ab, der die Streichung von 2,1 Milliarden Dollar für die ersten 21 MX-Raketen forderte, die in festen Silos in Wyoming und Nebraska stationiert werden sollen. Im Repräsentantenhaus war ein entsprechender Antrag mit 217 zu 208 Stimmen abgelehnt worden.

Der demokratische Senator Dale Bumpers hatte den später zurückgewiesenen Antrag damit begründet, daß die MX-Rakete in hohem Maße verwundbar und „unglaublich kostspielig" sei.

dpa/rtr, Washington

Auf das Gebäude des amerikanischen Kongresses in Washington ist in der Nacht zu Dienstag ein Anschlag verübt worden. Bei der Explosion, die sich um 23 Uhr (Ortszeit) ereignete, gab es lediglich Sachschaden. Kurz vor dem Anschlag hatte sich ein Mitglied der „Einheit des bewaffneten Kampfes" gegen die Militärpräsenz der USA überall auf der Welt bei der „Washington Post" gemeldet und die Tat angekündigt. Dabei handelte es sich nach seinen Worten um eine Protestaktion gegen die amerikanische Haltung in Grenada und im Libanon-Konflikt.

Nach 1915 und 1971 war es der dritte Anschlag auf das Parlamentsgebäude. Von der Explosion betroffen war vor allem ein Konferenzraum im zweiten Stock des Senatsflügels unweit der Büroräume von Robert Byrd, dem Fraktionsführer der Demokraten im Senat.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bleibt nur die Resignation?

„EKD beunruhigt über Kirchenaustritte": WELT vom 2. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Landesbischof Lohse zeigte sich auf einer Pressekonferenz beunruhigt darüber, daß „entschiedene, bewußte Christen" der EKD den Rükken kehren, da sie „das, was die Kirche zur Kirche macht, nicht mehr gewährleistet" sähen. Es entschlössen sich manche zum Kirchenaustritt, „weil Pastoren ... der tiefen Besorgnis Ausdruck gäben, die weite Teile der Bevölkerung angesichts der gegenwärtigen unruhigen Zeit erfaßt habe". Er meint dann, daß den Christen, die aufgrund von Mißständen austreten wollten, im Gespräch klargemacht werden müsse, daß ein Austritt nicht weiterhelfe, stattdessen sollten diese ihre Meinung zur Geltung bringen."

Das, was die Kirche zur Kirche macht, ist der Artikel von der Rechtfertigung, mit dem, nach Luther, die Kirche steht und fällt. Wenn nun die Tatsache, daß wir im Vertrauen auf Jesus Christus und sein stellvertretend für uns vollzogenes Sühnopfer am Kreuz Vergebung der Sünden und damit freien Zugang zu Gott und damit seinen Frieden und ewiges Leben haben verschwiegen wird, und Pastoren stattdessen von den Kanzeln herab ihre Ängste vor einem eventuellen Atomkrieg artikulieren und unseren Politikern im Brustton der Überzeugung Ratschläge erteilen wollen, wer sollte sich dann wundern, wenn die „entschiedenen Christen", denen die Verkündigung des unverfälschten Evangeliums am Herzen liegt, schließlich resigniert aus der Kirche austreten? Wo und wie sollten in der Landeskirche „diese Menschen ihre Meinung zur Geltung bringen?"

Die kirchlichen Massenmedien sind zum großen Teil zum Sprachrohr für gesellschaftliche Randgruppen oder für „Friedensappelle" verkümmert, und diejenigen, die sich auf die ganze Bibel berufen, auch und gerade in der Friedensfrage, werden von ihnen oft als die „ewig Gestrigen" und „zu wenig problembewußt" gekennzeichnet. In der „Nordelbischen Kirchenzeitung" meinte eine Theologiestudentin kürzlich, daß Menschen, die zuerst den Frieden mit Gott und danach, als Ausfluß desselben, den mit ihrer Umwelt suchen, „es sich einfach zu leicht machten". Sie wollte lieber aus eigener Kraft „Frieden schaffen".

Diejenigen, die noch in der Kirche versuchen zu wirken, will ich hiermit zum Durchhalten ermutigen, und uns alle, denjenigen an uns wirken lassen, der „Frieden schaffen ohne Waffen" kann in uns, in unserem Land und darüber hinaus.

Mit freundlichem Gruß
Matthias Renger,
Braunschweig

*

Sehr geehrte Schriftleitung,

Bischof Lohse macht es sich sehr bequem, wenn er, wie Sie schreiben, den evangelischen Christen empfiehlt, sie sollten „ihre Meinung zur Geltung bringen", um die Mißstände zu beseitigen, die in ihrer Kirche herrschen. Der Bischof weiß offenbar nicht, wieviele Kirchenälteste und Gemeindeglieder sich an der undankbaren Aufgabe versucht haben, anzukämpfen gegen politisches Predigen, Ersatz von Glauben durch Sozialkritik, Entmutigung und Verhetzung der Kinder im Religionsunterricht, schlechte Religionsbücher usw. Der Erfolg steht meistens in keinem Verhältnis zur Mühe.

Dem Bischof sollte klar sein, daß viele Mißstände außerhalb des Einflusses des einzelnen liegen, vom Auftreten der Halbatheistin Sölle in Vancouver über die Hilfe aus Genf für Swapo und andere Mörderbanden bis zur Unterstützung von Terror, Versagen in Fernsehräten, Auftreten an Startbahn West, vor Kernkraftwerken und in der Friedensbewegung.

Dem einzelnen bleibt als Protest und zur Entlastung seines Gewissens nur der Austritt, zumal sich eine Wende nicht abzeichnet.

Welches Bild bietet sich? Die Bischöfe reden, wie oben beklagt, zynisch, oder ihre Rede ist Ja, Nein, Ja, Nein (der Wortbestand des Matthäus bleibt erhalten). Streitigkeiten werden in christlicher Brüderlichkeit unter den Teppich gekehrt, Synoden und Gemeinderäte behandeln Organisatorisches, Visitationen betreffen Statistik, Inventar, Konten, Bauvorhaben.

Man kommt sich lächerlich vor, wenn man daran denkt, die Bischöfe könnten die Summe der Mißstände erkennen, auf Abhilfe sinnen und das Ergebnis ihres Nachdenkens mit Nachdruck in die Tat umsetzen. Hierarchie! Wie kann man so Antiquiertes in Betracht ziehen.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr.-Ing. Rudolf Günther,
Baden-Baden

Objektive Behörde?

„Leserbrief: Stand des Verfahrens gegen Lambsdorff"; WELT vom 14. Oktober

Die Staatsanwaltschaft rühmte sich einst", die objektivste Behörde der Welt zu sein„. Liest man die Zuschrift des Justizministeriums Nordrhein-Westfalen, hat man das unangenehme Gefühl, einer gewissen Animosität zu begegnen, die der Staatsanwaltschaft, „der Leiterin und Herrin" des Ermittlungsverfahrens, nicht angemessen ist. Das wird durch den saloppen Ton, der für eine Behörde – geschweige denn die Staatsanwaltschaft – ungewöhnlich ist, noch unterstrichen. Im Ermittlungsverfahren gibt es keine Parteien, um so merkwürdiger müssen Ausdrücke, wie „auf den Busch klopfen" und „aus der Luft gegriffene Gespinste, die beim Anfassen zerreißen", die im Parteienstreit erlaubt sein mögen, dem unbeteiligten Leser erscheinen. Wenn das Schule machen sollte, wünschte man sich, die Posten der Justizminister würden nicht mit Parteifunktionären besetzt.

Wilhelm Haegert,
Berlin 41

Keine Romantik

„Kreml bestreitet Vorstoß": WELT vom 2. November

U-Boote in skandinavischen Gewässern sind leider keine „schwedische Romantik", sondern bitterer Ernst. Die sowjetischen U-Boote suchen verzweifelt ein Schlupfloch in den Atlantik. Die skandinavische U-Boot-Abwehr sollte deshalb vor allen Dingen nachts auf der Hut sein. Die Amerikaner sind für solche Unternehmen technisch viel besser ausgerüstet – warum helfen sie den Skandinaviern nicht? Für mich unverständlich.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Hugo Bethke,
Ludwigshafen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Reichlich harmlos

„Irrtum teuer versteigert": WELT vom 20. Oktober und „Leserbrief: Bundeseigentum": WELT vom 31. Oktober

Als Nichtjurist und einfacher Bürger sehe ich den Tatbestand so:

1. Minister Gscheidle hat während seiner Amtszeit einige Bogen der Olympiamarken erhalten.

2. Der Minister hätte diese zur Vernichtung mit den anderen Marken geben oder aber seinem Amtsnachfolger übergeben müssen zwecks Aufbewahrung im Postministerium.

3. Etwas reichlich harmlos ist es, daß die Gattin des Ex-Ministers diese Marken für Ihre Privatkorrespondenz benutzt.

4. Nachdem die Marke auf der Postkarte von der Post ordnungsgemäß abgestempelt und damit postseitig anerkannt worden ist, entfällt m. E. jeder Anspruch des Postministeriums gegen Verkäufer oder Käufer der Postkarte.

5. Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich m. E., daß der Verursacher der Ex-Minister ist, so daß das Postministerium Ansprüche gegen diesen stellen müßte, und auch die Prüfung eines evtl. strafrechtlichen Tatbestandes müßte sich gegen den Ex-Minister richten genau wie bei jedem Bürger, wenn dieser bei der Post einige Bogen Briefmarken „mitgehen" läßt.

Otto Fitzner,
Hamburg 61

Lohnkosten-Skala

„Die Arbeitsstunde '83'": WELT vom 29. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

die gezeigte Grafik ist sehr interessant, doch wurde leider die Aussagekraft der Zahlen nicht voll ausgeschöpft. Setzt man nämlich den erzeugten Produktionswert ins Verhältnis zu den dafür aufgewendeten Lohnkosten, so erhält man den erwirtschafteten Produktionswert pro DM Lohnkosten. Dadurch ändert sich die Reihenfolge der Staaten ganz erheblich. Es erzeugten für eine DM Lohnkosten an Produktionswert:

Japan 5,0 DM
Frankreich 4,4 DM
USA 4,2 DM
Großbritannien 4,05 DM
Schweiz 4,0 DM
Österreich 3,85 DM
Belgien 3,8 DM
Schweden 3,8 DM
Bundesrepublik Deutschland 3,7 DM
Italien 3,05 DM.

Im Vergleich der zehn größten Industrienationen liegt die Bundesrepublik also an vorletzter Stelle vor Italien. Die Japaner z. B. könnten bis zu 35 Prozent Preisnachlaß gewähren, ohne daß ihr Gewinn unter den der deutschen Konkurrenz sinkt. Ihnen fällt es also viel leichter zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Den deutschen Unternehmen bleibt kein solch Polster für Investitionen.

Wie paßt das mit der Forderung unserer Gewerkschaften nach Einführung der 35-Stunden-Woche „bei vollem Lohnausgleich" zusammen? Setzen sie ihre Forderung durch, werden unsere Waren auf dem Weltmarkt noch teurer, wir könnten noch weniger absetzen, und noch mehr Firmenpleiten mit Verlust der Arbeitsplätze wären die Folge.

Und dabei soll die 35-Stunden-Woche „bei vollem Lohnausgleich" angeblich neue Arbeitsplätze schaffen. Das Gegenteil wäre der Fall!

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Wojahn,
Schenefeld

Häufiger Irrtum

„Den Jahrtausend-Wendern bleiben knapp 6000 Tage": WELT vom 1. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum o. a. Artikel möchte ich eine Richtigstellung vornehmen: Der Verfasser dieses Artikels unterliegt wiederum dem weitverbreiteten Irrtum, daß ein Jahrhundert mit dem 31. Dezember des jeweiligen 99. Jahres und somit das laufende Jahrtausend mit dem 31. Dezember 1999 endet.

Unsere Zeitrechnung beginnt mit dem Jahre 1, ein Jahr 0 ist darin nicht vorgesehen. Das 20. Jahrhundert hat demnach mit dem 1. 1. 1901 begonnen und wird mit dem 31. 12. 2000 enden (vgl. hierzu auch die Enzyklopädie Brockhaus, Stichwort „Jahrhundert").

Die Arrangeure der in dem Artikel beschriebenen Feierlichkeiten können sich somit getrost ein Jahr länger Zeit lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Irene Grimm,
Lübeck

Wort des Tages

„Etwas sollten wir unseren sogenannten guten Freunden immer abzulernen suchen – ihre Scharfsichtigkeit für unsere Fehler."

Marie von Ebner-Eschenbach, österr. Autorin (1830–1916)

Personalien

VERANSTALTUNG

Zum 66. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatten Sowjetbotschafter **Wladimir Semjonow** und Ehefrau **Lidija** 1100 Gäste in die Bad Godesberger Redoute eingeladen, vor der im nächtlichen Abendhimmel die rote Fahne mit Sowjetstern wehte. Unter den Gästen waren Politiker, Wirtschaftsrepräsentanten, Gewerkschafter. An der Spitze des Deutschen Bundestages kam Bundestagspräsident Dr. **Rainer Barzel**. Es gratulierten der neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. **Andreas Meyer-Landrut**, bis vor kurzem deutscher Botschafter in Moskau, der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, **Lothar Ruehl**, der Staatssekretär im Bundespräsidialamt, **Hans Neusel**, der Chef des Bundeskanzleramtes, Professor Dr. **Waldemar Schreckenberger**, und der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft und DIHT-Präsident **Otto Wolff von Amerongen**, der in dieser Woche zur Sitzung der gemischten deutsch-sowjetischen Kommission für Wirtschaftsfragen nach Moskau fliegt. Zu den Gesprächsthemen dort gehört unter anderem die Modernisierung sowjetischer Betriebe. Von Amerongen zur WELT über die Frage der derzeitigen Gesprächsaussichten: „Wir müssen weiter. Eine Eiszeit nützt keinem." Weitere Gäste in der Redoute waren der Krupp-Aufsichtsratsvorsitzende **Berthold Beitz**, der AEG-Vorstandsvorsitzende **Heinz Dürr** und der Vorsitzende der Klöckner-Gesamtleitung **Jörg Henle**.

PARLAMENT

Trotz erheblicher herbstlicher Windböen hat am Dienstag Dr. **Katharina Focke**, Spitzenkandidatin der SPD für den Europa-Wahlkampf, die erste Wahlkampfschlacht in der Luft absolviert. Frau Focke bestieg auf den Rheinwiesen hinter dem „Langen Eugen", dem Abgeordnetenhochhaus in Bonn, einen Heißluftballon und ließ sich werbewirksam im europäischen Himmel davontragen. Der blaue Ballon mit Sternen war zwar ein etwas kühler Anfang für die Europa-Wahl. Aber Katharina Focke, ehemals Staatssekretärin in der sozial-liberalen Koalition im Kanzleramt, hatte mit warmer Spezialwäsche gegen Unterkühlung vorgesorgt. Am 18. Dezember, beim SPD-Sonderparteitag in Köln, gibt es keinen Zweifel, daß Frau Focke, derzeit für Platz eins designiert, hier auch sicher mit Delegiertenmehrheit landet.

ERNENNUNG

Hubert Schöme, Vorsitzender der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands, ist in Dublin auf dem Weltkongreß der Katholischen Weltunion der Presse, UCIP, zum Präsidenten der Internationalen Föderation Katholischer Journalisten gewählt worden. Schöne leitet das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn.

GEBURTSTAG

Minister a. D. Dr. **Hartwig Schlegelberger**, Vizepräsident des Deutschen Roten Kreuzes und Präsident des DRK-Landesverbandes Schleswig-Holstein, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Während seiner achtjährigen Dienstzeit als Innenminister in Schleswig-Holstein hatte sich Schlegelberger besonders den großen Problemen des Katastrophenschutzes angenommen.

GESTORBEN

Harald von Bohlen und Halbach, Bruder des ehemaligen Krupp-Chefs Alfried, ist in Essen mit 67 Jahren gestorben. Harald von Bohlen und Halbach war das sechste der neun Kinder von **Gustaf** und **Bertha von Bohlen und Halbach**. Der Jurist, der auch Volkswirtschaft und Geschichte studiert hatte, war 1940 Reserveoffizier geworden. 1944 geriet er in russische Gefangenschaft. Unter falschem Namen kam er seinerzeit bis Frankfurt/Oder, wurde verraten und von den Russen als Kriegsverbrecher zu 25jähriger Lagerhaft abgeurteilt. Harald von Bohlen und Halbach mußte in Eisenerzbergwerken hinter dem Ural arbeiten. 1955 kam er im Zuge der Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen wieder in die Bundesrepublik zurück. Von Bohlen und Halbach, dessen Name später im Zusammenhang mit einer eventuellen Heirat mit Soraya in die Schlagzeilen kam, heiratete die Fabrikantentochter **Doerte Hillringhaus**. Bis 1973 war er Vorsitzender des Vorstands der Bohlen Industrie AG und der Wasag-Chemie AG. Dann trat er in die Aufsichtsräte beider Gesellschaften ein und wechselte sich mit Bruder **Berthold** im Aufsichtsratsposten ab.

Logistische Enttarnung wirft die „RAF“ zurück

Experten schätzen Kern nur noch auf etwa zehn Personen

von WERNER KAHL

Ein verschlüsselter „Wanderführer“ der terroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF), den die Dechiffrierer des Bundeskriminalamtes vor einem Jahr knacken konnten, hat den Fahndern den Weg zu 80–90 Prozent der RAF-Logistik gezeigt. Das haben die Auswerter der Funde von insgesamt 18 Erddepots der RAF ermittelt. „Die Annahme, daß mit der Enttarnung der Depots die Logistik zerschlagen wurde, hat sich voll bestätigt“, sagte der Abteilungspräsident des Bundeskriminalamtes, Klaus-Herbert Becker, in einer vorläufigen Bilanz.

Die in Wäldern entlang der Nord-Süd-Autobahnen in Deutschland angelegten Verstecke waren einer der Gründe dafür, daß die RAF trotz intensivster Fahndung ein Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei treiben konnte. Als Waldläufer und Spaziergänger getarnt, konnten die Terroristen in immer neue Identitäten schlüpfen, ohne für ihre Verwandlung ein Haus oder gar eine Behörde aufsuchen zu müssen. An der Aktion „Eichhörnchen“ zum Aufspüren der Erdgruben waren, wie das Bundeskriminalamt hervorhob, zahlreiche Polizeibeamte aus verschiedenen Bundesländern beteiligt. Seit der Leerung des Depots kreuzten Mitglieder der Rest-RAF, so ermittelten die Sicherheitsbehörden, nur noch stundenweise zu Treffs mit Konfidenten in der Bundesrepublik auf und zogen sich sofort wieder in ihre ausländischen Verstecke in Ostblockländern zurück.

Ungewißheit besteht darüber, inwieweit es dem geschrumpften RAF-Kreis von Untergrundkommando und Umfeld in diesem Jahr gelungen ist, die Logistik zu erneuern. Eine Überlegung zielt darauf ab, Anschluß an die extremistische Szene zu suchen, um nach über zweijähriger Pause wieder mit schweren Anschlägen in die Auseinandersetzungen einzugreifen. Dabei wäre allerdings zu klären, ob sich die militanten Autonomen die illegale „RAF-Laus“ in den Pelz setzen wollen?

Trotz Ankündigungen eines „heißen Herbstes“ und erheblicher Vorarbeiten „legaler“ RAF-Unterstützer vor allem in Nordwestdeutschland und Hessen blieben die Aktionisten der RAF gegenüber „Revolutionären Zellen“ (RZ) im Hintergrund. Gerade auf Feldern, auf denen 1982 noch besondere Aktivitäen verzeichnet wurden, zeigte sich bis Oktober dieses Jahres eine relative Ruhe. Eine anhaltende Folge der schweren logistischen Schlappe oder Taktik?

Schwerpunkte waren 1982 das Rhein-Main-Gebiet, Nordrhein-Westfalen, West-Berlin und – mit Einschränkungen – Baden-Württemberg. In diesem Jahr konzentrierten sich Anschläge vor allem auf den Frankfurter Raum und dort auf die Startbahn West.

Tatwaffen sichergestellt

Im Bundesinnenministerium erwartet man bei den „RZ“ nach dem offensichtlichen Abschluß theoretischer Erörterungen jetzt eine Phase der Umsetzung des „bewaffneten Kampfes“ in die Praxis. Die „RZ“-Szene wird derzeit auf etwa sechs Gruppen mit circa 50 Personen in der Bundesrepublik geschätzt. Einigen „Zellen“ ist vermutlich, wie die Fachzeitschrift „Die Polizei“ in einer Lagebeurteilung von Andreas Schmidt (Führungsstab Grenzschutzkommando West) angibt, das Eindringen in die „Friedens-“ und Anti-Kernkraft-Bewegung gelungen. Dort agieren sie unerkannt und versuchen, so Schmidt, „ein latent vorhandenes Potential von Militanz“ freizusetzen.

Was die RAF angeht, sieht sich das Bundeskriminalamt durch die Depotfunde darin bestätigt, daß es den Gegner richtig eingeschätzt habe. Aus sichergestellten Notizen konnte die Polizei zudem noch nicht bekannte Personen ihren eigentlichen Funktionen zuordnen. Nachlässig hatten Mitglieder des „harten Kerns“ Klarnamen von Helfern notiert und Angaben über Wohnorte, Berufe sowie den Lebenskreis der sich um eine Unterstützung bewerbenden Sympathisanten deponiert.

Zu dem nun erkennbaren personifizierten Umkreis des RAF-Kommandos kommt die Detailauswertung der annähernd 10 000 Asservate. Den Gerichten kann damit für künftige Verfahren eine bisher kaum gekannte Beweissicherung angeboten werden. Das macht sich schon in dem kürzlich eröffenten Prozeß vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht gegen Adelheid Schulz und Rolf Clemens Wagner bemerkbar. Die ehemalige Krankenschwester aus Baden war zusammen mit Brigitte Mohnhaupt, deren Prozeß demnächst in Stuttgart-Stammheim stattfinden wird, am 11. November vergangenen Jahres vor dem Zentraldepot (Depot 1) in Hessen festgenommen worden.

Für jedes Verbrechen, das RAF-Mitglieder seit 1977 verübt haben, konnte die Polizei eine Tatwaffe sicherstellen. Von den Beutewaffen des RAF-Überfalls auf das Frankfurter Waffengeschäft Fischlein im Jahre 1977 fehlt in der BKA-Sammlung nur noch eine Schrotflinte „High Standard“, Kaliber 12. Adelheid Schulz hatte bei ihrer Festnahme einen Colt 45, der ebenfalls – kurz vor der Ermordung des Bankiers Jürgen Ponto und vor der Entführung Hanns Martin Schleyers – aus dem Frankfurter Waffengeschäft geraubt worden war. Andere Waffen sind sowjetischer Herkunft.

„Wir kriegen sie alle“

In einem Behälter befanden sich Aufzeichnungen über das Bundeskriminalamt, das die RAF als eigentlichen Gegner ansieht. „Wir kriegen sie alle“, hatte der ehemalige BKA-Präsident Horst Herold in den siebziger Jahren angekündigt. In anderen Behältnissen waren Notizen über israelische Einrichtungen und Personen in der Bundesrepublik und weiteren westeuropäischen Ländern.

In der RAF und ihrem Umfeld stellt sich die Frage: Wer führt das Kommando und wer sorgt für regelmäßige Kontakte zwischen denen draußen und denen in den Gefängnissen? Die Justiz hat aus den Erfahrungen der siebziger Jahre, als Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Brigitte Mohnhaupt ein Infosystem praktizieren konnten, gelernt. Das erklärt den Sicherheitsbehörden auch den Auftritt von Adelheid Schulz im Gerichtssaal mit ihrem für Außenseiter verblüffenden Bekenntnis zu dem Verbrechen an Hanns Martin Schleyer. Sie redete sich dabei nicht, wie der Vorsitzende in rechtsstaatlicher Fürsorge meinte, „um Kopf und Kragen“, sondern sprach bewußt „zum Fenster hinaus“: zu den Genossen draußen und in der Erwartung, daß es weitergegeben wird, auch zu den Komplicen drinnen, zu Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar.

Dazu gehört auch der Appell der Angeklagten, Häftlinge aus der RAF zusammenzulegen. Sie wollen die Großzelle, um sich schneller auszutauschen und die Kontakte nach draußen herzustellen. Draußen agiert nicht mehr der feste Kern der siebziger Jahre. Diejenigen, die, vielleicht auch durch die Brutalität einiger Genossen aus dem inneren RAF-Kreis aufgeschreckt, seit geraumer Zeit nicht mehr aktiv in Erscheinung getreten sind, fielen auch in den Depotmaterialien nicht auf. Dazu werden beispielsweise Susanne Albrecht gerechnet, Friederike Krabbe, angeblich in Bagdad verheiratet, sowie Christine Dümlein. Ihnen dürfte nicht entgangen sein, daß die RAF mit ihren elitären Vorstellungen auf der Strecke geblieben ist und die Massen nicht erreichen kann. Der „harte Kern“ wird gegenwärtig nur noch auf 8-10 Personen geschätzt gegenüber 20 noch vor einem Jahr.

Schwere Vorwürfe gegen EKD und Ökumenischen Rat

epd, Hannover

Der Tübinger Missionswissenschaftler Professor Peter Beyerhaus ist der Ansicht, daß die sogenannten Bekennenden Gemeinschaften im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sich als „Notkirche“ anbieten sollten, wenn in ihrem Gewissen bedrängte Christen in ihrer Gemeinde oder Landeskirche „keine geistliche Heimat“ mehr sehen könnten.

Als Vorsitzender des Theologischen Konvents der „Konferenz Bekennender Gemeinschaften“ sagte Beyerhaus in Hannover vor der Herbsttagung dieser als konservativ eingestuften Gruppierung, die Trennung von „ideologisierten Gemeinden und Pfarrern“ könne unvermeidlich werden.

Beyerhaus warf dem Ökumenischen Rat der Kirchen Abhängigkeit vom Kreml vor und kritisierte die Leitung der EKD, weil sie der von zwei bekennenden Gemeinschaften erhobenen Forderung nach Austritt der EKD aus dem Weltkirchenrat nicht zugänglich sei. Im kanadischen Vancouver, dem diesjährigen Tagungsort, sei keine einzige politisch relevante Entscheidung getroffen worden ohne die Zustimmung der orthodoxen Kirchen, die ihrerseits nichts hätten tun können ohne Zustimmung von Beamten des sowjetischen Geheimdienstes KGB.

Wilms: Wieder mehr Wettbewerb unter Unis

Bildungsministerin stellt vor Rektoren-Konferenz die Einheit von Forschung und Lehre in Frage

PETER PHILIPPS, Bonn

Für Eberhard Lämmert, Präsident der Freien Universität Berlin, war es der „Blick vom schroffen Gebirge ins Gelobte Land der neunziger Jahre“, den Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) vor der Vollversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Bonn eröffnete. Die Politikerin hatte im Wissenschaftszentrum ihre bisherige Abstinenz aufgegeben und vor den Rektoren und Präsidenten der westdeutschen Hochschulen ein Szenario entworfen, wie die künftige Bildungspolitik der Bundesregierung aussehen soll.

Die Maxime, an der sich alles orientieren soll, heißt Wettbewerb mit möglichst großem – auch finanziellem – Freiraum der Hochschulen. Denn, so Frau Wilms, „die Universitäten wie auch die einzelnen Fachbereiche sollen und müssen im Interesse der Weiterentwicklung der Wissenschaft die Möglichkeit haben und bieten, Originalität, eigenes Profil zu entwickeln“. Es gehe darum, „der Ausprägung besonderer Qualität Raum zu geben“.

Dies bedeutet im Prinzip eine Aktualisierung deutscher Hochschulgeschichte. Denn bedingt durch den historischen Partikularismus war die Idee des universitären Wettbewerbs seit Gründung der ersten deutschen Hochschulen ein bestimmendes Element. Zu höherem Ruhm der Landesfürsten oder Freien Reichsstädte wurde alles darangesetzt, durch die Anwerbung herausragender Namen als Hochschullehrer im Wettbewerb mit den anderen Universitäten bestehen zu können. Dieser Leistungs- und Wettbewerbs-Gedanke ist in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend verlorengegangen. Erst die knapper werdenden staatlichen Mittel, die zur Einwerbung von Drittmitteln aus privaten Kassen unter Wettbewerbs-Voraussetzungen zwangen, und wohl auch ein um sich greifender Bewußtseinswandel haben zu einer Wende an den Hochschulen geführt.

Es blieb deshalb in der Rektoren-Versammlung auch weitgehend unstrittig, als Dorothee Wilms von der Stärkung der Drittmittel-Forschung sprach, die in erheblichem Umfang dadurch gestützt werden müsse, daß das kameralistische Haushaltsrecht zumindest in diesem Bereich der Universitäts-Haushalte abgeschafft werden müsse. Auch der fast revolutionäre Vorschlag der Bundesbildungsministerin, die seit Humboldts Zeiten in Deutschland geheiligte Einheit von Forschung und Lehre damit partiell in Frage zu stellen, stieß nicht auf Widerspruch. Im Interesse der Erhaltung einer auch international wettbewerbsfähigen Forschung an den Hochschulen, sagte Frau Wilms, „kann nicht jedes Hochschulinstitut Lehre und Forschung zugleich wahrnehmen, weil wissenschaftliche Höchstleistung die Möglichkeit einer vollen Konzentration auf die Forschung erfordert“.

Der Streit, auch zwischen den Rektoren und Präsidenten, entzündete sich an der Frage nach neuen Studienstrukturen und Zugangsbestimmungen zur Hochschule. Von der Politikerin selbst wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht das Abitur stärker auf einen „Bildungsabschluß mit Wert an sich“ verändert und der Zugang zum Studium über „ein eigenständiges Hochschulzugangsverfahren“ geregelt werden müsse.

In diese Richtung argumentierte auch der Rektor der Universität Mannheim, Gerd Roellecke: Wenn man zu einem Wettbewerb wieder kommen wolle, bedeute dies die Aufgabe des Ziels einer „allgemeinen akademischen Bildung“ in der Bundesrepublik Deutschland. Dann könne auch der Hochschulzugang nicht mehr in gleicher Weise wie bisher „generalisiert bleiben“, sondern müsse durch ein Verfahren ersetzt werden, das auch Elemente enthalte, wie sie im Berufungsverfahren für Professoren gegeben seien.

Eindeutig gegen WRK-Präsident Theodor Berchem und dessen Studienreform-Pläne war die weitere Folgerung gerichtet, die Roellecke in Übereinstimmung mit Frau Wilms zog: Die Universitäten und das Studium müßten „wieder als Einheit verstanden werden“, das Studium dürfe also nicht „durch Zwischenprüfungen“ mit berufsqualifizierendem Abschluß unterbrochen werden.

Berchem widersprach in seinem Schlußwort dieser Schlußfolgerung unter Beifall vieler Kollegen vehement. Lämmert hatte bereits zuvor die Gegenposition deutlich gemacht: Eine Industrienation könne ihr Bildungssystem „nicht unter den jetzigen Zustand“ einer breit gestreuten akademischen Bildung „herunterfahren“.

Der Dissens zwischen den „Meinungsführern“ Wilms und Berchem, ob der Weg über eine generelle Begrenzung der Studiendauer auf im Grundsatz acht Semester (Wilms) oder über die Aufteilung der Studien auf ein sechssemestriges, berufsqualifizierendes Studium für viele und ein anschließendes wissenschaftliches Aufbaustudium für wenige Begabte (Berchem) der richtige Weg ist, wird schnell gelöst werden müssen. Sonst blockieren sich zwei diskutable Wege zu einer effektiven Studienreform gegenseitig.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Spionage im Müll-Keller

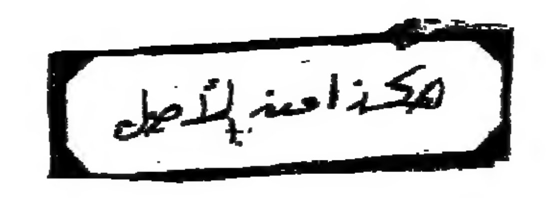
Anklage gegen deutschen Angestellten eines US-Depots

W. K. Koblenz

Ein Heizer aus Sachsen, den die Amerikaner im Vertrauen auf seine Anerkennung als politischen „DDR“-Flüchtling für das größte Munitionsdepot der US-Streitkräfte in Europa eingestellt hatten, kassierte aus Ost-Berlin über 100 000 DM Agentenlohn. In einem Spionageprozeß vor dem Koblenzer Oberlandesgericht warf die Bundesanwaltschaft gestern dem 59jährigen, der nach eigenen Angaben außer „Don't know“ kein Wort Englisch spricht, Verrat in besonders schwerem Fall vor. Für Unterlagen über Cruise-Missile hatte der „DDR“-Geheimdienst dem Agenten Sonderprämien gezahlt.

Unter dem Decknamen „Lift“ hatte der Angeklagte, Hans-Joachim Schneider, zwölf Jahre lang für den Ostberliner Geheimdienst die Rolle eines überaus nützlichen Dokumentenmüll-Sortierers erfüllt. Denn Schneider („ich bin ein ganz gewöhnlicher Arbeiter“) bekam als Heizer Zutritt zu allen Gebäuden des großen amerikanischen Stützpunktes in Miesau (Pfalz). Dort sammelte er in über 20 Containern Aktenablagen, die nicht als geheimhaltungsbedürftig dem Reißwolf übergeben worden waren, sondern verbrannt werden sollten. Der Staatssicherheitsdienst interessierte sich für den „Abfall“: Instruktionen über Technik der Panzer und Raketen, ihre Anfälligkeiten und Wartung, ferner über Kaserneninterna über Kampfbereitschaft und Bewaffnung sowie die Personalinfrastruktur der amerikanischen Streitkräfte in Europa.

„Ich war nie Nazi, ich bin auch kein Kommunist“, sagte der wie ein moderner Agenten-Schwejk im Gerichtssaal auftretende Sachse. Für die Sowjets hätte er seit der Besetzung Mitteldeutschlands nichts übrig gehabt. Vor der russischen Geheimpolizei floh er, weil sie ihn verhaften und als Spitzel einsetzen wollte. Die Amerikaner, denen er sein Leid als ungelernter Arbeiter klagte, gaben ihm 1971 eine Anstellung als Heizer. Schon bei seinem ersten Besuch in der „DDR“ erschienen die Werber des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Ihm wurde ein Lageplan des US-Depots mit allen Gebäuden vorgelegt, und Schneider wurde aufgefordert, von Container zu Container zu gehen und nachzusehen, „was da so liegt“. „Da habe ich dann die Hand aufgehalten“, gestand Schneider.



„Sowjets wollen mit begrenztem Atomkrieg drohen können" / CDU-Fachkongreß zur Sicherheitspolitik / Neuer US-Vorstoß für Genf?

Kohl: Wir müssen der Gefahr der Erpreßbarkeit entgehen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

„Die Sowjetunion will mit dem auf West- und Mitteleuropa begrenzten Atomkrieg drohen können." So beschrieb Bundeskanzler Helmut Kohl die Motive für die Bemühungen Moskaus, sich das Monopol bei den landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa zu sichern.

„Die Sowjetunion will unsere Sicherheit von der Sicherheit der Vereinigten Staaten abkoppeln", sagte der Kanzler auf dem Bonner CDU-Fachkongreß „Europas Verantwortung für den Frieden" und fügte hinzu, so würde die Bundesrepublik Deutschland zu einer Zone minderer Sicherheit. Um der Gefahr der Erpreßbarkeit durch die Sowjetunion zu entgehen, könne das sowjetische Monopol in der Mittelstreckenrüstung nicht hingenommen werden. Kohl brachte die sowjetischen Absichten auf die Kurzformel: „Moskau will uns Europäer bedrohen und gleichzeitig die USA davon abhalten, uns zu schützen."

An die Sowjetunion richtete der Kanzler den direkten Appell, bei den Genfer Verhandlungen die Politik der Blockierung aufzugeben. Unter Anspielung auf westliche Erkenntnisse, daß der Kreml ungeachtet der Verhandlungen mit den USA sein Mittelstreckenpotential vergrößert habe, sagte Kohl, Moskau müsse endlich anfangen, Raketen zu verschrotten, anstatt Raketen ständig zu vermehren.

Der Kanzler sprach sich eindeutig für die fortdauernde Gültigkeit der NATO-Strategie der Abschreckung aus: „Unsere Entschlossenheit zur Abwehr eines Angriffs, die Verteidigungsbereitschaft der freien Länder des Westens ist auch ethisch geboten, weil sie den Krieg verhindern hilft – und zwar jeden Krieg, nicht nur den mit Atomwaffen." Für viele Menschen sei es eine schwer erträgliche Vorstellung, daß „ausgerechnet die atomare Abschreckung zur Friedenssicherung entscheidend beiträgt", sagte er. Diese Waffen und das Wissen darüber, wie sie herstellbar sind, gebe es. An dieser Tatsache komme niemand vorbei. Die sicherste Garantie, daß sie nie eingesetzt würden, sei die atomare Abschreckung. Der Kanzler begründete diese Strategie mit den Worten: „Sie sichert den Frieden, denn sie läßt nur die Wahl zwischen Frieden oder Vernichtung. Sie schaltet Krieg als Mittel der Politik aus, weil es in einem Atomkrieg auf beiden Seiten nur Verlierer geben kann."

Vehement wandte sich der Kanzler gegen den Antiamerikanismus, „den Teile der SPD und Grüne in unserem Land verbreiten". Kohl sprach von der „geistig-psychologischen Vorbereitung der Politik eines neutralistischen und nationalistischen deutschen Sonderweges". Die große Mehrheit der Bürger sei nicht bereit, „das existenzbedrohende Risiko" eines derartigen Sonderweges einzugehen. Als Etappe beim Aufbau einer stabilen internationalen Ordnung, die allen Menschen die Chance zur Freiheit gebe, forderte der Kanzler die Einigung Europas noch in diesem Jahrzehnt. Besonders die Deutschen sind nach seinen Worten an einem geeinten Europa interessiert, weil sie in einem geteilten Land leben. „Nur unter einem europäischen Dach haben wir die Chance, die Einheit Deutschlands in Freiheit wiederherzustellen." Die Einigung des Kontinents sieht Kohl noch unter einem anderen Aspekt: „Die Art, wie wir Westeuropäer unsere Interessen friedlich und fair zum Ausgleich bringen, kann eine Anziehungskraft entfalten, die stärker ist als der innere Druck militärisch-ideologischer Machtblöcke."

Vogel gegen Gesetz über Stationierung

p. p. Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat es gestern als erster maßgeblicher SPD-Politiker abgelehnt, die Frage weiter zu verfolgen, ob eine Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen wie ein Gesetz förmlich vom Bundestag beschlossen werden muß: „Es wäre nicht gut, dies auf die Paragraphen-Schiene zu schieben" und den Eindruck zu erwecken, als ob „die Entscheidung in Karlsruhe", beim Bundesverfassungsgericht liege.

Es sei allerdings eine „politische Selbstverständlichkeit, über eine Frage dieser Größe" im Parlament zu debattieren und abzustimmen. In diesem Zusammenhang forderte Vogel die Bundesregierung auf, „jeden Zweifel auszuräumen", daß noch vor der Abstimmung am 22. November mit der Stationierung begonnen wird. Vogel: Dies würde die Debatte nicht nur zur „Farce" machen, sondern wäre eine „arglistige Täuschung" und eine „Herausforderung an das ganze Parlament".

Vogel kündigte an, daß für die SPD außer ihm auf jeden Fall Schmidt, Brandt und Ehmke im Bundestag reden werden.

Nitzes Plan nimmt Rücksicht auf die deutsche Innenpolitik

TH. KIELINGER, Washington

In Kreisen der sicherheitspolitischen Berater Präsident Reagans herrscht Uneinigkeit, ob man noch vor dem Ende der gegenwärtigen Verhandlungsrunde über die Abrüstung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa einen neuen westlichen Vorschlag unterbreiten und wenn ja, wie dieser Vorschlag aussehen soll.

Im Zentrum der Debatte steht der „Waffenmix" aus Cruise Missiles und Pershing-2-Raketen, genauer gesagt: die Frage, ob man den Sowjets konkrete Zahlen der Reduktion vorschlagen soll, und wie weit dabei die Zahl der Pershing 2 von der im Dezember 1979 avisierten Höhe von 108 Stück abgesenkt werden kann.

Seit Anfang letzter Woche zirkulieren in der amerikanischen und europäischen Presse Berichte über einen angeblichen Vorschlag des amerikanischen INF-Unterhändlers Paul Nitze, mit dem der 77jährige Diplomat gerne den Sowjets in Genf gegenübertreten würde. In diesem Vorschlag wird die erstmals von Präsident Reagan im September vor der UNO unterbreitete westliche Position der „Flexibilität" mit konkreten Zahlen ausgefüllt. Diese Zahlen sähen folgendermaßen aus:

Der Westen offeriert als globale Begrenzung der Mittelstreckenraketen eine Höhe von 600, wobei man von einer Unterteilung der Systeme auf je 300 für die Regionalräume Europa und Asien ausgeht (darüber hatte die WELT bereits am 19. September berichtet). Wie Präsident Reagan bereits in seiner UNO-Rede zugab, würden die USA sich zwar das Recht der vollen Ausschöpfung dieser globalen Obergrenze vorbehalten, aber de facto nur im NATO-Bereich nachrüsten, und zwar nicht mehr, als die Sowjets selber gegen Westeuropa in Stellung bringen.

Viele „Blaupausen"

Unter der europäischen Zahlenobergrenze von 300 Sprengköpfen (das würde einer Anzahl von genau 100 sowjetischen SS-20-Trägern entsprechen) will Nitze angeblich einen westlichen Waffenmix von 36 Pershing 2 und 260 Cruise Missiles in Genf anbieten. Diese Verhandlungsposition möchte er, so heißt es, von Washington absegnen lassen.

Ob es dazu kommt, ist zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch fraglich. „Laufen Sie nicht mit diesen Zahlen davon", wurde der WELT von einem in die Verhandlungen eingeschalteten Beamten des State Department bedeutet. Es handele sich hier lediglich um eine von vielen „Blaupausen", die in der Diskussion stehen.

Die Nitzesche Formel, die nur noch ein Drittel der ursprünglich vorgesehenen Pershing-2-Stationierung wahrmachen würde, enthält eine wesentliche neue Konzession: Der Westen hätte die genaue Proportionalität zwischen Cruise Missiles und Pershing 2 aufgegeben, wie sie in den Nachrüstungszahlen vom Dezember 1979 festgehalten war.

Die ursprünglich geplante Nachrüstung von 464 Cruise Missiles und 108 Pershing 2 ergab einen Verteilungsschlüssel von 4,3 : 1. Wenn dieser „Waffenmix" aus insgesamt 572 Systemen auf eine Obergrenze von nicht mehr als 300 abgesenkt werden sollte, dann käme man auf ein neues Mischverhältnis von ungefähr 240 : 54. Die Pershing-2-Zahl läge also um zwei Batterien (18 Raketen) höher als bei dem Nitzeschen Vorschlag der 36.

Die Regel strenger Proportionalität schließt natürlich die Zahl 36 nicht aus, wenn das die Wunschziffer der Bundesregierung, die mit dem INF-Chefunterhändler in engem Kontakt steht, sein sollte. Nur käme man dann bei dem alten Verteilungsschlüssel von 4,3 : 1 auf eine weitaus niedrigere europäische Obergrenze. Der Waffenmix müßte bei einer Pershing-2-Wunschziffer von 36 in etwa lauten: 154 Cruise Missiles : 36 Pershing 2, also eine Obergrenze von knapp 200 Sprengköpfen.

An der Nitzeschen Formel stimmt also, legt man den alten Quotienten der Nachrüstungszahlen zugrunde, entweder nicht die Pershing-2-Ziffer oder die europäische Obergrenze. Das Verhältnis, das Nitze angeblich anzubieten bereit ist, entspricht einem für Moskau viel günstigeren Quotienten von fast 7:1. Die Pershing 2 wäre unproportional stärker abgesenkt worden als die Zahl der Marschflugkörper.

Dafür kann der Nitzesche Vorschlag für sich beanspruchen, eine europäische Gleichheit der Abschußrampen-Zahl von je 100 auf beiden Seiten anzustreben. Den 100 SS-20-„Trägern" (launchers) auf sowjetischer Seite stünden 36 Pershing-2-„Träger" und 65 Marschflugkörper-Lafetten gegenüber (man rechnet vier Cruise Missiles pro Abschußrampe).

Die Debatte in der US-Regierung geht unter anderem darum, ob die Proportionalität zwischen den beiden geplanten NATO-Systemen immer den ursprünglichen Quotienten von gut 4:1 widerspiegeln muß, oder ob der Westen im Rahmen flexibler Verhandlungsführung in Genf diesen Aufteilungsschlüssel durchbrechen sollte, um dem deutschen Wunsch nach Pershing-2-Dislozierung auf möglichst niedriger Stufe entgegenzukommen.

Amerikanische Experten haben im Gespräch immer wieder das Prinzip der „Proportionalität" zwischen den beiden NATO-Nachrüstungssystemen hervorgehoben, das für alle denkbaren INF-Zwischenlösungen gelten müsse. Die „Proportionalität" war als unverzichtbarer Bestandteil der westlichen Abrüstungspositionen eingeführt worden, damit der „Waffenmix" überhaupt erhalten blieb und nicht etwa die Pershing 2 ausgelassen würde, wie das in der berühmt gewordenen „Waldspaziergang"-Formel vom Juli 1982 schon geschehen war.

Daß aber „Proportionalität" in der Abrüstung immer auch Festhalten an dem Quotienten der Nachrüstungszahlen von 1979 bedeuten müsse – das steht nirgends präzise festgehalten, davon ist man lediglich die ganze Zeit über ausgegangen. Allerdings hielt Präsident Reagan sich und den westlichen Verbündeten alle Verhandlungstüren offen, als er in seiner UNO-Rede sagte: „Im Kontext von Reduktionen auf gleiche Stufen sind wir bereit, die ballistische Rakete Pershing 2 ebenfalls zu reduzieren, neben den bodengestützten Cruise Missiles." Genaue Modalitäten der Absenkung gab er nicht an.

Dennoch scheuen viele in der Reagan-Regierung vor einer so drastischen Absage an die alte Proportionalität zurück, wie Nitze sie jetzt vorzuschlagen scheint. Überhaupt bezweifelt man, vor allem im Pentagon, ob es sinnvoll ist, schon wieder eine neue westliche flexible Position vorzustrecken, wo die Sowjets noch nicht einmal auf das Paket der Vorschläge von Ende September seriös geantwortet haben.

Konzessionen gemacht

Das Datum der Bundestagsdebatte vom 21. November setzt den amerikanischen internen Beratungen einen gewissen Termin. Entweder läßt Reagan ihn verstreichen und signalisiert damit, daß der Westen schon genügend Flexibilität gezeigt habe, oder er kommt mit Rücksicht auf die deutsche Innenpolitik mit einem neuen Vorschlag heraus. Davor wird in bestimmten Kreisen Washingtons gewarnt, wo man ungern die Substanz sicherheitspolitischer Positionen an taktische Zwänge angepaßt sähe.

Doch hat der Präsident selber in den START-Verhandlungen so viele Konzessionen gegenüber dem innenpolitischen Druck im eigenen Lager gemacht, daß ihm ein Eingehen auf Bonner Wünsche nicht schwerzufallen brauchte.

„Das ganze Thema ist ohnehin akademisch", bemerkte ein höherer US-Beamter gegenüber der WELT. Man rechnet nicht ernsthaft damit, daß die Sowjets auf einen neuen westlichen Vorschlag eingehen werden, da sie bisher grundsätzlich jedes Maß an westlicher Nachrüstung abgelehnt haben. Auch wirft die Unsicherheit über Andropows Gesundheitszustand einen tiefen Schatten über die gesamte Abrüstungsdiskussion. „Wenn das lange Nicht-Erscheinen Andropows nur auf einer Erkältung beruht, dann muß dies die lebensbedrohendste Erkältung sein, die die Geschichte je erlebt hat", bemerkte ein Regierungsmitglied lakonisch.

Dennoch scheint die NATO entschlossen, in die Geschichte der INF-Verhandlungen als die Seite einzugehen, die den letzten Verhandlungsvorschlag unterbreitet haben will, ehe die Stationierung der Mittelstreckenwaffen beginnt.

SED druckt Leserbriefe zu brisanten Themen

hrk. Berlin

In der „DDR" gehören offenbar die Themen „Stationierung von sowjetischen Raketen", die Behandlung der evangelischen Kirche durch die staatliche Seite, der von Bonn garantierte Milliardenkredit an Ost-Berlin und Probleme mit der eigenen Friedensbewegung zu den wichtigsten Themen im Betrieb und bei privaten Unterhaltungen. Dies geht aus einer Serie von – gezielt ausgesuchten – Leserbriefen zu bestimmten Sachgebieten hervor, die gestern im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlicht wurde.

Das Blatt druckte ein ausgewähltes Echo auf das „Stern"-Interview mit Erich Honecker ab. Zur bevorstehenden Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen in der „DDR" schreibt ein Bergarbeiter aus Aue: „Natürlich sind wir nicht begeistert, im Zuge der Stationierung von USA-Raketen Gegenmaßnahmen zu treffen. Aber ich halte sie für notwendig zur Sicherung unseres Landes und meiner Familie." Im übrigen sollten sich westliche Politiker und Massenmedien besser „nicht darüber den Kopf zerbrechen", wie die Bürger in einem derartigen Fall reagierten, schreibt ein Automobilbauer.

Zu dem offenbar noch immer nicht jedem Funktionär und Werktätigen plausiblen Milliardenkredit an die „DDR" bemerkt ein Ost-Berliner: „Ich freue micht besonders, daß Genosse Honecker den vom Westen verbreiteten Parolen begegnet, daß wir für den Milliardenkredit der BRD Zugeständnisse gemacht hätten. Wir lassen uns nicht erpressen."

Eine Hauptsorge der SED im Hinblick auf zunehmende Basisaktivitäten formuliert eine Ökonomin im „VEB Elektrokohle" in Ost-Berlin: „Die Bestätigung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in unserer Republik schließt nach meiner Meinung ein, Angriffen auf unsere Gesellschaftsordnung unter dem Deckmantel der Religion entschieden entgegenzutreten."

Unterschriftenaktion für Sowjetraketen „makaber"

Kritik auf Synode in „DDR" / Motto „Kraft der Schwachen"

hrk./epd, Berlin

Bis zum Buß- und Bettag am 16. November leisten Tausende von Christen in den mitteldeutschen Gemeinden wieder ihren Beitrag zur Friedensarbeit. Die vierte „Friedensdekade" steht unter dem Motto „Frieden schaffen aus der Kraft der Schwachen". Wie die Reaktion der Sicherheitsbehörden auf die Übergabe von Bittschriften an die Botschaften der UdSSR und USA in Ost-Berlin zeigt, begegnen eigenständige Aktionen verstärktem Mißtrauen auf der staatlichen Seite. Erich Honecker machte beispielsweise gegenüber den Grünen aus Bonn unmißverständlich klar, die SED werde keine „eigene Organisationsform" der christlich-pazifistischen Friedensbewegung im Lande zulassen.

Im Vorwort zum Materialheft der neuen Friedensdekade schreibt der sächsische Landesbischof und Kirchenbundvorsitzende Johannes Hempel:

„Der Leit-Satz ‚Frieden schaffen aus der Kraft der Schwachen' sagt: Alle, die mit ihren aufrichtig gemeinten, an evangeliumgeprüften, fairen Friedensinitiativen wenig erreichen und womöglich Nachteile ernten, sich dementsprechend schwach fühlen – alle diese stehen vor einer großen positiven Erfahrung, eben der ‚Kraft der Schwachen'." Er weist daraufhin, daß die Kirche keine politische Macht habe.

Die Formel von der „Kraft der Schwachen" sei weder „naive Illusion, Rückzug aus der Wirklichkeit und auch keineswegs eine geschickt getarnte Methode eines passiven Widerstands (womöglich gegen die eigene Regierung?)", wie Nichtchristen meinen könnten. Diese Formel sei aber auch „keine Strategie und keine stereotype Handlungsweise". Hempel rief die Christen auf, trotz aller „Mißverständnisse" und der Erkenntnis, „an die Grenzen unserer Möglichkeiten zu stoßen", vor allem zu bedenken: Wer um Christus willen schwach geworden sei, stehe vor der Erfahrung einer „neuen Kraft".

Die Materialsammlung enthält eine Reihe internationaler Dokumente zur Abrüstungsproblematik und Cartoons der US-Freeze-Bewegung. In einer Reihe von „Bausteine" werden praktische Vorschläge für Gemeindeveranstaltungen gemacht. Das Heft regt an, gemeinsame „Friedensfeste" mit Kerzen, Platten, Schweigen und Gebet zu feiern. Durch „nichtprovokative Fragen" sollen die Christen das Friedensthema auch mit Atheisten in ihrer engeren Umgebung erörtern.

Eine „Friedensminute" am Bußtag wird gemeinsam in allen deutschen evangelischen Kirchen begangen. Die Autoren verweisen außerdem auf den Entwurf für einen gemeinsamen Bittgottesdienst, den die EKD und der Kirchenbund ausgearbeitet haben.

Nach einem epd-Bericht stellte sich die Synode der anhaltischen Kirche am Wochenende in Dessau ausdrücklich hinter die Friedensarbeit ihrer Gemeinden und einzelner, besonders engagierter Mitarbeiter. Es sei für den Auftrag der Kirche unerläßlich, „einen eigenständigen Beitrag zu versöhnendem Frieden und Gerechtigkeit zu leisten". Die Synode warnte vor der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in West und Ost. Wie epd berichtet, teilten in der Aussprache mehrere Synodale mit, daß Betriebe und staatliche Einrichtungen damit begonnen hätten, schriftliche Einverständniserklärungen mit der Aufstellung sowjetischer Gegen-Raketen zu sammeln. Ein Redner kritisierte diese Aktion als „makaber und scheußlich".

Kirchenpräsident (Bischof) Eberhard Natho erklärte nochmals nachdrücklich, daß sich die evangelische Kirche weder als „Oppositionspartei" noch als „Korrektiv" zum gesellschaftlichen Umfeld begreife. Die Christen trügen jedoch Mitverantwortung.

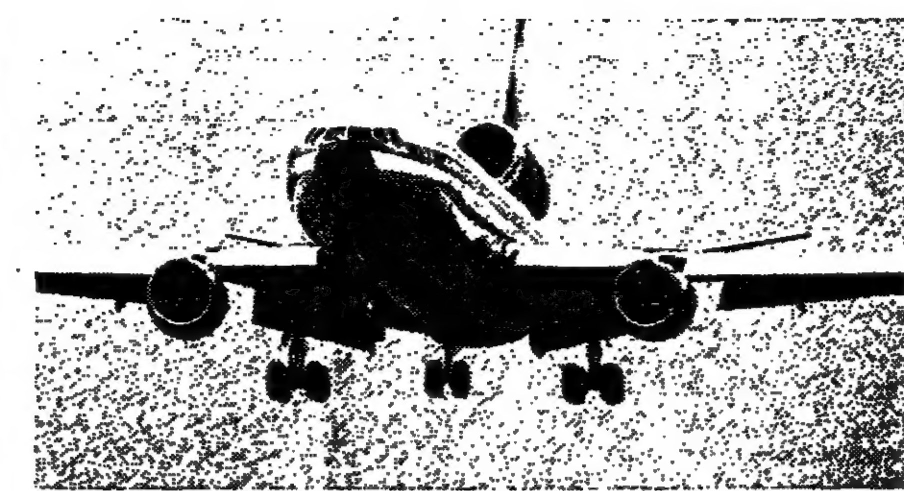
Nordamerika-Angebote gibt es viele. Hier ist eines der besten.

Lufthansa fliegt ab Deutschland häufiger und zu mehr Zielen jenseits des großen Teiches als jede andere Fluggesellschaft. Sämtliche Lufthansa-Flüge über den Nordatlantik sind Nonstop- oder Direktverbindungen.

Nicht nur Frequenz und 16 Flugziele in Nordamerika sprechen für Lufthansa. Sie fliegen ausschließlich mit Großraumkomfort in modernsten Boeing 747- und DC 10-Jets. Sie haben die Wahl zwischen drei verschiedenen Klassen: der First Class, der Business Class und der Tourist Class. Und – Sie haben Anschluß von allen deutschen Flughäfen. Deshalb: Nutzen Sie eines der besten Angebote, die es für Flüge über den Nordatlantik gibt. Buchen Sie Lufthansa.



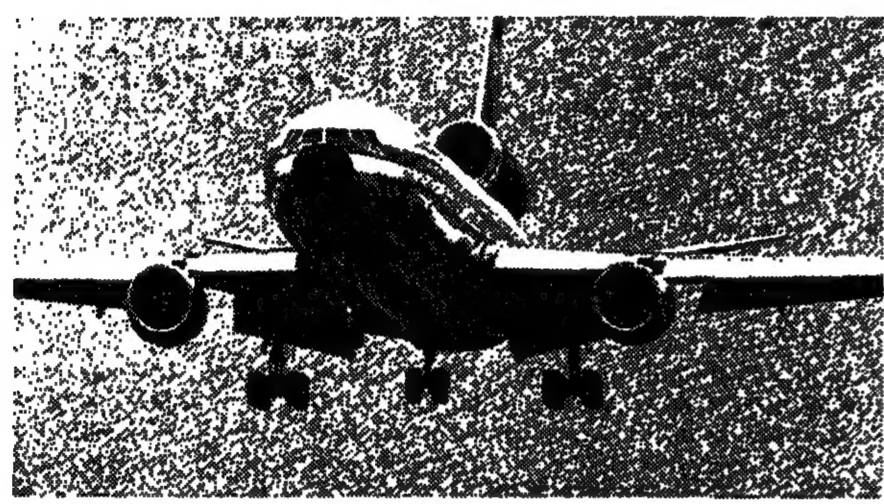
New York. Täglich ab Frankfurt, Düsseldorf, München und Hamburg.



Miami. Fünfmal wöchentlich ab Frankfurt. Zweimal wöchentlich ab Düsseldorf.



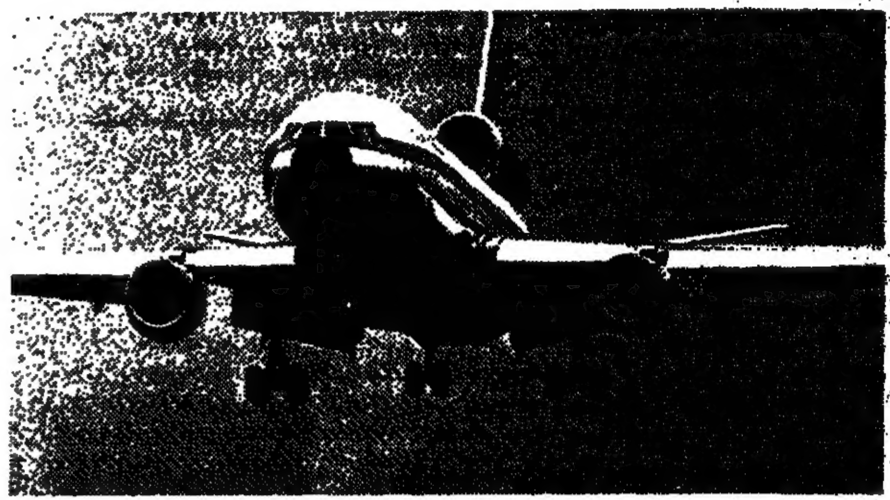
Los Angeles. Täglich ab Frankfurt.



Dallas. Täglich ab Frankfurt.



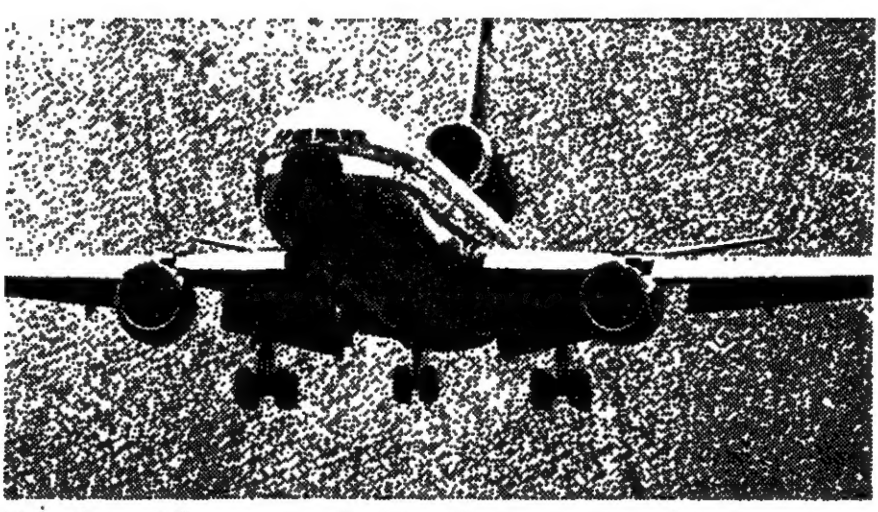
Chicago. Täglich ab Frankfurt.



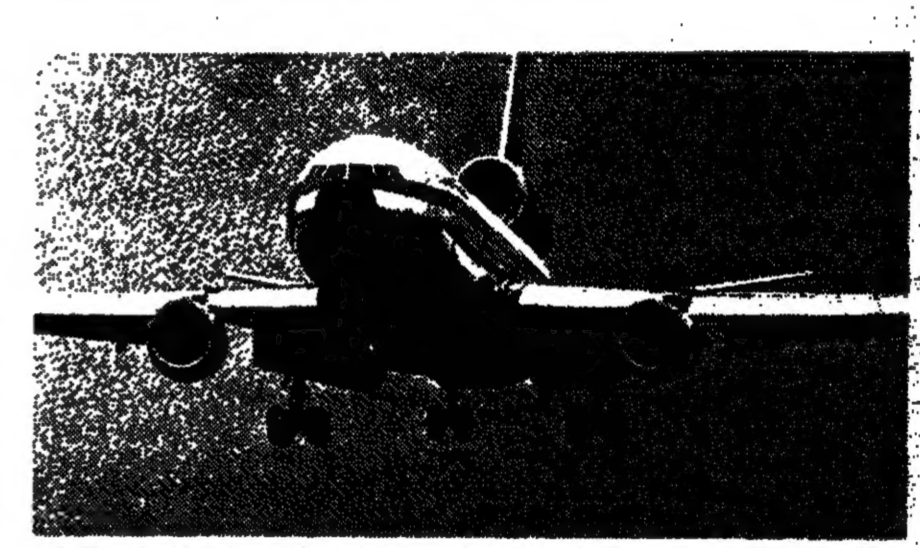
Atlanta. Viermal wöchentlich ab Frankfurt.



San Francisco. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt.



Boston. Viermal wöchentlich ab Frankfurt.



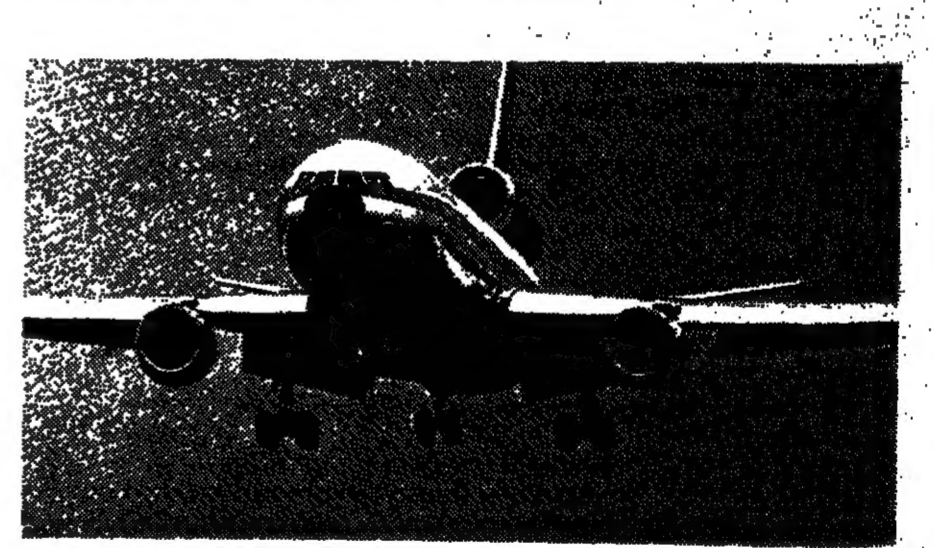
Philadelphia. Viermal wöchentlich ab Frankfurt.



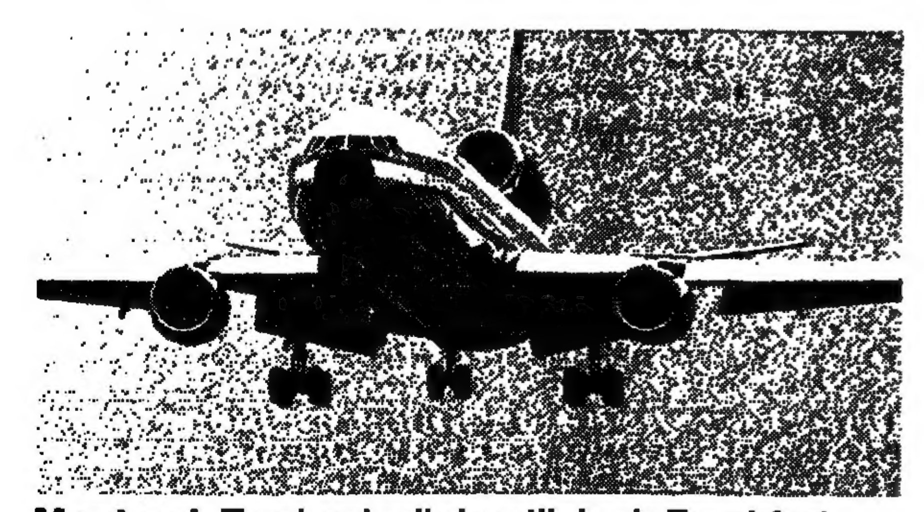
San Juan. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt.



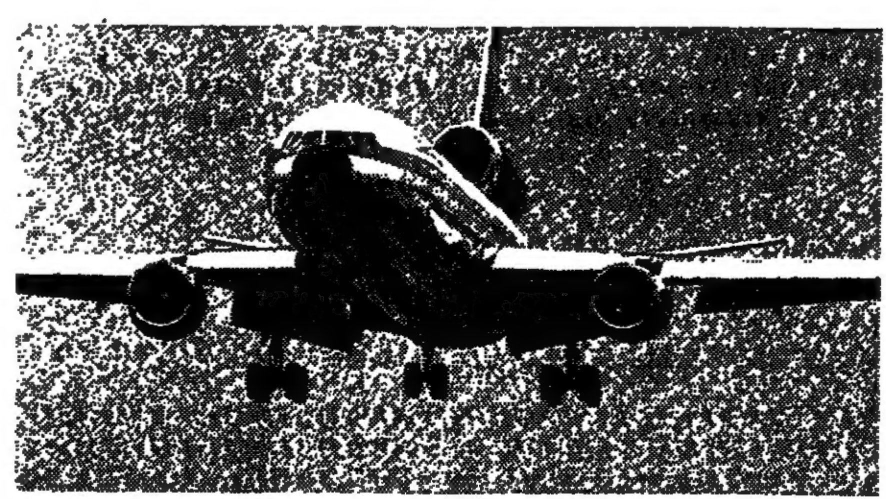
Mexico. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt.



Toronto. Fünfmal wöchentlich ab Frankfurt. Einmal wöchentlich ab Düsseldorf.



Montreal. Zweimal wöchentlich ab Frankfurt.



Calgary und Vancouver: Einmal wöchentlich ab Frankfurt.



Anchorage. Viermal wöchentlich ab Frankfurt. Zweimal wöchentlich ab Düsseldorf und Hamburg.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Martin Luthers Leben aus französischer Sicht

Vor allem ein Mensch

Einen der Hauptbeiträge zum Luther-Jahr sendet das Erste Fernsehprogramm mit der zweiteiligen deutsch-französischen Koproduktion „Bruder Martin" von Alexandre Astruc und Roland Laudenbach. Der Film setzt ein, als Bruder Wilhelm und Bruder Martin, zwei Augustiner-Mönche, von einem gräflichen Jagdherren gezwungen werden, einem zum Tode verurteilten Wilderer die letzte Beichte abzunehmen. Bei Bruder Martin löst dieses Erlebnis eine tiefe religiöse Krise aus und bringt ihn, der später unter dem Namen Martin Luther bekannt sein wird, in Konflikt mit seiner Umwelt.

Um ihn aus der klösterlichen Enge zu befreien, hat Staupitz, Luthers Ordensoberer und sein Freund, ihm die Ernennung zum Professor für Theologie in Wittenberg verschafft. Von hier aus breitet sich durch seine aufrüttelnden Predigten sein Ruf allmählich durch ganz Deutschland aus.

Bruder Martin (1) – ARD, 20.15 Uhr

Als er mit seinen 95 Thesen gegen den Dominikanermönch Tetzel, der Ablässe verkauft, zu Felde zieht, löst er einen Sturm der Entrüstung in der katholischen Kirche aus. Er wird vom Papst verbannt und muß sich vor dem Reichstag zu Worms verantworten, wo er sich vor Kaiser Karl V. weigert, zu widerrufen. Dieser läßt ihn, zur Überraschung aller, frei, stellt ihn jedoch unter Reichsacht. Unter dem Pseudonym Junker Jörg verbringt Luther einige Monate auf der Wartburg. Nach Wittenberg kehrt er erst zurück, als er von den dort herrschenden chaotischen Zuständen erfährt.

Martin Bogdan, Pfarrer in München, hat bei diesem Lutherfilm mitgearbeitet. Er hatte anfangs Bedenken, ob ausgerechnet eine französische Produktion dem Reformator gerecht werden könne. Doch gerade dieser Umstand sollte dem Film zugute kommen. Unbelastet durch die manchmal zum Klischee erstarrte deutsche Lutherverehrung oder Lutherkritik versucht der französische Film, Luther gerecht zu werden.

So hat beispielsweise nie ein persönliches Gespräch zwischen Luther und Kaiser Karl V. stattgefunden, nicht einmal zwischen Luther und dem sächsischen Kurfürsten Friedrich dem Weisen, auch nicht zwischen Luther und dem Ablaßprediger Tetzel oder zwischen Tetzel und dem Papst. Durch solche erfundene Begegnungen kann der Film jedoch die Spannungen wesentlich anschaulicher aufzeigen als durch viele rein historische Daten. Der Mensch Luther tritt mit seinen Widersprüchen vor den Zuschauer hin. Der Film ist kein Helden-Epos, keine Heiligenlegende, sondern ein liebevoll-kritisches Porträt des „Bruders" Martin Luther.

Zum anderen beschränkt sich diese Darstellung auf den „jungen Luther" vom Klosteraufenthalt in Erfurt 1507 bis etwa ein Jahr nach dem Wormser Reichstag, als Luther 1522 von der Wartburg nach Wittenberg zurückkehrte. Die weiteren markanten Punkte in Luthers Leben – der Bauernkrieg, die Auseinandersetzung mit dem Schweizer Reformator Zwingli, seine Ehe und Familie, der Augsburger Reichstag und Luther auf der Veste Coburg oder auch sein langjähriger Kampf gegen seine übereifrigen Anhänger, die Schwärmer – werden ausgeklammert zugunsten einer Konzentration auf die entscheidende Phase der Reformation vor und nach dem Anschlag der 95 Thesen im Jahre 1517.

Schließlich erliegt dieser Film – trotz einiger markanter Zitate aus Luthers Werken – nicht der Gefahr, die theologische Fachsprache der damaligen Zeit zu verwenden. Die entscheidenden Erkenntnisse Luthers in der Auslegung der Heiligen Schrift werden zwar angedeutet, sie überfordern aber den Zuschauer nicht.

Durch vorsichtiges Herantasten an wichtige Themen der Lehre Luthers wird der Betrachter vielleicht sogar angeregt, sich mit der Gestalt des Reformators eingehender zu befassen, um zu begreifen, wie es zur Kirchenspaltung damals kommen konnte und inwiefern die Kirchen heute wieder näher zusammengerückt sind. „Bruder Martin" bestätigt weder die protestantische Bewunderung noch die katholische Ablehnung Luthers. Der Film läßt vielmehr ahnen, daß Luther zu einem „gemeinsamen Lehrer der Kirche", wie er einmal beschrieben wurde, werden könnte. Die französische Produktion leistet damit einen Beitrag zu einer neuen Verständigung über die bleibende Bedeutung Martin Luthers für die Kirche und die Gesellschaft der Neuzeit.

HELMUT RÖSNER

KRITIK

Visionen eines Alptraums

Der numerierte Mensch, computererfaßt, jedweder Diskretion beraubt, vom anonymen „System" überwältigt und ihm rettungslos ausgeliefert – Daniel Christoff hat sich mit seiner **Datenpanne (ZDF)** an einer Alptraum-Vision versucht, der eine zielbewußt angekurbelte Hysterie längst den Boden bereitet hat. Bürgerängste vor Datenerfassung, Datenmißbrauch, fälschungssicheren Ausweisen und Volksbefragungen sind mittlerweile ja recht erfolgreich geführt worden unter dem absurden Generalmotto, der freiheitliche Staat könne nur dann freiheitlich bleiben, wenn er seine Freiheitlichkeit schutzlos, wehrlos und möglichst ungeordnet lasse.

Und nun also die Geschichte eines Mannes, der nach zwei Jahren „Ausstieg" tief im Fernen Osten nach Deutschland zurückkehrt, wo mittlerweile – es ist rasch gegangen, denn so was geht (hütet euch) immer rasch – die Machtergreifung der totalen Elektronik stattgefunden hat. Dieser Mann, ein Botaniker – Thilo Meier muß er heißen –, bedarf trotz reichlich demonstrierter Körperlichkeit erst einmal eines Beweises fürs Lebendigsein, denn für die Speicherzentren in dem kalt gewordenen Land ist Thilo Meier ein toter Thilo Meier.

Aber eben diesen „Lebendbeweis" kann er nicht erbringen, das „System" hat sich längst verabsolutiert, hat das Leben seinen Normen – statt sich dem Leben – unterworfen. Die Daten sind nicht mehr nur Bezeichnung und Ausdruck im Interesse effektiverer und reibungsloserer Organisation des Gemeinwesens, nein, sie diktieren selbst das Gemeinwesen. Der „Fehler" Thilo Meier wird folglich anders korrigiert, als der es gern gehabt hätte. Er wird in sein längst vorhandenes Grab eingebuddelt, basta.

Schon ein ganz bestechendes Grundmuster, ohne Zweifel, und auch vielen Wirklichkeitsbeobachtern tut es gut, sich auf die Gefahr fürs Subjektive zu besinnen – fürs Menschliche, wenn die Maschinen schon so zahlreich und so perfekt werden müssen. Da hätte schon Beklemmendes, Unheimliches daraus werden können. Dann aber hätte es Christoff gelingen müssen, auch die vielen Szenendetails kompakt, variationsreich und spritzig auszustaffieren.

Aber die Einfälle, leider, waren zu dünn, es wollte nicht genug heraussprudeln aus der Phantasieseele des gesellschaftskritischen Autors. So wiederholt sich halt gedehnte zwei Stunden hindurch immer nur derselbe Seufzer. Hat man kapiert, was es soll, ist man schon bedient, nichts kommt mehr. Eine böse Science-fiction wie diese hätte dringend der Satire bedurft. Man sehnt sich nach Qualtinger.

HERMANN A. GRIESSER

STUDIO

Die Engländer sind Europas fleißigste Fernsehzuschauer. Dies ergab eine **Umfrage nach den Fernsehgewohnheiten**, die die englische Verbraucherzeitschrift „Which?" veranstaltete. Täglich drei Stunden und zehn Minuten verbringen sie im Durchschnitt vor der Mattscheibe.

Zehn Minuten weniger Fernsehfreude genießen pro Tag die Spanier, Griechen und Portugiesen; die Franzosen gucken zwei Stunden und neun Minuten, während die Norweger mit einer Stunde und achtzehn Minuten auskommen. Island mit seinem fernsehfreien Donnerstag ist in der Liste nicht enthalten; ebensowenig interessiert sich die Zeitschrift für die Fernsehgewohnheiten der Deutschen. (Sie verbringen etwa zwei Stunden täglich vor dem Bildschirm, vgl. Die WELT vom 6. 10.'83.)

Mehr als die Hälfte der befragten Engländer wollen weniger Gewalt auf dem Bildschirm sehen; fast genauso viele kritisierten das „Frühstücksfernsehen". Sie sprachen sich für dessen Abschaffung aus und plädierten dafür, das Geld für Programme am Abend und am Wochenende zu verwenden.

Mehr als 25 Prozent der Zuschauer wünschen sich mehr Filme – allerdings keine Schwarz-Weiß-Streifen in Wiederholungen. Gegen „Dallas" und „Denver-Clan" sprachen sich 15 Prozent aus; ein Prozent mehr kritisierte den Redeschwall der Sportmoderatoren – nach dem Motto: weniger Wort aber mehr Sport.







III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Ich heirate eine Familie ...
10.50 So schön wie heut' ...
11.35 Mosaik
12.10 Monitor
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15–17.00 Die unheimlichen Lehmschlösser in der Serengeti
Über zwei Millionen große Tiere leben auf den weiten Steppen der Serengeti. Jedoch in jedem der großen, steinharten Termitenbauten, die selbst den Elefanten widerstehen, haust eine Familie von mindestens ebensoviel Millionen Köpfen. Die Wolkenkratzer, welche die Termiten bauen, sind – verglichen mit ihrer eigenen Größe – zehnmal so hoch wie die höchsten Bauwerke der Menschen. In diesen Häusern leben als Untermieter wohlbeschützt die Erdwölfe, Giftschlangen, große Warane und Schakale. Von den Termiten ernähren sich die in der Nähe wohnenden Menschen.
17.00 Denkste!?
Der Letzte verfällt der Hölle (2)
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bruder Martin (1)
Fernsehfilm in zwei Teilen von Alexandre Astruc und Roland Laudenbach
Regie: Jean Delannoy
21.40 „Titel, Thesen, Temperamente"
Auf den Spuren von Gesine Cresspahl: Mit Uwe Johnson in New York / Für Schopenhauer leben: Jahrestagung der größten philosophischen Laien-Gesellschaft der Welt / Robert Gernhardt: Ein Wilhelm Busch unserer Tage – ein Porträt / Gespräch mit Robert Bresson anläßlich seines neuen Films „Das Geld".
22.30 Tagesthemen
Anschließend:
Der weiße Fleck
23.00 Der dritte Anlauf
Die Türkei hat gewählt
anschl. Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Serab ist fremd
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.34 Der Treck ins Schwarzfischtal
Filmbericht aus Südafrika
von Caroline und R. H. Materna
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: The Dubliners
17.50 Das geht Sie an
Tips: Heizkosten – richtig abgerechnet
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der Weg nach Oregon
19.00 heute
19.30 Ein wild, roh, tobend Volk
Die Deutschen und ihr Luther
Von Heiner Michel und Katrin Seybold
20.15 Bilanz
Der Bankier von Galen – der Unternehmer Esch: Was kostet das Ende zweier Aufsteiger? / Stahl ohne Zukunft? Jeder stirbt für sich allein / Deutsche fliegen teuer – Wie unliebsame Konkurrenz behindert wird
Moderation: Wolfgang Schröder
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Der Enkel
22.10 Sport aktuell – aus Aalen
Tischtennis-Europaliga
Deutschland – CSSR
Reporter: Rüdiger Luding
22.55 Manila
Philipp. Spielfilm, 1975
Der junge Fischer Julio kommt in die Metropole Manila, um seine Jugendliebe Ligaya zu suchen, nachdem er erfahren hat, daß sie aus der Fabrik verschwunden ist, in der sie arbeiten sollte.
00.55 heute

Endlich hat der junge Fischer Julio (Rafael Roco) seine Freundin Ligaya (Hilda Koronel) in der Großstadt wiedergefunden. (Manila – ZDF, 22.55 Uhr)
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Alsdorf
21.45 Auslandsreporter
22.15 Das letzte Loch
Dt. Spielfilm, 1981
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Deutschlands grüne Inseln
Naturpark Dümmer – Seeschwalben und Sonnentau
19.15 Indien – Land ohne Hoffnung? (8)
Zehn Stunden für eine Mark
19.45 Hafenplatz Hamburg (8)
Klarschiff für trübe Zeiten
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik am Mittwoch
Menschen ohne Schatten
Juden im Untergrund des Dritten Reiches
22.05 Der Film-Club
Ein Sommernachtstraum
US-Spielfilm, 1935
00.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Reiseführer: Natur – denk mal
19.30 Norwich now (4)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtgespräch
Heute aus Bad Orb
21.45 Drei aktuell
22.00 Autosport
22.05 Halbzeit
22.25 Club 2

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Volkswirtschaftslehre (11)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Rockpalast
Weather Report
20.15 Sammelsurium
21.00 Gentleman Jim, der freche Kavalier
Amerik. Spielfilm, 1942
Mit Errol Flynn u. a.
Regie: Raoul Walsh
22.25 Theater-Talk

BAYERN
18.15 Tele-Sid (8)
18.45 Rundschau
19.00 „Und heute bin ich Jungarbeiter"
19.45 Z. E. N.
19.50 Der junge Garibaldi (4)
20.40 Das historische Stichwort
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
22.30 Monitor
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

KUR '83

Wer fit sein will, muß trainieren. Wintersportler fangen deshalb schon im Herbst mit der Skigymnastik an, um beim Wedeln und beim Après-Ski nicht von Muskelkater oder anderen Konditionsschwächen geplagt zu werden. Wer gesund sein will, sollte besonders im Winter etwas dafür tun – auch im Spätherbst oder im zeitigen Frühjahr. Diese Jahreszeiten sind nach wissenschaftlichen Erkenntnissen am besten geeignet, Erholungsprozesse zu begünstigen, körperliche und seelische Erschöpfungszustände zu regenerieren – auch dann, wenn am schlechten Gesundheitszustand Herz und Kreislauf, Magen und Darm beteiligt sind und wenn häufig Schlafstörungen vorliegen.

Wenn es regnet oder stürmt, kalt ist und schneit, wird der Körper bei einer Wanderung zu erhöhter Herz- und Kreislauftätigkeit angeregt. Er muß den Wärmeverlust ersetzen und dadurch die Stoffwechseltätigkeit steigern. Die sauerstoffreiche Luft im Wald bringt Schwung in die Lungen und in das Venen-Arteriennetz der Beine. Das hilft oft mehr gegen nervöse Spannungen und Verkrampfungen als Medikamente. Mit der Kälteanpassung nimmt die Resistenz des gesamten Körpers gegen fast alle Belastungen zu. Kühle Witterung stimuliert den inneren Antrieb, und nach einiger Zeit der Gewöhnung wird das Winterwetter sogar als angenehm empfunden. Blutdruckabfall, oft Folge von Bewegungsarmut im Alltag oder von Bettlägerigkeit, wird bei kühlem Wetter in frischer Luft besonders deutlich gebessert.

Viele Heilbäder und Kurorte liegen in klimatisch bevorzugten Landschaften, wo man im Winter zusätzlich zu den Kuranwendungen auch noch den gesamten Effekt des gesünderen Klimas genießt. Dazu kommt, daß die Ströme der Wochenendausflügler in die Kurorte kleiner sind, meist kann man die Kurmittelanwendungen auf seine Wunschtermine legen, Wartezeiten im Kurmittelhaus und im Restaurant sind weitgehend unbekannt – und auch die Preise und viele Sonderangebote tragen dazu bei, daß man eine Kur im Winter ganz locker angehen kann und viel mehr davon hat.

BKG

MARKGRÄFLER LAND

Tannen würzen die Luft und Trauben versüßen die Kur

Bad Bellingen

Südlich von Freiburg beginnt jener Landstrich, dessen Erwähnung allen Kennern ein versonnenes Lächeln entlockt: das Markgräfler Land. Ob es an der bezaubernden Landschaft, dem Wein oder auch daran liegt, daß man neben dem uralten Badenweiler in zwei weiteren Flecken Mineralquellen erbohren konnte, an denen sich in den letzten Jahrzehnten Kurorte emporrankten, die heute internationalen Ruf genießen?

Jüngstes der drei Bäder ist Bellingen, das erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre so richtig in Schwung kam. Man hat sich hier vor allem auf kurmäßige, aber auch klinische Behandlung von Erkrankungen aus dem Gesamtbereich der Rheumatologie spezialisiert. Dazu hat man sich von der traditionellen Vorstellung gelöst, diesen Bereich nur als Teil der inneren Medizin zu sehen und zu betreiben. Die Zusammenfassung von Teilbereichen der inneren Medizin, der Orthopädie, physikalischer und manueller Medizin und der Balneologie brachte nicht nur neue Erkenntnisse und Behandlungsmethoden, sondern auch steigende Erfolge, die den Ruf des Bades rasch über die Grenzen des Landes hinaustrugen.

Besondere Aufmerksamkeit widmet man hier der psychischen und psychosomatischen Seite der rheumatischen Erkrankungen und Beschwerden, die in diesem riesigen Krankheitsbereich stark ausgeprägt erscheint. So bildet die Gesundheitsbildung ein Schwerpunktthema der Bellinger Kuren, werden Kurse für autogenes Training und neuerdings auch ärztliche Gruppenhypnose geboten. Zusätzlich gibt es in Bad Bellingen Weinkuren und im Herbst die vielfach beliebte Traubenkur mit den Gutedeltrauben, dieser für die Gegend besonders typischen Rebsorte. Das umliegende Rebland mit seinen alten Winzerorten bietet reichliche Gelegenheit, in Weingärten und -kellern die Arbeit der Winzer kennenzulernen.

Im übrigen ist Bad Bellingen betont kinderfreundlich. Unter 16 Jahren braucht man keine Kurtaxe zu bezahlen, gegen Vorlage der Kurkarte von Vater oder Mutter werden die Kleinsten in alle Kindergärten der Gemeinde aufgenommen, für die größeren unter ihnen gibt es laufend Sonderveranstaltungen, so daß sich die Eltern sorgenfrei ihrer Kur widmen können.

Bereits 1911 bohrte man in Bad Krozingen nach Öl und fand die Thermalquellen, die hier mit bis zu 40,2 Grad Celsius aus der Erde sprudeln. Aber man kann die eigentliche Entwicklung dieses nach wie vor ländlich wirkenden Bades getrost auf die Zeit nach 1945 ansetzen. Dabei haben es die Krozinger verstanden, sich durch frühzeitige Spezialisierung einen ganz besonderen Ruf als Bad für Herz- und Kreislaufpatienten zu schaffen. Freilich führt man auch rheumatische Erkrankungen in den Heilanzeigen auf, doch das Schwergewicht und die Entwicklung liegen auf den Herz- und Kreislauferkrankungen. Ihnen dienen in erster Linie die elf modernen Sanatorien und Kliniken für stationäre Behandlung, an deren Spitze das Benedikt-Kreutz-Rehabilitationszentrum liegt.

Als Ergänzung zu den Bade- und sonstigen Heilkuren wurden dabei eigene Terrainkurwege im zehn Kilometer entfernten Sulzburg, direkt am Hang des Schwarzwaldes, entwickelt. Die drei verschiedenen Wege wurden von den Fachärzten genau nach Länge, Steigung und Gefälle angelegt, und auch auf den Spaziergängen dort werden die Patienten überwacht, so daß man sie je nach Notwendigkeit auf einen leichteren oder schwereren Weg verweisen kann. Auch von den Hotels und Pensionen aus können Kurende nach Verordnung durch den Badearzt daran teilnehmen und werden mit Bussen nach Sulzburg gebracht. In einem fortgeschritteneren Stadium ihrer Rehabilitation ziehen es manche vor, gleich an den Kurwegen im stillen Waldhotel Bad Sulzburg Quartier zu nehmen und nur ab und zu in die Thermalbäder von Bad Krozingen zu fahren, während das ein wenig unterhalb gelegene Städtchen Sulzburg mit seiner fast 900 Jahre alten Klosterkirche und manch anderen alten Kostbarkeiten neben guten Geschäften zum Bummel einlädt.



Eingebettet zwischen den Waldhängen liegt Badenweiler im südlichen Schwarzwald

FOTO: LUFTBILD ELSÄSSER

So jung die beiden Bäder Bellingen und Krozingen, so uralt ist Badenweiler, schon von den Römern als Badeort heftig frequentiert. Die imposanten Ruinen des einstigen römischen Bades liegen im Kurpark zur Besichtigung frei, während das seit der Gründung von der gleichen Familie geführte Hotel Römerbad ein Stück römischen Luxus auf modern zelebriert: Thermalwasser gleich in der Badewanne im Zimmer, Hauskonzerte, die von Besuchern aus aller Welt besucht werden, opulente Tafeleien und vieles andere.

Zwar tut man in Badenweiler alles für den Gast und seine Ruhe, verbannt sogar zu bestimmten Zeiten sämtlichen Autoverkehr aus der Stadt, aber das geschieht mit heiterer Gelassenheit, ohne servilen Eifer oder gar tierischen Ernst. Das Wort „Patient" hört man hier fast nie. Von Gästen wird geredet, selbst in vergleichsweise strengen Sanatorien wie dem „Sonneneck" oder dem „Kellner", in denen die Ärzte regieren. Die fast südländisch anmutende Landschaft, das milde Klima tragen sicherlich dazu bei, daß Badenweiler seit eh und je stolze Heilerfolge zu vermelden hat, doch die frohsinnige Stimmung hat sicherlich auch ihren Anteil daran.

Die Liste der Heilanzeigen reicht von Erkrankungen des Knochen- und Gelenkapparates über Herz- und Kreislaufschäden bis zu Erschöpfungszuständen körperlicher und neurovegetativer Art, von Vorsorgekuren ganz abgesehen, die hier eine wesentliche Rolle spielen. Gekneippt wird hier auch, und Dr. Kellner, Chef des gleichnamigen Sanatoriums, hält die Kombinationsmöglichkeit von Kneipp- und Thermalkur sogar für besonders effektvoll.

In den letzten Jahrzehnten ist viel geschehen, um Badenweiler zu verjüngen und heutigen Bedürfnissen anzupassen. Im letzten Jahr entstand ein hypermodernes Thermalbewegungsbad, das sich merkwürdig gut in die alte Kulisse von Stadt und Kurpark einfügt, diese zauberhafte Mischung aus botanischer Kuriositätensammlung und natürlich-fröhlicher Wohnstube im Freien. In Badenweiler im Römerbad fand man im Jahre 1784 eine Fibel mit der Aufschrift „Si me amas" – wenn du mich liebst. Gibt's ein besseres Motto für diesen Kurort?

PETER BORG

*

Auskunft: Thermalbad Badenweiler, Kurverwaltung, 7847 Badenweiler. – Heilbad Bellingen, Kurverwaltung, 7841 Bellingen. – Mineral- und Thermalbad Krozingen, Kurverwaltung, 7812 Krozingen/Oberrhein.

NOTIZEN

Bad Soden

Im Taunusbad Bad Soden existiert seit kurzem ein auf Schlaganfall-Rekonvaleszenten spezialisiertes Ärzteteam, welches in der Behandlung sowohl den körperlichen als auch den seelischen Folgen eines solchen Ereignisses Rechnung trägt. In der neuen 45-Betten-Klinik am Neuen Kurpark werden Gesprächs-, Musik- und Gruppentherapie angewandt, in den übrigen Kureinrichtungen erfolgt die körperliche Behandlung. Eine ambulante Teilnahme ist möglich. (Auskunft: Kurverwaltung Bad Soden, Königsteiner Straße 86, 6232 Bad Soden)

Norderney

Asthmakranken Kindern wird im Internat „Kinderheil" eine erweiterte Möglichkeit frühzeitiger Rehabilitation geboten. Eine private Düsseldorfer Dotation in Millionenhöhe führte mit Mitteln der Aktion Sorgenkind und des Diakonischen Werkes zur Erweiterung des Internats auf 50 Plätze. Durch den Anschluß an das Krankenhaus Seehospiz „Kaiserin Friedrich" können jetzt auch schwer erkrankte Kinder aufgenommen werden. (Auskunft: Kurverwaltung, 2982 Norderney)

Bad Wiessee

Frischzellen verwendet das Kurzentrum Oberland in Bad Wiessee zur Gelenktherapie. Schockgefrorene Frischzellen werden direkt in die betroffenen Gelenke injiziert und regen die Zellenneubildung an. Neben Arthrosen werden dort auch sekundäre und rheumatisch bedingte Arthroseerscheinungen behandelt, und besonders günstige Auswirkungen hatte die Therapie bei Knie- und Sprunggelenken sowie den kleinen Armgelenken. (Auskunft: Kurzentrum Oberland, Postfach 35 30, 8182 Bad Wiessee)

Dobel

Der Angst vor opulentem oder vollrationiertem Speiseplan während der Kur wirkt in dem Kurort Dobel bei Karlsruhe das „Wagnerstüble" (Wildbacher Straße 45) entgegen: Eine komplette Speisekarte ganz und gar nach biologisch-alternativen Rezepten bietet der Chefkoch R. J. Kieferle in seinem Spezialitätenrestaurant. Angeschlossen ist ein Hotel mit elf Zimmern. (Auskunft: Kurverwaltung, 7544 Dobel)

THERMALBÄDER

Lust und Heil in heißen Quellen

Stuttgart

Daß die alten Römer ihr Weltreich nur deshalb nach Germanien ausdehnten, weil es dort so viele heiße Quellen gibt, ist vermutlich ein Gerücht. Sicher aber ist eines: Wo immer Thermen aus dem Erdinneren an die Oberfläche kamen, haben die Römer rasch ihre Badetempel gebaut. Aber nicht allein die Lust am Aalen im wohligen Thermalwasser zieht seit Jahrtausenden die Menschen zu den Quellen. Dort fanden auch schon Millionen Linderung oder sogar Heilung von ihren Leiden.

Aktuell, durch viele wissenschaftliche Arbeiten untermauert und um zeitgemäße Verfahren ergänzt, hat die Thermalbadekur ihre Bedeutung vor allem bei Bewegungsstörungen der verschiedensten Ursache, bei Rheuma, einigen Kreislaufkrankheiten und Frauenleiden. Dabei kommen vor allem die thermischen und die mechanischen Eigenschaften des Wassers dem Leidenden zugute.

Da ist also zunächst die Wärme, die nicht zur wohltut, sondern auch die Gefäße erweitert, krampflösend und schmerzstillend wirkt. Dadurch verändern sich die Stoffwechselbedingungen im Muskel, der nun wieder besser arbeiten kann. In vielen Fällen wirken auch die Mineralien, die in unterschiedlichster Zusammensetzung oft in Thermen gelöst sind. Schwefel beispielsweise stärkt die Cortisonproduktion im Körper, hemmt dadurch Entzündungen und wirkt so zusammen mit der Wärme zusätzlich heilend auf eine ganze Anzahl von Rheumaarten. Und gerade Rheuma wurde in den vergangenen Jahren zu einem weitverbreiteten Volksleiden, das in seinen chronischen Formen mit Akutmedizin kaum in den Griff zu bekommen ist, durch richtige Kuren jedoch ganz wesentlich gelindert werden kann. Tatsächlich werden 49 Prozent aller Heilkuren in Deutschland wegen Rheuma verschrieben.

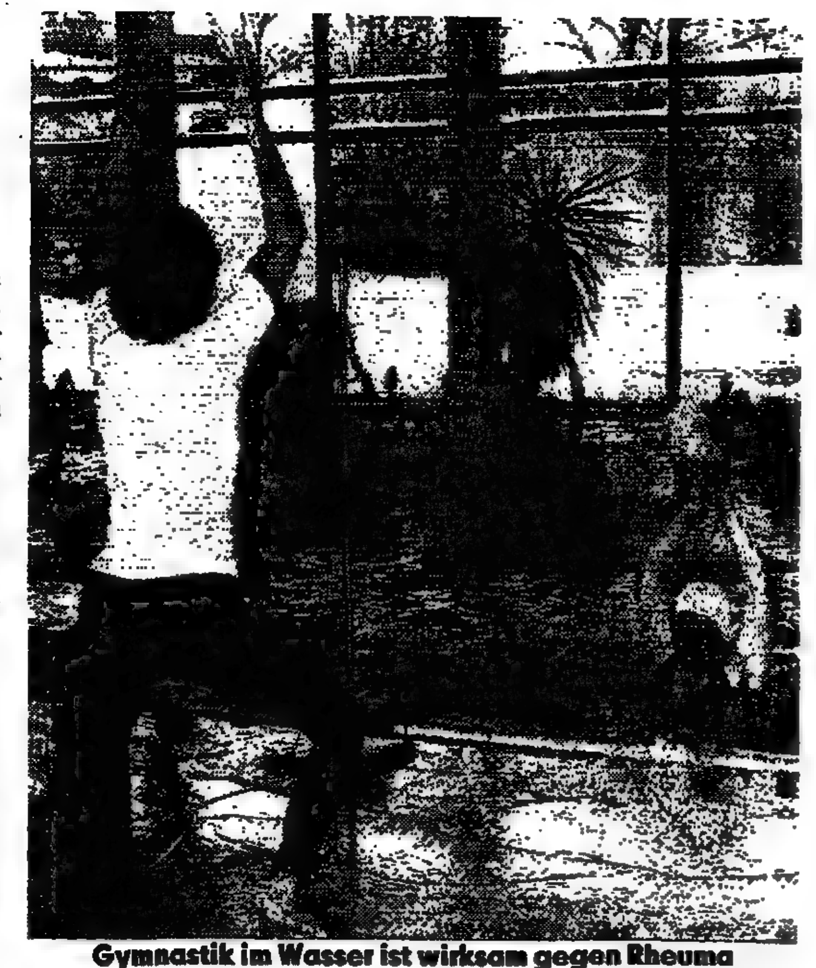
Zu den thermischen kommen die mechanischen Eigenarten des Wassers, also die Tatsache, daß ein Körper im Wasser nur noch einen Teil seines Eigengewichts besitzt. So sind im nassen Element Bewegungen und Körperstellungen möglich, die auf dem Trockenen nicht ausgeführt werden können. Bei ganz langsamen Bewegungen ist nur ein Minimum an motorischer Muskelkraft nötig. So reichen selbst bei schweren Lähmungen oder Verletzungen die noch vorhandenen funktionsfähigen Muskeln zu ersten Übungen aus. Wasserwiderstand und Reibung tragen das ihre dazu bei, die Bewegungsapparatur langsam und systematisch zu kräftigen. Bei schnellen Bewegungen hat das Wasser die Eigenschaft, daß sich der Widerstand im Quadrat zur Geschwindigkeit steigert: also sind erhebliche Kraftleistungen nötig; es werden deutliche Trainingseffekte erzielt.

Gerade bei stark in ihrer Bewegung behinderten Patienten darf auch die psychologische Wirkung nicht unterschätzt werden: Während sie an Land oft an den Rollstuhl gefesselt sind, können sie im Wasser sich immer besser bewegen und schöpfen damit neuen Mut.

Zu den Schwerpunkten Rheuma, Bewegungsstörungen durch Lähmungen oder Unfall und den ebenfalls durch Wärme deutlich beeinflußbaren Frauenkrankheiten können auch einige Herz- und Kreislaufkrankheiten mit Thermalkuren behandelt werden. Der hydrostatische Druck des Wassers auf die Venen verstärkt den Rückstrom des Blutes zum Herzen und fördert so den Blutkreislauf. Blut-Lymphstrom und damit Muskelerregbarkeit können auch durch Unterwasser-Strahlmassagen zusätzlich beeinflußt werden. Daneben kommt dem Herzkranken zugute, daß langsame Bewegungen im Wasser viel leichter und deshalb weniger anstrengend sind.

Daß hier viel mehr von der Bewegung als vom zwar angenehmen, aber doch passiven Herumsitzen im warmen Wasser gesprochen wird, ist durchaus symptomatisch. Denn längst gehören zur modernen Thermalbadekur zahlreiche, vor allem aktive Anwendungsarten in der Wanne und im Bewegungsbad – und natürlich auch auf dem Trockenen. Die gezielte Dosierung und die individuelle Behandlung im Thermalkurort, die Kombination der verschiedensten Anwendungen und die Information darüber, wie der Patient auch nach der Heilung weiterarbeiten kann – das ist der Kern der aktuellen Heilkur.

GERD DÖRR



Gymnastik im Wasser ist wirksam gegen Rheuma
FOTO: ALPAMARE

DER KOMMENTAR

Kurorte hoffen auf Hilfe aus Bonn

Ein Eckpfeiler unserer Gesundheitspolitik" sollen die Bäder und Kurorte für die Bundesregierung bleiben. Das bestätigte Heinrich Franke, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium, kürzlich beim 79. Deutschen Bädertag in Cuxhaven.

Die Wirklichkeit sieht trüber aus. Da hat die Kostendämpfung zu weit stärkeren Rückgängen bei den Kurgästen und Kurmitteln geführt, als dadurch erreicht werden sollte, vor allem bei den Mineral- und Moorheilbädern: Die Anträge im Sozialkurbereich gingen vom 1. Halbjahr 1981 bis zum 1. Halbjahr 1983 um 40,7 Prozent zurück, bei den Krankenkassen kurten über 50 Prozent weniger. Und 60 Prozent Umsatzrückgänge bei der Kurmittelabgabe – das finanzielle Desaster für die Betreiber (meistens Kommunen oder auch verschiedene Bundesländer) ist leicht ersichtlich.

Auch bei den Arbeitslosenzahlen scheint der Deutsche Bäderverband Recht zu bekommen: 50 000 weniger Mitarbeiter fürchtete diese Dachorganisation durch die „Sparmaßnahmen" – bis zu 19,7 Prozent weniger Personal melden 29 ausgewählte Mineral- und Moorbäder von Januar 1981 bis Juni 1983. Da in den 257 Bädern zwischen Alpen und See rund 250 000 Menschen ihr Brot durch Kurgäste verdienen, könnte diese Hochrechnung eintreten.

Für die Kur und die Kurorte ließe sich schließlich einiges tun, wäre nur die Information über die Kur, ihre Vorteile und die Wege zur Kur noch effektiver. Da hilft eine Kampagne des Bäderverbandes alleine nicht. Da müßten zum Beispiel die Ärzte von ihren Vereinigungen, den Rentenversicherungsträgern und den Krankenkassen besser informiert und auch motiviert werden für diese nebenwirkungsfreie Therapie, die zudem kostensparend ist.

Wie Diplom-Psychologe Heinz Hahn vom Studienkreis für Tourismus berichtete, ergab eine Untersuchung seines Hauses mit dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas), daß immerhin 37 Prozent der Bundesdeutschen Interesse an Kur oder Gesundheitsurlaub im Kurort hätten. Bei den Privatgästezahlen melden die ersten Bäder für den Sommer '83 leichte Pluszahlen – Gesundwerden und Gesundbleiben durch eine Kur hat seinen Stellenwert.

Endlich handeln aber müßten die Politiker. Vor allem auch die derzeitige Bundesregierung, denn die CDU lehnte ja diese Kostendämpfungsgesetze ab – als sie noch in der Opposition war. Wo aber sind jetzt die über 50 Abgeordneten, die im Frühjahr 1982 für die Kur votierten? Daß heute die SPD die von ihr beschlossenen Kostendämpfungsgesetze vorrangig wieder ändern will – die Einsicht kommt wohl zu spät.

„Aufwärts geht's mit Sicherheit – wenn auch in Grenzen", betonte der amtierende Bäderverbandspräsident Heinz Wadepuhl in Cuxhaven. Die positive wirtschaftliche Entwicklung und die vielen aufgeschobenen Heilmaßnahmen lassen das sogar durchaus wahrscheinlich erscheinen. Wenn die zuständigen Bundestagsausschüsse nur lange genug tagen, wird sich die Kurkrise damit von alleine „erledigen". Doch die Schäden werden bleiben – in den Kassen und vor allem bei den chronisch Kranken.

ALOIS GASSNER

Kuren im Winter: Sparen mit Pauschalen

DW. Bonn

Birnbach sehen und sparen: Wer die grauen Monate bis zum 28. Februar mit 24 Thermalbädern während vier Wochen angenehm überstehen möchte, kann dieses für nur 644 Mark in Birnbach tun. Nur zwischen dem 20. Dezember und dem 7. Januar zahlt der Gast den Normalpreis: 1629 Mark. Die Leistungen bleiben die gleichen, es fehlt nur eben die eins vor dem Komma. (Auskunft: Verkehrsamt, 8345 Birnbach.) Das Sanatorium Chrysantihof im selben Ort bietet für eilige, aber vorsorgewillige Patienten den zweitägigen „Wochenend-Check" an. Für 194 Mark kann man dort etwa Wirbelsäulenrehabilitierung und Gelenkschäden, Sportverletzungen, aber auch allgemeine Verschleißerscheinungen überprüfen lassen. (Auskunft: Sanatorium Chrysantihof, Brunnenstraße 7.)

Noch ein Sparpaket aus Bayern: Bad Steben im Frankenwald verschafft dem Kurgast für 868 Mark eine dreiwöchige Pauschalkur. Eingeschlossen sind Übernachtung mit Frühstück, Bäder, Massagen, ärztliche Betreuung und die Kurtaxe. (Auskunft: Staatliche Kurverwaltung, 8675 Bad Steben.)

Fort vom blauen Dunst – ist das eine Kunst! Ein Akupunkturkurs zur Entwöhnung vom Rauchen ist ein neuer Programmpunkt im hessischen Bad Salzschlirf. Vier Akupunkturbehandlungen, sechsmal Gruppengymnastik, zweimal Sauna und Vollpension kosten 50 Mark. (Auskunft: Kurverwaltung, 6427 Bad Salzschlirf.)

SPORT-NACHRICHTEN

Bücker will nicht mehr

Gelsenkirchen (dpa) – Theo Bücker (35), Cotrainer und Lizenzspieler beim Fußball-Zweitligaklub FC Schalke 04, bat aus gesundheitlichen Gründen um Auflösung seines Vertrages.

Untersuchung der UEFA

Zürich (dpa) – Die Europäische Fußball-Union (UEFA) hat eine Untersuchung der gegen Inter Mailand erhobenen Bestechungsvorwürfe angeordnet. Der holländische Klub FC Groningen hatte nach dem UEFA-Cup-Rückspiel am 2. November in Bari (5:1 für Inter) behauptet, ihrem Trainer sei von einem italienischen Funktionär eine Bestechungssumme von rund 250 000 Mark geboten worden.

Zhu: An 2,39 m gescheitert

Kuwait (sid) – Der chinesische Hochsprung-Weltrekordler Zhu Jianhua (2,38 m) scheiterte in Kuwait an der neuen Weltrekordhöhe von 2,39 m. Zhu gewann mit 2,31 m.

3000 Mark Strafe

München (sid) – Zu einer Geldstrafe von 3000 Mark ist Karl-Heinz Rummenigge vom Sportgericht des DFB verurteilt worden. Rummenigge hatte im Heimspiel der Bayern gegen Mönchengladbach nach einer gelben Karte durch Schiedsrichter Neuner (Leimen) das Publikum zu Mißfallens-Kundgebungen aufgefordert.

Endgültig: Ohne Schuster

Köln (dpa) – Bundestrainer Jupp Derwall muß bei den Europameisterschafts-Qualifikationsspielen gegen Nordirland (16. November) und Albanien (20. November) endgültig ohne Bernd Schuster auskommen. Der Star des FC Barcelona laboriert an einem Muskelteilriß oberhalb der rechten Kniekehle und wird erst Anfang Januar wieder spielen können.

Zürich entläßt Trainer

Zürich (sid) – Der Schweizer Fußballklub FC Zürich (erste Schweizer Liga) hat eine Woche nach seinem Manager Erich Vogel auch seinen Trainer Hans Kodric entlassen. Kodric, der sich mit einigen Spielern überworfen hatte, wird durch den früheren Schweizer Nationalspieler Köbi Kuhn ersetzt.

Briten gegen Doping

London (dpa) – Der britische Sportrat hat mit den Fachverbänden für Judo, Gewichtheben, Ringen und Kajak ein Abkommen getroffen, wonach eine Kommission in den Trainingslagern Doping-Kontrollen vornehmen wird. Die Weigerung eines Athleten wird als positiver Beweis gewertet.

Mit vier A-Nationalspielern

Düsseldorf (sid) – Mit vier Spielern, die bereits A-Länderspiele bestritten haben, wird die Olympia-Nationalelf des DFB am 20. November zum Qualifikationsspiel in Tel Aviv gegen Israel antreten: Bernd Franke (Braunschweig), Hartwig und Groh (beide Hamburg) und Mill (Mönchengladbach).

Porsche mit Vierradantrieb

Paris (dpa) – Der von Porsche neuentwickelte Sportwagen mit Vierradantrieb wird sich einer der schwersten Prüfungen des Automobilsports in der Welt unterziehen: Der belgische Langstrecken-Weltmeister Jacky Ickx startet am Neujahrstag mit dem 3,2-Liter-Porsche 911 zur Rallye Paris bis Dakar, die in rund 17 Tagen etwa 10 000 Kilometer durch die afrikanische Wüste führt.

Perwas trat zurück

Osnabrück (dpa) – Die sechs Jahre dauernde Ära von Peter Perwas als Leiter des Basketball-Bundesligaklubs BC Giants Osnabrück ist vorbei. Der Giants-Vorsitzende erklärte seinen Rücktritt. Perwas wurde vorgeworfen, er habe sich bei der Geschäftsführung Unregelmäßigkeiten erlaubt.

Sperre für Hieronymus

Hamburg (sid) – Mit einer vierwöchigen Sperre ist der Libero des deutschen Fußballmeisters Hamburger SV, Holger Hieronymus, für seinen Platzverweis beim 0:4 in Mönchengladbach vom DFB-Sportgericht belegt worden.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Stockholm, Herren, Finale: Wilander (Schweden) – Smid (CSSR) 6:1, 7:5.

Grand-Prix-Turnier in Taipeh/Taiwan (75 000 Dollar), 1. Runde: Krishnan (Indien) – Freeman (USA) 4:6, 6:1, 6:3, Gurfein (USA) – Stefanki (USA) 7:6, 6:1, Cain (USA) – Frawley (Australien) 6:1, 7:6, Johnstone (Australien) – Winisky (USA) 7:5, 7:5, Bauer (USA) – Davis (USA) 6:3, 6:3, Odizor (Nigeria) – van't Hof (USA) 7:6, 6:7, 6:2, Strode (USA) – Chang-Rung (Taiwan) 6:3, 6:3.

Doppel, Halbfinale: Fleming/Kriek (USA) – Dickson/Gunnarsson (USA/Schweden) 7:5, 1:6, 7:6, Jarryd/Simonsson (Schweden) – Gottfried/Smid (USA/CSSR) 7:5, 6:1; Finale: Jarryd/Simonsson – Fleming/Kriek 6:3, 6:4.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 128 093,60 Mark, 2: 85 461,60, 3: 10 791,70, 4: 165,40, 5: 11,70. – **Toto:** Elferwette: 1. Rang: 6917,00, 2: 72,90, 3: 26,20. – **Auswahlwette** „6 aus 45": Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 938 090,40, 2: unbesetzt, Jackpot: 178 986,25, 3: 10 602,80, 4: 160,60, 5: 12,20. – **Rennquintett:** Rennen A, Klasse 1: 677,40, 2: 64,40. Rennen B, Klasse 1: 120,00, 2: 45,00. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 21 000,40.

(Ohne Gewähr)

BOXEN / Großes Spektakel im Spielerparadies Las Vegas: Hagler verteidigt Titel gegen Duran

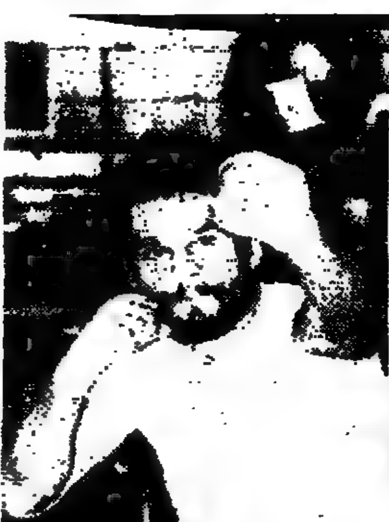
„Der Wundervolle" gegen die „Faust aus Stein" – beide haben vorher acht Millionen Dollar sicher

sid/dpa. Las Vegas

Die deutschen Box-Fans erwartet eine lange Nacht – Marvin Hagler und Robert Duran eine große Kasse. Freitag früh um 4.45 Uhr greift der 32 Jahre alte Duran aus Panama im Caesar's Palace von Las Vegas nach der Weltmeisterschaftskrone (Version World Boxing Association und World Boxing Council) im Mittelgewicht. 15 000 Zuschauer in der Box-Arena und Fernsehanstalten in 50 Ländern sind dabei – auch das Erste Deutsche Fernsehen (ARD). Gewonnen haben die beiden Boxer schon vorher: Mindestens acht Millionen Dollar sind jedem garantiert. Vielleicht werden es sogar zehn.

Weltweit wird das Box-Spektakel in 400 Kinos und Sportstadien übertragen. Promotor Bob Arum rechnet mit einem neuen Rekord-Bruttogewinn von 50 bis 60 Millionen Dollar. „Marvelous" Marvin Hagler, der Wundervolle, wie er genannt wird, ist der hohe Favorit der Fachleute, nach ihrer Meinung der derzeit beste Boxer überhaupt. Aber auf die großen Zahltage wartete der schwarze Modell-Athlet mit dem rasierten Schädel bislang vergeblich. Den ersten beschert ihm nun ein Mann, der vor einem Jahr gerade noch zum Rahmenkämpfer taugte. Jetzt will es „El Mano de Piedra", die Faust aus Stein, wie Duran genannt wird, als erster Boxer überhaupt schaffen, den Weltmeistertitel in vier verschiedenen Gewichtsklassen zu gewinnen.

Mitte Juni wurde Roberto Duran gefeiert, als er im New Yorker Madison Square Garden bei seinem Comeback den ungeschlagenen Davey Moore in der achten Runde besiegte und den Titel im Junior-Mittelgewicht gewann. Duran wurde 1972 Weltmeister im Leichtgewicht, 1980 bezwang er Ray Leonard, den scheinbar Unbesiegbaren, im Kampf um die Weltergewichtskrone. Doch dann kam jener Novemberabend im gleichen Jahr, als die „Faust aus Stein" im Rückkampf zerbröckelte. Sein „No mas!"-Hilferuf („Nicht mehr!") in der Runde acht machte den Nationalhelden auf einmal zum Aussätzigen. Zu Hause in Panama warfen sie seiner Mutter die Fensterscheiben ein. Die guten Freunde wollten nichts mehr mit ihm zu tun haben. Sein alter argentinischer Trainer Luis Spada war einer der ganz wenigen, die noch zu ihm hielten. Bis zum Juni. Nach dem Sieg über Moore schickte Panamas Staatspräsident ein Sonderflugzeug, und 300 000 Menschen in der Hauptstadt bereiteten ihm einen Empfang wie zuvor nur dem Papst. Robert Duran, in 80 Kämpfen 76mal siegreich, hat dem Titelverteidiger eines voraus: Obwohl auch noch nie am Boden ausgezählt, war er schon einmal ganz unten.



Die Faust aus Stein – Herausforderer Roberto Duran. FOTO: AP



Der Wundervolle – Titelverteidiger Marvin Hagler. FOTO: AP

Einige hundert Fans haben es sich drei Dollar kosten lassen, um Duran und Hagler hautnah beim Training zu bewundern. Als der Ansager Duran ankündigt, löst er lauten Jubel aus. Ohne Zweifel gehören ihm die Sympathien. Bei Hagler war der Beifall verhalten. Kein strahlendes Lächeln, keine Show für Fans und Fotografen – für den Wundervollen geht das Training vor, er weiß, wo seine Stärken liegen. Bevor er den Kopfschutz überstreift, schützt er seinen Schädel mit einer Schirmmütze, den Schirm nach hinten. Was um ihn herum passiert, scheint er nicht mehr wahrzunehmen, als er zur Musik aus einem Kofferradio mit dem Schattenboxen beginnt.

Später, als Duran im Ring steht, gibt es die lauten Sprüche. „Holt Hagler her, damit er sehen kann, wie gut in ich Form bin", ruft der Mann aus Panama. Natürlich holt niemand den Hagler. Dafür sieht die Schauspielerin Bo Derek, einst als Traumfrau gefeiert, in welch guter Verfassung Roberto ist. Der Hollywood-Star drückt ihm einen Kuß ins verschwitzte Gesicht und stellt sich anschließend Dutzenden von Fans zum Schnappschuß fürs Familienalbum. Wer hätte das gedacht, daß es so etwas für drei Dollar in Las Vegas gibt.

Nach einer Stunde hat Duran genug geschwitzt. Die Journalisten versammeln sich in seiner Kabine: „Noch nie war ich in solch guter Form. Hagler ist ein guter Boxer, aber nicht unschlagbar. Gegen wen hat er denn bisher gekämpft? Noch nie gegen jemanden wie mich. Er kann mich nicht auf Distanz halten, nicht 15 Runden lang."

Das glaubt auch Hagler nicht: „Duran wird angreifen, weil er gar nicht anders kann. Das wird sein Untergang sein, und ich werde endlich die Anerkennung bekommen, die ich verdiene." Seitdem Hagler 1980 den Titel gewann, hat er ihn siebenmal verteidigt, immer durch K. o. Aber immer gehörten die Schlagzeilen den anderen. Das hat ihn verbittert.

STAND PUNKT

Ein deutscher Rallyemeister, dem wegen Trunkenheit der Führerschein entzogen wurde – das kann eine ganze Zunft ins Gerede bringen. Der Österreicher Walter Smolej bestritt vier Läufe zur deutschen Rallyemeisterschaft ohne deutschen Führerschein. Als er zum Meister gekürt wurde, meldete sich der Staatsanwalt. Er merkte an, es sei doch wohl verwunderlich, wenn in den Zeitungen ein deutscher Rallyemeister gefeiert werde, dem er Wochen zuvor den Führerschein entzogen habe.

Was nun? Das Sportgericht wertete im Nachhinein die vier ohne Führerschein gefahrenen Rallyes nicht. Somit ist Smolej erst einmal den Titel los. Wie die Sache weiter-

Miserables Zeugnis

geht, weiß niemand. Jedenfalls wird vorerst kein deutscher Rallyemeister öffentlich geehrt.

Smolej wiederum wurde von seinem Arbeitgeber, der Firma Auto-Industrie Saarbrücken, beurlaubt. Die Firma hatte erst durch Journalisten erfahren, daß ihr Star nicht mehr im Besitz einer gültigen deutschen Fahrerlaubnis ist. Eine runde halbe Million Mark hat den Saarbrückenern Walter Smolejs Rallye-Einsatz in diesem Jahr gekostet. Nun kommt man ins Gerede, statt wie erhofft ins werbewirksame Gespräch. Deshalb wurden Smolej mit der Beurlaubung Auflagen gemacht, über die er jetzt in Österreich nachdenken kann: Er muß den unbedingten Nachweis erbringen, daß er absolut unschuldig ist. Erst dann will man ihn wieder beschäftigen.

Das freilich ist ein schlechter Witz. Selbst dann, wenn Smolej mit einer österreichischen statt mit einer deutschen Fahrerlaubnis gefahren ist, bleibt dennoch der Urteilsspruch des Staatsanwaltes. Und der beinhaltet nun einmal Trunkenheit am Steuer. Das wiederum ist – man kann es drehen und wenden wie man will – gerade für einen Rallyemeister ein miserables Zeugnis.

K. Bl.

GYMNASTIK / Weltmeisterschaften in Straßburg – die deutsche Mannschaft endlich einmal in der besten Besetzung

Wie Regina Weber das Publikum mit ihrer Kür begeistern will

K. Bl. Bonn

Noch eine letzte Zigarette. Dann geht Eugen Filipescu zum Klavier. Die junge Dame lächelt verstohlen. „Schau mich, bitte, nicht so an" – Filipescu, der große rumänische Turnkomponist, intoniert diesen Uralt-Ohrwurm, erst zärtlich, dann mit Musetteanklängen, schließlich kräftig, aggressiv, mit Stakkatoanschlag. Die junge Dame, Regina Weber, lächelt ins Publikum. Immer dann, wenn ihr wieder eines ihrer schwierigen Kürelemente mit dem Band gelungen ist.

So war es im Frühjahr beim großen internationalen Gymnastik-Turnier in Wiesbaden, so war es im Sommer bei den deutschen Gymnastik-Meisterschaften in der Frankfurter Festhalle, und so wird es wohl auch von Donnerstag an bei den Weltmeisterschaften in Straßburg sein. Oder doch nicht?

Regina Weber, die 20jährige Primaballerina der deutschen Gymnastik-Mannschaft, ist nämlich verletzt. Ein Bänderriß am linken Sprunggelenk wird durch eine feste Bandage gestützt. Die Operation soll erst nach den Weltmeisterschaften erfolgen. Jetzt heißt es Zähne zusammenbeißen in einer Sportart, in der Lächeln zur Grundausrüstung gehört ...

„In einem anderen Leben geht es uns sicher einmal besser." Das ist einer der ehernen Grundsätze der deutschen Bundestrainerin Livia Medilanski. Und er ist für Regina Weber zugleich die Aufforderung für den großen Einsatz. Sie wird es versuchen, denn zum ersten Mal kann Livia Medilanski bei einer Weltmeisterschaft ihre Wunschriegen präsentieren: Regina Weber, Claudia Scharmann (15), Claudia Ziburski (15) und Pia Ahmann (17) als Ersatzturnerin. Das war nicht immer so. Früher gab es Riegen, bei denen der wohl besten Gymnastiktrainerin der Welt von den weniger erfahrenen Damen des Gymnastik-Ausschusses im Deutschen Turnerbund (DTB) die Aufstellung weitgehend diktiert wurde. Livia Medilanski, die hauptsächlich im Leistungsstützpunkt Wattenscheid arbeitet, hat gegen solche Beschlüsse Leistung gesetzt. Am Ende war das – Querelen hin, Querelen her – der beste Weg.

Um es vorwegzunehmen: Weltmeisterin kann freilich keine der jungen Damen aus der deutschen Riege werden. Aber vielleicht gibt es für Regina Weber trotz der Verletzung eine Medaille. Wie sagte doch Eugen Filipescu: „Unser Chanson zur Bandkür ist auch eine Verbeugung an das französische Publikum in Straßburg." Und das wiederum bedeutet: Wenn Regina Weber erst einmal das Publikum zu Beifallsstürmen hingerissen hat, dann können auch die Kampfrichterinnen nicht so ganz zurückhaltend bei ihrer Notengebung sein ...

Weltmeisterschaften in der Rhythmischen Sportgymnastik in Straßburg, vom Donnerstag bis Sonntag, gedacht auch als Test für die Olympischen Spiele im nächsten Jahr in Los Angeles. Der Zweikampf der Russinnen gegen die Bulgarinnen wird im Mittelpunkt stehen. 100 Jahre russisches Ballett als Grundlage auf der einen Seite, auf der anderen eine Riege, die eine ganze Volkssportbewegung vertritt. Es ist aber auch zugleich ein Zweikampf der Stile, kreiert von den beiden Trainerinnen Neschka Robewa aus Sofia und Enna Owschennikowa aus Moskau. Auf der bulgarischen Seite der Hang zum Zirzensischen, Bizarren, auf der sowjetrussischen der Spaß am turnerischen Rhythmus und aufgesetzten Bolschoi-Pathos.

Bei den Bulgarinnen ist die Musik keine Begleitung, keine Untermalung der Kür mehr. Musik, das ist bei den bulgarischen Weltmeisterinnen von München 1981 reine Körpersprache. Sport wird zur Kunst, um am Ende von den Kampfrichterinnen alles wieder in eine Notenskala pressen zu lassen ...

„Schau mich, bitte, nicht so an" – Regina Weber wird lächeln und ihre Kür zelebrieren. Sie wird es so lange versuchen, solange die lädierten Bänder halten. Denn auf den großen Auftritt, auf den hat sie jahrelang gewartet.



Für Claudia Scharmann aus Wattenscheid geht es um die Olympia-Teilnahme. FOTO: SIMON

OLYMPIA

Zuversicht bei Samaranch

dpa, Paris

Alle Ostblockländer werden nach Auffassung von Juan Antonio Samaranch an den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles teilnehmen, wenn die „Olympische Charta respektiert wird". Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) betonte in einem Interview mit der französischen Sport-Tageszeitung „L'Equipe", daß das Weiße Haus in Washington die Einhaltung der Charta garantiert habe.

Samaranch sagte, die Olympische Bewegung habe ihre „eigene Bibel: die Olympische Charta". Das IOC werde nicht die „geringste Diskriminierung, nicht den geringsten Verstoß gegen die Charta tolerieren". Gefahr könne allerdings drohen, wenn die Spannungen zwischen Ost und West weiter verschärft würden.

FUSSBALL

Stadionverbot für Klemme?

sid, Düsseldorf

Die 38 Vereine der ersten und zweiten Fußball-Bundesliga haben sich in einer gemeinsamen Resolution von den ihrer Meinung nach rufschädigenden Äußerungen des Spieler-Beraters Holger Klemme im Aktuellen Sportstudio des ZDF am letzten Samstag distanziert. Die Profi-Klubs wollen Klemme den Zutritt zu ihren Geschäftsstellen verbieten und erwägen ein Stadionverbot für alle Bundesligaspiele.

Karl-Ernst Engelbrecht, Vertreter des Liga-Ausschusses, sagt: „In sechs Stunden haben alle 38 Präsidenten telefonisch zugestimmt." Holger Klemme hatte im Sportstudio vor allem Vertreter des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), aber auch Bundesliga-Präsidenten öffentlich angegriffen.

NATIONALELF

Derwall will Zewe nicht

dpa, Herzogenaurach

„In den Monaten vor der Europameisterschaft 1980 in Italien waren wir einen Schritt weiter, als wir es momentan sind." Diese Feststellung traf Bundestrainer Jupp Derwall im Hinblick auf die EM-Endrunde im Juni 1984 in Frankreich. Derwall machte kein Hehl daraus, daß er seine Idealbesetzung noch nicht gefunden hat. Ein Comeback des Düsseldorfers Gerd Zewe, der sich seit Wochen in Bestform befindet, schließt Derwall jedoch aus: „Ich bin nicht der Typ, der kurzfristige Lösungen bevorzugt. Zewe wird im nächsten Jahr 34 Jahre alt. Da müßte ich mir nach der EM-Endrunde gleich wieder einen neuen Mann auf der Libero-Position aufbauen. Außerdem hatte Zewe vor Jahren seine Chance, nutzte sie aber nicht."

GOLF

Tolles Lob für Langer von Jacklin

DANIEL DELIUS, Düsseldorf

„Er gehört unzweifelhaft zu den vier besten Spielern der Welt." Lob aus berufenem Munde, von Tony Jacklin, in den letzten Jahren eine der beherrschenden Figuren auf den Golfplätzen aller Kontinente und beim Ryder Cup, dem Vergleich zwischen Europa und Amerika, Kapitän des Teams der „Alten Welt". Adressat war Bernhard Langer, und der 26jährige Profi aus Anhausen macht auch keinen Hehl daraus, daß ihm diese Worte gefallen. „Meine Leistung beim Ryder Cup und die positive Kritik, sie waren vielleicht der eigentliche Saisonhöhepunkt."

Erst im allerletzten Spiel konnten sich bei dieser Veranstaltung Mitte Oktober in Palm Beach die amerikanischen Golfer durchsetzen, nicht zuletzt dank einer Glanzleistung von Langer, der nur ein einziges Spiel verlor. Beim Ryder Cup geht es nur um die Ehre, Prämien werden nicht ausgeschüttet. Doch für Bernhard Langer stimmte in der Saison 1983 auch das Habenkonto. „Ich sehe das Jahr eigentlich als gelungen an", zieht er Bilanz.

Drei Siege während der „Europäischen Golf-Tour", bei den italienischen Open, den Glasgow Classic und bei den „Players Championship" im englischen St. Mellon, dazu zahlreiche Placierungen, in der Endabrechnung der europäischen Geldrangliste langte es zu Platz drei. Da gehört selbst die etwas enttäuschende Leistung bei den „German Open" in Köln (16) der Vergangenheit an.

Exakt 110 601 Dollar gewann Langer 1983, vor ihm rangieren nur Größen wie Nick Faldo (England) und Severiano Ballesteros (Spanien). Und die zählt Tony Jacklin neben Langer und dem Amerikaner Tom Watson immerhin zu dem aktuell besten Golf-Quartett der Welt.

„Auf lange Frist gesehen, sehe ich meine sportliche Zukunft in den Vereinigten Staaten von Amerika", sagt Langer. Deshalb will er im nächsten Jahr soviel wie möglich in den USA spielen, wobei er freilich auf Einladungen der Veranstalter angewiesen ist. Um vorher Qualifikationsturniere zu spielen, fehlt ihm jetzt bereits die Zeit.

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

USA für starke japanische Verteidigung

dpa, Washington/Tokio

Der Reise von US-Präsident Ronald Reagan nach Japan und Südkorea wird in Washington wie in Tokio unter strategischen, sicherheits- und handelspolitischen Aspekten große Bedeutung beigemessen. US-Außenminister George Shultz, der Reagan begleitet, bezeichnete die bevorstehenden Gespräche als einen „sehr bedeutsamen Teil" der weiteren Entwicklung der „außerordentlich wichtigen" Beziehungen Washingtons zu diesem Teil des asiatischen Raumes.

Sicherheitsfragen und Handelsprobleme werden deshalb die Hauptthemen sein. Nach Informationen in Washington dürfte Reagan dem japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone das amerikanische Interesse darlegen, die japanischen Anstrengungen beim Ausbau der Verteidigung vor dem Hintergrund der sowjetischen Bedrohung umfassender und schneller voranzutreiben. Shultz sagte, die Sicherheitsprobleme seien offenkundig angesichts der Aufstellung von russischen SS-20-Raketen in Asien.

Auf handelspolitischem Gebiet sind die Amerikaner nach wie vor unzufrieden mit dem Zugang ihrer Waren zum japanischen Markt. Für 1983 wird ein neues Rekorddefizit im Handel mit Japan von rund 20 Milliarden Dollar (etwa ein Drittel des gesamten US-Defizits) erwartet.

Zusätzliche Komplikationen ergeben sich für das japanisch-amerikanische Gipfeltreffen dadurch, daß beide Politiker zugleich Wahlkämpfer sind. Reagan braucht im Blick auf die Präsidentschaftswahlen Ende 1984 einen außenpolitischen Erfolg, der ihm bisher – von den Abrüstungsverhandlungen mit Moskau bis zu der auch im westlichen Bündnis unfreundlich aufgenommenen US-Intervention auf Grenada – versagt geblieben ist. Nakasone, der voraussichtlich noch Ende November wegen der innenpolitischen Krise um den wegen Bestechung verurteilten früheren Premier Kukuei Tanaka das Parlament für Neuwahlen um Weihnachten vorzeitig auflösen wird, muß sich als erfolgreicher Staatsmann beweisen, ohne dabei allzuviel japanische Interessen, vor allem in der Wirtschaft, zu opfern.

USA tragen in Bonn Enttäuschung vor

Fortsetzung von Seite 1

damit das Land als Ausgangspunkt für Akte der Aggression gegen OECS-Mitglieder benutzt werden könne. Die Kapazitäten der Streitkräfte von Grenada seien schon jetzt wesentlich stärker als die Bedürfnisse des Landes.

Dieses Hilfeersuchen erhielt, wie der stellvertretende US-Außenminister versicherte, durch die akute Bedrohung von mehr als tausend amerikanischen Staatsbürgern zusätzlichen Nachdruck. Darauf hinzuweisen, sei am 4. Jahrestag der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran besonders wichtig.

Nach den Worten Dams beruhten die amerikanischen Aktionen auf drei rechtlichen Gründen:

1. Am 24. Oktober wurde die US-Regierung vom Premierminister von Barbados, Adams, informiert, daß der Generalgouverneur von Grenada, Sir Paul Scoon, auf einem vertraulichen Kanal eine Aufforderung an die OECS und andere Staaten der Region gerichtet hatte, die Ordnung auf der Insel wiederherzustellen. Der Generalgouverneur selbst hat diese Aufforderung inzwischen bestätigt. Die rechtliche Autorität des Generalgouverneurs war die einzige verbliebene Quelle legitimer Regierungsgewalt auf der Insel. Die Einladung der legalen Regierungsautorität schafft unter internationalem Recht eine anerkannte Basis für die Leistung erbetener Unterstützung.

Hilfe aufgrund geltender Verträge

2. Die OECS beschloß, aufgrund des Vertrages zu handeln, mit dem 1981 die Organisation gegründet worden war. Dieser Vertrag enthält in den Artikeln 3, 4 und 8 eine Reihe von Vorkehrungen, die sich mit lokalen und auch mit äußeren Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit befassen. Indem sie rechtmäßige kollektive Schritte unternahmen, waren die OECS-Staaten berechtigt, befreundete Staaten um angemessene Unterstützung zu bitten, und es war für die Vereinigten Staaten, Jamaika und Barbados rechtmäßig, diesem Ersuchen Folge zu leisten.

3. Die amerikanische Aktion zum Schutz und zur Evakuierung bedrohter amerikanischer Staatsbürger auf der Insel wurde in Übereinstimmung mit wohlbegründeten Prinzipien des internationalen Rechts unternommen. Es gibt absolut keine Anforderung des internationalen Rechts, die die Vereinigten hätte zwingen können, eine weitere Verschlechterung der Lage abzuwarten, die eine erfolgreiche Aktion gefährdet hätte.

Dam fügte hinzu: „Einige fragen, wie sich diese amerikanische Aktion von sowjetischen Interventionsakten unterscheide. Lassen Sie mich sagen: Die Unterschiede sind klar. Die Vereinigten Staaten beteiligten sich an einer kollektiven Bemühung, die auf einem existierenden regionalen Vertrag und auf der ausdrücklichen Einladung durch den Generalgouverneur von Grenada beruhte. Unsere

Kubaner leisten Hauptwiderstand

Ziele sind präzise und begrenzt: ausländische Staatsbürger zu evakuieren und an der Wiederherstellung der Ordnung mitzuwirken. Die Bevölkerung von Grenada hat die Freiheit, ihre Institutionen selbst zu bestimmen. Außerdem haben unsere Truppen schon mit dem Rückzug begonnen."

Der stellvertretende US-Außenminister hob hervor, daß der Hauptwiderstand gegen die Intervention von Kubanern und nicht von Einwohnern Grenadas gekommen sei. Die Kubaner seien sehr gut bewaffnet gewesen. Die auf der Insel gefundenen Verträge mit der Sowjetunion, Nordkorea und Kuba hätten Waffenlieferungen auf kubanischen Schiffen über kubanische Häfen vorgesehen, damit die Sowjetunion nicht als Lieferant identifiziert werden konnte. Vorhanden gewesen sei schon der Flughafen von Point Salinas, von dem Flugzeuge vom Typ MiG 23 mit je vier 1000-Pfund-Bomben bis nach Puerto Rico im Norden und Venezuela im Süden fliegen konnten.

Genscher wehrt sich gegen CSU-Vorwürfe

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat gestern Vorwürfe der CSU gegen seine Personalpolitik entschieden zurückgewiesen. „Im Auswärtigen Dienst werden auch in Zukunft für Beförderungen und für die Übertragung von Dienstposten allein Qualifikation und Leistungsprinzip gelten, wie das den Grundsätzen des Berufsbeamtentums entspricht", sagte Genscher zur Direktorenrunde des Auswärtigen Amtes.

Der Minister fuhr fort: „Ich werde jeden Versuch zu verhindern wissen, parteipolitischen Einfluß auf die Personalpolitik des Auswärtigen Dienstes zu nehmen. Ich warne davor, die Grundsätze des Berufsbeamtentums durch Parteibuchpolitik aushöhlen zu wollen. Gleichermaßen muß davor gewarnt werden, die Wahrung der Interessen unseres Landes durch parteipolitisch motivierte Kritik an Angehörigen des Auswärtigen Dienstes zu beeinträchtigen."

Der bayerische Staatssekretär Edmund Stoiber (CSU) hatte Genscher am Montag beschuldigt, nach wie vor eine massive Personalpolitik für die FDP und für Anhänger der früheren Koalition mit der SPD zu betreiben (WELT v. 8. 11.). Ernannte namentlich vier SPD-Mitglieder, die zu Botschaftern berufen worden seien: Wolfgang Behrends für Kanada, Gerhard Ritzel für Schweden, von der Gablenz für die Niederlande und Horst Grabert für Budapest. Stoiber bezeichnete diese Berufungen im Sinne der Union als problematisch.

Demgegenüber sprach Genscher den vier genannten Diplomaten sein uneingeschränktes Vertrauen aus. Er betonte: „Ihre persönliche Integrität, ihre Loyalität und ihre Qualifikation stehen außer jedem Zweifel."

Grundsätzlich versicherte der Minister, im Auswärtigen Dienst würden wie in der Vergangenheit auch in Zukunft Parteizugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit weder hinderlich noch förderlich sein. „So allein war es möglich, daß auch in der Zeit der Koalition von FDP und SPD Angehörige des Auswärtigen Dienstes, deren Mitgliedschaft in der Union durchaus bekannt war, in Spitzenpositionen des Auswärtigen Dienstes aufgestiegen sind."

Übergangsregierung für Grenada

Kabinett aus zwölf Ministern / USA dementieren Meldung über Massengrab

DW. St. George's/Washington

Die Zusammensetzung der Übergangsregierung Grenadas soll nach Angaben eines Sprechers von Generalgouverneur Sir Paul Scoon schon heute bekanntgegeben werden. Dem Kabinett, das in den kommenden Monaten die ersten Parlamentswahlen seit 1976 vorbereiten soll, werden zwölf Minister angehören. Bei ihnen soll es sich, wie Scoon selbst mehrfach bekräftigt hat, nicht um Politiker, sondern ausschließlich um Technokraten handeln.

Auf Grenada wurde gestern davon ausgegangen, daß die Übergangsregierung entweder von dem Generalgouverneur selbst oder aber von dem stellvertretenden Generalsekretär der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), Alister McIntyre, geführt wird. McIntyre war in der vergangenen Woche bereits mit Scoon zusammengetroffen. Nach der Begegnung hatte er in einem Interview mit der „New York Times" erklärt, er sei zur Führung der Übergangsregierung bereit.

Die amerikanischen Truppen werden Grenada innerhalb der gesetzlichen 60-Tage-Frist, das heißt im Laufe des Monats Dezember verlassen. Zu diesem Schluß kommt der Bericht des UNO-Sonderbeauftragten Diego Cordovez, der von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar gestern an die Generalversammlung adressiert wurde.

Auch über diese Frist hinaus wollen die USA dem Karibikstaaten jedoch weitere technische und logistische Hilfe leisten. Gouverneur Scoon hat bereits erklärt, daß er den Flughafen auf der Insel mit internationaler Hilfe weiterbauen lassen will. Zur Zeit befinden sich nach offiziellen amerikanischen Angaben noch 3000 amerikanische Soldaten auf Grenada. Das amerikanisch-karibische Landungsunternehmen auf Grenada hat nach einer jüngsten Bilanz 18 Amerikaner und 42 Kubaner das Leben gekostet.

Bei einer Feier für die aus Grenada zurückgekehrten amerikanischen Studenten zeigte sich der amerikanische Präsident über den Vergleich Grenadas mit Afghanistan empört: „Es ist unglaublich, aber neulich hat ein Reporter gefragt, was der Unterschied zwischen unserer Invasion in Grenada und der sowjetischen in Afghanistan sei." Er habe den Vergleich zurückgewiesen: „Unsere Truppen ziehen bereits wieder aus Grenada ab", sagte Reagan, „aber halten Sie nicht so lange den Atem an, bis die Sowjets Afghanistan verlassen." Unter Hinweis auf das Ergebnis einer amerikanischen Meinungsumfrage betonte Reagan, 91 Prozent der Einwohner Grenadas hätten das amerikanische Eingreifen auf der Insel begrüßt.

Das amerikanische Außenministerium hat seine Berichte über die Entdeckung eines Massengrabs auf Grenada zurückziehen müssen: „Wir haben offensichtlich einen Fehler gemacht", erklärte ein Sprecher des State Departments.

Die peinliche Affäre hatte mit einem Bericht der „New York Times" begonnen. Darin war von der Entdeckung eines Massengrabs mit der Leiche des erschossenen Partei- und Regierungschefs Maurice Bishop und rund hundert seiner Anhänger die Rede. Die Presseberichte waren vom State Department zunächst bestätigt worden. Diese Erklärung wurde aber von dem amerikanischen Geschäftsträger und dem amerikanischen Oberbefehlshaber auf Grenada zurückgewiesen. Sie sprachen lediglich von unbestätigten Gerüchten.

Wird Ustinow Nachfolger Andropows?

Spekulationen blühen nach Berichten über Nierenoperation des Parteichefs

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Die Kreml-Propaganda kann es nicht länger verhindern: Es wird über einen möglichen Wechsel an den Schalthebeln der Sowjetmacht spekuliert. Obwohl die Feiern zum Jahrestag der leninischen Machtergreifung abliefen, als sei Juri Andropow, der erste Mann von Partei und Staat, gar nicht abwesend, weiß seit der Fernsehübertragung jeder, daß dem zentralistischen Regime derzeit die Spitze fehlt.

Nach zuverlässig erscheinenden Berichten ist der 69jährige Andropow Ende Oktober operiert worden. Der Eingriff sollte ihn von einem akuten Nierenleiden befreien. Über die Schwere der Erkrankung wird geschwiegen.

Beim Festempfang am Abend des 7. November im Kreml-Palast erwähnte Ministerpräsident Nikolai Tichonow eher beiläufig Andropow, indem er „auch in seinem Namen" die Gäste begrüßte. Die Einladungen waren allein vom Ministerrat ausgegangen. Der Regierungschef stellte dann aber mündlich das ZK und das Präsidium des Obersten Sowjet voran. In beiden Gremien nimmt Andropow die Führungsposition ein.

In solchen nebensächlich erscheinenden protokollarischen Unsicherheiten verrät sich die aufkeimende Unruhe, die den Kreml erfaßt hat. Unruhig ging es am Feiertag selbst auch auf der Tribüne des Lenin-Mausoleums zu, als die fähnchenschwenkenden Massen noch über den Roten Platz zogen: Immer wieder nahmen offenbar dringliche Gespräche die Aufmerksamkeit der Spitzengenossen in Anspruch.

So ist es kein Wunder, daß in der sowjetischen Hauptstadt schon am ersten Jahrestag des Ablebens von Breschnew über mögliche Nachfolger Andropows spekuliert wird. Nach einem ungeschriebenen Gesetz müßte er aus dem kleinen Kreis von Anwärtern ausgewählt werden, die sowohl Politbüro-Mitglieder wie ZK-Sekretäre sind. Gegenwärtig wären das Konstantin Tschernenko, Michail Gorbatschow und Grigori Romanow.

Der erste, inzwischen 72 Jahre alt und von den Rückschlägen gezeichnet, die er nach der erfolglosen Rivalität mit Andropow um die Führungsposition erlitt, kann nicht mit einem Comeback rechnen. Für den 52jährigen Gorbatschow ist die Zeit noch nicht gekommen. Der 60jährige Romanow stieß erst im Juni, nach seiner Berufung zum ZK-Sekretär, aus seiner Leningrader Randlage in das Moskauer Machtzentrum vor.

Größere Chancen werden deshalb Verteidigungsminister Dmitri Ustinow eingeräumt. Gestützt auf die politische Macht des Militärs hat Ustinow 1982 die Weichen für Andropow und damit gegen Tschernenko gestellt. Selbst wenn ihm wegen seines hohen Alters von 75 Jahren die Führungsrolle versagt bliebe, fiele ihm jetzt wieder eine Schlüsselrolle zu.

Evren: Özal wird Regierung bilden

Künftiger Premier dankt den Militärs für rasche Wiedereinführung der Demokratie

AP/dpa, Ankara

Der türkische Staatspräsident General Kenan Evren geht nun davon aus, daß der Sieger der Parlamentswahlen, Turgut Özal, aufgrund des eindeutigen Ergebnisses dieser Wahlen die Regierung bilden wird. Evren erklärte dies gestern im Präsidentenpalast, wo er Özal zu einem Gespräch über die Regierungsbildung empfing. Evren gratulierte dem Führer der Mutterlandpartei ausdrücklich zu seinem Wahlerfolg.

Özal dankte den Streitkräften und General Evren für „die Herstellung von Recht und Ordnung und die Wiedereinführung der Demokratie in der kurzen Zeit von drei Jahren". Unter General Evren sei die Türkei in ein neues Zeitalter eingetreten, das angesichts der schwierigen Probleme der Türkei eine Zusammenarbeit zwischen den politischen Kräften erfordere. Die politische Freiheit könne nur allmählich wiederhergestellt werden.

Vor Journalisten wies Evren Berichte der westeuropäischen Presse zurück, wonach die türkische Militärjunta mit dem Wahlausgang unzufrieden sei und er deshalb am Montag eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates einberufen habe. Das Gremium habe über den Budgetplan beraten, sagte Evren. Die Mutterlandpartei habe in freien Wahlen „das Recht gewonnen, allein an die Macht zu kommen". Der Wunsch der Militärs, eine Koalitionsregierung zu verhindern, sei erfüllt worden.

Auch Özal griff ausländische Medien an, die von Wahlmanipulationen berichtet hatten. Er äußerte die Absicht, das Kabinett von derzeit 26 auf ein gutes Dutzend Ministerien zu verkleinern. Özal kündigte ferner eine „aktivere Außenpolitik" der Türkei unter seiner Führung an. Dies bedeute vor allem auch, daß die Türkei künftig mit der Bundesrepublik „härter verhandeln" werde als bisher. Die Türkei halte an ihrer Eingebundenheit in den Westen fest.

Der Führer der von den Militärs favorisierten Nationaldemokratischen Partei, General Turgut Sunalp, hat inzwischen seine Wahlniederlage eingestanden. Er erklärte, seine Partei wolle in der künftigen Nationalversammlung, die sich wahrscheinlich in der letzten Novemberwoche konstituieren wird, eine konstruktive Opposition bilden. Seine Partei respektiere das Votum des türkischen Volkes. Im neuen Parlament werden voraussichtlich die Mutterlandpartei mit 211 Abgeordneten (45 Prozent der Stimmen), die Völkische Partei mit 117 Abgeordneten (30,4 Prozent) und die Nationaldemokratische Partei mit 71 Abgeordneten (23,3 Prozent) vertreten sein. Die 49 unabhängigen Kandidaten blieben erfolglos. Von den 19,7 Millionen Wahlberechtigten gingen 18,3 Millionen zu den Urnen. Etwa 900 000 Stimmzettel waren ungültig.

Seite 2: Biete Bosporusbrücke

„Vorschnelle Kritik kann schaden"

Fortsetzung von Seite 1

zu unternehmen. Grenada möchte ich dabei ausdrücklich erwähnen. Vorschnelle Kritik westdeutscher Regierungsbeamter angesichts nicht ausreichender Konsultationen kann jedoch konterproduktive Resultate in den Vereinigten Staaten erzeugen und das gegenseitige Verständnis und Vertrauen schädigen.

WELT: In der Bundesrepublik gibt es viele, die den Nachrüstungsbeschluß aufkündigen möchten. Was würde geschehen, wenn sich diese Richtung durchsetzen würde?

Haig: Ein solches Ergebnis wäre ein gewaltiger Erfolg für die Sowjetunion, die nach meiner Beurteilung alles daransetzt, dieses Resultat zu erzielen. Es hat mich schockiert, daß ein einflußreiches Mitglied der sozialdemokratischen Partei (gemeint ist Egon Bahr. Die Red.) öffentlich erklärt hat, die Verhinderung eines nuklearen Konflikts sei wichtiger als die Erhaltung der westlichen Sicherheit.

WELT: Mit anderen Worten, Kapitulation ...

Haig: Man hat dafür viele Ausdrücke gefunden, lieber rot als tot usw. Sie alle laufen darauf hinaus, daß der Frieden gefährdet wird und letztlich genau das geschieht, was verhindert werden soll.

WELT: Muß man von mangelnder Einsicht sprechen?

Haig: Jede rationale westliche Politik ist darauf gerichtet, den nuklearen Holocaust zu verhindern. In ihm würde es keinen Gewinner geben. Die Frage, um die es geht, ist das logische Fundament einer Politik, die den Krieg verhindert. Man muß den potentiellen Aggressor davon überzeugen, daß das Risiko viel größer ist als jeder denkbare Gewinn. Im nuklearen Zeitalter, das unglücklicherweise nicht verschwindet, wenn wir es uns wegwünschen, existiert die Glaubwürdigkeit dadurch, daß der Westen im Extremfall dazu bereit ist, die ihm zur Verfügung stehenden Waffen auch zu benutzen. Die bewußte oder unbewußte Schaffung von Lücken im Waffenspektrum wirkt im höchsten Maße destabilisierend und bildet eine ernste Gefahr für die Abschreckung, die uns für länger als ein Drittel Jahrhundert den Frieden gegeben hat.

WELT: Kritiker stellen die Abschreckungstheorie immer mehr in Frage.

Haig: Die einzig moralisch vertretbare Politik für die Vereinigten Staaten und die anderen freien Nationen ist die Politik, die den Krieg verhindert. Seit fast 40 Jahren haben Abschreckung und Frieden zwischen den Supermächten nebeneinander existiert. Das macht klar, daß es eine Verbindung zwischen der Politik gibt, die den Krieg undenkbar machen will, und der Tatsache, daß es den Krieg nicht gegeben hat. Ehe wir diese Verbindung aufbrechen, sollten wir tief nachdenken.

WELT: Aber sollte Westeuropa die Sowjetunion durch die Nachrüstung in die Enge treiben?

Haig: Es ist ein merkwürdiges Phänomen, daß viele Leute im Westen sich vornehmlich mit ihrer Besorgnis über die sowjetischen Besorgnisse beschäftigen. Als ich diese Frage im Herbst 1981 in New York mit Gromyko besprach, habe ich ihm gesagt, nicht die Vereinigten Staaten hätten der NATO die Pershings aufgezwungen. Die Sowjetunion habe das getan. Der Grund dafür ist, daß die Vereinigten Staaten immer einen Angriff auf ihre NATO-Alliierten als einen Angriff auf sich selbst angesehen haben und ansehen.

WELT: Planen Sie eine Rückkehr in die aktive Politik?

Haig: Heute fühle ich mich sehr ausgefüllt bei meiner Beschäftigung. (Haig veröffentlicht im Frühjahr seine Erinnerungen über seine Zeit als US-Außeminister und berät das renommierte Hudson-Institut in weltpolitischen und strategischen Fragen – d. Red.) Trotz außenpolitischer Differenzen mit Präsident Reagan, die dazu führten, daß ich mich zum Rücktritt entschloß, unterstütze ich ihn weiter. Ich hoffe, er stellt sich zur Wiederwahl, und ich bin sicher, er würde gewinnen. Die längste Zeit meines Lebens habe ich meinem Land gedient. Jetzt genieße ich meine Zeit als Privatmann. Was die Zukunft bringt, kann niemand voraussagen.

Aufsicht verbessern

cd. – Sicherlich ist die leichtsinnige Geschäftspolitik mangelhafter Risikostreuung und ihrer Verschleierung, die der SMH-Bank zum Verhängnis geworden ist, nicht typisch für die deutschen Banken. Doch zeigt das Debakel der SMH-Bank, wie leicht es ist, durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen. Darum ist es kein Wunder, daß der Ruf nach einer raschen Novellierung des Kreditwesengesetzes, die eine Verschärfung der aufsichtsrechtlichen Regelungen für das Kreditgewerbe bringen soll, immer lauter wird.

Bei der Novellierung des Kreditwesengesetzes (KWG) geht es vor allem um die Beaufsichtigung der Luxemburger Aktivitäten deutscher Banktöchter und die Risikobegrenzung. Gäbe es diese „Konsolidierung" der Bilanzen schon, hätte sich die SMH-Bank wohl kaum so unvernünftig hoch bei der IBH-Gruppe engagieren können.

Revisionsbedürftig ist das Gesetz auch in anderer Hinsicht. Zu großzügig ist der sogenannte Großkreditparagraph, der Kredite an einen Kreditnehmer auf 75 Prozent des Bankkapitals begrenzt. Geht ein Großkreditnehmer so total pleite, daß die Bank von ihren Krediten kaum noch etwas wiedersieht, gerät sie selbst ins Schleudern. Deswegen sind die Großkreditgrenzen in den USA und anderen auch europäischen Ländern mit zehn bis 20 Prozent auch viel enger gezogen.

Nicht nur dieses bislang nicht angesprochenen Themas sollten sich die KWG-Novellierer annehmen. Sie sollten auch die völlig unzureichenden Kriterien neu definieren, wann verschiedene Unternehmen im Sinne des Gesetzes als „ein Kreditnehmer" anzusehen sind. Dabei sollte das wirtschaftliche Risiko oberstes Kriterium für eine Zusammenfassung sein.

Export

Mk. – Seit einigen Monaten gibt es erfreuliche Signale von der Außenfront. Sicher, die Zahlen über den Auftragseingang sollten nicht überstrapaziert werden. Sie strahlen jetzt auch deshalb besonders hell, weil die Ordertätigkeit zuvor vergleichsweise schlecht lief. Aber im Export dürfte die Talsohle endgültig durchschritten sein. Ausschlaggebend dafür sind mehrere Faktoren. Wesentlich ist, daß sich die Weltwirtschaft stabilisiert hat. Im Sog der nordamerikanischen Konjunktur haben sich die Aussichten auch in anderen Ländern gebessert. Überdies haben sich deutsche Firmen darauf eingestellt. Sie haben ihre Auslandsinvestitionen in letzter Zeit wieder verstärkt. Dieses zahlt sich aus. Allerdings bleibt immer noch die Frage, ob dieser Aufschwung von Dauer ist. Bisher ist auch im Ausland die Investitionstätigkeit nicht auf Touren gekommen. Die Aussichten sind jedoch günstiger geworden. Auf Investitionsgüter entfällt gut die Hälfte der deutschen Ausfuhr.

FRANKREICH / Forschungsinstitut veröffentlicht ungünstige Konjunkturprognose

Das Wachstum bleibt hinter der internationalen Entwicklung zurück

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Erst ab 1985 kann die französische Handelsbilanz dauerhaft ins Gleichgewicht gebracht werden, die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen, und das Wirtschaftswachstum bleibt hinter dem internationalen Durchschnitt zurück, und die Realeinkommen der Franzosen drohen bis zum Ende der Amtszeit von Präsident Mitterrand (Mai 1988) um durchschnittlich 0,1 Prozent pro Jahr zu schrumpfen. Diese Prognose erstellt das halbamtliche Konjunkturforschungsinstitut BIPE.

Trotz verminderter Kaufkraft werden die französischen Importe nach Ansicht des Instituts aber wieder zunehmen. Der Marktanteil der ausländischen Produkte dürfte deshalb in den nächsten fünf Jahren von 30 auf 32 Prozenrt steigen, obwohl ein starker Rückgang der Energieeinfuhr erwartet wird. Andererseits sei ab 1985 eine Zunahme der Auslandsnachfrage für französische Produkte um jährlich real 5,2 Prozent zu erwarten.

Die Verbesserung der Handelsbilanz wird von dem Institut vor allem den verstärkten Industriegüterexporten zugeschrieben. Ihr Aktivsaldo im Warenverkehr würde 1988 1,49 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen, gegenüber erst 0,61 Prozent 1982. Dabei ist unterstellt, daß das französische Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt um real 1,5 Prozent wächst.

Fünf Industriezweige würden ihre Außenhandelsposition wesentlich verbessern: Mit zunehmenden Überschüssen kann die Rüstungs und aeronautische Industrie, die Basischemie und die Elektroindustrie rechnen, mit abnehmenden Defiziten die Sektoren Haushaltsgeräte, Mineralien und NE-Metalle. Der Waffen- und aeronautische Export werde um durchschnittlich real 7,6 Prozent pro Jahr steigen und somit an die erste Stelle vor den Automobilexporten als Nettodevisenbringer rücken.

Gleichwohl meint das Institut, daß die Automobilindustrie dank ihrer gegenüber der Auslandskonkurrenz weniger ungünstigen Preisentwicklung ihren inländischen Marktanteil wieder ausweitet. Ihre Exportentwicklung bleibe aber hinter der Weltnachfrage zurück. Der Ausfuhrüberschuß dürfte sich in diesem Sektor auf dem derzeitigen Niveau von 0,70 Prozent des Sozialproduktes stabilisieren. Dagegen erwartet das Institut eine Handelsbilanzverschlechterung für die Sektoren Holz/Möbel, Leder/Schuhe und Textilien. Unverändert bleibe die Bilanz bei Papier/Pappe, Glas, Parachemie, Stahlindustrie und Mechanik.

Überraschend günstig lautet die Investitionsprognose des BIP: Bis 1988 würden die in den letzten Jahren stark zurückgegangenen Unternehmensinvestitionen um durchschnittlich real 2,8 Prozent je Jahr steigen und die der Industrie um sogar 6,5 Prozent. Trotzdem würde diese rund 500 000 Arbeitsplätze aufgeben. Dies bedeutet, daß sich der industrielle Belegschaftsabbau in Frankreich von durchschnittlich 108 000 pro Jahr zwischen 1979 und 1982 auf 86 000 reduziert.

Aber diese leichte relative Besserung wird durch den zunehmenden Belegschaftsabbau in der Bauwirtschaft und in der Landwirtschaft sowie dadurch mehr als kompensiert, daß die Neueinstellungen in der öffentlichen Verwaltung und im tertiären Sektor nachlassen. So rechnet selbst das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) damit, daß die Zahl der Arbeitslosen von zur Zeit 2,03 Millionen bis Ende 1984 auf 2,4 Millionen oder um 15 Prozent zunimmt.

Allein die großen französischen Industriekonzerne verfolgen zur Zeit Entlassungspläne, die über 50 000 Personen betreffen, davon 28 000 in der Stahlindustrie. Die Regierung selbst wendet sich inzwischen nicht mehr grundsätzlich gegen die aus Rationalisierungs- und Restrukturierungsgründen notwendigen Arbeitsplatzaufgaben. Sie verweist die Unternehmen aber durchweg auf kostspielige vorzeitige Pensionierungen.

Auf diese Weise konnte seit Mitte 1982 die Zahl der Stellengesuche stabilisiert werden. Im Jahresvergleich verminderte sie sich im September saisonbereinigt um 0,6 Prozent. Gleichzeitig aber schrumpfte das Stellenangebot um 32,9 Prozent und dabei allein von August auf September um 12,9 Prozent.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Wirtschaft fordert höheren Anteil der Lieferbindung

HEINZ HECK, Bonn

Aus den Entwicklungsländern fließt mehr Kapital in die Industrieländer als umgekehrt. Daher ist es auch schwer vorstellbar, daß in der Dritten Welt noch in nennenswertem Umfang Entwicklung und Wachstum stattfinden können. Auf diese Auswirkungen der Verschuldungskrise in der Dritten Welt hat Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) vor den in der „Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer" vertretenen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft in Bonn hingewiesen.

Für die Lösung dieses Problems gebe es „kein Allheilmittel, sondern jeder einzelne Fall braucht sein spezielles Medikament", erklärte Warnke. Zugleich plädierte er für die Unterstützung realistischer Anpassungsprogramme in verschuldeten Entwicklungsländern, die Stärkung der internationalen Finanzinstitutionen, die weitere Sicherstellung notwendiger Umschuldungen unter maßgeblicher Beteiligung der Geschäftsbanken und die Ersetzung des jährlichen Krisenmanagements durch „eine strukturelle Lösung der Verschuldungsfrage".

Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände unterbreitete Vorschläge zur verbesserten Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Unter anderem regt sie an, daß der Anteil deutscher Lieferungen aus der Kapitalhilfe (Lieferbindung) weiter erhöht werden solle, etwa dadurch, daß man früher vereinbarte Zusagen mit neuen Projekten belegt.

Außerdem sollte die Wirtschaft an der vorgesehenen längerfristigen Projektplanung beteiligt werden. Hierzu gehöre, daß sie selbst Projektvorschläge einbringen könne. Dabei sollte auch das Leistungsangebot deutscher Beratungsfirmen berücksichtigt werden. Insgesamt werde damit gewährleistet, daß Aktivitäten der privaten Wirtschaft mit Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung abgestimmt werden könnten.

Die Wirtschaft regt an, die Einrichtung eines Sonderfonds für Mischfinanzierungen (der kombinierte Einsatz von Kapitalhilfe und Marktmitteln), wie es ihn in früheren Jahren einmal gegeben hatte, erneut zu prüfen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Einsatz der Mischfinanzierung hätten einige Schwierigkeiten aufgezeigt. Daher sollten möglichst bald die Pläne realisiert werden, die den kombinierten Einsatz von Kapitalhilfe und Eigenmitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten vorsehen, bei denen aber der Exporteur nicht mit dem Kreditrisiko belastet wird.

Zur Zeit schließt die Kreditanstalt für Wiederaufbau solche Unternehmen, die für ein Projekt Consulting-Leistungen erbracht haben, bei der Auftragsvergabe aus. In Anlehnung an die Weltbankbedingungen sollte von dieser Regelung in besonderen Fällen (z. B. bei schlüsselfertigen Projekten) abgewichen werden, fordert die Wirtschaft.

Zwang zur Unterscheidung

Von HARALD POSNY

Es kam, wie es wohl kommen mußte: Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) hat den Autoversicherern die beantragten Zuschläge zur Kfz-Haftpflichtversicherung bestimmter Ausländergruppen nicht genehmigt. Mit diesem Spruch wird ein für viele Autoversicherer drängendes Problem von der versicherungstechnischen und wettbewerbsrechtlichen Ebene auf die politische Bühne gehoben. In der sicher bald einsetzenden Polemik wird mit hoher Wahrscheinlichkeit von den verschiedenen Seiten mit falschen Argumenten vorgegangen werden.

Man wird sich wechselseitig Diskriminierung vorwerfen: die einen, weil man von ihnen gemäß ihrem Schadenverlauf höhere Prämien – 20 Prozent für die Griechen, 23 Prozent für die Jugoslawen und 59 Prozent für die Türken bei 40 Prozent mehr Unfällen – verlangt, die anderen, weil sie für die Schäden der Ausländer zwischen fünf und 18 Mark jährlich an Prämie aufbringen müssen. Den Schadenaufwand der 700 000 in Deutschland versicherten Autos ausländischer Fahrer trägt die Gemeinschaft aller Versicherten. Das entspricht zwar dem Gedanken der Solidargemeinschaft, nicht aber dem Ziel möglichst hoher Prämiengerechtigkeit.

Eine der Grundlehren der Individualversicherung ist bei der Kalkulation von Tarifen die Bildung von Gruppen, von denen eine gleichartige Gefahr ausgeht und folglich eine gleichwertige Schadenerwartung besteht. Und es widerspricht den Grundsätzen der Versicherungslehre, wenn sich abgrenzbare Gruppen, die von ihrer Zahl her groß genug sind, für einen versicherungstechnischen Ausgleich von Beiträgen und Schadenaufwand zu sorgen, untereinander subventionieren.

Das Berliner Aufsichtsamt hat bei der Ablehnung eines „Ausländertarifs" zwar die Nationalzugehörigkeit als Tarifmerkmal verworfen, aber haben nicht wesentlich verschwommenere Merkmale zur Einführung der im Vergleich zum „Normalfahrer" wesentlich günstigeren Tarife für Landwirte und Angehörige des öffentlichen Dienstes geführt? Beide Gruppen haben eben wegen geringerer Schadenhäufigkeit – aus welchen Gründen auch immer – einen geringeren Schadenbedarf, der mit einer niedrigeren Prämie als der des Durchschnitts der Autofahrer auskommt.

Das wäre nun alles halb so schlimm, wenn die Kfz-Haftpflichtversicherung aus gutem Grund zur Sicherheit für Unfallopfer und -verursacher nicht eine Pflichtversicherung wäre. Hier besteht Annahmezwang, niemand darf (theoretisch) abgewiesen werden. Aber kann es einen Zwang geben, Verlustgeschäfte zu zeichnen? Theoretischer Ausgleich der Verluste findet nämlich nicht statt, wenn Versicherungsunternehmen über den Annahmezwang zu überdurchschnittlich hohen Teilen des ungenügend kalkulierten Geschäfts kommen, z. B. weil sie als preiswert, kulant oder besonders kundenfreundlich gelten.

Eine Lösung über das System des Schadenfreiheitsrabatts ist nicht möglich, weil der höhere Schadenbedarf nicht nur bei Ausländern vorhanden ist, die sich in den unteren Rabattklassen befinden, sondern auch in den Klassen zehn bis 13. Das heißt, selbst wenn ein Türke in die höchste Rabattklasse gelangt ist, weist er einen Schadenbedarf auf, der 50 Prozent über dem deutscher Fahrer in der höchsten Rabattklasse liegt.

Schließlich: In einer Wettbewerbsgesellschaft sollte es sich wegen des Annahmezwangs verbieten, daß Unternehmen mit hohem Ausländeranteil nicht nur geringe Gewinne oder gar Verluste ausweisen müssen, und dann noch im Wettbewerb diskriminiert werden, weil sie im Gegensatz zum Konkurrenten um die Ecke nicht mit hohen Rückvergütungssätzen brillieren können. Die mit niedrigen Sätzen unzufriedenen Versicherten werden zudem baldmöglichst kündigen.

Bedarfsgerecht kalkulierte Tarife für bestimmte Ausländergruppen wären die vernünftigste Lösung. Eine Lockerung des Annahmezwangs birgt große Unsicherheiten. Noch gefährlicher, weil zugleich wirklich diskriminierend, ist die für Aufsicht und Politiker bequemste „Lösung", alles beim alten zu lassen. Je bedrohlicher die Schadensituation und die Auswirkungen auf den Wettbewerb werden, desto kräftiger werden die Schikanen ins Kraut schießen, über die jetzt bereits geklagt wird. Da werden unerwünschte Ausländerrisiken verbotenerweise abgewimmelt, Anträge trickreich verzögert, zeitraubende und unnötige Rückfragen simuliert, bei nächster sich bietender Gelegenheit die Verträge gekündigt. Diese Fälle mehren sich. Ob das die Berliner Aufsichtsbehörde nicht weiß?

AUF EIN WORT



„Sparmaßnahmen auf dem Gebiet des Feuerschutzes erhöhen das latente Feuer- und Katastrophenrisiko. Es ist deshalb unverständlich, daß sich in der Bundesrepublik, einem hochentwickelten Industrieland, ein Wandel in der Brandschutzideologie abzeichnet: Brandschutz nur noch als Personenschutz – nicht mehr als Sachwertschutz."

Dr. Erwin Möller, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Preussag AG, Hannover.

FOTO: JOACHIM GIESEL

Klaus Götte ist neuer GHH-Chef

J. G. Düsseldorf

Erwartungsgemäß hat der Aufsichtsrat der Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH) auf der außerordentlichen Sitzung am Dienstag den angebotenen Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden Manfred Lennings angenommen. Lennings scheidet „wegen Meinungsverschiedenheiten in personellen und organisatorischen Fragen" aus. Zum neuen Chef des größten Maschinenbaukonzerns Europas wurde zugleich der frühere Flick-Gesellschafter und heutige Allianz-Berater Klaus Götte berufen. Zurückgetreten sind in gleicher Sitzung, aber unter Beibehaltung ihrer Mandate, der Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Haniel und sein Stellvertreter Georg Benz (IG Metall). An ihrer Stelle wurden Professor Matthias Seefelder (BASF-Aufsichtsratsvorsitzender) in den Vorsitz und Günter Essing (Arbeitnehmerrepräsentant) als sein Stellvertreter gewählt.

IBH-HOLDING

Graf Galen legt Aufsichtsratsmandate nieder

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Graf von Galen, der bereits in der letzten Woche vom Amt als Frankfurter Börsenpräsident zurückgetreten war, hat inzwischen weitere Mandate niedergelegt. Er schied aus dem Aufsichtsrat der in Vergleich gegangenen IBH-Holding aus, der am gestrigen Nachmittag zusammentrat, um sich über die aktuelle Situation des Baumaschinenkonzerns zu informieren. Nach Auskunft von IBH-Chef Esch sollten von der AR-Sitzung keine Beschlüsse erwartet werden. Von Galens SMH-Partner Hans Lampert ist inzwischen aus dem Aufsichtrat der zur IHB-Gruppe gehörenden Hanomag in Hannover ausgetreten.

Ebenfalls wurde gestern bekannt, daß Graf von Galen den Aufsichtsratsvorsitz bei der Union Investment-Gesellschaft und sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt hat. Bis zur Aufsichtsratssitzung am 15. Dezember wird Arnold Kremer, Vorstandsvorsitzender der Südwestdeutschen Genossenschafts-Zentralbank (SGZ), der einzige Stellvertreter von Galens, dessen Funktion im Union-Aufsichtsrat wahrnehmen. Nach dem Ausscheiden des Grafen aus der Union dürfte sich auch das Klima verbessern, in dem die Gesellschafterversammlung der Union über eine stärkere kapitalmäßige Beteiligung der genossenschaftlichen Banken an der Investmentgesellschaft diskutieren wird. Graf von Galen hatte derartige Wünsche strikt abgelehnt.

Offen ist noch, wer Graf von Galen als Vorsitzenden im Vorstand der Frankfurter Wertpapierbörse folgen wird. Chancen gibt man in Börsenkreisen sowohl Robert Ehret, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank als auch Manfred Zaß, Vorstandsmitglied der Deutschen Girozentrale (DGZ). Beide sind Stellvertreter des Börsenpräsidenten. Einige Hoffnungen setzt man auch auf Karl Oskar Koenigs, der von Galens Vorgänger war.

USA / JAPAN

Finanzminister wollen Höherbewertung des Yen

H.-A. SIEBERT, Washington

Kurz vor dem Staatsbesuch Präsident Reagans in Japan, der heute beginnt, haben die USA den Druck auf die Tokioter Regierung verstärkt, den Yen in ein besseres Gleichgewicht zum Dollar zu bringen. Vor Journalisten in Washington verlangte der amerikanische Finanzminister Regan eine Internationalisierung der Währung des fernöstlichen Inselreiches. „Der Yen muß in einem größeren Umfang für Reserve- und Handelszwecke verwendet werden", sagte er.

Damit steht das wirtschaftliche Hauptthema der Tokioter Gespräche fest. Aus US-Sicht ist der Yen erheblich unterbewertet, was den Vereinigten Staaten Nachteile auf den Märkten der Dritten Welt bringt. In diesem Jahr steigt der japanische Überschuß im Handel mit Amerika auf 23 Milliarden Dollar. Regan beklagte, daß nur 30 Prozent der Exporte Japans in Yen angeboten werden. Auf der Einfuhrseite seien es sogar weniger als fünf Prozent. Die Verwendung der Landeswährung würde eine Nachfrage nach Yen auslösen und dessen Wert erhöhen.

Laut Regan wird der US-Präsident in Tokio im Gegenzug sinkende amerikanische Zinsen versprechen. Eine nur langsam zunehmende Geldversorgung, die antiinflationär wirke, sei nach wie vor das richtige Rezept. Der Minister hält es durchaus für möglich, daß das Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten 1985 auf rund 125 (1983: 208) Milliarden Dollar sinkt. Dieser Optimismus wird aber von anderen Mitgliedern der Administration nicht geteilt. Als Voraussetzung nannte Regan außer einer stetigen Geldpolitik eine jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate von mindestens vier Prozent (real) mit kontinuierlich abnehmender Arbeitslosigkeit sowie Ausgabenstreichungen durch den Kongreß.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Israel: Neues Wirtschaftsprogramm

Jerusalem (rtr) – Die israelische Regierung hat ein neues Wirtschaftsprogramm gebilligt, das unter anderem eine Erhöhung der Lohnsteuer und Kürzungen der Staatsausgaben vorsieht. Finanzminister Yigal Cohen-Orgad erklärte dazu, diese Maßnahmen seien zur Senkung der Inflationsrate von derzeit 135 Prozent sowie zur Belebung des Exportgeschäfts notwendig. Ein Teil davon müsse jedoch noch vom Finanzausschuß des Parlaments angenommen werden.

Zwangsanleihe umstritten

Bonn (HH) – Die rechtlichen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Investitionshilfeabgabe (Zwangsanleihe) müßten „umgehend ausgeräumt werden". Das hat der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Stoltenberg gefordert und auf die „erhebliche Verunsicherung der Unternehmen" hingewiesen. Bis zur verfassungsrechtlichen Klärung sollte nach Ansicht des DIHT eine Zwischenregelung gefunden werden, die den Arbeitgeber als „kostenlosen Steuerbeitreiber des Fiskus" von den zivil- und steuerprozeßrechtlichen Risiken freistellt.

Technologiefonds Aditec

München (VWD) – Adig-Investment, München, Frankfurt, erweitert ihr Fonds-Angebot um den Technologiefonds Aditec. Die Fonds-Anteile können ab 14. November bis Ende Januar zum Ausgabepreis von 85 Mark inklusive fünf Prozent Aufschlag erworben werden.

US-Stahlimporte gesunken

Washington (Sbt.) – In den ersten neun Monaten dieses Jahres haben die USA wieder weniger Stahl eingeführt. Die Importe erreichten 10,57 Millionen Tonnen, verglichen mit 11,85 Millionen Tonnen in der gleichen Zeitspanne 1982. Die Bezüge aus der EG sanken um 36 Prozent auf 2,49 und aus Japan um 35 Prozent auf 2,53 Millionen Tonnen. Dagegen schnellten die Lieferungen der Entwicklungsländer – in der Hauptsache Südkorea, Argentinien, Brasilien, Venezuela und Mexiko – um 44 Prozent auf 4,02 und aus Kanada um 31 Prozent auf 1,70 Millionen Tonnen in die Höhe.

Wolff für Ausgleichsabgabe

Bonn (dpa/VWD) – Eine Ausgleichsabgabe für billige, subventionierte Stahlimporte aus den EG-Nachbarstaaten wäre nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, besser als zusätzliche Subventionen für die deutsche Stahlindustrie. „Subventionen in einem Ausmaß zu zahlen, wie sie sich durch einen Subventionswettlauf als notwendig erweisen würden, sind meines Erachtens schlimmer als eine solche Ausgleichsabgabe für subventionierte Produkte", sagte Wolff im Westdeutschen Rundfunk.

Gute Saison

Bonn (AP) – Die Sommersaison ist für die Fremdenverkehrsindustrie der Bundesrepublik besser als erwartet verlaufen. Nach einer vom Deutschen Industrie- und Handelstag veröffentlichten Umfrage in den Touristengebieten reicht die Bilanz von „gut" bis „befriedigend". Wenn man von den Heilbädern absehe, habe es keine großen Einbrüche gegeben.

Zuschuß für Airbus

Bonn (Mk.) – Die Bundesregierung wird die Vorphasen-Entwicklungsarbeiten für den Airbus A 320, einen Kurz- und Mittelstrecken-Jet der neunziger Jahre mit 150 Sitzplätzen, mit zwölf Millionen Mark bezuschussen. Dieses sind 40 Prozent des deutschen Anteils. Damit sei, wie es nach der gestrigen Kabinettssitzung hieß, noch keine Entscheidung über eine Beteiligung an den Entwicklungskosten gefallen. Zunächst wollte das Bundeskabinett den Beschluß von möglichen Optionen für das neue Flugzeug abhängig machen. Nachdem die Lufthansa ihr Interesse, wenn auch noch keine Bestellungen signalisiert hatte, sah sich die Bundesregierung schon jetzt dazu in der Lage.

Interkama '83 eröffnet

Düsseldorf (dpa/VWD) – Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber hat eine umfassende Konzeption zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik sowie der Informations- und Kommunikationstechniken angekündigt. Wie Riesenhuber gestern anläßlich der Eröffnung der „Interkama '83" in Düsseldorf erklärte, sehe die Bundesregierung die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für eine erfolgversprechende und wachstumsorientierte Entwicklung der informationstechnischen Industrie als ihre wichtigste und wirkungsvollste Gestaltungsaufgabe an. Zuvor hatte der Minister unterstrichen, daß vor allem die Unternehmen die Verantwortung für Forschung und Entwicklung zu tragen hätten.

GROSSBRITANNIEN / CBI fordert Wachstumspolitik

Harte Kritik an Regierung

WILHELM FURLER, Glasgow

„Die Durchdringung der britischen Wirtschaft mit Importen hat ein viel zu hohes Niveau erreicht. Dies liegt vor allem daran, daß unsere Wettbewerbsfähigkeit deutlich niedriger ist als sie sein könnte." Mit diesen Worten forderte der Präsident des britischen Industrieverbandes CBI zum Schluß des 7. Jahreskongresses in Glasgow die mehr als 800 anwesenden Unternehmer-Delegierten auf, alles daran zu setzen, die insbesondere in den siebziger Jahren verlorengegangenen Weltmarkt-Anteile wieder zurückzuerobern. Sir Campbell Fraser nannte Wettbewerb einen „lange dauernden Marathon", bei dem man nicht stehenbleiben dürfe.

Die Regierung forderte der scheidende CBI-Präsident auf, zusätzliche Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur bereitzustellen. Besonders eindringlich warnte er vor dem „unannehmbar hohen Grad der Arbeitslosigkeit". „Wir brauchen mehr Wachstum", meinte er. Im übrigen sollte die Regierung in London „mehr Leben in die Europäische Gemeinschaft einhauchen". Sir Campbell faßte die weit überwiegende Einstellung der Delegierten mit den Worten zusammen, daß kein Unternehmer Inflation wünsche, daß sich aber gleichzeitig alle nach mehr Wachstum sehnten. Dennoch: Zum erstenmal seit vielen Jahren steuere die britische Wirtschaft in die richtige Richtung.

Zwar wurde auf der CBI-Konferenz, die unter dem Motto „Managing Recovery" stand, die Notwendigkeit für die Unternehmer unterstrichen, aus eigener Initiative heraus mehr für eine positivere Wirtschaftslage beizutragen. Aber unüberhörbar war die breite Kritik an der Regierung, die Wirtschaft in dieser entscheidenden Phase einer zwar sichtbaren, doch schwach ausgeprägten Konjunkturbelebung völlig sich selbst zu überlassen.

Die Regierung wurde aufgefordert, das Erreichen eines stetigen Wirtschaftswachstums auf die gleiche übergeordnete Stufe zu stellen wie die weitere Bekämpfung der Inflation. Die staatliche Neuverschuldung Großbritanniens im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt liege inzwischen deutlich unter der anderer vergleichbarer Länder, während das britische Zinsniveau um 40 Prozent über dem in der Bundesrepublik und sogar um 80 Prozent über dem in Japan liege.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Neue Vorschläge zur Reform des Regionalfonds

Bessere Koordination wird angestrebt

WILHELM HADLER, Brüssel

Neue Vorschläge für eine Reform des Europäischen Regionalfonds (EFRE) hat die EG-Kommission unterbreitet. Sie greift darin die Ideen auf, die sie bereits vor der Sommerpause in einem Bericht an die Staats- und Regierungschefs entwickelt hatte. Beim Stuttgarter EG-Gipfel war ihr der Auftrag erteilt worden, über einen effizienteren Einsatz der Brüsseler Finanzmittel nachzudenken. Auch der Europäische Rechnungshof hat kürzlich „in vielen Fällen" das Fehlen von genau und eindeutig festgelegten Zielen bemängelt.

Während beim Sozialfonds inzwischen eine gewisse Konzentration auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erreicht wurde, sind die Bemühungen, die Mittel des Regionalfonds auf die wirklich bedürftigen Gebiete zu konzentrieren, bislang an nationalen Egoismen gescheitert. Das Thema ist jetzt Teil der umfassenderen Diskussion über eine Reform der EG geworden. Praktische Lösungen sind dadurch allerdings kaum leichter geworden.

In der Vergangenheit wurden die Zuschüsse des über den EG-Haushalt finanzierten Regionalfonds überwiegend nach nationalen Quoten bestimmt. Nur fünf Prozent der Gesamtmittel von gegenwärtig rund 4,6 Milliarden Mark waren für spezifische Gemeinschaftsaktionen reserviert, die über einen bloßen Finanztransfer für ohnehin geplante nationale Maßnahmen hinaus gingen.

Trotz mehrerer Grundsatzbeschlüsse haben sich Frankreich und Belgien bisher jedoch nicht dazu durchringen können, wenigstens auf einen Teil ihrer Rückflüsse zugunsten weniger wohlhabender Mitgliedsländer zu verzichten. „Im Laufe der Monate", so klagt die Kommission in ihren Bericht über diese Verhandlungen, „ging der Blick aufs Ganze verloren, und die Diskussionen erschöpften sich schließlich in der Suche nach minimalen Korrekturen der alten Quoten."

Die neuen Vorschläge sehen deshalb vor, die Unterscheidung zwischen quotengebundenen und quotenunabhängigen Mitteln ganz aufzuheben. An die Stelle der festen nationalen Quoten will die Kommission lediglich „quantitative Orientierungen" setzen, die in Form von Höchst- und Mindestgrenzen den Anteil eines Mitgliedslandes an den Gesamtausschüttungen des Fonds regeln sollen. Hergestellt werden soll auch eine engere Verbindung zwischen den von der EG finanzierten Programmen und den Zielen der gemeinschaftlichen Politiken.

Die EG-Behörde spricht sich dafür aus, statt individueller Investitionsprogramme künftig zunehmend mehrjährige Programmverträge zu bezuschussen, die durch Kofinanzierung mit den Mitgliedsstaaten erreicht werden könnten. Ein derartiges System sei besser geeignet die Zahlungen des Fonds in ein umfassenderes Entwicklungskonzept für eine Region einzubetten und erleichtere auch die Koordinierung der nationalen Regionalpolitiken.

Vier Jahre nach Inkrafttreten des Fonds könnten nach Meinung der Kommission rund 40 Prozent der Gesamtressourcen der Finanzierung von Programmen vorbehalten werden, wobei zwischen Gemeinschaftsprogrammen und nationalen Programmen unterschieden wird, die im Interesse der Gemeinschaft liegen, und den in der Regionalverordnung festgelegten Kriterien entsprechen.

EG–CHINA / Rekordergebnis im Handel

Probleme bei Textilimporten

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der und China gestalten sich weiterhin positiv. Wie im Anschluß an einen mehrtägigen Peking-Besuch von EG-Präsident Gaston Thorn bekannt wurde, ist 1983 wieder mit einem Rekordergebnis im Handel zu rechnen.

Nach einem Rückgang im Jahre 1980 und mäßigen Zuwachsraten in den beiden folgenden Jahren deuten die Zahlen des ersten Halbjahres 1983 auf eine erhebliche Steigerung des Warenverkehrs hin. Die Importe Chinas aus der Gemeinschaft betrugen bis Ende Juni rund drei Milliarden Mark, was einer Wachstumsrate von 60 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Die EG-Einfuhren nahmen wertmäßig in den ersten sechs Monaten etwa um die Hälfte zu.

Vor diesem Hintergrund dürften auch die Beratungen des „gemischten Ausschusses" EG–China problemlos verlaufen, die in dieser Woche in Peking angesetzt sind. Gesprächspartner Thorns – unter anderem Parteichef Deng Xiaoping und Ministerpräsident Zhao Ziyang – haben keinen Zweifel daran gelassen, daß die Volksrepublik an einer weiteren Vertiefung der Beziehungen zur Gemeinschaft interessiert ist.

Thorn konnte in Peking die Bereitschaft der EG ankündigen, einen (wenn auch bescheidenen) Beitrag zur wirtschaftlichen Erschließung des Landes zu leisten. Die Gemeinschaft hat erstmals eine Finanzhilfe in Höhe von sechs Millionen Ecu (rund 13,5 Millionen Mark) zugunsten Chinas beschlossen.

Schwierigkeiten ergeben sich lediglich im Textilbereich. Die Verhandlungen über eine Erneuerung des am Jahresende auslaufenden bilateralen Abkommens scheinen jedenfalls noch nicht weit gekommen zu sein. Die Kommission besitzt wenig Spielraum, um auf die chinesischen Wünsche nach höheren Kontingenten eingehen zu können.

TOURISMUS / Briten ziehen Bilanz

Zahl der Gäste gestiegen

WILHELM FURLER, London

Großbritannien hat in diesem Sommer einen Boom im Touristen-Strom aus dem Ausland erlebt, allerdings fast ausschließlich aus den USA. Den jüngsten Angaben des Ministeriums für Handel und Industrie zufolge nahm die Zahl ausländischer Besucher in Großbritannien während der ersten acht Monate dieses Jahres um mehr als fünf Prozent auf 8,73 Millionen, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, zu. Die ausländischen Besucher gaben während dieser Zeit knapp 2,5 Milliarden Pfund aus, ein Anstieg um zwölf Prozent.

Der August dieses Jahres wurde zum Rekord-Monat: Knapp 1,8 Milliarden ausländische Besucher kamen nach Großbritannien, zehn Prozent mehr als im August vergangenen Jahres. Allein die Zahl der Besucher aus den Vereinigten Staaten erhöhte sich um 40 Prozent, erheblich unterstützt durch die Stärke des amerikanischen Dollars. Insgesamt ließen die ausländischen Besucher im August 515 Millionen Pfund (zwei Milliarden Mark) in Großbritannien.

Während die Zahl der Besucher aus Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft im August gegenüber dem Vorjahresmonat nahezu unverändert blieb, nahm die Zahl der Besucher aus europäischen Nicht-EG-Ländern um 24 Prozent zu.

Der Chairman der britischen Tourismus-Behörde nennt den Anstieg der Besucherzahlen „die Rückkehr zum Wachstum, für das wir hart gearbeitet haben". Dennoch müsse mehr Reise-Nachfrage aus den europäischen Nachbarländern und anderen Kontinenten angeregt werden.

Er rechnet mit einem Anstieg der Tourismus-Einnahmen in diesem Jahr von vier auf mehr als 4,5 Milliarden Pfund. Mit einer weiteren Verbesserung sei für das nächste Jahr zu rechnen. Bis zum Ende dieses Jahres dürften seiner Schätzung zufolge mehr als zwei Millionen Amerikaner Großbritannien besucht haben. Im vergangenen Jahr waren es 1,73 Millionen.

BULGARIEN / Der Plan sieht für 1984 nur ein mäßiges Wachstum vor

Der Konsum wird stärker gefördert

VWD, Sofia

Die von der bulgarischen Nationalversammlung beschlossenen Plandaten für 1984 deuten auf eine Beibehaltung des mäßigen Wachstumstempos der Wirtschaft hin. Der Verbesserung der Produktqualität sowie einem stärkeren Anstieg der Arbeitsproduktivität und wirtschaftlicher Effizienz wird jedoch ein gewisser Vorrang eingeräumt.

Das Bemühen um ein stabiles Wirtschaftswachstum scheint der Hauptgrund für die nur sehr geringe Anhebung einiger Plankennziffern für 1984 zu sein. Das Nationaleinkommen soll wie im laufenden Jahr um 3,8 Prozent ansteigen. Man hofft, diesen Zuwachs durch eine vierprozentige Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Bei der industriellen Erzeugung ist hingegen eine leichte Beschleunigung des Wachstums vorgesehen, wobei eine Produktionszunahme gegenüber dem Vorjahr von 5 Prozent (Plan 1983: 4,8 Prozent) erwartet wird.

Verstärke Aktivitäten sind im Investitionsbereich vorgesehen. Die Ausgaben für Anlageinvestitionen werden auf 3,15 Milliarden Lewa oder 8,2 Milliarden Mark (Plan 1983: 7,5 Milliarden Lewa) veranschlagt. Zu den Investitionsschwerpunkten gehören der Ausbau des Kupferkombinate „Georgie Damjanow" in Srjednogorje, des Kernkraftwerks in Kosloduj (5. und 6. Generator), des Chemiekombinats in Dimitrowgrad, des Werkes für Schwermaschinenbau in Radomir und des Hüttenwerkes Stan 300 in Burgas. Bei der Bewilligung von Neuvorhaben werden hingegen sehr strenge Rentabilitätskriterien angesetzt.

Ähnlich wie in den Vorjahren enthalten die neuen Planrichtlinien keine detaillierteren Daten über die angestrebte außenwirtschaftliche Entwicklung. Die Angaben beschränken sich lediglich auf die für 1984 vorgesehene Steigerung des Außenhandelsumsatzes um 8,1 Prozent (Plan 1983: 8,0). Erneut wird die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den übrigen RGW-Ländern besonders betont. Vor allem die Produktionsspezialisierung mit den RGW-Partnern soll vertieft werden. In den Beziehungen zu den westlichen Industrieländern sind keine entscheidenden Änderungen vorgesehen. Bulgarien bleibt weiterhin am Erwerb moderner Technologie und leistungsfähiger Maschinen aus diesen Ländern interessiert.

Verglichen mit den Plandaten für 1983 wird die Produktion von Konsumgütern 1984 stärker gefördert. In der Leichtindustrie soll der Zuwachs 4,3 Prozent (Plan 1983: 3,6 Prozent), in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 5,5 (Plan 1983 4,5 Prozent) und in der Landwirtschaft 3,1 Prozent (Plan 1983: 2,7 Prozent) betragen. Beachtenswert ist vor allem die für den Nahrungsmittelsektor vorgesehene recht hohe Wachstumsrate.

Der gleichzeitig mit dem Wirtschaftsplan verabschiedete Staatshaushalt für 1984 weist lediglich eine Ausgabensteigerung um 4,4 Prozent (Plan 1983: 7,5 Prozent) auf. Budgeteinnahmen im Gesamtwert von 17 754,2 Millionen Lewa stehen Ausgaben von 17 739,2 Millionen gegenüber.

UNTERNEHMERTAG / Konjunktur belebt

Barschel: Es geht bergauf

HANS BAUMANN, Kiel

„Ich frage Sie, warum das, was in den USA gelungen ist, nicht auch bei uns möglich sein sollte." Das sagte der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, vor dem Schleswig-Holsteinischen Unternehmertag '83 in Kiel. In den Vereinigten Staaten seien in den zehn Jahren von 1971 bis 1981 annähernd 23 Millionen Menschen in den Erwerbsprozeß eingegliedert worden, also 29 Prozent zusätzlich. Bis Dezember 1982 seien noch einmal 600 000 Beschäftigte hinzugekommen.

Barschel meint, daß die konjunkturelle Entwicklung in Schleswig-Holstein diesmal schneller anspringt als dies in früher Zyklen der Fall war. Diese Einschätzung werde von einer Konjunkturumfrage der Vereinigung Schleswig-Holsteinischer Unternehmerverbände bestätigt. Der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe habe im August um rund 17 Prozent nominal über dem Vergleichswert des Vorjahres gelegen. Im Bauhauptgewerbe sei bei den Auftragseingängen in den ersten acht Monaten sogar ein Plus von 20 Prozent erzielt worden. Ohne zu übertreiben meinte Barschel feststellen zu dürfen: „Die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hat ihren Höhepunkt überschritten; es geht wieder bergauf."

Zur Lösung der Beschäftigungsprobleme sei ein jährliches Wirtschaftswachstum von 3,5 bis 4 Prozent bis 1990 erforderlich. Es gelte nicht nur, den Produktivitätsfortschritt aufzufangen, es müßten auch neue Arbeitsplätze für die wachsende Zahl der Erwerbsbevölkerung bereitgestellt werden. Schleswig-Holstein allein benötige in diesem Jahrzehnt 125 000 bis 150 000 neue Arbeitsplätze.

Barschel stellt aber auch fest, daß den Unternehmen Eigenkapital fehlt und daß die öffentliche Hand mit ihrem „immensen Kreditbedarf" ein wesentliches Hindernis für ein durchgreifendes Absinken der Zinsen sei. Die Rendite betrieblicher Investitionen sei schlechter als bei Finanzanlagen. Dies treffe vornehmlich die risikoreichen Erweiterungsinvestitionen und die Neuentwicklungen, ohne die aber keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Im übrigen fehle es der öffentlichen Hand an finanziellem Spielraum für weitergehende Steuerentlastungen. „Unser Sparkurs ist deshalb kein Klassenkampf. Er ist das Erbe einer Schuldenpolitik, die uns heute nur noch die Wahl zwischen zwei Übeln läßt."

Überbrückungskredit an IWF noch offen

AP, Basel

Der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vor dem Hintergrund der Schuldenkrise in der Dritten Welt beantragte Überbrückungskredit von sechs Milliarden Sonderziehungsrechten (SZR) bleibt vorerst in der Schwebe. Die neben Saudi-Arabien zur Hälfte beteiligten Notenbanken des Zehnerklubs (ohne USA) und der Schweiz konnten sich bei ihrem monatlichen Treffen in Basel noch nicht zu einer definitiven Zusage entschließen, wie aus einer Presseerklärung des Vorsitzenden des Zehnerklubs, Bundesbankpräsident Pöhl, hervorgeht. Die endgültige Verabschiedung des Kredits wird von den Notenbankgouverneuren offenbar von der Zustimmung des amerikanischen Kongresses zur achten IWF-Quoten-Erhöhung abhängig gemacht.

Die Zentralbankpräsidenten des Zehnerklubs und der Schweiz trafen auch mit dem geschäftsführenden IWF-Direktor, Jacques de Larosière, zusammen, um über das Kreditbegehren des IWF zu diskutieren. Die Notenbankchefs stünden der Überbrückungsfinanzierung „im Prinzip" wohlwollend gegenüber, und sie beabsichtigten, das entsprechende Kreditarrangement zu vervollständigen, sobald der Ratifizierungsprozeß der IWF-Quotenerhöhung abgeschlossen sei.

ORTOPEDIA / Erfolg mit neuen Elektro-Rollstühlen

Umsatzplus durch Zukauf

JAN BRECH, Hamburg

Die Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen haben auch bei den Herstellern von Rollstühlen und Rehabilitationsmitteln Spuren hinterlassen. Eines der führenden europäischen Unternehmen in diesem Bereich, die Ortopedia GmbH, Kiel, meldet vor allem bei faltbaren, handgesteuerten Rollstühlen Absatzrückgänge von rund 7 Prozent. Die Einbußen seien allerdings durch einen Absatzzuwachs von 15 Prozent bei elektrisch betriebenen Rollstühlen ausgeglichen worden. Bei diesen Produkten habe Ortopedia Erfolge mit einer neuen Elektro-Rollstuhl-Generation erzielt, die mit einer selbstentwickelten elektronischen Regelung für Richtung und Geschwindigkeit ausgerüstet ist.

Den Umsatz der 1955 in Kiel gegründeten Gesellschaft wird für das *Jahr 1982 mit rund 110 Mill. DM* angegeben. Das Programm umfaßt neben hand- und elektrobetriebenen Rollstühlen auch ein breites Angebot von Rehabilitationsmitteln. In diesem Jahr erwartet die Geschäftsführung einen Umsatz von rund 120 Mill. DM. Den Zuwachs dürfte ausschließlich die im September dieses Jahres erworbene Micro-Motor AG, Basel, bringen. Mit dieser Gesellschaft, so heißt es bei Ortopedia, habe man sich eine Entwicklungs- und Produktionsbasis für den Motorenbedarf der eigenen Elektrorollstuhl-Fertigung gesichert. Vom gesamten Umsatz der Ortopedia werden 50 Prozent im europäischen Ausland abgewickelt.

Das Unternehmen mit rund 600 Mitarbeitern und zwei Werken in Kiel und Kappeln *an der Schlei (Schleswig-Holstein)* ist die deutsche Tochtergesellschaft des amerikanischen Unternehmens Everest & Jennings, Los Angeles. Everest & Jennings gehört zu den weltweit bedeutenden Herstellern von Rollstühlen und gilt als Erfinder der faltbaren Rollstühle. Der Umsatz der Gruppe wird mit rund 150 Mill. Dollar angegeben.

Der Trend am Markt gehe immer stärker zu individuellen Rollstühlen, *vor allem im Behindertensport, heißt* es bei Ortopedia. Mit Sonderanfertigungen für Rollstuhlsportler unter dem Namen Sportopedia habe das Unternehmen dieser Entwicklung Rechnung getragen. Abgerundet werde das Programm durch einen umfangreichen Servicedienst bei Sportfesten und Behinderten-Olympiaden.

ITALIEN / Durchtunnelung der Alpen wird vordringlich

Transportaufkommen steigt ständig

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Region Lombardei und der Freistaat Bayern wollen auf der nächsten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) im Mai kommenden Jahres eine gemeinsame Abschlußstudie über die konkrete Machbarkeit der Alpentunnel unter dem Splügen und dem Brenner vorlegen. Schon im Sommer dieses Jahres hatte sich die Regierung des Freistaates Bayern dazu bereit erklärt, die von der Region Lombardei befürwortete Splügen-Lösung zu unterstützen, falls sich diese als die zuerst durchführbare erweisen sollte. Diese pragmatische Einstellung ist jetzt in Mailand bei einem Treffen der verantwortlichen Repräsentanten der beiden Arge-Alp-Mitglieder auch von italienischer Seite eingenommen worden: Splügen und Brenner sind fortan keine Alternativprojekte mehr, sondern werden von Bayern und Lombardei mit gleichem Nachdruck verfolgt. Wichtig ist für beide Beteiligten nur noch, daß eines der beiden Projekte überhaupt in Angriff genommen und so schnell wie möglich abgeschlossen wird.

Ausgangspunkt dieses neuen Kurses sind die Transporterwartungen, die für den Verkehr zwischen dem süddeutschen und dem norditalienischen Raum bis zum Jahre 2000 eine Vervielfachung des Güteraufkommens und damit Verkehrsengpässe als gesichert annehmen lassen. Während im Jahre 1981 über den Brenner per Schiene Güter im Gewicht von 4 Millionen Tonnen, auf Straße von 11,5 Millionen t befördert wurden, wird für das Jahr 2000 nach Modernisierung der bisherigen Brenner-Bahnstrecke auf Schiene mit 9 Millionen t, auf Straße dagegen mit 16 bis 22 Millionen t gerechnet.

Diese Entwicklung läßt es als wahrscheinlich gelten, daß die mit der Ausdehnung des Straßengüterverkehrs verbundenen Umweltbelastungen in den durchfahrenen Gebieten auf Dauer nicht mehr widerspruchslos hingenommen werden. Die Folge davon wären restriktive Maßnahmen gegen den Straßengüterverkehr und, da die jetzige Brenner-Bahnstrecke nach ihrer Modernisierung nur maximal 9 Millionen t jährlich zu verkraften in der Lage sein wird, eine Verdrängung oder Abwanderung der Verkehrsströme auf andere transalpine Verkehrsachsen.

Mit dem Ergebnis, daß, wie jetzt der bayerische Wirtschafts- und Verkehrsminister Anton Jaumann in Mailand betonte, die Brennerachse im Netz der europäischen Magistralen an Bedeutung verlieren und Bayern ebenso wie die anderen Gebiete entlang dieser Achse Gefahr laufen könnten, in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückzubleiben.

Mit großer Genugtuung ist deshalb von bayerischer Seite die Erklärung des italienischen Verkehrsministers Claudio Signorile registriert worden, der vor wenigen Tagen in Bozen das Interesse Roms an der Brenner-Durchtunnelung unterstrichen und angekündigt hat, daß dieses Vorhaben in das mehrjährige Investitionsprogramm der Staatsbahnen aufgenommen werden wird.

SPIELWAREN / Industrie und Handel zufrieden

Exporte aber stark gesunken

WERNER NEITZEL, Nürnberg

Spielwaren mit höher Qualität bleiben gut verkäuflich. Nach Aussagen von Vertretern der deutschen Spielwarenindustrie und des -handels rechne man mit einem befriedigenden Weihnachtsgeschäft bei stabilen Preisen, wenngleich von Euphorie nicht die Rede sein könne. In der Käufergunst rangiert insbesondere die traditionelle Puppe ganz vorn, und auch die elektrische Eisenbahn erweist sich nach wie vor als ein stabiler Umsatzträger.

Auf seiten des Spielzeugeinzelhandels wird konstatiert, daß die sogenannten intelligenten Video-Spiele bereits ihren festen Platz in den Verkaufsregalen hätten, der erwartete Umsatzboom allerdings nicht eingetreten sei. Drastischer Preisverfall und sinkende Margen veranlaßten den Handel zu einer vorsichtigen Dispositionspolitik. Das für dieses Jahr zu erwartende Marktvolumen in der Bundesrepublik wird bei Video-Konsolen auf 114,5 (1982: 100) Mill. DM und bei Video-Spiele-Kassetten auf 176 (137,7) Mill. DM geschätzt. Den weitaus größten Anteil als Vertriebsweg beansprucht hier der Rundfunk- und Fernsehfachhandel für sich. Über den Spielwarenfachhandel (einschließlich Warenhäuser) läuft nach eigener Schätzung etwa 25 Prozent des Geschäfts.

Die Situation der deutschen Spielwarenindustrie hat sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres etwas verbessert. Klage wird freilich über die unverändert zurückhaltende Orderbereitschaft des Handels geführt. Der Produktionswert der deutschen Spielwarenhersteller nahm in der ersten Jahreshälfte 1983 um 2,2 Prozent auf 694 Mill. DM zu. Obwohl sich die Importe in den ersten acht Monaten um 0,5 Prozent auf 545 Mill. DM verringerten, stieg der Importüberhang, da die Exporte noch stärker schrumpften (minus 4,1 Prozent) – auf 72 (55) Mill. DM. Als „erbärmlich wenig" wurde der Anteil des USA-Geschäfts (6,5 Prozent) an den gesamten Spielwarenexporten in Anbetracht der Größe des dortigen Marktes bewertet.

HAGEN BATTERIE / Deutsche Bank verkauft ihr Paket am Familienunternehmen

Neue Mittelständler-Publikumsaktie

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Frisches Eigenkapital braucht die Firma zwar nicht. Aber als neues Beispiel der neuerdings nicht mehr allzu seltenen Belege, daß die Aktienbörse auch bislang börsenferne Mittelständler bei ihrem Streben nach breiterer und größerer Eigenkapitalbasis in Gnaden aufnimmt, wertet die Deutsche Bank AG gleichwohl ihren Entschluß, ihr Aktienpaket von 25 Prozent des Kapitals der Hagen Batterie AG, Soest, vom 10. bis zum 14. November und mit Aufnahme des amtlichen Börsenhandels am 18. November ins Publikum zu streuen.

Angeboten werden nom. 5 Mill. DM Aktien zum Kurs von 120 DM pro 50-DM-Aktie. Der Kaufpreis liegt mithin nur um gut ein Zehntel über dem „Bilanzkurs" des Unternehmens, das bei 20 Mill. DM Aktienkapital mit insgesamt 43,2 Mill. DM Eigenmitteln sein Anlagevermögen von 39,8 Mill. DM überdeckt und auch mit einer Eigenkapitalquote von 30 Prozent des Bilanzvolumens eine solide Struktur aufweist.

Bei einem für 1983 auf 9 DM je Aktie geschätzten DVFA-Nettoergebnis sieht die Bank den angebotenen Kaufpreis mit einer „price-earning-ratio" von 13,3 gut auf dem Durchschnitt heutiger deutscher Aktienbewertung liegen. Und selbstbewußt fügt Hagen-Vorstandsvorsitzender Helmut Freudenmann hinzu, seit Umgründung des 1910 gegründeten Familienunternehmens in eine Aktiengesellschaft (1970) habe es noch nie rote Zahlen und vorwiegend den für 1982 gezahlten Dividendensatz von 5 DM gegeben. Den werde man auch für 1983 zahlen.

Vorwiegend Familienunternehmen will die Firma, mittlerweile in der dritten Generation nach dem Gründer auch im Vorstand vertreten, mit den familiär gepoolten 75 Prozent am Kapital auch künftig bleiben. Die Börsenzulassung wird auf die bei der Deutschen Bank liegenden 25 Prozent des Kapitals beschränkt. Diese kam an das Paket aus dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank (1974) und hat es nie als Dauerbesitz betrachtet.

Hagen Batterie hatte 1982 mit 1151 (1127) Beschäftigten einen Umsatz von 170 (165) Mill. DM, davon 25,8 Prozent aus dem Export, und 3,4 (3,2) Mill. DM Jahresüberschuß. Einschließlich der Auslandstöchter (besonders zwei Produktionsbetriebe in Italien) beschäftigt die Gruppe rund 1600 Leute. Ohne das derzeit unter 10 Mill. DM liegende Anlagengeschäft (Bau- und Modernisierung von Batteriefabriken) verteilt sich der Umsatz etwa gleichmäßig auf Starter- und Industriebatterien, letztere mit steigender Tendenz. Mit diesem Umsatz, der 1983 in gleicher Größenordnung erwartet wird, konkurriert die Firma hinter dem Branchenführer Varta (50 Prozent) mit Ceag, und beide mit etwa 13 Prozent Anteil an der deutschen Gesamtproduktion, um den zweiten Platz unter den deutschen Batterieproduzenten nach dem Blei-Säure-Verfahren.

Im Anlagenbau hat Hagen Batterie derzeit noch drei große, bereits in der Schah-Zeit kontrahierte Großprojekte in Persien in der (nun offenbar endlich nahen) Endabrechnung. Sie haben zusammen ein Volumen von 550 Mill. DM, darunter vor allem eine schlüsselfertige Starterbatterie-Fabrik für 480 Mill. DM bei Teheran. Neun Zehntel des Auftragswertes sind bezahlt. Der Rest dürfte das Gewinnbringendste sein.

VOLKSWAGEN

Personalabbau in Hannover geplant

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der Betriebsrat des Transporterwerks der Volkswagenwerk AG in Hannover-Stöcken fordert den Vorstand in Wolfsburg auf, im Rahmen des Personalabbaus einzelne Werke nicht über Gebühr zu strapazieren, sondern die „Lasten innerhalb des Konzerns angemessen zu verteilen". Nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden, Gerhard Mogwitz, plant VW, die Belegschaft in Hannover von derzeit 19 637 bis Ende 1984 auf 17 032 Mitarbeiter zu reduzieren. Bis 1987 soll die Beschäftigtenzahl dann auf 15 500 heruntergefahren werden. Dies würde bedeuten, daß Hannover fast die Hälfte des geplanten Personalabbaus (13 000 bis Ende 1986) zu tragen hätte.

Mogwitz bezeichnete diesen Plan als „starke Zumutung", vor allem deshalb, weil bereits in den beiden vergangenen Jahren die Mitarbeiterzahl um 2500 geschrumpft sei. Dabei spielten die 58er-Regelung und eine Abfindungsaktion eine Rolle. Im Zusammenhang mit dem Personalabbau soll die Motorenfertigung der „kleinen Linie" von Hannover nach Salzgitter verlegt werden.

Mogwitz weist darauf hin, daß der Vorstand der bisherigen Kurzarbeit-Regelung nicht mehr zustimmen will. Um die vorgesehenen Entlassungen zu mildern, verhandele man derzeit über einen Interessenausgleich. Themen seien erneute „Mobilitätsbeihilfen" und die Erweiterung der 58er-Regelung auf 57jährige Mitarbeiter.

Im Augenblick werden in Hannover täglich 650 Fahrzeuge vom Typ 2, 100 Leichttransporter, 400 wassergekühlte Boxer-Motoren und 1300 Kleinmotoren hergestellt – rund 20 Prozent weniger als im Vorjahre.

VERPACKUNG

Schmalbach-Lubeca wird wieder AG

D. SCHMIDT, Braunschweig

Die Schmalbach-Lubeca GmbH, Braunschweig, einer der führenden europäischen Verpackungsmittel-Hersteller, wird noch im November ihre Rechtsform ändern und wieder als Aktiengesellschaft firmieren. Der entsprechende Antrag, so ein Firmensprecher, sei bereits gestellt. Das Unternehmen, Tochter des US-Konzerns Continental Can, will mit diesem Schritt seine bereits vor längerer Zeit angekündigte Absicht verwirklichen, heimischen Interessenten auch kapitalmäßig eine engere Bindung zu ermöglichen.

Eine Kapitalerhöhung ist allerdings nicht geplant. Vielmehr will Continental ihren 98-Prozent-Anteil am 150 Mill. DM betragenden Stammkapital auf rund 30 Prozent verringern. Außerdem ist vorgesehen, daß die niederländische Schwestergesellschaft Thomassen & Drijver-Verblifa 25 Prozent des Schmalbach-Kapitals übernimmt und im Gegenzug 25 Prozent ihres Kapitals auf das Braunschweiger Unternehmen überträgt.

Der Rest, etwa 45 Prozent oder 70 Mill. DM nominal, soll Mitte 1984 über die Börse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Kurs stehe noch nicht fest; allerdings will man „Augenmaß" beweisen, meinte der Sprecher. Sicher werde ein Kurs „unter der 200-DM-Grenze" gefunden werden.

Mit der derzeitigen Geschäftsentwicklung zeigt sich Schmalbach-Lubeca zufrieden. Für 1983 rechnet das Unternehmen mit einem Umsatz in Vorjahreshöhe (1,57 Mrd. DM). Deutlich verbessert habe sich aber die Ertragslage. Für 1982 hatte Schmalbach im Teilkonzern einen Gewinn von 30,5 Mill. DM ausgewiesen.

Anschlußauftrag bei der Suag

WW. Bremen

Die Schiffswerft Schichau Unterweser AG (Suag) in Bremerhaven hat per Ende 1982 mit knapp positivem Ergebnis abgeschlossen. Der verbleibende Sanierungsgewinn von 0,1 Mill. DM wurde den gesetzlichen Rücklagen zugeführt. Das Geschäftsjahr 1982 war, wie berichtet, durch das Vergleichsverfahren und die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen geprägt.

Wegen der schlechten Schiffahrtslage und der damit verbundenen zurückgehenden Auftragserteilung an den Schiffbau verzeichnete auch die Suag eine rückläufige Gesamtleistung. Sie betrug 126,7 (146,0) Mill. DM. Dabei sei auch zu berücksichtigen, heißt es weiter, daß die Akquisition der Werft für Neubauten und Schiffsreparaturen durch den Vergleich erschwert wurde. Inzwischen hat der Schiffbaubetrieb allerdings von einem deutschen Reeder als Anschlußauftrag einen Mehrzweckfrachter und eine Option für ein zweites Schiff verbuchen können.

Die Suag war im ersten Halbjahr 1982 voll, im zweiten Halbjahr teilweise ausgelastet. Per Ende 1982 beschäftigte das Unternehmen 913 (964) Mitarbeiter.

Zuwachs bei HM-Leben

Wb. Frankfurt

Der Lebensversicherer Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg, will in diesem Jahr sein Neugeschäft um 19 Prozent auf rund 9 Mrd. DM steigern. Die Beitragseinnahmen sollen dabei um etwa 8 Prozent auf 2,1 Mrd. DM wachsen. Angesichts der beachtlichen Zuwachsraten und der gleichzeitig im Zaum gehaltenen Kosten erwartet der Vorstand ein „sehr zufriedenstellendes Ergebnis".

Die ersten neun Monate des Jahres haben dem Unternehmen mit 6,4 Mrd. DM Versicherungssumme (einschließlich der Anpassung von Altverträgen) ein um fast 19 Prozent höheres Neugeschäft beschert. Die Zahl der neuen Verträge nahm dabei nur um gut 10 Prozent auf 414 000 zu. Die Beitragseinnahmen stiegen um knapp 8 Prozent auf 1,5 Mrd. DM. Insgesamt verwaltet die Hamburg-Mannheimer jetzt einen Versicherungsbestand von gut 7 Millionen Verträgen mit 58,3 Mrd. DM Versicherungssumme. Die Kapitalanlagen sollen bis zum Jahresende ein Volumen von 14,1 (12,5) Mrd. DM erreichen. Die laufenden Erträge daraus werden bei rund 1 (0,9) Mrd. DM liegen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag aus China

Frankfurt (AFP) – Die chinesische Staatsreederei Cosco kauft zum Ausbau der Containerflotte neun weitere Containerschiffe bei drei deutschen Werften, nachdem 1981 bereits sechs Containerschiffe in der Bundesrepublik Deutschland bestellt worden waren. Durch diesen Großauftrag sind die Flensburger-Schiffsbau-Gesellschaft (FSG), Flensburg, die AG-Weser Seebeck-Werft, Bremerhaven, und die Howaldts-Werke Deutsche Werft AG, Kiel, bis weit in das Jahr 1985 hinein voll beschäftigt. Der Auftragswert für die neun Schiffe beläuft sich auf 482 Mill. DM und wird durch Finanzkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau unter Einschluß von Zinszuschüssen des Bundes aus dem achten Werftenhilfeprogramm finanziert.

Vertrauen in die Händler

Hannover (rtr) – Die zum Mainzer IBH-Konzern gehörende Hanomag GmbH, Hannover, muß nach Angaben eines Sprechers des Baumaschinen-Herstellers am Freitag die Produktion einstellen, wenn bis dahin keine Einigung mit den Lieferanten erreicht worden ist. Die bisherigen Gespräche mit den Händlern seien aber sehr positiv verlaufen. Heute ist eine Sitzung des Hanomag-Aufsichtsrats in Hannover anberaumt. Dabei würden auch die Ergebnisse der Sitzung des IBH-Aufsichtsrats erörtert, der gestern in Frankfurt über das weitere Schicksal des Konzerns beraten hat.

Magotherm vor Konkurs

Oldenburg (dos) – Die Magotherm-Fensterwerke in Oldenburg hat ihre Zahlungen eingestellt und will noch in dieser Woche Konkurs beantragen. Nach Angaben der Geschäftsführung ist der Zusammenbruch des Familienunternehmens, das auf die Herstellung von Holzfenstern und -türen spezialisiert ist, auf hohe Verluste aus Kunden-Insolvenzen zurückzuführen. Magotherm beschäftigt rund 100 Mitarbeiter und erzielte 1982 einen Umsatz von gut 16 Mill. DM. Eine erste Bilanz habe eine Überschuldung von 1 bis 2 Mill. DM ergeben. Für Oktober sind bereits keine Löhne und Gehälter mehr gezahlt worden. Die Hausbank, die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg, sei darum bemüht, über eine Auffanggesellschaft möglichst viele Arbeitsplätze zu retten.

Aigner erhöht das Kapital

München (VWD) – Das Grundkapital der Etienne Aigner AG, München, wird vor der Börseneinführung um 2 auf 112 Mill. DM erhöht, wie die Deutsche Bank mitteilte. 45 Prozent, also 5,4 Mill. DM Inhaber-Stammaktien, sollen nach Vorliegen der Börsenzulassung – voraussichtlich noch in diesem Jahr – von der Deutschen Bank und der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank breitgestreut plaziert werden. Die Zulassung zur amtlichen Notierung in München und Düsseldorf wird beantragt.

Investitionen in Berlin

Frankfurt (AFP) – Der Kaufhauskonzern Hertie hat seine 16 Berliner Häuser in den vergangenen fünf Monaten mit einem Aufwand von 12 Mill. DM modernisiert und ein Warenhaus in Berlin/Neukölln neueröffnet. Hertie erzielt in Berlin mit 1,5 Mrd. DM ein Viertel des Gesamtumsatzes und beschäftigt dort über 11 000 Mitarbeiter.

Falsche Gerüchte

Stuttgart (nl) – Die zum Diehl-Konzern gehörende Uhrenfirma Gebr. Junghans GmbH, Schramberg, bekräftigt, daß sie weder an eine Reduzierung des Kleinuhrenbereichs noch an eine Einstellung der Kleinuhrenfertigung denke. Entsprechende Meldungen seien falsch und entbehrten jeder Grundlage.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: Strabau Bauunternehmung Hubert Montag GmbH, Heilsbronn; **Augsburg:** Herbert Rudolf Tambour, Inh. d. Fa. „AULAG-Export Division Ing. Herbert Tambour", Schwabmünchen; „AULAG, Augsburg-Lagos Engineering und Consulting GmbH", Schwabmünchen; **Bad Homburg:** Hausbau Schröder GmbH, Friedrichsdorf/TS.; **Bad Oldesloe:** MBM Montagebau Meddewade GmbH, Meddewade; **Coburg:** Porzellanfabriken Creidlitz GmbH, Coburg-Creidlitz; **Cuxhaven:** Giuseppe Cervelle, Inh. d. Pizzeria „Da Andrea"; **Darmstadt:** Jakob Gerbig Eisen- u. Metallgießerei KG; **Dortmund:** Nachl. d. Franz Weber; **Düren:** Reiner Geyer, Malermeister, Inden-Pier; **Hamburg:** Nachl. d. Horst Othmar Rudhart; **Hamm:** M. u. H. Maschinenteilebau- u. Härtereiges. mbH; **Hildesheim:** Berthold & Otto oHG, Büro-Service; Nachl. d. Günther Hartmann, Gastwirt; **Moers:** de Vries u. Cremer GmbH, Xanten; **Neuss:** Rudolf Weierstahl, Niederkrüchten; **Neu-Ulm:** Werner Stetter, Beuren; **Nordhorn:** Nachl. d. Johann Hillen; **Schwäbisch Hall:** Trend-Möbel GmbH & Co. KG, Gaildorf; **Siegburg:** Horst Manfred Richarz, St. Augustin-Hangelar; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** ORÜ Elektroinstallation GmbH; **Wittmund:** Lübbe Janssen GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bochum: Betonstahl-Technik BST Hoch- u. Tiefbau GmbH.

Vergleich beantragt: Bremen: Engelhardt & Förster GmbH & Co. KG; **Hannover:** Heeren-Bau GmbH; **Köln:** Jakob Darscheidt Rheinisches Kartoffelhaus GmbH & Co.; **Saarbrücken:** „EMS" Müller und Sohn GmbH; **Seligenstadt:** Radix-Bau Ges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir haben die Organisation. Haben Sie das Produkt?

Priv., mittl. techn. Handelsunternehmen sucht zwecks Expansion Partner, deren Produkte wir in Norddeutschland absetzen können.

Wir haben ca. 5000 m² Freifläche, ca. 1500 m² für Leichtmontage oder Lager, Stapler, Fuhrpark, Außendienst und kompl. Innenorganisation einschl. Telex zur Verfügung.

Da Sitz in Schleswig-Holstein, auch vorteilhaft geeignet für die Verteilung, Zusammenbau oder Veredelung von Im- und Exporten von und nach Skandinavien.

KG-Beteiligung möglich.

Zuschriften erbeten unter D 2107 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Limited statt GmbH?

Vermögenssicherung, Haftungsausschluß, Gewerbefreiheit, Steuerersparnis, Lizenzgebühren, Bankgeheimnis etc. Wenn Sie Fakten wollen statt Halbwahrheiten, dann fragen Sie bitte uns: Roger und Wolfgang, die Anwälte, Philip und Heribert, die Wirtschaftsprüfer, Joe und Michael, die chartered secretaries, Fred, den Banker, Maurice aus Gibraltar und Jim von den Kanalinseln, Verena und Albert, die Berater.

MBC Derbyspring Ltd. – die Experten
9–15 Leonard Street
London EC2A 4HP
Tel. 0 04 41 / 2 51 92 01, Telextx. 2 64 079 Leonar G

Unternehmensberater
mit Kontakt zu ertragsstarken Kapitalgesellschaften (GmbH/AG) zwecks erheblicher Ertragssteigerung gesucht.
Zuschr. unter A 2104 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Die Marktlücke – Ihre Chance
– World's finest Tire Sealant –
Wir vergeben noch Exklusiv-Vertriebsrechte in den Postleitzahlbereichen 2, 30–34, 44, 45, 48, 49, 54, 55, 66, 67 und 7 für ein auf dem europäischen Markt neues und konkurrenzloses Produkt der Fahrzeugsicherheit. Bei entsprechendem Kapitaleinsatz (ab DM 30 000,–) bei vertraglich zugesichertem Gebietsschutz sind Gewinne ab DM 120 000,– und mehr p. a. zu erzielen. Um alle Einzelheiten der zukünftigen Partnerschaft in einem persönlichen Gespräch zu erörtern, setzen Sie sich unverzüglich mit uns in Verbindung. Tel. Mo.–Fr. 0 61 31 / 23 46 27 - 9.
Zuschr. unter PF 46 911 an WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36.

Deutscher Hersteller von wassermischbaren
Kühlschmierstoffen
und Schleifwasserzusatzmitteln sucht für die Akquisition und Bearbeitung von Mittel- und Kleinbetrieben aus den Branchen Maschinenbau- und Eisen, Blech und Metall verarbeitende Industrie geeignete
HANDELSPARTNER
Interessenten wollen sich bitte melden unter E 2108 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Alle Angaben werden absolut vertraulich behandelt.

Mary Lee
Schweizer Naturkosmetik
sucht Niederlassung für verschiedene PLZ-Gebiete. Seriösen Vertriebspersönlichkeiten bieten wir eine einmalige Chance. Sind Sie dynamisch, kontaktfreudig und erfahren in Mitarbeiterschulung, dann sind Sie ein Partner/in für uns.
ML Vertriebs GmbH
Postfach 21 09 26
7500 Karlsruhe 21
Tel.: 07 21 / 57 27 17

Australien
Dt. Außenhandelskaufmann bietet dt. Handelshaus Import-Export-Vertretung für Brisbane u. Queensland. Langjähr. Geschäftserfahr. auch i. Afrika u. Südpazifik.
Angeb. unt. Z 2103 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schnelle DM 100 000,– Nettoverdienst
ohne eigenen Einsatz, für die Beschaffung oder Vermittlung einer Person mit bester Bankauskunft oder Hypo-Verbindung. Alter und Geschlecht egal. Für größeres risikoloses Immobiliengeschäft in BRD.
Angebote erbeten unter R 2117 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche Geschäftsverbindung
zwecks Absatzes von Landmaschinen in den Ostblock.
Angeb. unt. H 2111 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lizenzen für Neuheit zu vergeben.
Alu-Dachgerüst-Schnellbausystem. Vornehml. f. Hersteller v. Alu-Formstücken u. Alu-Leitern.
Zuschr. unt. G 1978 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Seriöses Geschäft nimmt gerne Kommissionsware
z. B. Textilien, Schuhe, Sportartikel oder Ähnliches.
Zuschriften unter Y 2102 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen
für einen lukrativen technischen Artikel auf dem Krankenhaussektor noch selbständige Handelsvertreter.
Zuschr. u. Y 1970 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kurieraufgaben
auch weltweit, übernimmt für Sie diskret u. zuverlässig.
Ang. unt. M 2114 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lizenzen zu vergeben
Für bereits eingeführte gesetzl. geschützte Schornsteinkopf-Verkleidung (Alu-Schnellbausystem).
Zuschr. u. F 1977 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Diamantfirma in Antwerpen

sucht Verbindung mit Grossisten und Händlern, welche auf eigene Rechnung mit Brillanten arbeiten. Auch kann Schmuck zu sehr günstigen Preisen geliefert werden. Strengste Diskretion wird zugesichert.

Alpilex Diamonds PVBA, De Keyserlei 58–60, B. 35, 2018 Antwerpen, Belgien, Tel. 0 03 23 / 2 33 91 60, Tlx. 72 941

Ich suche eine Geschäftspartnerin ohne Anhang
f. Erstellung eines 5-Sterne-Motels in Zeeland an d. Nordseeküste.
Nähere Angaben unter X 2101 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslieferungslager München
Wir übernehmen für Sie Telefondienst, Lagerhaltung bis ca. 400 m² Halle oder Freifläche, *Lagerbestandsführung mit Computer, Lieferscheine, falls erforderlich Rechnungsstellung,* Auslieferung.
Alle erforderlichen Einrichtungen bis 2 t Einzelgewicht sind vorhanden.
Standort: 8021 Neuried bei München, Telefon 0 89 / 75 64 74.

U.S.A.
EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22
Tel. (089) 22 91 33 · Telex 5 216 534 indad

– Export –
Wir bieten Herstellern sichere Exportgeschäfte. USA, Saudi-Arabien und Afrika.
Unternehmensberatung
Hofmaier & Partner
Große Reichenstr. 27
2000 Hamburg 11
Tel. 040/33 73 81, Telex 2 161 633

Chance 84
Neue Dienstl.-Organis. sucht für den PLZ-Raum 2–3, 4–5, 6–7, je
1 Partner(in)
für den bundesw. Ausbau. Bedingung: solide kfm. Kenntn. Büro, eine Kostenbeigabe von DM 15 000,– (f. Anzeigen, Werbem. usw.) „Schreibtischtätigkeit" anfangs auch nebenber. möglich. Es erwartet Sie eine seriöse Tätigkeit mit gutem Einkommen.
Bewerb. bitte unter L 2113 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gehen Sie mit der Zeit . . . es lohnt sich!
Wir suchen für einen neuen Schutzraumvertrieb – bundesweit – freie Mitarbeiter. Kein Eigenkapital.
Ang. u. G 2110 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen
für einen lukrativen Artikel aus dem Schuleinrichtungs- und Mehrzweckhallen-Bereich noch selbständige Gebietsvertreter.
Zuschr. u. Z 1971 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Für Persönlichkeiten
stark im Vertrieb, gute Menschenführung, selbständig, mit Eigenkapital und wenn möglich Erfahrung im Direktverkauf, bieten wir gutes und langfristiges Einkommen. Außergewöhnliches Erfolgskonzept, ohne *Konkurrenz, mit Raucherprodukten.* Gesucht: Franchising-Partner (Gebietsschutz). Interessenten schreiben an:
A. FREI + CO.
Austr. 44, CH-8022 Zürich, oder Tel.-Auskunft BRD Sa./So. 06 11 / 5 07 57 78, Büro 0 60 74 / - 3 31 66 (Hr. Frei).

EDV-Revision
Spezialgebiet EDV-Kontroll- u. EDV-Sicherheitssystem. Prüfung, Beratung u. Ausarbeitung v. Sicherheits- u. Kontrollsystemen durch:
Dipl.-Wirtschaftsing. (FH)
Rudolf Mayer
Zeppelinstr. 73, 8000 München 80
Tel. 0 89 / 48 34 12

50% (!) mehr UMSATZ
erzielte der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode. Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 43 Essen 15, Niederweniger Str. 49, Tel. 02 01 / 48 00 24

Machen Sie sich selbständig!
Sie brauchen kaum Eigenkapital. Wir übernehmen die Finanzierung, Planung, Einrichtung und Wartung sowie ständige Beratung. Eröffnen Sie ein Bräunungs-, Naturkoßmetik- und Laserstudio! Und die Zukunft gehört Ihnen. Jährlicher Gewinn zwischen 60 000 und 80 000 Mark. Wir besorgen auch Ladenlokale. Nutzen Sie unsere Erfahrung, denn wir sind Profis. Wir, die Le-Richeux-Gruppe!
Schreiben Sie, oder rufen Sie uns an. Täglich von 9 bis 14 Uhr 02 61 / 1 73 20, Kliba GmbH, 5400 Koblenz, Hohenzollernstraße 19

Werksvertretung Belgien/Nordfrankreich
Gut eingeführter Handelsvertreter sucht Produkte zur Programmergänzung im Bereich Gebrauchsgüter für die chemische, petrochemische-, Stahl- und Lebensmittelindustrie (auch Brauereien).
Referenzen auf Anfrage.
Angebote erbeten unter B 2105 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Joana Moden
sucht
noch selbständige Textilvertreter zur Einführung unserer Feinstrickmodelle.
Nur schriftliche Angebote an
Joana Moden
Generalvertretung
Noackstr. 20
2900 Oldenburg

44jähr. Allround-Mann
für besondere Einsätze, auch international. Jeder Auftrag auf Erfolgshonorar
Angeb. unt. R 2095 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, oder Tel. 0 40/4 39 29 73

Wir kaufen fast jeden Warenposten aus dem Food- u. Non-food-Bereich. Angebote erbeten unter Tel. 06 81 / 5 78 11 - FS 4 428 867

Suche Geschäftsidee und Partner
Ladengeschäft in guter Lage Berlins vorhanden.
Zuschr. u. P 2094 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wer vermittelt oder vergibt kurzfr. Auftr. d. Metallbe- u. -verarbeitung geg. Provisionszahlung. Tel. 0 40 / 5 64 64 61

Ihr Büro in London
Preiswerte Postanschrift, geschäftlich oder privat, mit Tel. und Telex. Postempfang und Versand. Firmengründungs-Service. Vertraulich und zuverlässig. Zuschr. u. C 2106 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, *4300 Essen.*

Wir suchen ab sofort selbständige
Verkaufs-agenturen
mit erfahrenen Telefonverkäufern für den Bereich Kapitalanlagen (Commodity-Sammelkonto, Festgeld, Optionen, Anleihen etc). Abwicklung über US-Broker. Sehr gute Konditionen.
Zuschriften mit Adresse und Telefonnummer unter K 2112 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, *4300 Essen.*

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln
bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918.
Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

Druckerei-Betrieb in Nigeria
We intend to establish a Printing Business and need a Technical Partner to supply Know-how. Partnership or any other Kind of co-operation to be negotiated. Contact: Director, Daily Needs Ind., P.O. Box 1491 Ibadan/Nigeria.
Erbitten Kopien an:
M. Liebkowsky, Am Kosakenberg 14, 2807 Achim

Wir machen Sie zum Unternehmer!
Wir erwarten: Kontaktfreudigkeit, Unternehmungsgeist und DM 15 000 Startkapital für KG-Beteiligung. Wir bieten: Interessante Marktlücke mit erstklassigen Verdienstmöglichkeiten (keine Versicherung), Schweizer Aktiengesellschaft als Ihr Partner.
Zuschr. unt. S 1744 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Marketing Service und Projekt-Management für Ihre Spanien-Pläne
Seriöses deutsch/spanisches Beraterteam erleichtert Ihnen Markteinstieg/finanzielles Engagement in Spanien. Umfassendes Know-how und vielfältige Branchenkenntnisse werden geboten. Service-Leistungen: Marktforschung, Konzept- und Strategienerarbeitung, Markt-Test, Partnersuche und gegebenenfalls Vertrieb durch bestehende Organisation.
Näheres unter N 2100 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schweden-Kontakte
Junges, dynamisches Unternehmen bietet im Bereich technischer Vertrieb beste kaufmännische und technische Betreuung. Import + Export.
Zuschriften erbeten unter F 2109 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kostensenkung
auf den Gebieten Maschinen-/Apparatebau etc. wird von erfahrenem Fachmann, REFA-Ing., Betriebsw., gelernter Dreher/Mechaniker, absolut praxisorientiert mit nachweisbarem Erfolg durchgeführt. Wir sind auf den Klein-/Mittelbetrieb ausgerichtet und verkaufen Ihnen keine utopischen Lösungen für teures Geld! Durch gezielte Kostensenkungsmaßnahmen verbessern wir die Ertragslage nachhaltig. Wir arbeiten an der Basis auch bei eigener AV. Bezuschussung möglich. Einkaufsverbund techn. Teile. Referenzen vorhanden. Informieren Sie sich unverbindlich. Zuschriften an Industrieplanung F. Eifert Refa.-Ing., Postfach 1147 in 6370 Oberursel/Taunus.

STELLENANGEBOTE

Schweizer Familie, wohnhaft auf Mallorca, sucht per sofort qualifiz.
Privatlehrer(in)
vorzugsweise mit 2. Staatsexamen, für zwei Kinder (10 J.).
Unterlagen bitte an:
von Erlach und Partner, Rechtsanwälte
z. Hd. Dr. Rudolf von Erlach, Dreikönigstr. 7, CH-8022 Zürich,
Tel. 00 41 - 1 - 2 02 99 66

STELLENGESUCHE

Prom. Dipl.-Volkswirt, 39 J., sucht Führungsaufgabe als
stellv. Geschäftsführer Nahost
Erfahrungen: 5 J. wiss. Mitarbeiter i. d. quantitativen Marktforschung Uni Heidelberg, zahlr. Veröffentlichungen. Seit 4 J. leitende Projekttätigkeit für Nahost, Exportberatung, zahlr. Publikationen. Als Teamchef verantw. für Personal und Orga.
Sprachen: Arab./Engl.
Ziel: Verantw. Managementaufgabe im Geschäftsbereich Nahost.
Angeb. erb. u. S 1766 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wo ist Not am Mann?
Ich war bis jetzt jahrzehntelang geschäftsführender Gesellschafter einer Unternehmensgruppe (DM 250 Mio.), bin finanziell zwar unabhängig, brauche aber noch eine Aufgabe: Kaufmann mit Allrounderfahrung, 60 J., topfit, vertrauenswürdig und verantwortungsbewußt, sofort einsetzbar.
Bitte schreiben Sie mir unter PU 47 207 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Leiter Produktion / Technik / Management
Rationalisierungs- und Organisationsfachmann der Metall-, Kunststoff- und Elektroindustrie, ungekündigt, REFA-Techniker, 23 Jahre Arbeitsvorbereitung, langjährig AV- und Fertigungsleiter, z. Z. Unternehmensberater auf dem gesamten technischen Sektor, sucht herausfordernde, verantwortungsvolle
Aufgabe in Industrieunternehmen
Zuschr. erb. unt. T 2097 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.



Diplom-Betriebswirt
28, Bürokaufmann, Examen 7/83, Gesamtnote „gut". Studienschwerpunkte: Rechnungswesen/Steuern; Schwerpunkt „Betriebliche Steuerlehre" mit sehr gut abgeschlossen. Praktische Büroerfahrung in sämtlichen kaufm. Bereichen; sucht Anfangsstellung in Steuerberatung/Wirtschaftsprüfung, ges. Bundesgebiet.
Auskünfte erteilt: Frau Kocura
Fachvermittlungsdienst Bochum, Hofsteder Straße 128
4630 Bochum 1, ☎ 0234/623-460, FS 825309 1015

Volljuristin
28, ledig, 2. Ex. befr. (8 P.), Schwerpunkt: Arbeits- und Sozialrecht, gute Engl. Kenntn., ausbaufähige Franz. Kenntn.; sucht Anfangsstellung bei Behörde, Verband, Versicherung oder Bank in Schleswig-Holstein oder Hamburg.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel**
Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673 1013

Diplom-Physiker
36, Erfahrung in der Entwicklung elektr. Schaltungen auf dem Gebiet der Bildsignalverarbeitung. Kenntnisse in Biophysik. Mikroprozess. und Datenverarbeitung; sucht Tätigkeit in Forschung, Entwicklung, EDV.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel**
Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673 1014

Volljurist
31jährig, ortsungebunden, 1. Examen ausreichend, 2. Examen befriedigend, Rheinland-Pfalz, 3 Semester Wirtschafts-Ingenieurwesen, sucht Anfangsstellung in Wirtschaft oder Verband.
Ang. u. G 2088 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (49 J.)
Erfahrungen: Energietechnik, Heizung, Klima und Sanitär sowie Biogas (Patent angemeldet), z. Z. freiberuflich tätig, wünscht die Übernahme einer verantwortungsvollen Aufgabe bzw. Beraterfunktion für den Bereich Energie sowie Ver- und Entsorgungstechnik.
Angeb. u. D 2085 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dyn. Kfz-Vertriebsprofi
36 J., seit 13 J. erfolgr. i. Außend. i. dieser Branche tätig, Raum Niedersa., Hamburg, Schlesw.-Holst., setzt seine Erf. u. Kontakte f. Sie gewinnbr. i. Außend. ein. Er sucht eine verantwortungsv. Position in Form einer Gebietsrepräsentanz z. 1. 4. 84 od. früher (keine Versicherung).
Angeb. erb. u. PL 47219 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Bauingenieur (grad.)
weibl., 33, unabh., 8 J. prakt. Berufserf. m. Facharbeiterausbildung, sucht mögl. selbst. Tätigkeit in den Bereichen Bauaufsicht, -betreuung oder -verwaltung, -leitung, Ausschreibung u. Vergabe; Großraum Hamburg
Ang. erb. unt. U 1768 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (Uni) (allgem. Elektrotechnik)
36 J., sucht Stelle im Anlagenbau, Montage, Inbetriebnahme od. Service (gerne Ausland). Facharbt. u. Meisterbrief, gute Englischkenntnisse, z. Zt. Betriebsing.
Zuschr. unter M 2092 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Controller
Betriebswirt, 32 J., verh., ungek.; belastbar und zielstrebig; langj. Erfahrung in Controlling, Planung, Kostenrechnung, Einkauf, Warendisposition u. Personalführung, sucht verantwortungsvolle Aufgabe im Raum Hamburg.
Zuschriften erb. u. N 2115 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Marketing- und Vertriebsfachmann
45 J., örtl. unabhängig, seit über 10 J. sehr erfolgreich als Geschäftsführer/Vorstand in der Markenartikelindustrie (Food-Bereich) tätig (z. Z. 70 Mio. Umsatz), sucht
neue, reizvolle Aufgabe
Angeb. erb. unt. T 1767 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bankkaufmann / Betriebswirt 40 Jahre
Erfahrung in: Finanzen, Buchhaltung/EDV, Revision, Controlling, Service/Vertrieb, Organisation
aus: Bank, Industrie und Dienstleistung
sowie: mehrj. Auslandstätigkeit in USA/GB
sucht nach zielgerichteter Vorbereitung zum 1. 7. 1984 oder später Aufgabe als
Kaufmännischer Leiter
Angestrebt wird Dauerstellung mit entsprechender Verantwortungsbreite mögl. im norddeutschen Raum. Kontaktaufnahme unter PE 46910 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Kfz-Meisterin und Büro-Kauffrau
z. Zt. in ltd. Stellung mit Verkaufstätigkeit, sucht analoge Position mit Entwicklungsmöglichkeiten in Verwaltung und Verkauf.
Angeb. unt. PG 46 912 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

MASCHINENBAU-INGENIEUR
35 J., verh., – 2 J. Arbeitsvorbereitung im Lkw-Werk, 7 J. Verkauf u. Kundendienst (Werkstattleiter) von Kfz. u. Landmaschinen, 2 J. Maschinening. auf einer Großbaustelle im Irak, Englischkenntnisse – sucht Tätigkeit in Hamburg oder Schlesw.-Holst. Zuschriften unter V 2121 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

BauIng.
42 J., verh., 16 J. Berufserfg. im Hoch- u. Ingenieurbau in leitender Position, Auslandserfg. sucht anspruchsvolle Aufgabe bei Baufirma o. Consulting, Ausland bevorzugt.
Ang. erb. u. V 2099 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (TU)
27 J., led., sucht Anfangsst., auch Auslands-Tätigk. Ausbildung: Abitur, TU Hannover, Schwerpunktfächer: Massivbau, Holzbau, Statik. Sprachen: Engl., Franz. Angeb. erb. u. T 2119 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verpackungsmaschinen-Mechaniker
37 J., verh., m. mehrjähr. Auslandserfahrung u. guten Englischkenntnissen, möchte sich verändern und sucht eine verantwortungsvolle Tätigkeit im In- und Ausland.
Zuschr. u. P 1962 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außendienst-Mitarbeiter
37 J., mit 15jähr. Außendienst-Erfahrung, gute Verbindungen z. Eisenwaren-Großhandel, Handwerk, Nahrungsmittel- u. Getränkeindustrie, i. Verkauf v. Klebstoffen im Großraum Hannover, Bielefeld, Kassel, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. unt. X 1969 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Einbauküchen-verkäufer, 43
dynamisch, planungssicher, umsatzstark, in ungekündigter ltd. Position, sucht zum 2. 1. 84 neuen interessanten Wirkungskreis in gleicher Branche, mögl. Berlin.
Angeb. erb. u. K 1584 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Mann für Griechenland
Deutscher, griech. Abstammung, Dipl.-Ing., 40 J., verh., Führungskraft in der Sparte Marinetechnik, langj. Erf. in der Entwicklung neuer Produkte u. Technologien einschl. Markteinführung, mit guten Kontakten zu griech. Behörden u. Kunden, sucht verantwortungsv. Aufgabe.
Angebote unter PP 47222 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Technischer Kaufmann
vertriebsorientiert, 37 J., in ungek. Stellung, Erf. im Vertrieb von Investitionsgütern im In- und Ausland, sucht neuen Wirkungskreis in Industrie oder Handel, mögl. im Raum Hamburg.
Ang. unt. N 2093 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Welche Fa. gibt meinem Mann (oder mir) die Möglichkeit, ab Sommer '84 im Westen der USA zu arbeiten (mögl. Kalifornien oder Montana). Mein Mann ist 35 J. und hat einen Handwerksberuf erlernt. – Angeb. erb. unt. E 2086 an WELT-Verlag, PF 10 08 64, 4300 Essen

Akademiker
Aromenfachmann
40 J., verh., sucht neuen Wirkungskreis im Raum Stuttgart/Heilbronn. Breite Industrieerfahrung i. d. Lebensmittelbranche, 6sprachig, ungekündigt.
Zuschr. erb. u. PJ 47217 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Banker
(40), über 10 J. prakt. Erfahrung im Kreditgeschäft (Sachbearbeitung, Betreuung, Akquisition, Abwicklung). Schwerpunkt: gewerbl. Kunden, kontakt- u. entscheidungsfreudig, kooperativ, z. Z. in ungek., ltd. Stellung bei einer VoBa tätig, sucht Dauerstellung **im Außendienst o. Ass. d. Gesch.-Ltg. in NRW.**
Ang. u. F 2087 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Volkswirt
Absolvent, 26 J., kein Präd.-Examen, Führerschein 3, sucht Stellung in Verlag, Agentur oder gewerblicher Wirtschaft im Raum Hamburg, auch als freier Mitarbeiter.
Angeb. erb. u. H 2089 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Aufgabe als Sekretärin
Gesellschafterin u. Reisebegltg. o. ä. gesucht p. Jan. 84 von selbstd. arbeitend., zuverl., diskr., frdl., warmherzig., tierl. 48jährig., Führersch.
Angeb. erb. u. U 2098 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienst-Mitarbeiter
32 J., verh., 10jähr. Erfahrung i. medizintechn. Bereich (Dialyse, Kardiologie, Hospital-Supply), gute Kontakte in PLZ-Gebieten 4 u. 5, sucht z. 2. 1. 84 neuen adäquaten Wirkungskreis. Branchenfremde Angebote angenehm.
Zuschr. u. H 1979 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Jg. Operator
sucht Stellg. in Hamburg z. Januar 84, Ausbildung zur BTX-Fachkraft 1/84 abgeschlossen. Angeb. erb. u. PH 37 216 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

DR.-ING.
z. Zt. in Ingenieurbüro, Erfahrung in Erd- und Grundbau, Straßenbau, Baustoffprüfwesen und Betontechnologie, möchte sich verändern.
Anfragen unter S 2096 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Werbeleiter (42)
Erfahrung: Agentur, Industrie, Mess. Nordd. Raum. Angeb. erb. u. PM 47 220 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Wirtschafterin (46 J.)
sucht zum 1. 1. 84 selbst. Wirkungskr., kleines Appart. erwünscht.
Zuchriften unter L 2091 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm./Bankkfm.
33 J., 2 J. WP/StB, su. zum 1. 1. 84 neue Aufgaben (HH?)
Angeb. u. K 2090 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Gepr. Betriebswirt (BWA) – Controller (PBC) –
46 J. alt, in ungek. Stellung als Leiter des Finanz- und Rechnungswesens in mittlerem Industriebetrieb tätig (Prokura), langjähr. Berufserfahrung (auch im Personalwesen), bilanzsicher, EDV-erfahren, mit Ausbildereignung, sucht entspr. neue Position.
Angeb. erb. unt. W 1770 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann
37 J., verh., mit mehrj. Führungserf. in Revision, Materialwirtschaft, Controlling und EDV-Organisation, su. zum 1. 4. 84 neue Aufgaben als Kfm. Leiter/Ltg. Rechnungswesen in mittlerem Industrieunternehmen, vorzugsw. Raum Hamburg.
Angeb. erb. unt. U 2120 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

EINKÄUFER – ungek.
32 J., F.-Kfm. EK + Mat'w'schaft (gut), ledig, fließend englisch, sehr gute Beurt., 9 J. Erf. im Rohst. + Masch.-EK, Ind. + Hand., sucht neue Pos. als EINKAUFSLEITER
Gehaltsford.: TDM 75 p. a. + Soz.-Leistungen.
Zuschriften erbeten unter V 1769 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wegen der Arbeitsruhe am Buß- und Bettag fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 19. November.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 19. November möglichst frühzeitig an uns ab

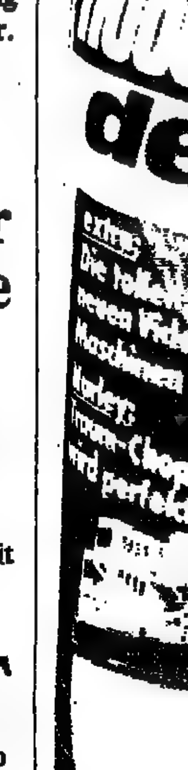
Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

4300 Essen 18 (Kettwig)
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 8 579 104

1000 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 2 17 001 777



Renten noch uneinheitlich

Am Rentenmarkt waren Ansätze für eine Stabilisierung erkennbar. Im Handel unter Banken haben die Renditen im 10jährigen Bereich Sätze von 8,30 bis 8,40 Prozent erreicht. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,30 Prozentpunkte nach beiden Seiten. Der Kurs der letzten achteinviertelprozentigen Bundesanleihe wurde noch auf 100,25 (Emissionspreis) DM belassen. DM-Auslandsanleihen neigten zu leichten Abschwächungen. Bei den Pfandbriefen gab es weitere Kurskorrekturen nach unten. Das Geschäft in diesem Bereich blieb weiterhin sehr ruhig.

Bundesanleihen

		8. 11.	7. 11.
F 4 Abl 57	4/84	100,5	100,58
5½ Bund 78 I	1/84	99,9	99,9
6 dgl 64 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 78 I	2/84	100,45	100,45B
7 dgl 77	3/84	100,1	100,1
7½ dgl. 78 II	4/84	100,45	100,45G
5 dgl. 78	5/84	99,4	99,4
5 dgl. 78 III	9/84	99,55	99,6
8¼ dgl. 76	9/84	101,3	101,3G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,55	99,55
6¾ dgl. 79	1/85	99,45	99,45
8½ dgl 73 I	3/85	101,8	101,8
7 dgl. 79	4/85	99,95	100
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,1	100,1
7½ dgl. 78 I	7/85	101	101
8 dgl. 75 IV	10/85	101,7	101,7
5½ dgl. 78 II	3/86	96,05	96
5¾ dgl. 78	5/86	95,6	95,7
7¼ dgl. 76 I	12/86	99,25	99,25
8½ dgl. 79	1/87	97,05G	97,05
7¼ dgl. 78 II	1/87	99,15	99,15
6¾ dgl. 77	4/87	97,7	97,7G
6½ dgl. 77	7/87	96,95	96,75
6 dgl. 77	10/87	94,65	94,65
6 dgl. 78 I	1/88	94,35	94,25
6½ dgl. 78 I	9/88	95,2	95,1
6½ dgl. 78 II	12/88	94,7	94,95
6¾ dgl. 79	1/89	95,15	95,35
7½ dgl. 79 I	4/89	96,85	97,1
10 dgl. 81	4/89	107,9	107,9
7½ dgl 79 I	6/89	97,65	97,8
8 dgl. 79 I	7/89	99,75	99,75
8 dgl. 79 II	8/89	99,9	99,9
7½ dgl. 79 II	9/89	[illegible]	97,7

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	8. 11.	7. 11.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	90,25TG	90,25TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf 2	94,75bG	95G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,3bG	100,1G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	100,3bG	89,25bG
H 5 Hbg Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	89,75G	89,25
6 dgl. 47	77,5G	77,5G
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
M 5 Vereinsbk Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	98,25G	98,25bG
D 8 WestLB Pf 350	100,6G	100,6G
9¼ dgl. Pf 1007	105,85G	105,85G
8 dgl. Pf 1015	98,8G	98,8G
7 dgl. KO 556	99,55G	99,55G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Anmerkungen: ... B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Qualitätsaktien wieder gesucht

Kaufaktivitäten der Ausländer sorgten für bessere Kurse

DW. – Kaufaufträge aus dem Ausland und aus der Schweiz sorgten vom Börsenbeginn an bei den Aktien für steigende Kurse. Das hat insofern überrascht, als die zunehmenden Spannungen in Libanon eher eine Anlagezurückhaltung erwarten ließen. Doch offenbar war für die Amerikaner der Reiz des hohen Dollar-Kurses für ihre Überlegungen maßgebend. Dabei kam es besonders in den Papieren der Großchemie wieder zu lebhaften Umsätzen. Gesucht waren aber auch Schering, Siemens, Daimler und die Deutsche Bank. Inländische Anleger setzten ihre Käufe in den Warenhauspapieren fort.

Veba-Aktien sind mit einem Plus von 3 DM auf 167 DM dabei den Verlust wieder auszugleichen, der mit der Bekanntgabe der Teilprivatisierung weiterer Veba-Aktien eingetreten war. Zu verdanken haben sie den Anstieg dem günstigen Bericht, den der Veba-Vorstandsvorsitzende für das laufende Geschäftsjahr gegeben hat. Preussag zogen ebenfalls um 3 DM an. Man vermutet hier Käufe eines Rohstoff-Fonds.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten sich um 5 DM auf 275 DM. Heinrich Lehmann schlossen mit einem Plus von 10 DM auf 225 DM und Pongs und Zahn verbesserten sich um 2 DM auf 79 DM. Keramag sanken um 5 DM auf 150 DM. Thüringer Gas verschlechterten sich um 3 DM auf 417 DM und Düwag fielen um 7 DM auf 153 DM.

Frankfurt: Die Aktienbörse blieb am Dienstag deutlich erholt. Die Standardwerte konnten sich bis zu 5 DM verbessern, nur Großbanken waren weiter vernachlässigt. Wibau stiegen bei Plusankündigung auf 64 DM plus 4 DM, Commerzbank-Reste bei Doppelplus 14,50 DM plus 2,50 DM. Ansonsten blieben Rhein Elektra 392 DM plus 12 DM, Hamborner Bergbau 273 minus 12 DM, Flachglas 265 DM minus 10,50 DM und von Versicherungen Thuringia 780 DM plus 20 DM.

Hamburg: HEW konnten sich auf 101 DM und NWK Vorzüge bis auf 169,50 DM plus 2 DM erholen. Phoenix Gummi verkehrten zu 163 DM bis 164,50 DM plus 1 DM. Beiersdorf kamen auf 350 DM plus 2 DM. Größere Veränderungen verzeichneten Flensburger Schiffbau mit 117 DM plus 6,90 DM und Haller Meurer mit 230 DM minus 14 DM.

München: Agrob St. gaben um 4 DM auf 343 DM nach, Leonische Draht ermäßigten sich um 3 DM auf 327 DM und Zahnräder Renk verminderten sich um 5 DM auf 265 DM. Dywidag stiegen um 4 DM auf 176 DM, Grünzweig zogen um 3 DM auf 160 DM an und NAK Stoffe erhöhten sich um 1,50 DM auf 55 DM.

Berlin: Bergmann zogen um 20 DM an. Schering erholten sich um 4 DM, Orenstein um 2,50 DM, Herlitz Vorzüge um 2 DM und Dt. Hypobank Berlin um 1,50 DM. DUB-Schultheiss gaben um 5 DM nach. Kempinski wurden um 8 DM und Scheidemandel um 2 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: freundlicher

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

London

Toronto

Wien

Kopenhagen

	8. 11.	7. 11.
Den Danske Bank	267	277
Jyske Bank	564	566
Kopenh. Handelsbk.	251	257
Novo Industri	3090	3090
Privatbanken	760	274
Ostasiat. Komp.	140	143
Dan. Sukkerfabr.	615	640
For. Bryggerier St.	1240	1305
Kgl. Porz. Fabr.	365	365

Brüssel

	8. 11.	7. 11.
Arbed	1152	1160
Brux. Lambert	2278	2270
Cockerill Ougrée	167	170
Ebes	2335	2280
Gevaert	2450	2450
Kredietbank	6200	6200
Pétrofina	5690	5790
Soc. Gén. d. Belg.	1565	1565
Sofina	4875	4955
Solvay	3330	3330
UCB	3900	3815
Index	126,5	126,56

Hongkong

Singapur

	8. 11.	7. 11.
Cycle + Carr.	6,35	6,45
Cold Storage	4,80	4,86
Dev. Bk. of Sing.	9,10	9,20
Fraser + Neave	5,90	5,90
Kl. Kepong	2,77	2,82
Mal. Banking	9,10	9,25
Nat. Iron	6,35	6,40
OCBC	10,70	10,90
Sime Darby	2,31	2,36
Singapur Land	5,55	5,65
Un. Overs. Bank	5,30	5,40

Sydney

	8. 11.	7. 11.
CSR (Thelss)	3,72	3,62
Metals Expl.	0,71	0,72
MIM-Holdings	3,78	3,70
Myer Emporium	1,70	1,70
North Broken Hill	3,35	3,20
Oakbridge	7,05	7,08
Peko Wallsend	4,20	4,00
Poseidon	4,40	4,35
Thomas Nat. Tr.	1,90	1,85
Waltons	0,51	0,52
Western Mining	3,65	3,58
Woodside Petr.	1,29	1,26
Index	700,5	695,3

Optionshandel

... BHF-Bank 1-290/6, BBC 1-230/20, 4-220/12,50, Daimler 1-600/12,70, 7-620/15, GHH Vz. 7-120/7,70, Karstadt 4-280/8, Kaufhof 4-260/10, Klöckner 1-40/3,40, Mercedes 1-580/10, Metallgesellschaft 4-180/6,40, Chrysler 1-70/2,50, 4-80/8,05, General Motors 7-200/10,40, Litton 4-160/7,90, Philips 4-40/3,55, Unilever 4-130/10,60, Norsk Hydro 4-180/8,10, 7-180/11,50. (1. Zahl Verfallmonat jeweils der 15., 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8. 11., Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½–9¾	5½–5⅝	3⅝–3⅞
3 Monate	9¾–10⅛	5¾–6⅛	4⅛–4⅜
6 Monate	9⅞–10¼	5⅞–6¼	4⅛–4⅜
12 Monate	10¼–10½	6⅛–6½	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1400,00	1710,80
10 US-Dollar (Indian) **)	1133,00	1340,71
5 US-Dollar (Liberty)	435,00	587,10
1 £ Sovereign alt	236,00	291,84
1 £ Sovereign Elizabeth II	232,00	287,28
20 belgische Franken	184,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	247,00	308,94
2 südafrikanische Rand	233,00	287,28
Krüger Rand, neu	1044,00	1230,06
Maple Leaf	1044,00	1230,06
Platin Noble Man	1064,00	1252,86
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	240,00	305,52
20 schweiz. Franken „Vreneli"	192,00	247,38
20 franz. Franken „Napoléon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	964,00	1162,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	192,00	241,68
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	438,00	539,22
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

8. 11. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Ankfz.-Kurse[4]	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3]	2,6771	2,6851	2,6548	2,63	2,72
London[1]	3,965	3,979	3,941	3,91	4,06
Dublin[1]	3,105	3,119	3,063	3,10	3,16
Montreal[3]	2,1648	2,1728	2,1499	2,12	2,21
Amsterd.	89,120	89,340	89,155	87,75	89,75
Zürich	123,040	123,240	123,14	121,75	124,50
Brüssel	4,913	4,933	4,879	4,75	4,97
Paris	32,810	32,970	32,315	32,00	33,75
Kopenh.	27,700	27,820	27,435	26,50	28,50
Oslo	35,840	35,960	35,25	35,00	36,75
Stockh.**)	33,850	34,010	33,46	33,00	34,75
Mailand[2] **)	1,645	1,655	1,605	1,60	1,70
Wien	14,187	14,227	14,195	14,10	14,32
Madrid**)	1,731	1,741	1,666	1,61	1,73
Lissabon**)	2,105	2,125	1,985	1,50	2,30
Tokio	1,1330	1,1360	–	1,09	1,15
Helsinki	46,580	46,780	45,61	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,77	2,824	–	2,07	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,436	2,455	–	2,38	2,49
Johannesbg.*)	2,284	2,303	–	2,25	2,50

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund, 2) 1000 Lire, 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Nach nervösem Beginn mit Kursen um 2,6860 bröckelte der Dollarkurs bei zunehmend geringeren Umsätzen bis 2,6780 ab, da es dem Handel am 8. 11. an neuen Impulsen fehlte. Der sich an Europa anschließende amerikanische Feiertag dürfte ebenfalls für die nachlassenden Aktivitäten eine Rolle gespielt haben. Zum Börsenkurs von 2,6811 glich die Bundesbank die Nachfrage mit einem Verkauf von 36,8 Mill. Dollar aus. Das Britische Pfund gab um 1 Pf auf 3,972 nach. Zusammen mit dem Holländischen Gulden, der sich um 6 Pf auf 89,23 befestigte, verzeichnete die D-Mark geringfügige Kursgewinne innerhalb des EWS. Mit einem Tagesgewinn von 0,3 Pf auf 1,1345 erreichte der Japanische Yen einen neuen absoluten Höchstkurs. US-Dollar in: Amsterdam 3,0035; Brüssel 54,44; Paris 8,1475; Mailand 1624,50; Wien 18,8750; Zürich 2,1773; Ir. Pfund/DM 3,112; Pfund/Dollar 1,4815; Pfund/DM 3,972.

Ostmarkkurs am 8. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Zinsanstieg für US-Dollar kam am 8. November zum Stillstand. Die Deports für US-Dollar und Pfund/DM wurden zurückgenommen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,97/0,87	2,68/2,58	5,35/5,15
Pfund/Dollar	0,06/0,08	0,26/0,29	0,55/0,60
Pfund/DM	1,90/0,50	3,80/2,40	6,80/5,40
FF/DM	26/10	65/49	133/117

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 11.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 6,20–6,30 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 8. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammer Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,60) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen die Gold- und Silbernotierungen zu Wochenbeginn an der New Yorker Comex. Schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee uneinheitlich notierte, konnte sich Kakao gut behaupten.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	7. 11.	4. 11.
Dez.	360,25	358,25
März	374,00	372,00
Mai	374,50	372,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	7. 11.	4. 11.
St. Lawrence 1 CW	239,40	239,50
Amber Durum	258,55	250,35

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	157,60	159,20
März	160,90	163,50
Mai	163,50	165,30

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	129,00	129,00
März	127,70	129,40
Mai	127,40	126,90

Hafer Chicago (c/bush)	7. 11.	4. 11.
Dez.	187,00	186,00
März	195,25	194,25
Mai	198,50	197,75

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	357,50	354,25
März	357,50	352,50
Mai	356,50	351,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	7. 11.	4. 11.
Dez.	134,80	134,20
März	137,10	136,50
Mai	138,00	137,40

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	7. 11.	4. 11.
Dez.	145,10	144,26
März	140,00	140,20
Mai	136,50	136,50

Kakao New York ($/t)	7. 11.	4. 11.
Dez.	2028	2020
März	2044	2040
Terminkontr. Mai	2065	2056
Umsatz	3790	4151

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	9,40	9,00
März	9,78	9,51
Mai	10,12	9,76
Juli	10,43	10,08
Sept.	10,68	10,32
Umsatz	16 652	17 950

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7. 11.	4. 11.
	8,31	7,85

Kaffee London (£/t) Robusta-	7. 11.	4. 11.
Kontrakt Nov.	1823–1830	1834–1835
Jan.	1831–1832	1838–1839
März	1799–1800	1796–1797
Umsatz	4005	1711

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1453–1455	1464–1465
März	1463–1464	1488–1489
Mai	1469–1470	1479–1480
Umsatz	2176	3553

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	156,00–156,00	150,00–150,50
März	163,90	–
Mai	168,80	163,80
Umsatz	5000	5277

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 11.	4. 11.
schw. Sarawak spez.	312,50	geschl.
weißer Sarawak	515,00	geschl.
weißer Muntok	571,50	geschl.

Orangensaft New York (c/lb)	7. 11.	4. 11.
Nov.	131,50	133,50
Jan.	125,50	123,90
März	123,45	122,80
Mai	122,15	121,60
Juli	121,20	120,80
Umsatz	500	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	7. 11.	4. 11.
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,00	27,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	29,60	29,55
Jan.	29,65	29,75
März	30,10	30,15
Mai	30,25	30,35
Juli	30,40	30,45
Aug.	29,95	29,95
Sept.	28,20	28,20

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,50	30,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,50	18,50
Choice white hog 4% fr. F.	16,00	15,75

Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,00	15,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	42,50	42,85
Febr.	46,80	46,95
April	47,00	47,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	62,30	61,60
März	62,60	61,95
Mai	64,20	63,70

Häute Chicago (c/lb)	7. 11.	4. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	55,00	55,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	857,00	856,00
Jan.	873,00	879,00
März	896,00	893,00
Mai	899,00	896,50
Juli	894,50	868,00
Aug.	866,00	773,50
Sept.	776,00	–

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	245,00	244,50
Jan.	247,00	246,00
März	249,00	248,00
Mai	248,00	247,00
Juli	246,00	244,00
Aug.	233,00	230,00
Sept.	215,50	213,20

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	7. 11.	4. 11.
Dez.	381,00	380,70
März	393,00	392,50
Mai	401,00	400,50

[illegible] New York (c/lb)	7. 11.	4. 11.
Westküste fob Werk	40,00	40,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	8. 11.	7. 11.
jegl. Herk. cif	985,00	990,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	585,00	580,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	667,50	665,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	203,00	203,50

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	980,00	980,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	313,50	314,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	7. 11.	4. 11.
Dez.	79,80	80,25
März	81,20	81,65
Mai	82,00	82,25
Juli	82,45	82,50
Okt.	76,25	78,50
Dez.	74,81	74,91

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	58,00	58,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	7. 11.	4. 11.
Dez.	408–410	410–412
Jan.	408–412	406–407
März	413–418	411–412
Umsatz	41	50

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	7. 11.	4. 11.
Dez.	46,80	46,20
März	46,60	46,80
Mai	47,30	47,30
Juli	47,50	47,50
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	7. 11.	4. 11.
Dez.	551,00–553,00	558,00–553,50
März	570,00–571,00	569,00–573,00
Mai	587,00–584,00	582,00–584,00
Umsatz	71	108

Sisal London (£/t) cif eur. Haupthäfen	7. 11.	4. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	7. 11.	4. 11.
Nov.	13 535	13 549
Dez.	13 555	13 594

Kautschuk London (p/kg)	7. 11.	4. 11.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,00	79,00–80,00
Dez.	79,10–80,10	78,90–79,90
Jan.	79,40–80,40	79,00–80,50
Jan/März	79,80–80,00	79,50–79,60

Tendenz: stetig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	7. 11.	4. 11.
Nr. 1 RSS loco	253,00–254,00	geschl.
Nov.	254,25–255,75	geschl.
Dez.	258,50–260,00	geschl.
Nr. 2 RSS Nov.	248,50–250,50	geschl.
Nr. 3 RSS Nov.	246,00–247,00	geschl.
Nr. 4 RSS Nov.	239,50–240,50	geschl.

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	7. 11.	4. 11.
BWC	470,00	470,00
BWD	450,00	450,00
BTC	465,00	465,00
BTD	450,00	450,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 FL – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	8. 11.	7. 11.
laufend. Monat	106,14–106,24	106,50–106,60
drittfolg. Monat	110,12–110,22	112,19–112,39
Zink: Basis London		
laufend. Monat	222,03–222,23	228,77–228,97
drittfolg. Monat	227,20–227,50	234,05–234,15
Produz.-Preis	248,37	248,16
Reinzinn 99,9%	3755–3792	3729–3766

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	8. 10.	7. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	364,87–367,26	366,59–368,98
Blei in Kabeln	113,75–114,75	116,25–117,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	8. 11.	7. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	343–352	343–352
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	386–391	387–391
MS 63	384–389	385–390

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	7. 11.	4. 11.
(Ring./kg)	unerhältl.	–

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	8. 11.	7. 11.
Leg. 225	405–418	405–418
Leg. 226	407–420	407–420
Leg. 231	437–450	437–450
Leg. 233	447–460	447–460

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	8. 11.	7. 11.
Platin (DM je g)	35 60	34 908
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 400	33 000
Rücknahmepr.	32 650	32 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 320	32 890
Rücknahmepr.	32 320	31 900
verarbeitet	34 970	34 520
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 120	32 720
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	791,50	773,30
Rücknahmepr.	763,80	745,30
verarbeitet	826,70	807,60

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	8. 11.	7. 11.
10.30	379,00	377,00
15.00	382,25	379,00
Zürich mittags	381,75–382,25	379,30–379,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 500	99 250
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	609,20	593,95
3 Monate	622,50	606,60
6 Monate	636,45	619,80
12 Monate	664,85	647,30
Platin (£-Feinunze) London	7. 11.	4. 11.
fr. Markt	259,40	253,10
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	256,60	–
	97,20	98,60

New Yorker Preise	7. 11.	4. 11.
Gold H & H Ankauf	379 00	361 00
Silber H & H Ankauf	880,50	901 00
Platin fr. Händlerpr.	375 00–382 00	375.00–385 00
Produz.-Preis	475 00	475 00
Palladium fr. Händlerpr.	144 00–146,00	146 00–148 00
Produz.-Preis	130,00	130 00
Silber (c Feinunze)		
Nov.	903 00	885 00
Dez.	903,00	895 00
Jan.	914 60	907 50
März	925 00	915 00
Mai	945 60	927 00
Juli	961 60	953 50
Sept.	977 60	969 50
Umsatz	30 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	7. 11.	4. 11.
Nov.	60 65	61 15
Dez.	61 10	61 60
Jan.	61 75	62.30
März	62 95	63 50
Mai	64,20	64,70
Juli	65,45	66 10
Sept.	66 70	67 35
Umsatz	9 500	10 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	8. 11.	7. 11.
Kasse	989 50–990 50	1001 0–1002,0
3 Monate	1014 0–1014,5	1027,0–1027 5
Blei (£/t) Kasse	266 70–267 00	271 50–271 75
3 Monate	275,70–277 00	281 00–281 50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	904 50–905 00	906 50–907,00
3 Monate	927,50–929,50	930 00–930,50
abends Kasse	–	907,50–908,00
3 Monate	–	931 00–931,50
(Kupfer-Standard)		
Kasse	885 00–887,00	888 50–889,50
3 Monate	909 00–910,00	913 00–914,00
Zink (£/t) Kasse	558 00–558,50	574,50–575 00
3 Monate	571 00–571 50	586,00–589 50
Zinn (£/t) Kasse	8590–8555	8550–8590
3 Monate	8690–8695	8690–8696
Quecksilber ($/Fl.)	–	317–320
Wolfram-Erz ($/T Einh.)	–	74–77

Gott, du bist groß.

Harald von Bohlen und Halbach

* 30. 5. 1916 † 6. 11. 1983

Doerte von Bohlen und Halbach geb. Hillringhaus
Friedrich von Bohlen und Halbach
Georg von Bohlen und Halbach
Sophie von Bohlen und Halbach

Irmgard Eilenstein geb. von Bohlen und Halbach
Berthold von Bohlen und Halbach
Waldtraut Burckhardt geb. von Bohlen und Halbach
Sita von Bohlen und Halbach geb. von Medinger
mit Familien

Christel Kronen
Roswitha Bartsch
Christel Krause

4300 Essen-Bredeney, Grashofstraße 8

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 10. November 1983, um 12.00 Uhr in der evangelischen Kirche Am Brandenbusch.
Anschließend Beisetzung auf dem Kruppschen Friedhof, Meisenburgstraße.

Anstelle zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende an den Hermann-Gmeiner-Fonds München, Kto. 69/12 000, Deutsche Bank, München
– SOS-Kinderdorf Lembang-Bandung/Indonesien –

Wir trauern um

Harald von Bohlen und Halbach

der am 6. November 1983 nach kurzer Krankheit verstorben ist.

Der Verstorbene war lange Jahre Vorstandsvorsitzender und Aufsichtsratvorsitzender unseres Unternehmens. Er blieb uns bis zu seinem Tode eng verbunden.

Wir verlieren in Harald von Bohlen und Halbach einen aufrechten Mann, der nach ungewöhnlich langer Kriegsgefangenschaft sich mit seinem ganzen menschlichen und fachlichen Engagement den Aufgaben und Problemen der Wasag-Chemie AG und ihrer Tochtergesellschaften gewidmet hat.

Wir werden dem Verstorbenen ein bleibendes dankbares Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand, Gesamtbetriebsrat und Belegschaft der
Wasag-Chemie AG
und ihrer Tochtergesellschaften

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 10. November 1983, 12.00 Uhr, in der evangelischen Kirche Am Brandenbusch in Essen-Bredeney.
Anschließend Beisetzung auf dem Kruppschen Familienfriedhof, Meisenburgstraße.

Anstelle zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende an den Hermann-Gmeiner-Fonds München, Kto. 69/12 000, Deutsche Bank, München
– SOS-Kinderdorf Lembang-Bandung/Indonesien –

Wir trauern um

Harald von Bohlen und Halbach

geb. 30. 5. 1916

unseren aktiven Mitgesellschafter, Inhaber zahlreicher Ämter und Träger großer Verantwortung in unserem Firmenbereich, der am Sonntag, dem 6. November 1983, nach kurzer Krankheit verstarb.

Sein Wirken war bestimmt von großem persönlichen Engagement, Achtung vor dem Menschen und sozialer Verantwortung.

Wir nehmen Abschied von einer weltoffenen, großherzigen, liebenswerten Persönlichkeit.

Aufsichtsräte, Geschäftsführungen und Mitarbeiter der

Bohlen Industrie GmbH, Essen

BOWAS-Gruppe, Zug

INDUPLAN CHEMIE Gesellschaft mbH, Salzburg

von Bohlen und Halbach-Versicherungs-Vermittlungen und Industrie-Beratungen GmbH, Essen

von Bohlen und Halbach-Bauträger- und Baubetreuungsgesellschaft mbH, Essen

Die Trauerfeier findet statt am 10. November 1983, 12 Uhr, in der evangelischen Kirche Essen-Bredeney, Am Brandenbusch.
Anschließend ist die Beisetzung auf dem Friedhof in Essen-Bredeney.

Anstelle zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende an den Hermann-Gmeiner-Fonds München Kto. 69/12 000, Deutsche Bank, München
– SOS-Kinderdorf Lembang-Bandung/Indonesien –

Einen guten Kampf gekämpft haben.
Timotheus 4,7

Dr. Kurt Laue

* 1. 8. 1914 † 2. 11. 1983

Ein Leben voller Schaffenskraft, beispielhafter Disziplin und Energie, unternehmerischen Weitblicks sowie Fürsorge für andere, ist für alle, die ihn schätzten und achteten, unerwartet und viel zu früh erloschen.

Sein Lebenswerk, das Hamburger Stammhaus und die Tochterfirmen in Österreich, der Schweiz, in Kanada und Singapur, gilt es jetzt, in seinem Sinne weiterzuführen und auszubauen.

Den Zielen dieser dynamischen Persönlichkeit zu folgen, fühlen wir uns in Dank und Anerkennung verpflichtet.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
Gewürzwerk Hermann Laue
zugleich im Namen aller Gesellschaften des Unternehmens

Die Trauerfeier hat im engsten Kreise stattgefunden. Statt zugedachter Kränze und Blumen bitten wir auf Wunsch des Entschlafenen um eine Spende für das Deutsche Rote Kreuz (Hamburger Sparkasse, Kto.-Nr. 1280/182 641, BLZ 200 505 50).



Gott ist die Liebe
und wer in der Liebe bleibet,
der bleibet in Gott
und Gott in ihm.

Unsere geliebte Mammi und Mimmi, meine liebe Schwester

Tilly Schönheit

geb. Krieg

geboren am 29. August 1898 in Wesel am Rhein
gestorben am 7. November 1983 in Hamburg

hat uns für immer verlassen.
Wir werden sie sehr vermissen.

Kurt Hubertus und Ruth von Busbe
geb. Schönheit
Andrea
Carl-Otto Schönheit
Gabriele und Evelyn
Wilfried und Gertrand Schönheit
geb. Bahlmann
Nicky, Yvonne und Thomas
Emmy Krieg

Wir nehmen Abschied am Dienstag, dem 15. November 1983, um 14 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Nienstedten, Rupertistraße.

DIE WELT trauert um

Manfred R. Beer

(* 12. 2. 1927 † 3. 11. 1983)

Fast drei Jahrzehnte lang war er für DIE WELT ein unbestechlicher Beobachter politischer Entwicklungen, zunächst als Korrespondent in Südosteuropa, später als Autor unvergessener Reportagen. Gerade seine aktuellen, zugleich zeitgeschichtlichen Reportagen haben seinen publizistischen Ruf begründet.

Seine journalistische Meisterschaft, sein Engagement und sein kritisches Urteil, aber auch seine Liebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft werden uns Vorbild und Maßstab sein.

Verlag und Redaktion
DIE WELT

Am 30. Oktober 1983 verstarb unser früherer Mitarbeiter, Herr

Walter Puls

geboren am 21. 7. 1908

Herr Puls war 24 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1966 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreise statt.

Gern wär ich Gast bei dir,
noch öfter wäre ich wohl gekommen.
Warum warst du nicht länger Gast all hier?

Susi Grönwoldt

* 19. Mai 1940 † 5. November 1983

Peter
Kerstin
Iris

2 Hamburg 55
Christian-August-Weg 1a

Abschiedsfeier am Freitag, dem 11. November 1983, um 13 Uhr in der Kapelle des Nienstedtener Friedhofes an der Rupertistraße. Statt Blumen und Kränzen bitten wir um eine Spende für die Einrichtung, die Kindern geschädigter Familien Hilfe gibt.
Spendenkonto 06/604 041 Vereins- und Westbank, Kirchenkreis Blankenese (BLZ 200 300 00).

Sie wird unser guter Geist bleiben.

Susi Grönwoldt

* 19. Mai 1940 † 5. November 1983

Die Mitarbeiter
Wilhelm Grönwoldt Vertriebs GmbH

Wir haben die traurige Pflicht, den Tod von Herrn

Manfred Feuer

stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats unseres Unternehmens, anzuzeigen.

Er starb am 7. November 1983 im Alter von 53 Jahren.

Wir beklagen den Verlust einer Persönlichkeit, die in beispielhaftem Einsatz für unser Unternehmen und seine Mitarbeiter gelebt hat. Er war uns in vielem Vorbild.

Für die Zukunft sind wir ihm verpflichtet.

Andreae-Noris Zahn AG
Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsräte und Belegschaft

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 10. 11. 1983, um 13.00 Uhr in der Kapelle des städt. Friedhofs in Essen-Überruhr, Holthuser Tal, statt. Anschließend erfolgt die Beisetzung.

Wir trauern um unseren Generalbevollmächtigten

Diplom-Kaufmann

Heinz Fischer

der am 28. Oktober 1983 im Alter von 36 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben ist.

In Hochachtung gedenken wir dieses hervorragenden Mannes, der mit ganzer Kraft sein Können unserem Unternehmen gegeben hat. Seine menschliche Wärme und Größe werden unvergessen bleiben.

Industriedruck Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat Vorstand Mitarbeiter

IMMOBILIEN / KAPITALIEN



Trau, schau, wem denn?

Min. – Der Schwarzwald ist weg! Nicht der ganze, große, wirkliche Schwarzwald, aber immerhin ein Bild aus der Sammlung von Schwarzwaldgemälden des Freiburger Augustinermuseums. Ein wichtiges Werk, wie man hört, 1904 gemalt von dem Thoma-Schüler Albert Haueisen. Ein schönes Werk zudem: Es zeigt das von Wolken, Hängen, Wiesen und Rindvieh eingerahmte Bernau.

Mit der Vermißtenmeldung trat jetzt die Direktion der Städtischen Museen an die Öffentlichkeit. Wohl in der Hoffnung, daß sich der glückliche Besitzer, aber unrechtmäßige Eigentümer von dem Bild lossagt und es zurückbringt bzw. daß die aufmerksamen Nachbarn ihn zu diesem Schritt bewegen.

Die Nachbarn müssen freilich schon sehr aufmerksam sein. Denn das Bild ist bereits seit mehr als zehn Jahren verschwunden. Damit ihre jahrzehntelange Aufmerksamkeit nicht vergeblich war, muß ihnen der derzeitige Besitzer natürlich den Blick auf den Rahmen mit der Inventarnummer (M 12 420) freigeben. (Brille und Notizblock nicht vergessen!)

Im Augustinermuseum ist man erst einmal froh, daß man überhaupt weiß, wonach man sucht. Denn kürzlich fand sich immerhin das Archivfoto des abgängigen Gemäldes wieder. Ein Schritt in die richtige Richtung! Nun sollte man davon Abzüge machen und an die Nachbarn verteilen! Ach so, welche Nachbarn? Na, zum Beispiel an die Bediensteten des „großen öffentlichen Institutes" in Freiburg, dem das Bild als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt worden war. Daß dieses Institut nicht genannt werden möchte, ist verständlich. Es würde sonst der Ruch der Sippenhaft über dem Haus schweben.

Moral von der Geschicht: Verleihe keine Bilder nicht! oder – wenn schon Kunst für die Ämter – dann sollte man künftigen Schwarzwaldmalern nur noch Fresko-Aufträge erteilen.

Symposion: „Naturwissenschaft und Utopie"

Präludium und Fuge über die Apokalypse

Kalendarisch exakt: Jedes Jahr, wenn das Laub von den Bäumen fällt, veranstaltet die Gesellschaft für Geistesgeschichte ihre Jahresversammlung, in diesem Jahr immerhin schon die fünfundzwanzigste. Sie beschäftigte sich, wie die im Vorjahr, mit den „Geschichtsprophetien im 19. und 20. Jahrhundert", diesmal freilich bezogen auf die Naturwissenschaften, nachdem im Vorjahr die Geisteswissenschaften zur Debatte gestanden hatten. Naturwissenschaften und Utopie – dies versprach erhebliches Interesse, das auch eingelöst wurde.

Die Gesellschaft für Geistesgeschichte wurde von dem vormaligen Professor für Religions- und Geistesgeschichte, Hans-Joachim Schoeps, gegründet, der sich in der Tradition von Dilthey, Groethuysen und Joachim Wach verstand, der an Lambrechts Institut für Universalgeschichte in Leipzig erstmals einen Aufgabenbereich für das Fach Geistesgeschichte versah und dessen mehrbändiges Werk über das „Verstehen" erahnen ließ, daß neue Fragestellungen und neuartiges Quellenmaterial der Historiographie eine zusätzliche Dimension eröffnen konnten. Geschichte, so meinte Schoeps mit Joachim Wach, sollte sich hinfort auch aus der Durchschnittlichkeit und Alltäglichkeit darstellen.

In der Programmschrift von Schoeps „Was ist und was will die Geistesgeschichte?" wird deutlich, daß es sich dabei keineswegs um eine Abart der Soziologie handelt. Das Interesse am Zeitgeist reicht bis in die Aufklärung zurück und erschließt ein Material, das auch die Sozial- und Kulturgeschichtsschreibung bisher links liegen ließ, vor allem jene Personen und Prozesse, die in der Geschichte „unterlegen" sind, an denen vorbei sich Geschichte entfaltet hat.

Genau in diesem Sinne also möchte die Zeitgeistforschung den „Durchschnitt" erkunden, will neben den Haupt- und Staatsaktionen den „gemeinen Sinn" deuten. So hat sie z. B. ausführlich über die Trivialliteratur gearbeitet, um deutlich zu machen, daß das Untypische und die der jeweiligen Zeit vorauslaufenden Denkmuster nicht allein das Panorama der Geschichte ausmachen. Um ein Beispiel zu geben: In der Wilhelminischen Ära muß neben den Aktionen der Akteure auch jene Stimmung eingefangen werden, die sich etwa in Falladas „Damals bei uns daheim" oder in Stefan Zweigs „Welt von gestern" ausspricht.

Die Frage, ob die Geistesgeschichte im Sinne der Zeitgeistforschung beanspruchen kann, eine selbständige Disziplin zu etablieren, ist letzten Endes unerheblich, sie kann zumindest unterschiedlich beantwortet werden. In den letzten beiden Jahresversammlungen zeigte sich jedenfalls, daß das Interesse an einer Zusammensicht sich zunehmend atomisierender Disziplinen zunimmt. Man könnte geradezu von einer Konjunktur der Geistesgeschichte sprechen.

Das Tableau dieses Jahres in Hofgeismar war insgesamt breit, vielfach sogar bunt. Wie am Ende des vorigen Jahrhunderts die Krisenstimmung und die düstere Zeit- und Geschichtsprophetie – z. B. J. Burckhardt, P. de Lagarde, W. Rathenau – gleichsam „Präludien zur Apokalypse" darstellten, so wird auch heute angesichts von „1984" die Frage nach dem Sinn der Zeit und der Zukunft immer ungeduldiger gestellt. Reizworte wie die „postindustrielle Gesellschaft" oder die „postmaterielle Gesellschaft" geistern durch das sozialwissenschaftliche Szenario von links (A. Tofler) bis rechts (D. Bell). Die Gesellschaft für Geistesgeschichte war deshalb gut beraten, auch die Naturwissenschaften mitsprechen zu lassen.

P. Brix (Heidelberg) und W. Gebhardt (Regensburg) zeigten, jeder auf seine Art, daß sich die Naturwissenschaften längst von jeder vordergründigen Neugier emanzipiert und einen geschärften Blick für die Probleme der eigenen Zunft entwickelt haben, aber trotz aller Bedenken doch die Folgen der Technologie und der technologischen Utopien weiterhin eher positiv einschätzen. Die Referate (sie werden Anfang des nächsten Jahres auch in Buchform vorliegen) haben freilich auch bewußt gemacht, daß die Zukünftigkeit, die Endlichkeit, auch die Transzendenz wesentliche Elemente menschlicher Selbstverwirklichung darstellen, auch in der Sicht der Naturwissenschaft, und dies um so mehr, als die traditionell sinnvermittelnden Institutionen (z. B. die Kirchen) offenbar nicht mehr der ethischen und perspektivischen Bedürftigkeit entsprechen.

Begriff und Inhalt, auch die Reichweite der Utopie blieben freilich auch auf dieser Tagung ziemlich im dunkeln. Einig war man sich, daß Utopien im engeren Sinn jene geschlossenen Systeme (z. B. den Sozialismus) charakterisieren, die den Menschen total in Anspruch nehmen und „die Realität versperren" (Michael Salewski, Kiel). Auch Karl-Heinz Göller (Regensburg) sprach dem Gedanken zu, daß die Folgewirkungen von Utopien nicht positiv zu veranschlagen seien, auch wenn sie durch das „Abheben von der als negativ erfahrenen Gegenwart" generiert seien.

Am Thema der Folgewirkungen von Utopien entzündete sich eine lebhafte Diskussion. Auf der einen Seite lassen sich ja manche Belege für die gelungene Realisierung utopischer Konstruktionen beibringen (etwa die Kibbuzim), andererseits zeigt sich aber, daß die angebotenen Freiräume für eine Realisierung von Experimenten nur soweit und solange reichen, als die Realität, die je umgebende Wirklichkeit, ausgeschlossen bleibt. Schonräume scheitern stets an den Bedingungen und Zwängen der sie umgebenden Umwelt.

Insgesamt mag man sagen, daß die Zukunft von „1984" bereits eingeholt ist, daß die Rezepte von gestern nicht mehr taugen und die Vorausschau weithin verhangen ist. Vielleicht war die Frage eines Referats in Hofgeismar nur allzu berechtigt: „Erleben wir den Bankrott aller Utopien?"

JOACHIM H. KNOLL



Rückkehr zur Gegenständlichkeit: Richard Bosmans „The Chase" (1982), aus der Bonner Ausstellung FOTO: KUNSTMUSEUM LUZERN

„Back to the USA" – Wanderausstellung in Bonn

Nacht der Blumensterne

Grell fährt ein Blitz zwischen zwei nachtblaue Bildhälften. Weiß und rot erhellt er das Zentrum, senkrecht von oben bis unten. Aber was für ein Blitz! Einer aus Blütenblättern und -kelchen, aus Staubgefäßen und Stempeln. Und natürlich blüht da auch die Nacht in 1000 Blumensternen.

Das Bild stammt von dem amerikanischen Maler Robert Zakanitch. Getreu seinem Titel „Flash" wirft es in gewisser Weise ein Schlaglicht auf die Ausstellung „Back to the USA", mit der nach dem Kunstmuseum Luzern jetzt das Rheinische Landesmuseum Bonn versucht, einen Eindruck von der amerikanischen Kunstszene neu zu vermitteln, die wir über lauter „Jungen Wilden" schon fast vergessen hatten. 47 Künstler sind mit 120 Arbeiten vertreten und demonstrieren: Auch jenseits des Ozeans ist nach dem Nullpunkt von Minimal-art und Conceptual-art etwas ganz Gegensätzliches geschehen.

Eine Nacht voller Blüten – das beschreibt Geist und Art dieser Gegenbewegung. Gründlich wie man einst Buntheit, Bewegung, Figuration aus der Kunst verbannt hatte, werden sie jetzt wieder zurückgeholt. Der Zauberer Merlin verwandelt die Welt in einen Irrgarten aus Eulen und Rosen, Degen und Seepferdchen (Joe Zukker). Bunt sprühen berstende Vulkane ihre Glut über die tanzende Erde (Hollis Singler). Und neugierig starrt der Hund Man Ray sein skulpturales Ebenbild an, das eigentlich seinen Herrn porträtieren soll (William Wegman).

Die zeitgenössische Kunst, besonders da, wo sie von Amerika inspiriert wurde, ist ja stets eher unmittelbarer Ausdruck, ästhetische Performance gewesen als Kunst im traditionellen Sinne: Horizonte klärend, Positionen zwischen den Zeiten bestimmend, Erkenntnis auf visuell-ästhetische Weise suchend. Und dieser Hang zur Geste, zum direkten Ausdruck der eigenen Befindlichkeit, zur ungebremsten, ungenierten Diesseitigkeit und Augenblicklichkeit ist in den Arbeiten, die da jüngst in Amerika entstanden, noch spürbarer, weil sie nicht durch Weglassen, sondern im Gegenteil durch mutwillige Fülle definiert sind.

Vor allem „Pattern und Decoration", wie sie etwa Miriam Shapiro verkörpert, zeigt das an. Bunte Gewebe, ornamental, aber ohne Zucht, Zitate, aber voller Willkür, Farbigkeit, aber ohne Bedeutung – alles Lebendige wird ergriffen. Geschichte und Traditionen werden aufgegriffen, aber eher wie auf dem Flohmarkt: Der Parthenon ist ein häßlicher Papiertempel, dem man ein Stück aus der Front riß wie aus einer Zeitung von gestern (Charles Garabedian).

Auch bei den amerikanischen Entsprechungen der „wilden Malerei" (Julian Schnabel zum Beispiel), ist der Gestus, so rabiat er sich gibt, eher dekorativ. Es fehlt ihm die bunte Resignation der Europäer. Der Totenkopf schaut zwar auch durch den Zaun, aber eher wie ein witziges Aperçu denn eine Mahnung des Jenseits. Die vielleicht charakteristischste Arbeit, wenngleich aus der Rolle fallend, stammt von Thomas Lanigan-Schmidt: Altarbilder mit Totentanz-Motiven zwischen Käfern und Blüten, bunten Girlanden und Nippes. Alles ergreifen wie alles uns ergreift, lautet die Grundformel dieses Lebensgefühls. Was Klaus Honnef und Martin Kunz da zusammengetragen haben, ist im Kern charakteristisch für die Ostküsten-Szene: Nach dem Nullpunkt nun Räusche des unterschiedslosen Ergreifens. (Bis 15. Januar; April bis Juni Württembergischer Kunstverein Stuttgart; Katalog 32 DM)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Wie in Polen Soldaten Schriftsteller werden

JGG. Warschau

Wie Pilze aus dem Boden schießen in Polens Garnisonen „militärische Schriftstellerzirkel", meldet die Armee-Monatsschrift „Nike – polnischer Soldat". Die „Zirkel", die tatkräftig von der „politischen Hauptverwaltung" der Armee unterstützt werden, schließen sich dem neugegründeten „polnischen Schriftstellerverband" an, nachdem ein „Landeskoordinationsrat" deren Arbeit dirigiert. Der „Zirkel" des Wehrbereichs Pommern sei bereits mit einem eigenen Almanach an die Öffentlichkeit getreten. Die schreibenden Soldaten huldigten in ihren Werken „patriotischen und bürgerbewußten Themen" sowie dem Stil der „Prosa des kleinen Realismus".

Kurt Horres' Pläne für Hamburgs Staatsoper

warn. Hamburg

Mit Mussorgskys „Boris Godunow" wird Kurt Horres, der künftige Intendant der Hamburgischen Staatsoper, seine erste Hamburger Spielzeit 1984/85 eröffnen. Die Neuinszenierung, die Horres selbst bestellen wird, soll unter der musikalischen Leitung des neuen Generalmusikdirektors Hans Zender am 16. September Premiere haben. Als zweite Premiere der Horres-Ära ist Loewes Musical „My Fair Lady" annonciert, für das der ehemalige Thalia-Intendant Boy Gobert als Professor Higgins und Cornelia Froboess als Eliza Doolittle gewonnen werden konnten. Im Februar 1985 folgt Luigi Nonos Oper „Intoleranza" in der Inszenierung von Günter Krämer und unter der musikalischen Leitung von Hans Zender. Harry Kupfer wird der Regisseur von Händels „Belsazar" sein, der am 24. März herauskommen soll. Als Dirigent ist Gerd Albrecht vorgesehen, als Bühnenbildner Marco Arturo Marelli.

Festival des Gesellschaftsspiels

DW. Paris

Ein „Festival des Gesellschaftsspiels" findet bis zum 20. Dezember zum vierten Mal in Boulogne-Billancourt bei Paris statt. Von Schach bis zu Video-„War Games" ist alles geboten, was zum Zeitvertreib auf diesem Gebiet erfunden wurde. Außer den exotischen Spielereien wie mongolischem und indischem Schach, japanischem Go und arabischem Tric-Trac gibt es die „Klassiker" aus Europa, als Antiquität oder neu, häufig in kurioser Verarbeitung, wie ein Dame-Spiel in Form der Alpenkette.

Das ECYO sucht junge Instrumentalisten

DW. Bonn

Für die Sommertournee 1984 sucht das Jugendsymphonieorchester der Europäischen Gemeinschaft (ECYO) orchestererfahrene Mitspieler im Alter von 14 bis 23 Jahren. Das jährlich neu formierte Orchester unter Leitung Claudio Abbados unternimmt seit 1978 Tourneen durch Europa. Für die Mitwirkung im ECYO findet ein deutsches Auswahlvorspiel vom 27. bis 29. Januar in Bonn statt. Interessenten können sich bis zum 31. Dezember beim Deutschen Musikrat, Am Michaelshof 4a, 5300 Bonn 2, anmelden.

Robert Delaunay und der „Blaue Reiter"

dpa, München

Zum 100. Geburtstag von Robert Delaunay plant die Münchner Staatsgalerie moderner Munst 1985 eine große Ausstellung „Delaunay und Deutschland". Die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen erinnerten in diesem Zusammenhang daran, daß der 1941 gestorbene französische Künstler einer der wichtigsten Anreger der Münchner Künstlervereinigung „Blauer Reiter" gewesen ist.

McLuhan-Teleglobe erstmals vergeben

AFP, Paris

Der unter der Schirmherrschaft der Unesco neugegründete Medienpreis „McLuhan Teleglobe Canada" ist an den bolivianischen Journalisten Luis Ramiro Beltran vergeben worden. Der mit 50 000 kanadischen Dollar dotierte Preis wird an einen einzelnen oder an ein Team für Verdienste um das bessere Veständnis der neuen Medien und Kommunikationstechnik unter deren Einfluß auf das gesellschaftliche und kulturelle Leben verliehen.

G. Tailleferre †

AFP, Paris

Im Alter von 91 Jahren ist die französische Musikerin Germaine Tailleferre gestorben, die letzte Überlebende der „Gruppe der Sechs". Die Klassizistin schrieb Konzerte sowie Ballette, Opern und Lieder. In der „Gruppe der Sechs", der außer ihr Arthur Honegger, Francis Poulenc, Darius Milhaud, Louis Durey und Georges Auric angehörten, war sie die einzige Frau. Die Gruppe, deren Sprecher Jean Cocteau war, hatte sich aus einem mehr freundschaftlich als programmatisch konzipierten Verband einer antiromantisch eingestellten Musikergemeinschaft entwickelt.

Hilfe aus Kanada: Londons neues „Old Vic"

Kaufhauskönigs Bühne

Mäzene sind rar geworden, die heutzutage noch subventionslose Theater aufkaufen. Als das traditionsreiche Londoner Old Vic einen solchen Mäzen brauchte, da half ihm ein transatlantischer Retter in der Not. Kaufhauskönig Edwin Mirvish aus Toronto kaufte das Haus an der Waterloo Road sogar unbesehen. Der neue Hausherr, als Theaterbesitzer in seiner Heimatstadt einschlägig vorbelastet, scheute keine Kosten, das Old Vic wieder in eines der schönsten alten Theater Londons zu verwandeln. Gestern wurde die neue Ära mit einer glanzvollen, königlichen Gala-Premiere einer opulenten Musical-Produktion eröffnet.

„Blondel" heißt das neue Musical von Stephen Oliver und Lloyd-Webbers langjährigem Textdichter Tim Rice. Der Ex-Popstar Paul Nicholas spielt und singt die Titelrolle des Minnesängers am Hofe von König Richard Löwenherz. Der Troubadour des 12. Jahrhunderts erlebt eine recht amüsante Metamorphose zum Popstar des 20. Jahrhunderts, wobei dem Kreuzfahrer Richard und seinem Klerus moderne heiße Rhythmen ganz unhistorisch in die Glieder fahren. Bühnenbild und Kostüme sind von einem Aufwand, wie man ihn im Londoner Westend nicht mehr findet.

Edwin Mirvish, der sich selbst nur „Honest Ed" nennt, erwarb das Old Vic für rund 2,2 Millionen Mark und steckte in Renovierung und Umbau weitere acht Millionen Mark. Das Auditorium hat in seiner langen Geschichte schon viele Gewänder getragen. Wiederhergestellt wurde jetzt das viktorianische des Jahres 1871, mit Doppellogen am Proszeniumsbogen, den dominierenden Farben Karmesin- und Scharlachrot und Blaugrau. Der Olymp ist verschwunden. Es wurde diskret eine Klimaanlage eingebaut und die Zahl der Sitze von 878 auf 1077 erhöht.

Vor nunmehr 165 Jahren, also 1818, hob sich im Old Vic erstmals der Vorhang. Es hieß damals „The Royal Coburg". Als das Haus 1833 umgestaltet und in „The Victoria" umbenannt wurde, hieß es im Volksmund bald nur noch „The Old Vic".

Auf den Brettern dieser Bühne erlebten Starschauspieler wie Edmund Kean und die Grimaldis Triumphe. Charles Dickens kam zu Dramatisierungen seiner Romane, und Nicolo Paganini gab dort 1834 sein legendäres Abschiedskonzert. Nach dem Intermezzo als Music Hall war es die unvergessene Lilian Baylis, die das Old Vic übernahm und 1914 die Old Vic Shakespeare Company ins Leben rief – eine Sternstunde des europäischen Theaters, wie sich bald herausstellen sollte. Was nur irgend Rang und Namen hatte, trat im Old Vic auf – Laurence Olivier, John Gielgud, Ralph Richardson und Dorothy Tutin.

Es kann nicht ausbleiben, daß die Ära „Honest Ed" an der glorreichen Vergangenheit gemessen wird. Dabei sollte allerdings nicht unterschlagen werden, daß das Old Vic eine Zeitlang recht unrühmlich zu einer üblen Trinkhalle, einem Gin-Palast, herabgesunken war, bis die Sozialreformerin Emma Cons dort 1880 ihre „königliche Victoria-Kaffee-Music-Hall" eröffnete und als Abstinenzlerin Gin durch Kaffee ersetzte.

Ein Blick auf den Spielplan der ersten Saison verrät das Einkaufsprinzip. „Honest Ed" setzt auf das zugkräftige Stück fürs breite Publikum. Da nimmt es nicht wunder, daß unter den sechs bis August angekündigten Produktionen allein zwei Musicals sind (darunter ein Publikumsschlager wie „The Boyfriend") und eine Operette („The Mikado" von Gilbert und Sullivan, womit sich in England allemal volle Häuser erzielen lassen). Hoch anzurechnen ist dem Kaufmann aus Kanada, daß er sich von dem Zaudern Londoner Impresarios nicht hat einschüchtern lassen: Er wird David Pownalls im Winter in Leicester uraufgeführte Satire auf Stalins Kulturbetrieb, „Master Class", nach London holen.

SIEGFRIED HELM

Wiesbaden: Webers „Freischütz" unter G. Deflo

Mephisto am Lagerfeuer

Weshalb diese Bekräftigung von Provinz, der Wiesbaden doch entkommen will? Nach der Neuinszenierung von Webers „Freischütz" jedenfalls ist das Haus um ein Interpretationsärgernis reicher. Regisseur Gilbert Deflo und Bühnenbildner Carlo Tommasi bekundeten ihre innere Not mit dem Phänomen der romantischen Oper schon mit dem funktionalistischen Einheitsbühnenbild. Hinter derbem Holzverschlag kommt zwar noch ein Stückchen Natur zum Vorschein, aber Deflos psychologischen Annäherungsversuchen ist nur gelegentlich Erfolg beschieden.

Im zweiten Bild hat man rechtschaffenen Grund, eher an das Haus der Knusperhexe aus „Hänsel und Gretel" zu denken als an ein ehemaliges fürstliches Waldschloß. Kein Wunder, daß Max sich bald wieder davonschleicht. Und wozu der ganze Lärm um die verschrieene Wolfsschlucht? Dort wird, so wollen es Deflo und Tommasi, zwar ein zünftiges Lagerfeuer entfacht, aber ansonsten nur redliche Handarbeit geleistet. Und der Monologue interieur des Kaspar, der noch, wie später auch Max, dem schwarzen Jäger Samiel seine Stimme leihen muß, ist im Zeitalter des Job-sharing auch nicht gerade ein progressiver Einfall.

Auf einem Schemel sitzend nimmt schließlich Ottokar, mehr Schulmeister Baculus als regierender Fürst, die Huldigungen der Seinen entgegen. Aber auch die mephistophelische Verfremdung des Schlusses mißlingt, auf stimmungsmäßig ausgelaugtem Grund und Boden begibt sich so das kümmerlichste „Freischütz"-Finale seit Menschengedenken. Niemand hatte naive Märchenerzählerei, Biedermeierbeschaulichkeit oder gar romantisches Waldleben erwartet. Doch die Welt der dumpfen Ahnungen und Gefühle, die Gefährdung durch „finstre Mächte", die romantische Bildersprache, all das ist nun mal dem „Freischütz" angeboren.

Der Verlust war weder durch Agathes zurückgenommene holdselige Andacht noch durch Maxens edle Pose im Angesicht des sterbenden Kaspar, schon gar nicht durch das skurrile Figurenkabinett zu kompensieren, das Deflo unmotivierterweise in das Stück eingeschleust hatte. All dies muß man als krasse Undankbarkeit gegenüber dem hinnehmen, was Weber in seine Musik hineingeschrieben hat. Doch auch um die stand es nicht zum besten. Mit wechselndem Glück versuchte Hans-Werner Pintgen dem Wiesbadener Orchester Engagement und vor allem romantische Sensibilität abzutrotzen. Ständig litt die reichlich spröde Wiedergabe an Unterdruck und ließ zudem noch den Sinn für kantable Valeurs ebenso vermissen wie den energischen Zugriff.

Toni Krämer war ein recht fahriger und labiler Max mit flacher, glanzloser Stimme. Schurkisch umgarnte ihn der Kaspar von Wolfgang Babl, lauthals und mit dem Mute der Verzweiflung schmetternd, wie einer der letzten Überlebenden aus Lützows wilder, verwegener Jagd. Eine kleine Attraktion Nadine Secunde: schlank, schön, eine Agathe, die am liebsten gleich zur Sache kommen möchte, erzwingt sie den großen Jubelton und einzigen gesanglichen Höhepunkt des Abends, der im übrigen wieder einmal erwies, was man eh wußte: Dem pseudo-modernen Musiktheater stehen schwere Zeiten bevor.

HEINZ LUDWIG



Blick in den Hof des Museums Carnavalet – aus G. S. Trollers literarischem Führer durch Paris FOTO: REISER

Paris, Fest der Poeten

Für Hemingway war Paris „ein Fest fürs Leben". Im feinen, flirrenden Licht dieser Stadt konnte er als junger Mann – dem Krieg heil entkommen – das Dolcefarniente eines Bohemiens genießen und seine große Stunde als Schriftsteller ganz nah fühlen. Er ist nicht der einzige, den Paris inspiriert und vielleicht sogar zu dem gemacht hat, was er geworden ist. Georg Stefan Troller, ein intimer Frankreich-Kenner, hat jetzt eine prachtvolle literarische Topographie der Seine-Stadt erstellt, die der Fotograf Andrej Reiser einfühlsam illustrierte (Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg. 256. S., 125 Mark).

Dichter der letzten zwei Jahrhunderte, so dokumentiert Troller, haben „ihr" Paris entdeckt, haben hier geträumt, gelitten und vor allem geschrieben. Nicht immer übrigens ist ihre Bilanz positiv. Vor allem die Franzosen selbst – Balzac, Zola und Michel Butor – neigen zum kritischen Biß, der freilich nicht ohne Liebe ist.

Die Ausländer dagegen – die Deutschen voran – geraten meist ins Jubilieren, wenn von Paris die Rede ist. So Tucholsky, der 1924 an die Seine kam und seiner Frau umgehend telegrafierte: „Ja also – mich hat's! Seit vorgestern bin ich blau wie ein Baumaffe." Und Henry Miller behauptete sogar, zu dieser Stadt krieche man immer wieder hin „wie ein blinder und strauchelnder Idiot auf allen vieren". Ein deftiges, unorthodoxes, aber fraglos ein Billetdoux!

DORIS BLUM

Würzburg: Das letzte Pop-Nachwuchs-Festival

Trommelnde Elefanten

Würzburgs Stadttheater zeigte sich von seiner feinsten Seite: ausverkauftes Haus. Aufgeräumte Stimmung der Youngsters, die sich aus Schulen und Universitäten zu Hauf an die Nachwuchsquelle drängten, die zum letzten und sechsten Male sprudelte, ehe sie nun unrühmlich versiegt. Ständig wechselnde Auswahl-Konditionen, sich esoterisch gebärdende Juroren und die in Pop-Bereichen ohnehin sinnlose Subventionssucht der Phonoakademie haben den Gedanken, aus einer amorphen Masse vermuteter Begabungen, Top-Talente für die Musikvermarktung zu destillieren ad absurdum geführt.

Schon der Eröffnungsabend zeigte an, wohin die Echoletten-Winde wehten: ins Land der Lautmalerei nach dem Motto, wer am lautesten lärmt und am längsten lamentiert, muß Aufmerksamkeit erregen. Typisch für diesen Tick: die Berliner Gruppe „Zebra Zebra". Chris Steinbergs blasse Balladen gerieten zum Höhepunkt der Würzburger Farblosigkeiten.

Was Steinberg beim Rock-Abend zu suchen hatte, blieb ebenso schleierhaft wie der Auftritt der Rock-Kapelle „Trommelnde Elefanten" zum Liederabend. Die „Elefanten" wiederum spielten mißverstandenen Busch-Jux auf. Das war immerhin lustig. Auch das grünstichige Trauma ging wieder in Würzburg um: mittelalterliche Troubadoure mit Mandoline, Krummhorn und kümmerlichen Kanons auf saure Wälder.

Wie in den Jahren zuvor zeigte der letzte Abend, daß beim Jazz kaum gemogelt werden kann: in dieser Disziplin ist technische Perfektion Voraussetzung. Die Ensembles hatten Niveau – auch die Funk-Gruppe „The Touch" aus Frankfurt zu Beginn des Rockabends. Nur: mit Funk und Jazz läßt sich nirgendwo mehr Markt machen. Schade, daß hier Erfolgshoffnungen in Talenten geweckt werden, die a priori an die Peripherie der Pop-Szene verbannt sind.

Unrühmlich auch der Skandal im Vorfeld des Festivals: Die Jury der Phonoakademie wollte ein paar Schnösel auf die Bühne schicken, die eine Geschmacklosigkeit wider den Papst vortragen sollten. Würzburgs Oberbürgermeister Zeitler verstand es, diesen Schmutz rechtzeitig von der Bühne zu wischen.

Die Jury des Pop-Nachwuchs-Festivals hat sich in einem Appell an die Plattenbranche für die Weiterführung der Veranstaltung ausgesprochen. Die Verantwortlichen sollten den schon gefallenen Entschluß noch einmal überdenken und mit konstruktiven Vorschlägen oder Maßnahmen das Festival zu einem „echten Prüfstein" der Nachwuchsförderung machen.

In der Sparte Folk/Lied/Song wurde in der Nacht zum Dienstag der Förderpreis von 10 000 Mark der Stadt Würzburg an das Duo Herbold und Schnörraus (Mannheim) vergeben. Den ebenso hoch dotierten Preis des Bezirks Unterfranken erhielt die Frankfurter Rock-Gruppe „The Touch". In der Sparte Jazz wurde der mit 10 000 Mark dotierte Preis der Bayerischen Sparkassen aufgeteilt: Jeweils die Hälfte erhielten das „Steven-Reich-Hendrik-Meurkens-Quartett" aus Berlin und das „Willers-Ullmann-Duo" aus Hamburg.

REGINALD RUDORF

Zwischen Lüttich und Köln bebte die Erde: 2 Tote

DW. Brüssel

Zwei Menschenleben und mehrere Leichtverletzte kostete ein Erdbeben, das in der Nacht zum Dienstag Ostbelgien, Teile der Niederlande und Nordrhein-Westfalen erschüttert hat. Das Beben erreichte nach offiziellen Angaben die Stärke 4,9 bis 5,1 auf der nach oben offenen Richterskala und war damit eine der heftigsten Erschütterungen dieser Region seit mehreren Jahrzehnten. Das Epi-Zentrum lag rund sieben Kilometer westlich der belgischen Industriestadt Lüttich, von wo auch die schwersten Schäden gemeldet wurden.

Ein dumpfer Knall hatte die Menschen kurz vor zwei Uhr aus dem Schlaf gerissen. Eine alte Frau wurde in Lüttich von einem herabstürzenden Dach in ihrem Bett erschlagen. Eine andere Frau erlag nach dem Beben einem Herzanfall. Mehrere Menschen wurden durch herabfallende Trümmer verletzt. Viele Bewohner der Region Lüttich flüchteten in Panik ins Freie oder verbrachten die Nacht in ihren Autos. Auf den Ausfallstraßen kam es zu Unfällen, weil viele Autofahrer völlig entnervt das Weite suchten.

Straßen streckenweise von Trümmern bedeckt

Das Beben, das um 1.49 Uhr MEZ in drei bis vier großen Stößen verlief, richteten in Belgien beträchtliche Sachschäden an, während aus den Niederlanden und dem angrenzenden Bundesland Nordrhein-Westfalen keine nennenswerten Schäden gemeldet wurden.

In Belgien waren gestern früh Stromkabel gerissen, Kamine eingestürzt, und viele Schaufensterscheiben zu Bruch gegangen. Gas- und Wasserleitungen waren geborsten, Häuserfassaden beschädigt. Lüttichs Straßen waren streckenweise von Trümmern übersät. 80 Menschen wurden evakuiert und in Notunterkünften untergebracht.

In Nordrhein-Westfalen erreichte das Beben mit 5,1 Punkten auf der Richterskala die größte Stärke, ließ jedoch lediglich Alarmanlagen in Geschäften, Büros und Privathäusern zwischen Köln und Detmold losheulen.

Das Erdbeben, das in relativ geringer Tiefe von 10 000 Meter ausgelöst wurde, war die stärkste tektonische Erschütterung im Rheinland seit 32 Jahren. Durch das Beben ist nach den Worten des Leiters der Erdbebenwarte der Universität Köln, Professor Ludwig Ahorner, zugleich deutlich geworden, daß das Rheinland zwischen Köln und Aachen zu einer der „alten tektonischen Schwächezonen" Deutschlands zählt, in denen sich tiefe Gesteinsverschiebungen immer mal wieder „Luft machten".

Gefahr für die Häuser erst bei einer Stärke von 6,5

„Etwa alle 20 bis 30 Jahre", so Ahorner gestern, müssen die Rheinländer mit „mittelschweren" Erdstößen von mindestens fünf Punkten auf der Richterskala rechnen. „Alle 50 bis 150 Jahre" haben sich die Bewohner rund um Köln auf Beben mit einer Stärke mit mindestens sechs Punkten gefaßt zu machen. Bei der heutigen Bauweise dürfte aber auch ein solcher Erdstoß keine wirkliche Gefahr für die Häuser darstellen: erst bei einer Stärke von etwa 6,5 stürzen nach Ansicht Ahorners modern errichtete Gebäude ein.

Erdbebenopfer in dieser Gegend hatte es zum letzten Mal 1756 in Düren gegeben. Damals erreichte das Beben nach *heutigen Erkenntnissen eine* Stärke von mehr als sechs Punkten.

Die „tieferen Ursachen" der europäischen Erdbeben sind nach wie vor die gewaltigen Verschiebungen der unterirdischen Gesteinsmassen der afrikanischen und der europäischen Erdplatten, die seit Millionen Jahren im Mittelmeerraum aufeinandertreffen. Diese unterirdische „Knautschzone Mittelmeer" ist zugleich Ursache der schweren Beben in Italien, Jugoslawien und Griechenland.

Schön anzusehen, aber nicht außergewöhnlich: der Herbst. So selten nämlich, sagen die Meteorologen, ist es auch wieder nicht, daß im grauen Monat November auch *ausgiebig die Sonne lacht. Erst im* Jahre 1977 lagen die Durchschnittstemperaturen des November noch um einiges höher als zur Zeit. Aber was nicht ist, kann ja noch werden ... FOTO: AMW



Der „heiße Herbst" läßt die Meteorologen noch kalt

DIETER THIERBACH, Bonn

„Wenn's im November donnern tut, so wird das nächste Jahr nicht gut." Bei Anwendung dieser alten Bauernregel auf unsere momentane Groß*wetterlage sollte das Jahr 1984 dann* eigentlich – was die Meteorologie betrifft – „super" werden. Oder auch nicht. Denn an anderer Stelle liest man: „Novemberdonner schafft guten Sommer." Aber was nicht ist, kann ja noch werden ...

Das Schlagwort vom „heißen Herbst" macht zumindest auf klimatischem Sektor seinem Namen alle Ehre. Wissenschaftlich exakt formuliert, hört sich das dann so an: „Eine südliche Luftströmung an der Westflanke eines Hochs über dem südöstlichen Mitteleuropa bestimmt in diesen Tagen unser Wetter."

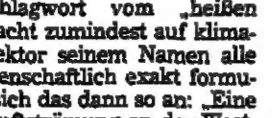
Beim Essener Wetteramt spricht man von deutlichen Abweichungen „nach oben". *Als außergewöhnlich in* den Temperaturen oder als abnorm in der Wetterperiode können diese Beobachtungen aber nicht eingestuft werden: „Das ist auf gar keinen Fall extrem und kommt alle paar Jahre mal vor."

Die Statistik vermeldet, daß es zur gleichen Zeit des Jahres 1977 erheblich wärmer war. Nach einem fantastischen Altweibersommer lagen die absoluten Maxima für den Monat November in Nordrhein-Westfalen bei 20,7 Grad Celsius. Das ist der höchste Wert, der hier überhaupt jemals zu dieser Zeit registriert wurde.

Immerhin: Die Temperaturen der vergangenen Tage bewegten sich in NRW im Schnitt zwischen 15 und 17 Grad; Föhneinfluß in Sübayern ließ die Thermometersäule auf 14 Grad klettern, und am Alpennordrand lagen die Spitzenwerte gar bei 18 Grad. Das nördliche Niedersachsen und Schleswig-Holstein liegen mit neun bis zehn Grad im Hintertreffen; im Donautal und Hessen wagten sich die Temperaturen an acht Grad, in Rheinland-Pfalz fünf bis sechs Grad in den „warmen" Mittagsstunden heran.

Indirekt haben die Eskapaden des Wetters auf der Iberischen Halbinsel auch mit unserer herbstlichen Schönwetterfront zu tun. Denn dort haben Tiefausläufer unseres Hochs für einige Aufregung gesorgt. Als äußerst bemerkenswert wird von den beamteten Wettermachern festgehalten, daß in der Gegend von Estremadura (Portugal) und in Südspanien vor einigen Tagen der erste Niederschlag seit vier Jahren gefallen ist. (Die WELT berichtete). Und das gleich kräftig in Form zahlreicher Überschwemmungen.

Die Wissenschaftler des Wetteramtes Essen prognostizieren, daß uns das wetterbestimmende Hoch noch bis etwa Donnerstag oder Freitag beglücken wird. Doch auch dann werden die Verhältnisse – aus alter Erfahrung – nicht plötzlich umkippen: Die Strömung dreht lediglich von Süd auf Ost. Es bleibt auch weiterhin trocken, aber es wird doch empfindlich kälter werden. Die Tagestemperaturen liegen dann nur noch bei etwa zehn Grad in den so sehr von der Sonne verwöhnten Gegenden. Für die Nacht wird Frost angekündigt. Wer also „vierbeinige Rasenmäher" sein eigen nennt, sollte die Bauernweisheit des 25. November beherzigen: „Kathrein tut die Schafe rein" – denn der nächste Winter kommt bestimmt.



LEUTE HEUTE

Königlicher Fan

Gene Kelly, neben **Fred Astaire** (82) Hollywoods größter Tänzer, fand als 71jähriger ein neues Tanzparkett. Gestern steppte der Grauhaarige zum ersten Mal in seiner Laufbahn auf



britischem Boden – in Londons Royal Theatre. Partnerin: **Bonnie Langford.** Unter den Zuschauern ein ganz besonderer Fan: **Königin Elizabeth II.**

Angst in London

Die Werbemanager von Ex-Beatle **Paul McCartney** (41) bemühen sich seit Monaten, ein neues Image für den reichsten Musiker der Welt aufzubauen. Angeblich lebt er als normaler Familienvater, fährt mit der Bahn ins Büro und läuft unerkannt durch London. In Wirklichkeit hat McCartney panische Angst davor, daß ihm dasselbe passiert wie **John Lennon.** Deshalb hat er ständig zwei Leibwächter im Schlepp und deshalb ließ er sein Haus in London jetzt auch mit kugelsicheren Fensterscheiben ausstatten.

Frau zur See

Zum erstenmal in der Geschichte der französischen Marine stach gestern ein Kriegsschiff mit einem weiblichen Offizier an Bord in See. Die 33jährige **Dominique Roux** wird dem Kapitän des Hubschrauberträgers „Jeanne d'Arc" helfen, den Kurs zu halten. Die blonde Junggesellin verdankt ihren neuen Job der Öffnung der Streitkräfte gegenüber Frauen, seit dem Machtwechsel im Mai 1981.

Menschenraub in Italien: Neuer Boom bei einem tödlichen Geschäft

Zahl der Entführungen stieg wieder an / Opfer werden immer häufiger umgebracht

KLAUS RÜHLE, Rom

Als vor einigen Tagen die nur 17 Monate alte Elena Citti Luisi aus der elterlichen Wohnung in Lugliano bei Lucca (Toscana) entführt wurde, begann ein neues Kapitel in der langen Geschichte des Menschenraubes in Italien. Angefangen hat es im Jahre 1965. Nach einem Höhepunkt zwischen 1977 und 1979 hatte sich die Situation entspannt. In der letzten Zeit stieg die Zahl der Entführungen jedoch wieder dramatisch an.

Zu Beginn waren es Schafhirten auf Sardinien, die sich mit Menschenraub für Viehdiebstähle rächten. Später taten sie es für Geld und im Auftrag. Zur Industrie wurde das *Kidnapping in Italien von 1968* an. Die erste gut vorbereitete Aktion stieg am 14. Juli 1968, als fünf vermummte Männer den Olivenölfabrikanten Francesco Vocisano bei Reggio Calabria entführten. Aus dem Handwerk der sardischen Hirten entwickelten die Verbrecherorganisationen Calabriens und Siziliens in den folgenden Jahren eine regelrechte Industrie.

Ihre Technik sieht die Zusammenarbeit verschiedener Banden vor. Die Entführung selbst ist in der Regel Sache der Bande, die am Wohnort des Opfers aktiv ist. Die Gefangenschaft ist dann Sache einer zweiten Bande. Die dritte schließlich beschäftigt sich mit dem schwierigsten Teil der Operation – mit den Kontakten zu den Angehörigen des Opfers, der Erpressung des Lösegeldes und der „Wäsche" des heißen Geldes. Am Ende der Kette stehen die anonymen Drahtzieher der vielfältigen Organisation, die mit den erbeuteten Summen den Drogenhandel finanzieren.

Die neue Menschenraub-Industrie zeichnet sich durch Skrupellosigkeit und Grausamkeit aus. Immer häufiger werden die erpreßten Opfer nach Zahlung riesiger Summen nicht freigelassen, sondern umgebracht, um den oft einzigen Zeugen mundtot zu machen. Das hat freilich zur Folge, daß die Angehörigen der Geraubten sich neuerdings vielfach weigern, Lösegeld zu zahlen, was den Wünschen der Polizei entgegenkommt. Die Behörden lassen immer häufiger sogar die Bankkonten der Angehörigen sperren. Bis heute sind 606 Fälle von Menschenraub in Italien bekannt geworden, davon 514 in den letzten zehn Jahren. Von diesen 514 Geiseln wurden 50, also fast jede zehnte, nach der Zahlung des Lösegeldes umgebracht.

Die Folge: Zwei Drittel der Verbrechen bleiben unaufgedeckt. 1981 stieg die Zahl der Entführungen um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. 1982 um volle 34 Prozent. Dabei darf als sicher gelten, daß eine ganze Reihe von Verbrechen dieser Art unbekannt geblieben sind, weil die Angehörigen es vorzogen, von einer Anzeige abzusehen, um die Freigabeverhandlungen privat und diskret zu führen – wohl in der Hoffnung, ihren Verwandten so vor der Liquidierung zu retten. Was die den Behörden bekannten Fälle betrifft, schätzt man, daß die Menschenraub-Industrie in den letzten Jahren rund eine halbe Milliarde Mark kassiert und im Drogenhandel investiert hat. Nach Angaben von Rauschgiftspezialisten der italienischen Polizei garantiert die Drogenbranche innerhalb von sechs Monaten tausendfachen Gewinn der investierten Summen.

Die 17 Monate alte Elena, deren Entführung ganz Italien empört, scheint von derselben Bande gekidnappt worden zu sein, die vor drei Monaten in der gleichen Gegend ein blutjunges Mädchen, Sara Niccoli, raubte. Wenn die Opfer der Kidnapper immer jünger werden, dann wohl deshalb, weil Kinder nach der Befreiung kaum Aussagen über ihre Entführer machen können, immer vorausgesetzt, daß sie mit dem Leben davonkommen.

Auffallend war auch, daß im Laufe der letzten Jahre viele junge Mädchen spurlos verschwanden, für die kein Lösegeld gefordert wurde. Am bekanntesten ist der Fall der 15jährigen Vatikanbürgerin Emanuela Orlandi, die vor fünf Monaten geraubt wurde. Kurz zuvor verschwand die gleichfalls 15jährige Römerin Mirella Gregori. Schon seit sieben Monaten fehlt jede Nachricht von der 22jährigen Cinzia Bonato, gleichfalls Römerin. In allen drei Fällen handelt es sich um besonders hübsche Mädchen, weshalb die italienischen Untersuchungsbehörden zu der Ansicht neigen, daß hinter dieser Form von Menschenraub der internationale Mädchenhandel steckt.

Erpresser drohten Deutschlands reichstem Mann

PETER SCHMALZ, Regensburg

Zwei voneinander unabhängige Erpresser bedrohten Fürst Johannes von Thurn und Taxis und seine Familie. Beide wollten Millionenbeträge kassieren, einer wurde in Amsterdam verhaftet, nach dem anderen wird noch gefahndet.

In zwei Briefen aus Amsterdam hatte der 33jährige Arbeitslose Henry H. von dem Fürstenhaus in Regensburg fünf Millionen Mark gefordert. Als Übergabeort wurde der Hauptbahnhof von Amsterdam genannt. Der Geldüberbringer sollte eine rote Rose tragen. Die Polizei ging zum Schein auf die Forderung ein. Der Mann, der tatsächlich mit einer Rose im Knopfloch erschien, wurde prompt festgenommen.

Noch vor dem zweiten Schreiben aus Holland erreichte den Fürsten ein maschinengeschriebener Brief aus Hannover, der die Unterschrift „Koordinierungsausschuß Rote Armee Fraktion" trug. Darin wurde mit einem Granatenüberfall auf das Thurn-und-Taxis-Schloß Emmeran in Regensburg gedroht: „Als einen der bedeutendsten Kapitalisten fordern wir

Zur gleichen Zeit von zwei Erpressern bedroht: Johannes Fürst von Thurn und Taxis. FOTO: DPA

Dich auf, der RAF 1,5 Millionen Mark abzutreten ... Es ist kein Problem, über eine Entfernung von einigen Kilometern mittels Granatwerfern Deinen Besitz zu zerstören."

Dem Drohbrief lag eine großkalibrige Übungspatrone und ein Foto des ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Schleyer bei. Die Übergabe an dem *bezeichneten und von der Polizei* observierten Ort – einem Bahngleis in der Nähe von Hannover – konnte nicht stattfinden, da der Täter zum vereinbarten Zeitpunkt nicht erschien.

Nach Ansicht der Polizei handelt es sich auch in diesem Fall weder um professionelle Gangster noch um Mitglieder der RAF. „Wir kennen die RAF-Diktion aus vielen anderen Schreiben", erklärte gestern ein Polizeisprecher in Regensburg. „Der Stil dieses Erpresserbriefes weicht davon erheblich ab." Die Bezeichnung „Koordinierungsausschuß Rote Armee Fraktion" hält die Polizei für einen „schlechten Scherz". Die Drohung mit dem Granatwerfer sei zudem laienhaft, außerdem wurde die Reichweite dieses Geräts offenbar überschätzt.

Fürst Johannes von Thurn und Taxis gilt als einer der reichsten Männer Deutschlands. Der fürstliche Grundbesitz umfaßt allein in der Bundesrepublik Deutschland 32 000 Hektar. Thurn und Taxis ist Inhaber einer Privatbank und Anteilseigner an Brauereien, Ziegelfabriken und in der metallverarbeitenden Industrie.

Japan – ein Land der Hundertjährigen

Höchste Lebenserwartung der Welt bringt aber auch Probleme mit der Überalterung

FRED de la TROBE, Tokio

Sein Foto prangt auf dem Einband der neuesten Ausgabe des Guinness Buch der Rekorde. Der Japaner Shigechiyo Izumi ist mit 118 Jahren der älteste Mensch der Welt. Die japanische Regierung registrierte im Oktober 1354 Bürger, die mehr als 100 Jahre zählten. Davon waren 296 Männer und 1085 Frauen. Die Anzahl dieser Steinalten hat sich in den letzten 20 Jahren verneunfacht.

Japaner haben die höchste durchschnittliche Lebenserwartung auf der Erde. Bei den Männern liegt sie bei 74,2 Jahren, die Frauen, nur übertroffen von den Isländerinnen, können mit 79,7 Jahren rechnen. Wie die Regierung ermittelte, hat sich seit 1945 die durchschnittliche Lebensdauer der Japaner durch gesündere Ernährung, bessere medizinische Versorgung und günstige Umwelteinflüsse verdoppelt. Da die Geburtenziffer im Inselreich jedoch ständig sinkt, nimmt die Überalterung seit gut zwei Jahrzehnten unaufhaltsam zu. Heute ist schon ein Zehntel der Bevölkerung älter als 65 Jahre, bis Anfang des nächsten Jahrhunderts, so rechnen die Demographen, verdoppelt sich *dieser Anteil noch.* Die führende Zeitung „Asahi" fragte daher kürzlich besorgt: „Wird Japan in 20 Jahren Schweden überholen und das überaltertste Land der Welt sein?"

Nach konfuzianischer Lehre orientiert sich das Volk an seinen Alten, respektiert deren Weitsicht und Autorität. Mit zunehmender Verwestlichung hat sich dieses Gebot zwar etwas gelockert, aber in Japans Politik und Wirtschaft gibt die ältere Generation noch immer den Ton an. Trotz seiner 82 Jahre denkt Kaiser Hirohito nicht ans Abdanken. Der einflußreiche Wirtschaftsführer Toshio Doko zählt 88 Lenze. Selbst Ministerpräsident Nakasone, der als „junger Regierungschef" gilt, ist immerhin schon 65. Zu Ehren seiner Senioren feiert Japan alljährlich den „Tag des Respekts vor den Alten".

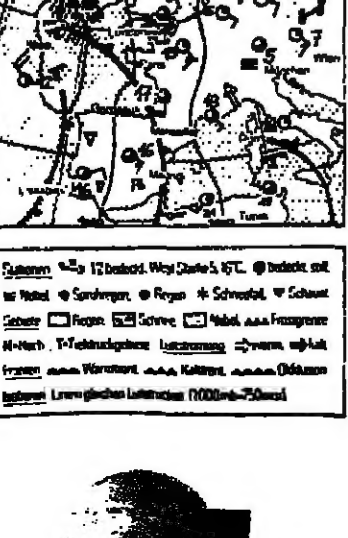
Mit der sich umkehrenden Alterspyramide kommen aber auch handfeste Probleme auf den ostasiatischen Wirtschaftsriesen zu. Japans Unternehmer müssen nämlich für ältere Beschäftigte wesentlich mehr Gelder aufwenden als für jüngere, wegen der besonderen Betonung des Senioritätsprinzips. Danach steigt das Einkommen vor allem mit zunehmen*dem Alter und der Zahl der Dienst*jahre. Die meisten Firmenchefs stehen der Kostenlawine, die mit der Zunahme ihres älteren Personals entsteht, ratlos gegenüber, denn Entlassungen sind in Japan nicht üblich.

Auf der anderen Seite versuchen viele Japaner, bei der relativ niedrigen Pensionsgrenze zwischen 55 und 60 Jahren, ihre meist schmalen Renten durch einen neuen Job aufzubessern. Doch Arbeitsplätze sind naturgemäß für die Alten äußerst rar, da die Unternehmen lieber junge und daher billigere Leute einstellen. Nur etwa ein Viertel der älter als 60jährigen ist daher beschäftigt. Die „Arbeitslosigkeit" in dieser Altersgruppe ist die höchste des Landes. Streßbedingte Krankheiten und Selbstmordfälle nehmen unter den Alten erschreckend zu. Eine Untersuchung ergab jetzt, daß einer von vier Japanern, wenn er die 65 erreicht hat, wunderlich wird und verkindischt.

Seit der Auflösung der Großfamilie leben immer mehr Senioren alleine oder in meist unzulänglichen Altersheimen. Zwei Drittel aller Haushalte bestehen nur noch aus Eltern und Kindern. Moderne japanische Ehefrauen lehnen es entgegen der Tradition immer mehr ab, mit den Schwiegereltern unter einem Dach zu wohnen, zumal es in den Großstädten auch meist an entsprechend großen Wohnungen fehlt. (SAD)

WETTER: Ruhiges Hochdruckwetter

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet über dem Balkan bleibt zunächst noch für Deutschland wetterbestimmend. Es führt an seiner Westflanke milde Luftmassen aus dem Mittelmeerraum heran.



Vorhersage für Mittwoch:

Gesamtes Bundesgebiet: In den Niederungen zum Teil länger anhaltender Nebel oder Hochnebel und nur in Lagen oberhalb 500 m durchweg sonnig. Tageshochsttemperaturen in Aufheiterungsgebieten zwischen 15 und 19 Grad, sonst zwischen 7 und 12 Grad. Nächtliche Tiefstwerte bei 4 Grad, im Süden örtlich geringer Frost. Schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Weitere Aussichten für Donnerstag:

Andauer des störungsfreien Hochdruckwetters.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	23°
Bonn	12°	Kopenh.	7°
Dresden	12°	Las Palmas	22°
Essen	15°	London	16°
Frankfurt	5°	Madrid	16°
Hamburg	8°	Mailand	13°
List/Sylt	7°	Mallorca	23°
München	5°	Moskau	7°
Stuttgart	9°	Nizza	18°
Algier	21°	Oslo	10°
Amsterdam	12°	Paris	15°
Athen	16°	Prag	3°
Barcelona	19°	Rom	18°
Brüssel	14°	Stockholm	10°
Budapest	3°	Tel Aviv	21°
Bukarest	11°	Tunis	19°
Helsinki	8°	Wien	7°
Istanbul	12°	Zürich	5°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.30 Uhr, Untergang: 16.42 Uhr, Mondaufgang: 13.11 Uhr, Untergang: 20.51 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Trockene Zeiten" an französischen Tankstellen?

SAD, Paris

Autofahrer in Frankreich müssen mit „trockenen" Zeiten rechnen. Die Tankstellenbesitzer drohen mit Streik, weil die von der Regierung genehmigte Erhöhung der Tankrabatte von zehn auf siebzehn Centimes (fünf Pfennig) pro Liter, den „Tod der kleinen Tankstellen bedeutet".

Die neuen Rabatte sind das Ergebnis einer monatelangen Kampagne des „Supermarkt-Königs" Edouard Leclerc, der an seinen Zapfsäulen Kraftstoffe billiger anbietet als die „normalen" Tankstellen. Der Preiskampf hatte zu einem regelrechten „Krieg" der übrigen Tankstellenpächter gegen Leclerc geführt, bei dem dessen Zapfsäulen sabotiert und sogar in Brand gesetzt wurden. Wie der Verband der französischen Tankstellenbesitzer ankündigte, ist für das Wochenende neben dem Streik auch die Blockierung von Benzingroßlagern geplant.

Probe-Überfall

dpa, Simmerath

Ungeahnte Folgen hatte am Montag abend ein „Banküberfall auf Probe" in Simmerath/Eifel, bei dem Bankangestellte für den Ernstfall geschult wurden. Das Schauspiel war für Passanten, die zufällig vorbeikamen, so realistisch, daß völlig unbeabsichtigt ein Großaufgebot von Polizei in Aktion trat. Die Beamten nahmen es dann auch als „gute Übung für uns".

Bodenstrom für Jets

AP, München

Bodenstrom ersetzt in Zukunft auf dem Flughafen München-Riem lärmende Flugzeugaggregate. Riem ist der erste Airport in der Bundesrepublik Deutschland, der über eine neu entwickelte Bodenstromanlage verfügt, aus der die Jets während der kurzen Parkzeiten ihre Elektrizität beziehen. Bisher bezogen die Maschinen ihren Strom aus Dieselstromaggregaten oder über eigene laute Bordstromaggregate.

Fliegender Fiskus

AFP, Stockholm

Aus der Luft werden die schwedischen Steuerzahler jetzt vom Finanzamt angegangen. Den ersten „Steuerflug" in der Geschichte Schwedens absolvierte der Steuerbeamte Claes Florin mit einem geliehenen Sportflugzeug. Florin fotografierte aus der Luft die Maschinenparks von Industrieunternehmen und machte nach eigenen Angaben „einige Entdeckungen".

34 Tote bei Beben

AFP, Peking

Das starke Erdbeben in Ostchina hat nach einer neuen Bilanz am Montag 34 Menschenleben gekostet. Ein Sprecher des Verwaltungsbezirks Heze erklärte, bisher seien 2222 Verletzte geborgen worden, 3330 Häuser seien zerstört.

Parkplatz geräumt

AP, Ingolstadt

Wegen Explosionsgefahr nach einem Aceton-Unfall mußte der Autobahn-Rastplatz „Köschinger Forst" bei Ingolstadt an der Strecke Nürnberg–München gestern morgen geräumt werden. Auf der Ladefläche eines türkischen Sattelzuges waren aus einem leckgeschlagenen Faß etwa *50 Liter Aceton ausgelaufen,* aus dem sich giftige, explosive Gase entwickelten.

Bombe explodiert: 14 Tote

dpa, Neu-Delhi

Bei der Explosion einer Zeitbombe *auf einem Bahnhof in Gauhati* in der nordöstlichen indischen Provinz Assam sind gestern 14 Menschen getötet und 60 verletzt worden.

Selbstverbrennung

dpa, Berlin

Ein 60 Jahre alter Mann hat sich gestern vormittag auf der Freitreppe des Schöneberger Rathauses in Berlin selbst verbrannt. Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Der Mann hatte sich mit Benzin übergossen und war brennend vom Hauptportal die Treppe hinuntergelaufen und auf dem Markt vor dem Rathaus zusammengebrochen. Wie die Polizei erklärte, soll das Motiv die gerichtliche Ablehnung einer Kriegsversehrtenrente, um die der Mann jahrelang gekämpft hatte, sein.

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der ADIG-Investment, München, bei.

ZU GUTER LETZT

„Ich mach' alles, was mir Spaß macht. Das andere macht meine Frau", plauderte Nobelpreisträger und Verhaltensforscher Konrad Lorenz in einem Rundfunkinterview zu seinem 80. Geburtstag aus.